DER SPIEGEL

3. NOVEMBER 1969 · NR. 45
23. JAHRGANG · DM 1,50
INCL. MEHRWERTSTEUER
C 6380 C

Studenten vor Gericht

Aufruhr und Landfriedensbruch

Afghanistan Afghani 40,— · Ägypten Pi 35,— · Äthiopien Ä.$ 2,20 · Argentinien Pesos 230,— · Australien A.$ 0,50 · Belgien FB 25,— · Bolivien $ bs 7,50 · Brasilien Cr.$N 2,70 · Chile Esc. 5,— · Cypern mils 400 · Dänemark dkr. 4,25 · Finnland Fmk 2,25 · Frankreich FF 2,60 · Griechenland Dr. 18,— · Großbritannien sh 4/0 · Guatemala Q —,55 · Hongkong $ 3,30 · Iran Rials 55,— · Island ikr. 55,— · Israel I.£ 2,30 · Italien Lire 330,— · Japan Yen 500,— · Jugoslawien Dinar 6,60 · Kanada $ —,75 · Kolumbien Pes. 9,50 · Libanon Pi 245,— · Liberia $ —,80 · Luxemburg lfr. 25,— · Malta sh 4/6 · Mexiko MN 12,50 · Niederlande hfl. 1,80 · Nigeria sh 5/6 · Norwegen nkr. 3,75 · Ostafrika sh 6/0 · Österreich ö.S. 13,— · Pakistan Rp 8,— · Paraguay G 70,— · Peru Sol. 26,— · Portugal Esc. 16,— · Schweden (inkl. moms) skr. 2,75 · Schweiz sfr. 2,— · Spanien Ptas 38,— · Südafrika Rd. —,40 · Südwest-Afrika Rd. —,40 · Türkei T.£ 6,— · Uruguay Pesos 140,— · U.S.A. $ —,75 · Venezuela Bol. 4,75

Printed in Western Germany

IN DIESEM HEFT

Bonns neue Szenerie

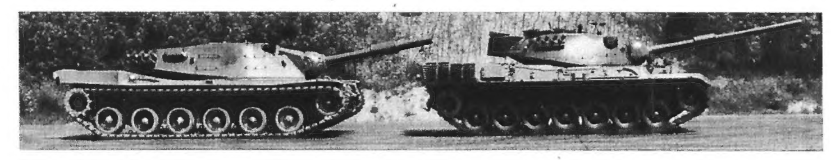
Die Regierung Brandt bestand ihren ersten Test im Parlament gegen massive Opposition der entthronten CDU/CSU (Seite 27). Kanzleramts-Minister Ehmke und Finanzminister Möller schickten CDU-nahe Beamte in die Wüste, Helmut Schmidt holte als Verteidigungs-Staatssekretär einen prominenten Industrie-Boß in die Regierung, den Thyssen-Manager Ernst Wolf Mommsen (Seiten 33, 34, 49). Bundeskanzler Brandt agiert im Kabinett wie der Vorstandsvorsitzende eines Industrieunternehmens (Seite 44). Die 155 Parlaments-Neulinge leiden noch unter Anpassungs-Schwierigkeiten (Seite 52). CDU-Ministerpräsident Kohl, Kanzler-Aspirant der Union, gesteht im SPIEGEL-Gespräch, daß seine Partei bei ihrem Werben um die FDP „Fehler gemacht" habe (Seite 36).



Brandt (r.) auf der Regierungsbank

Bonn baut drei Panzer zugleich — Seite 57

Ein ehrgeiziges Panzerprogramm wird vom Verteidigungsministerium vorangetrieben. Die Bundeswehr läßt drei hochmoderne Kampfpanzer zugleich bauen: einen verbesserten „Leopard", den deutsch-amerikanischen Flugkörper-Panzer „MBT 70" und den deutschen Kampfpanzer 70 „Keiler". Jahrelange Verzögerungen trieben die Entwicklungskosten in die Milliarden.



Kampfpanzer „MBT 70" (Prototyp), „Leopard"

Geheimverhandlungen mit der DDR — Seite 114

Bonns Christdemokraten beschuldigen die neue Regierung, sie betreibe in ihrer Politik gegenüber der DDR den „Ausverkauf deutscher Interessen". Doch die Ankündigungen Brandts bleiben bislang hinter dem zurück, was die CDU-Kanzler Erhard und Kiesinger — wie der SPIEGEL jetzt ermittelte — der DDR durch Geheim-Emissäre anbieten wollten: die Einrichtung von Handelsmissionen und Generalkonsulaten der DDR in der Bundesrepublik.

Priester contra Bischöfe — Seiten 150, 194, 196

Zweieinhalb Wochen lang tagten in Rom 146 Kardinäle und Bischöfe auf einer Synode. Papst Paul VI. hatte sie einberufen und zugleich verhindert, daß über Zölibat und Pille gesprochen wurde (Seite 150). Priestergruppen aus acht Ländern hielten in Rom gleichzeitig eine Gegen-Versammlung ab. Zu ihren Wortführern gehörten die Deutschen (Seite 194). Drei Delegierte erläutern in einem SPIEGEL-Gespräch ihre Ziele (Seite 196).



Synode in Rom

INHALT

SPIEGEL-VERLAG/HAUSMITTEILUNG

Datum: 3. November 1969 Betr.: Paris, Athen

In seiner Ausgabe vom 20./26. Oktober 1969 veröffentlichte das französische Nachrichtenmagazin „L'Express" ein „document", nämlich „l'entretien que Martin Heidegger a bien voulu accorder... à notre collaborateur", zu deutsch, er bietet als Dokument eine Unterhaltung, die der Philosoph einem Mitarbeiter des „Express" freundlich gewährt habe. Zu dieser Sache schrieb nun aus dem Schwarzwald Martin Heidegger an den SPIEGEL mit für jeden seiner Leser wünschenswerter Bestimmtheit: „Das Gespräch kann nicht auf Fragen ... Ihrer französischen Kollegen beruhen. Ich habe solche nie empfangen." Und, noch genauer, er habe im vergangenen Jahr die Bitte eines französischen Journalisten um ein Interview abgelehnt, „vor allem auch deshalb... was ich eigens betonte, weil im SPIEGEL bereits ein ausführliches Gespräch sekretiert sei und erst nach meinem Tode gedruckt werden solle".

Was der „Express" seinen Lesern über acht Seiten als Frage und Antwort, als eine Diskussion bot und was „Die Welt" guten Glaubens als ein Interview Heideggers zitierte, erweist sich als Kompilation von nicht protokollierten, nicht auf Band gesprochenen, offenkundig nicht einmal wörtlich zitierten Äusserungen, die Heidegger nicht vorgelegt, ja bisher nicht einmal nach dem Druck zugeschickt worden sind. Heidegger, am 29. Oktober 1969 noch einmal an den SPIEGEL: „... muss aber betonen, dass ich immer noch keinen Text aus Paris erhalten habe und deshalb überhaupt nicht weiss, was darin steht." Gegenüber Dokumenten oder Gesprächspartnern praktiziert der SPIEGEL eine andere Auffassung. Wie erst sollte und müsste sie (auch bei französischen Kollegen) gegenüber einer denkerischen Bemühung gelten, die wie bei Martin Heidegger (kurz gesagt, zu kurz) aus der Sprache philosophiert – aus der eigenen Sprache, nicht aus erdachten Gesprächen.

+

Kostas Tsatsaronis, bei der griechischen Regierung akkreditierter SPIEGEL-Korrespondent, hat am 23. Oktober 1969 auf dem Athener Flugplatz seinen Pass abliefern müssen, als er nach Hamburg fliegen wollte. Was zunächst wie ein gezieltes Missverständnis aussah, ist ihm am nächsten Tag vom Chef der Auslandspresse, dem SPIEGEL inzwischen von der Bonner Vertretung Griechenlands bestätigt worden: „Tsatsaronis hält in seiner Arbeit nicht die journalistischen Gepflogenheiten ein." Das Ausreiseverbot war am 8. Oktober 1968, eine Woche nach Veröffentlichung des SPIEGEL-Titels „Anatomie einer Diktatur", erlassen, Tsatsaronis damals auch verhört worden, doch hatte man ihn im Mai dieses Jahres in die Türkei reisen lassen – die repressive Massnahme schien erledigt. Der Verein der Auslandspresse in Griechenland hat inzwischen den griechischen Ministerpräsidenten Papadopoulos in aller Form aufgefordert, durch eine persönliche Intervention dem SPIEGEL-Korrespondenten die ungehinderte Ausübung seines Berufs wieder zu ermöglichen. Der Generaldirektor des Presseamtes der griechischen Regierung Zafiropoulos erklärte inzwischen zwei Mitgliedern der Foreign Press Association, es handle sich um eine Aktion der Sicherheitsbehörden. Auf die Frage, ob die Massnahme eine Antwort auf die Titelgeschichte des vorigen Jahres sei, antwortete er: „Höchstwahrscheinlich."

BRIEFE

MERCI, CHERI

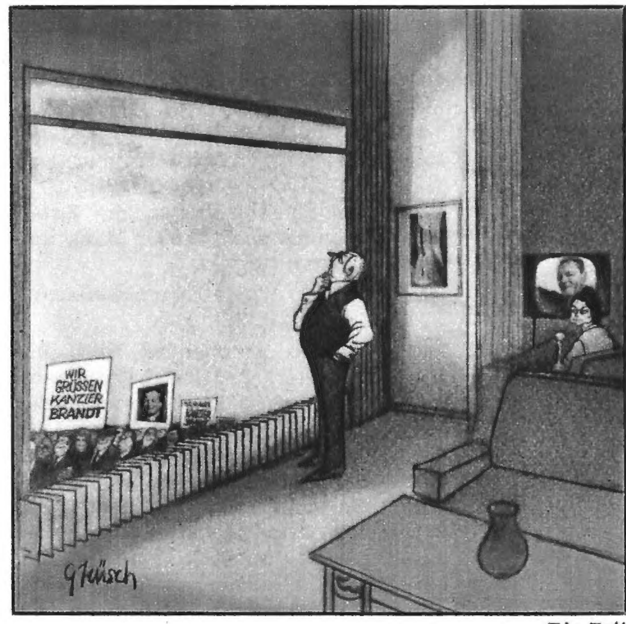
(Nr. 44/1969, Kanzler-Wahl)

Als ich das Ergebnis der Kanzlerwahl gehört habe (Deutsche Welle), war es für mich wie ein innerer Reichsparteitag, daß die weidwund geschossene CDU/CSU mit dem hohen „C" (ich hoffe, bei dem tiefen „C" wird ihr die Luft wegbleiben) endgültig auf der Strecke blieb. Die Taktik des Genossen Wehner ist aufgegangen.

Kabul (Afghanistan) E. FOBBE

Nun ist es soweit. Der über vier Wochen sich hinziehende Kuhhandel ist nun endlich zustande gekommen. Der rote Brandt und seine Genossen haben es fertiggebracht, im Klüngel mit einer Verlierer-Partei durch Intrigen- und Hintertreppen-Politik ihr Süppchen fertigzukochen. Ich habe, wenn im Fernsehen diese Banditen gezeigt wurden, jedesmal abgeschaltet.

Salzgitter (Nieders.) WILLI FRAHM



Die Zeit

„... und der Himmel sieht tatenlos zu!"

Nun haben wir den unpopulärsten Bundeskanzler der Bundesrepublik.

Düsseldorf CLEMENS RESSEL

Kiesingers Ende ist im Frühsommer 1969 auf seiner eigenen Gartenparty zu erkennen gewesen. Damals sang Udo Jürgens exklusiv für den Kanzler „Merci, Chérie".

Düren (Nrdrh.-Westf.) ULRICH HOFMANN

Seit Dienstag, 22. Oktober 1969, ist Deutschland wieder in Ordnung!

Hannover PETER BORNEBUSCH

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik hat Herr Brandt eine ergreifende Menschlichkeit gezeigt, als ihm Mäzen Wehner gratulierte, und er zu Tränen gerührt war. Kann man eine derartige Reaktion der Dankbarkeit und Anhänglichkeit überhaupt hoch genug loben und rühmen? Offenbarte sich nicht ein freies, ehrliches Gemüt? Könnte man sich vorstellen, etwa Herrn Kiesinger in solcher Haltung zu erleben?

München DR. WALTER GEISLER

Erfolgreich beendete Herr Willy Brandt seine Amtsgeschäfte als Außenminister. Sein musterhaftes Verhalten wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Ich hoffe, daß es Herrn Bundeskanzler Willy Brandt gelingt, bessere Beziehungen mit uns Arabern anzuknüpfen. Dem neuen Bundeskanzler persönlich wünsche ich alles Gute und viel Erfolg!

Stuttgart SALEH ADAILEH

Wie schade! Man hörte nicht mehr „Schnick - Schnack" und „Gefasel". Es wurde vom Kanzlerstuhl hinauskatapultiert.

Hamburg LOTHAR WINTER

Mit der Eidesformel „so wahr mir Gott helfe" haben Brandt und seine Genossen wohl die falsche Formel zitiert. Möge der so oft angesprochene „Gott" uns helfen, diese Regierung baldmöglichst in die Wüste zu schicken!

Rösrath (Nrdrh.-Westf.) BERND SIEBERTZ

Länger als zehn Jahre, seit einigen Jahren im Abonnement, lese ich den SPIEGEL — jetzt kotzt er mich an. Warum? — ich mag vielleicht die SPD noch — aber nicht den Brandt, überhaupt nicht, wenn er von unserem „Vaterland" spricht. Kleingeistig nicht wahr? Mag sein, aber man kann nicht über seinen eigenen Schatten springen.

Teningen (Bad.-Württ.) DIETER KILCHLING

Endlich haben wir auch eine politische Person, auf die wir uns einigen können: *„Uns Willy!"*

Hamburg OTTO WILD

Nach Bekanntgabe des neuen Kabinetts hat die Opposition CDU/CSU

verlauten lassen, daß die Verringerung um fünf Ministerien eine billige Effekthascherei sei und die neue Regierung wegen der zusätzlichen Parlamentarischen Staatssekretäre mehr koste. Sie war schon immer fürs Optische, die Christliche Union! Es kommt nicht darauf an, ob ein paar Gehälter mehr oder weniger an Minister oder Staatssekretäre gezahlt werden. Entscheidend ist doch, daß durch die Straffung der Kompetenzen der Regierungsapparat funktionsfähiger und reaktionsschneller und dadurch in einem viel weiteren Sinne sparsamer wird. Hat die Opposition darüber wirklich nicht nachgedacht, als sie ihre Milchmädchenrechnung aufmachte?

Frankfurt ERICH HUTHER

Wenn bei der nächsten Bundestagswahl die Jungen auch mitwählen dürfen und vielleicht das Landvolk in zehn oder 20 Jahren das Intelligenzniveau der heutigen Großstädter erreicht haben wird, dann werden die „Christlichen" wohl ein für allemal weg sein vom Fenster.

München MICHAEL BICHLMEIER

Bloß nicht zu früh freuen, die Katastrophe kommt noch! Dieser Mann kostet die letzten Nerven!

Heidelberg ERNA SCHUMACHER

Das war kein erhebendes Bild, die Regierungsübergabe, was die scheidende Partei betrifft. Eitelkeit ist kaum je ein Zeichen hoher Intelligenz, und ein schlechter Verlierer hat zu allem übrigen auch noch den Rest von Sympathie verloren, den man ihm sonst zugebilligt hätte. Es war ein peinlicher Anblick, das haßvolle Gesicht des scheidenden Kanzlers zu sehen, und die Seitenhiebe, auch seines getreuen Kumpanen Barzel, klangen mißtönend im Ohr. Zurück bleibt das erleichterte Gefühl: Gottlob, daß die Wahl so und nicht anders ausgegangen ist.

Wiesbaden JOHANNA REUSCH

Ich dachte an Deutschlands letzte Nacht, und es hat wieder Spaß gemacht.

Döffingen (Bad.-Württ.)
MICHAEL GRASHOFF

VERFOLGUNG

(Nr. 40/1969, Briefe)

Nach einer Flut von Reaktionen auf die Leserzuschrift eines Günter Weber zu Ihrem Artikel über die Deutsche Oper Berlin sehe ich mich gezwungen, in aller Form zu erklären, daß ich mit dem Autor dieses Schreibens nicht identisch bin. Ich bin Solist der Deutschen Oper und habe eigentlich mit Schmunzeln über die fatale Namens-

Ihr Geld fährt täglich mit

Sie setzen sich bequem auf Ihr Geld und rollen
mit einer Geschwindigkeit von bis 200 km/h ans Ziel:
eine zukunftssichere Investition der Bundesbahn.
Finanziert aus Bundesanleihen, den einzigen Wertpapieren mit den 3 Vorteilen.
Ertragreich: Renditen von über 7% bis weit in die 70er Jahre.
Staatsverbürgt: Zins und pünktliche Rückzahlung garantiert der Staat.
Überschaubar: Vergleichsweise kurze Laufzeiten, planmäßige Tilgung zum Nennwert.
Bundesanleihen werden jederzeit an der Börse gehandelt.
Und zu jeder Zeit können Sie auch umlaufende Bundesanleihen erwerben.
Ob Sie nun DM 100,–, DM 1000,– oder mehr anlegen wollen ...
fragen Sie Ihre Bank, Sparkasse oder Kreditgenossenschaft.

Bundesanleihen bringen mehr als nur den hohen Gewinn



E-Lok 103 der Bundesbahn

SF 1/69

Mehr Informationen? Schreiben Sie an:
Beratungsdienst für Anleihen von Bund, Bundesbahn und Bundespost
6000 Frankfurt/Main 1
Postfach 5053

DB

Bundesanleihen sind Anleihen des Bundes, der Bahn und der Post

gleichheit hinwegsehen wollen. Nun aber muß ich mit Erstaunen feststellen, daß mir dieser Namensvetter ein Ärgernis geworden ist. Mein erfolgreich begonnener Weg als Nachwuchssänger der Deutschen Oper soll — so ist mein Plan — auch an andere Häuser führen. Da ich annehme, daß an diesen Ihre Veröffentlichungen verfolgt werden, möchte ich verhindern, daß allein die Nennung meines Namens mir zum Nachteil gereichen könnte.

Berlin GÜNTHER WEBER

AUFWERTUNG

(Nr. 43/1969, Titel: Kampf gegen Inflation)

Ich knüpfe an die letzte Pressekonferenz des Bundesfinanzministers Franz Josef Strauß vor Neuwahl der neuen Regierung in Bonn an. In diesem Zusammenhang gehören auch die Ausführungen, die Herr Strauß kurz vorher in Amerika zu den finanzpolitischen Fragen gemacht hat. Es ist nach wie vor eine nicht beweisbare Behauptung, daß das Währungsgefüge durch Aufwertung zerrüttet wird.

Die Ausführungen des Bundesfinanzministers Strauß zu der Nichterhöhung der Einheitswerte en bloque sind ebenfalls unhaltbar.

Hamburg DR. BRUNO OTTO

Der Staat kann wohl durch die Sicherung eines für alle gültigen Wettbewerbs und die Verhütung von marktbeherrschenden Konzentrationserscheinungen die Voraussetzung dafür schaffen, daß alle Wirtschaftskräfte zur Vergrößerung des Angebots optimal eingesetzt werden. Dann bleiben auch die Gewinne der Unternehmen in erträglichen Grenzen, und die heute so viel diskutierte gerechtere Vermögensverteilung kann tatsächlich eintreten.

Haßloch (Rhld.-Pf.) PETER A. LUTZ

Inflation hin, Inflation her: Ohne eine grundlegende Änderung unserer (a)sozialen Marktwirtschaft werden sich alle Mittel zur Bekämpfung dieses wirklichen Notstandes als untaugliche Flickschusterei erweisen. Da die SPD fest auf dem Boden des Kapitalismus steht und auch von Münemanns gewählt wird, werden auch unter der kommenden Regierung den letzten die Hunde beißen.

Hückeswagen (Nrdrh.-Westf.)

ERNST DITTRICH

Daß die Kartoffelpreise in diesem Herbst höher liegen als sonst, ist nicht — wie von Ihnen vermutet — eine Folge der überhitzten Konjunktur. Es ist ganz einfach so, daß die Erträge wegen der diesjährigen Trockenperiode erheblich niedriger waren als in ande-

17 Schreibkräfte schaffen mit IBM Textverarbeitung die Arbeit von 35...

...und schenken ihrem Chef Blumen zum Geburtstag.



Die Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG in München weiss, was passiert,
wenn man IBM Textverarbeitung einführt,
17 Mädchen die Arbeit von 35 schreiben lässt
und für das um 30% steigende Schreibgut niemand einstellt:
Seit 10. 4. 1968 kündigte keine Schreibkraft mehr.

Es gibt einen einfachen Weg festzustellen, was die Organisation der Schreibarbeit bei Ihnen vermag: die IBM Textverarbeitungsanalyse.

✂...

Über 3000 Unternehmer sandten uns bis heute diesen Coupon und erhielten eine Informationsschrift Textverarbeitung.
Und Sie?
Firma
zuständig
Anschrift
Ort

IBM

IBM Deutschland 7032 Sindelfingen Abt. 928/2 Postfach 266

Lassen Sie jetzt die Monte-Carlo-Sieger ran, sonst...

...sonst fehlt Ihnen die volle Wintersicherheit des DUNLOP SP-Eis, der auch 1969 wieder die härteste Winterprüfung der Welt siegreich bestanden hat: die Rallye Monte Carlo. Lassen Sie lieber die Monte-Carlo-Sieger ran, wenn die Eiszeit beginnt. Sicher ist sicher.



DUNLOP SP-EIS

ren Jahren, in denen die Erzeugerpreise oft nicht einmal die Selbstkosten deckten. Das hat auch Einfluß auf die Preise für Schweinefleisch: Kartoffel und Schweinezyklus sind eng miteinander verknüpft, zum Beispiel über die Futterkartoffeln.

Göttingen ECKEHARD NIEMANN stud. agr.

AMERICAN WAY

(Nr. 42/1969, Green Berets)

Jemand in Ihrer Redaktion muß eine schrecklich spitze Feder besitzen, die er nicht unter Kontrolle halten kann. Die Männer (Green Berets) haben nichts anderes als ihre Pflicht getan. Wie kann man nur für solche Männer das Wort „Killer" gebrauchen und sie mit der Mafia auf gleiches Niveau bringen. Das deutsche Volk hat sehr gute und wertvolle Eigenschaften, aber leider nur selten gute Führer. Das Volk muß immer auslöffeln, was die unverantwortliche Presse einbröckelt.

Tallahassee (Florida/USA) ELIZABETH WAGNER

War heute am Grabe John F. Kennedys. Habe dort kein grünes Fallschirmjäger-Käppi (green Beret) gesehen.

z. Z. Washington DR. A. FRIEDEI



Kennedy-Grab in Arlington*

Es ist beruhigend zu wissen, daß es noch Publikationsmittel gibt, die unsere „Freunde", die Amerikaner auch von einer anderen, als der „guten Onkelseite" zeigen. Beunruhigend dagegen ist das Gefühl, auf der westlichen Seite der Erde, der sogenannten „Freiheitsgrenze", einen menschlichen Schweinestall gedeihen sehen! Ich frage mich: „Wem wollen diese Ame-

* Bis 15. März 1967 lagen auf dem Grab Mützen aller amerikanischer Waffengattungen, darunter auch die der Geen Berets.

rikaner noch ein Vorbild sein?“ Diese Verlogenheit, das Handeln (Morden, Foltern, Eliminierung) der Teufel — einen geeigneteren Namen gibt es wirklich nicht — als „fadenscheinigsten Fall“ zu interpretieren, spricht für sich.

Rendsburg BURGHARD SCHEEL

Als Angehöriger der Spanischen Blauen Division (division azure de voluntarios) habe ich an den Brennpunkten Wolchow, Leningrad und Ilmensee die ganze brutale Härte und Erbarmungslosigkeit des Ostfeldzuges miterlebt, ich war bei vielen Gefangenenvernehmungen zugegen, aber niemals hat sich ein deutscher Offizier oder Mannschaftsdienstgrad zu derart erbärmlichen Gausamkeiten gegenüber hilflosen Gefangenen hinreißen lassen, wie sie nach Ihrer Darstellung von den „Green Berets“ in allen Teilen der Welt ausgeführt werden.

Wenn auch die Strolche des sowjetrussischen KGB in ihren Foltermethoden keinen Deut besser sind, sollte sich Amerika, das so stolz auf seinen „American way of life“ ist, schämen, derartige Schlagetots als legitimierte uniformierte Truppe in den Reihen der Army zu haben.

Fulda (Hessen) CARL W. MÖLLER

In Ihrem Bericht über die Green Berets fehlt es an Objektivität, da dieser zu einseitig abgefaßt wurde. Diese Truppe mit der Mafia zu vergleichen ist absurd. Ein besserer Vergleich würden Ihnen die „Brandenburger“ bieten.

Der „gook“ Thai Khac Chuyen war ja schließlich nicht „nur“ ein olivfarbiger Eingeborener, wie Sie es zu nennen belieben, sondern ein ausgezeichnet geschulter Agent, der auf beiden Schultern trug und somit für den Tod ungezählter Personen verantwortlich war, welche vermutlich auf grausamere Art und Weise ums Leben kamen, als er selbst.

Zürich GEROLD SPIELHOFER

UMSÄTZE

(Nr. 41/1969, SPIEGEL-Gespräch)

Zu Ihrer Vorbemerkung zum Gespräch mit den Literaturproduzenten Benseler und Boehlich wird Karl Dietrich Wolff als „Lektor des Pornographie-Verlages Olympia Press“ bezeichnet. Dazu möchten wir folgendes anmerken:

1. Der Verlag Olympia Press Darmstadt verlegt keine Pornographie, sondern erotische Pretiosen.
2. Bekanntermaßen werden Bücher der Olympia Presse nicht lektoriert.
3. Alle Mitarbeiter des Maerz Verlages sind — ohne es verhindern zu können

Er kennt die Welt.
Er kennt die besten Weltempfänger.

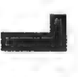
Er hat „atlanta de luxe". Von TELEFUNKEN.

Beim atlanta de luxe kommt jeder auf seine Kosten. Weltenbummler, Kurzwellen-Jäger, Freizeit-Helden und Urlaubs-Freunde. Denn die Vorteile sprechen eine eindeutige Sprache: 7 Wellenbereiche (davon 3 Kurzwellen). UKW-Scharfabstimmung. UKW-Programmwähl-Automatik. Super-Lautsprecher. Eingebautes Netzteil. Und Longlife-Technik. Das dürfte reichen. Überzeugen Sie sich beim Fachhändler. Und denken Sie daran: TELEFUNKEN baut Sender und Radios. Eins so gut wie das andere.*

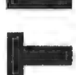
Die TELEFUNKEN-Longlife-Technik schafft bis zu 2½ fache Batterie-Spieldauer bei Wechselbetrieb Netz-Batterie.* **TELEFUNKEN-Erfahrung können Sie kaufen.











TELEFUNKEN

— Kommanditisten des Verlags Olympia Presse.

4. Lektorierte Karl Dietrich Wolff bei der Olympia Press — wie sähe es dann mit unseren Umsätzen aus?

Darmstadt MAERZ VERLAG
Schröder

ZU DÜNN

(Nr 43/1969, Hausmitteilung)

In der Hausmitteilung wird der „Kress-Report" zitiert. Das ist lieb. Die Charakterisierung des Informationsdienstes als „für die Journalisten-Branche bestimmt" ist etwas dünn. Der Untertitel lautet: „... für Kommunikationsmittel und Werbewirtschaft". Und so stimmt's.

Stuttgart GÜNTHER KRESS
„Kress-Report"

UNEIGENNÜTZIG

(Nr. 44/1969, Verbände)

Der Frühling beschert mir kein Osterei in Höhe von 525 000,- DM. Selbstverständlich führe ich diese DRK-Spendenaktion uneigennützig durch.

Düsseldorf CHARLES WILP



DRK-Mannequin, Wilp

Sehr gut diese Zweckehe von Mode und Caritas. Vielleicht fällt Herrn Wilp auch noch ein ähnlicher Mode-Gag für Fürsorgerinnen ein.

Hamburg HORST BECKMANN

TENDENZ

(Nr. 40/1969, Hochschulserie)

Unrichtig ist die Behauptung, daß wir vom Bundespresseamt 4500 Mark und von der Firma Axel Springer & Sohn 7000 Mark für eine Studie „Zur Konzernlinie des Hauses Springer" bekommen haben. Richtig ist vielmehr, daß das Bundespresseamt eine unter unserer wissenschaftlichen Verantwortung am Institut für Zeitungswissenschaft angefertigte Untersuchung zu diesem

Nur eine erfrischende Minute am Tag:

Das ist die einfachste Bauch-weg-Methode!



Neu – Endlich in Deutschland:
Die Isomet-Roller-Methode verringert den Bauchumfang schon nach ein bis zwei Wochen – ohne Diät, ohne zeitraubende Gymnastik.
Hunderttausende von Schweizern können es bestätigen.

Der Sitzbauch – und warum herkömmliche Methoden oft nichts helfen.

Ärzte und Gymnastiklehrer wissen, daß die meisten Menschen zu viel sitzen müssen und zu wenig Zeit für körperliche Bewegung haben. Die Muskelbänder, die eigentlich die Organe in der Bauchhöhle stützen und zusammenhalten sollten, verkümmern. Die inneren Organe drängen durch ihr eigenes Gewicht nach vorne und wölben das schlaffe Bindegewebe zum Bauch aus.

Gleichzeitig entsteht dadurch ein Zug an der Wirbelsäule. Die Folgen sind oft ein müder Rücken und schlechte Haltung. Abmagern nützt wenig. Und selbst die übliche Gymnastik vermag diese speziellen Muskeln kaum oder nur ungenügend zu stärken.

Profitieren Sie von der genialen, wissenschaftlich begründeten Idee.

In Zusammenarbeit mit Ärzten und Gymnastiklehrern wurde der Isomet-Roller entwickelt. Dieses Gerät erlaubt Ihnen eine ganz neue, ganz gezielte Übung, die Ihnen in kurzer Zeit wieder zu einem straffen Muskelband verhilft, das Ihren Bauch automatisch flachhält, ohne Ihren Rücken zu belasten. Ohne mehr als eine Minute Zeit pro Tag in Anspruch zu nehmen.

Ganz gleich, ob Sie 20, 40 oder 60 Jahre alt sind.

Die Isomet-Roller-Methode ist so einfach, daß sie von jedermann durchgeführt werden kann. – Es ist wie ein Spiel: Sie machen die Übung fünfmal am Morgen und sechsmal am Abend. Das ist alles. Mehr sollten Sie sich am Anfang nicht zumuten, obwohl Sie Lust dazu haben werden.

Der Bauch verschwindet, Zentimeter um Zentimeter.

Schon nach ein bis zwei Wochen werden Sie zufrieden feststellen: Ihr Bauchumfang hat sich verringert. Das können Sie messen. Das spüren Sie auch. Hosen und Röcke passen wieder, ohne zu spannen. Auch Ihre Haltung hat sich ganz allgemein verbessert.

Sie fühlen sich auf Jahre hinaus wie ein neuer Mensch.

Genauso bedeutsam wie die äußerliche Wirkung ist auch der Einfluß der Isomet-Roller-Methode auf Ihr gesamtes Wohlbefinden. Sie wirken jünger, weil Sie Ihre Figur wieder unter Kontrolle haben. Sie sind vital und lebensfroh, weil Sie kein Müdigkeitsgefühl im Rücken mehr kennen.

Sehen Sie sich den Isomet-Roller unverbindlich an.

Der Isomet-Roller ist jetzt in guten Fachgeschäften erhältlich. Sollten Sie ihn nicht bekommen können, schreiben Sie uns bitte. Wir nennen Ihnen Geschäfte, die den Isomet-Roller führen.

Weniger Bauch – und mehr vom Leben... Warum sollte das nicht für Sie ebenso zur goldenen Lebensregel werden wie für Hunderttausende von begeisterten Schweizern?

Ihre neue Lebensfreude kostet Sie DM 37,50 – und nur eine einzige Minute am Tag.

★ ★ ★



Herr Eugen Mack, mehrfacher Träger olympischen Goldes, heute Leiter eines Instituts für physikalische Therapie in der Schweiz, urteilt über den Isomet-Roller:

„Die Isomet-Roller-Methode verhilft zu einem flachen, straffen Bauch und ermöglicht es der Bauchdecke, ihre natürliche stützende Funktion der inneren Organe wieder zu erfüllen. Es ist die ideale Ausgleichsübung für die sitzende Lebensweise des heutigen Menschen."

35 G 4

isomet roller
von Ärzten empfohlen

Dr. Carl Hahn GmbH, 4 Düsseldorf, Postfach 3820

Thema mit 4386 Mark honoriert hat, dieses Honorar aber zum größten Teil an die sechzehn studentischen Mitarbeiter ausgezahlt wurde. Auch trifft es nicht zu, daß dieses Gutachten zu dem „erstaunlichen Ergebnis: keine signifikanten Unterschiede" kommt. Richtig ist vielmehr, daß darin nachgewiesen wird, daß zwischen der Berichterstattung von Springer-Zeitungen und Zeitungen anderer Verlagshäuser bei einzelnen Nachrichtenkomplexen durchaus signifikante Unterschiede bestehen. Es trifft ebenfalls nicht zu, daß der SPIEGEL in diesem Zusammenhang „herausgefunden" habe, wir hätten für dieses Gutachten auch von Springer Geld bekommen. Richtig ist vielmehr — wie der SPIEGEL in Nr. 41/1969 inzwischen selbst teilweise zugibt —, daß wir völlig unabhängig von dem Bundespresseamts-Gutachten eine Studie über „Monopol und Kommunikation" geschrieben haben, die in der Fachzeitschrift „Publizistik" (Nr. 2/3/4/1969) veröffentlicht wurde, und zwar mit dem folgenden ausdrücklichen Hinweis: „Die Veröffentlichung beruht auf einer durch die Firma Axel Springer & Sohn finanziell unterstützten Untersuchung. Die Firma Axel Springer & Sohn hatte, entsprechend den mit ihr schriftlich fixierten Bedingungen, auf die Untersuchung, deren Auswertung und Veröffentlichung keinen Einfluß" (S. 172). Ferner ist es unzutreffend, daß diese Studie über „Springer-Monopol und Kommunikation" ging. Richtig ist vielmehr, daß darin unter dem Titel „Monopol und Kommunikation" allgemein die Brauchbarkeit des Monopolbegriffes für die kommunikationspolitische Diskussion erörtert wird. Schließlich trifft es nicht zu, daß das Ergebnis dieser Studie eine „Tendenz" aufweist, die sich in dem Satz „Axel Springers Zeitungen können das Volk nicht verdummen" zusammenfassen läßt. Richtig ist vielmehr, daß in dieser Studie nicht die Frage der Machtkonzentration in der Hand des Springer-Konzerns in ihrer Fragwürdigkeit und Gefährlichkeit für die öffentliche Meinungsbildung diskutiert wurde, sondern allein die Übertragbarkeit des in der Wirtschaftswissenschaft entwikkelten Begriffs „Monopol" auf Probleme der Kommunikation.

München PETER GLOTZ
WOLFGANG R. LANGENBUCHER

GRAUEN

(Nr. 44/1969, Indianer-Mord in Brasilien)

Ein gutes Mittagessen bleibt heute unberührt. Gleichzeitig entsteht mein erster Leserbrief an eine Redaktion. Obwohl ich in meinem Leben Furchtbares miterlebt habe, über das viel

zu berichten gewesen wäre. Ich kenne nahezu jedes Land der Welt, bin Kriegsteilnehmer und habe ein Jahr in der Moskauer Lubjanka gesessen.

Muß es denn immer so bleiben, daß über Völkermord die Menschheit erst dann informiert wird, wenn das grauenhafte Werk vollbracht und praktisch abgeschlossen ist? Sosehr man sich auch für die neue Bonner Mannschaft interessieren mag: Auf die Umschlagseite gehörte das Photo von Indianer-Mord. Was hat Sie nur veranlaßt, darauf zu verzichten? Bisher glaubte ich, über das Weltgeschehen einigermaßen gut unterrichtet gewesen zu sein. Ich stelle fest, daß dem nicht so ist, denn



Indianer-Mord in Brasilien

nie habe ich über diese Tragödie in Brasilien etwas zu lesen bekommen. Dank, deshalb, der kleinen Gruppe von Leuten, die Sie auf die Spur dieses neuen Verbrechens von kolossalem Ausmaß führte.

Berlin WALTER FLAISCHLEN

ZAHLENWERTE

(Nr. 28/1969, Anzeige)

Zur Testimonial-Anzeige im SPIEGEL vom 7. Juli 1969 ist festzustellen: Das Statistische Jahrbuch und andere Publikationen enthalten übereinstimmende Angaben über die Säuglingssterblichkeit in der BRD und in der VAR, die sich nur wenig unterscheiden. Das Bundesgesundheitsministerium hat mir freundlicherweise mitgeteilt, daß diese Zahlenwerte zum Teil falsch sind. Ich bedauere, die falschen

Zahlenwerte als richtig unterstellt zu haben.

Ettlingen (Bad.-Württ.)
PROFESSOR DR. ING. KARL STEINBUCH

THRON UND ALTAR

(Nr. 43/1969, Militärseelsorge)

Es steht der katholischen und protestantischen Kirche natürlich frei, antichristlichen Mars-Kult zu betreiben. Nur haben sie kein Recht, sich dabei auf Christus zu berufen.

Bassersdorf (Schweiz) RALF WINKLER

In einer Gesellschaft, in der das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nur solange Geltung besitzen soll, wie es den Herrschenden ins Konzept paßt, sprich: der Bedarf an Soldaten für die Bundeswehr über die Gewissensfreiheit des einzelnen geht, wird das Grundgesetz zur Farce.

Ludwigsburg PETER KAISER

Es ist wirklich bedenklich zu sehen, wie „Thron und Altar“ im Jahre 1969 zusammenarbeiten. Hier wird ein ungeheuerliches Spiel mit der Verfassung und ihren Grundrechten betrieben.

Hamburg REINHARD DORRA

Es geht Sie einfach einen Dreck an, wenn militärische Christen oder christliche Militärs im stillen Kämmerlein miteinander etwas auskäkeln, was — wie im vorliegenden Falle — ohnehin nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war.

Brühl (Nrdrh.-Westf.) FRANZ OETTINGER

Wenn sich hohe Militärs und Militärgeistliche darin einig sind, daß die Kriegsdienstverweigerer eine „Krankheit der Gesellschaft“ sind, und daß man diese „bekämpfen“ muß, so ist das eine traurige Erkenntnis. Die Äußerungen von Offizieren der Bundeswehr zu diesem Thema sind und waren bekannt, aber daß sich Geistliche christlicher Kirchen ebenso gegen Kriegsdienstverweigerer wenden, darf doch nicht wahr sein.

Ich kann Herrn Präses Joachim Beckmann von der evangelischen Kirche nur empfehlen, dem evangelischen Herrn Militärbischof Kunst „ein gewisses Halt“ zuzurufen und hoffen, daß von katholischer Seite das gleiche geschieht!

Mönchengladbach HELMUT A. ULLRICH JR.

So ist es richtig. Die „Tiere“ sollen wieder Moorsoldaten werden — unter dem Befehl von Bundeswehr-„Ausbildern“. Denn Arbeit macht frei, das haben weder unsere Militärbischöfe, noch unsere christliche Staatspartei (jetzt leider in der Opposition) vergessen. Wie wäre es, wenn die „militär-

ähnlichen Sondereinheiten“ wieder in Traditionslagern untergebracht würden? Also in Börgermoor, Dachau, Bergen-Belsen. Es würden sich bestimmt alte „Ausbilder“ finden, die es unter christlicher Firmierung noch einmal versuchen.

Haben denn die deutschen Christen nichts dazu gelernt? Hat es nie einen christlichen Widerstand gegeben?

Hamburg KAI KANSEN

Die Zusammenarbeit Militär — Kirche klappt nach langer Erholungspause wieder hervorragend.

Erbach (Hessen) WERNER WELSCH

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Verantwortlicher Redakteur für Bonn, SPIEGEL-Gespräch (Kohl), Geheimdiplomatie: Dr. Alexander von Hoffmann; für Finanzministerium: Leo Brawand; für Bundeswehr, Rüstung: Hagen Graf Lambsdorff; für Prozesse, DDR, Bundesländer, Affären, Berlin, Gemeinden, Olympia: Heinz Höfl; für Gewerkschaften: Klaus Kröger; für Märkte: Dieter P. Grimm; für Erziehung, Schulen, Kirche, Bischöfe, SPIEGEL-Gespräch (Priestergruppen): Werner Harenberg; für Zeitgeschichte: Georg Wolff; für Titelgeschichte, Jahn-Interview: Axel Jeschke; für Naher Osten, England, Spanien, Forschung, Tschechoslowakei, Entwicklungshilfe, Spionage, Singapur, Kenia, Emigranten, Verbrechen: Heinz Lohfeldt; für Frankreich: Peter O. Ebel: für Nobelpreis (Ökonomie): Hellmut Hartmann; für Serie: Heinz Höhne; für Sport: Hans-Joachim Nesslinger; für Gesellschaft: Dieter Brumm; für Kunst, Ballett, Unterhaltung, Theater, Musik: Dr. Jürgen Hohmeyer; für Bücher, Verlage: Rolf Becker; für Technik, Nobelpreise (Physik/Chemie), Mode: Jürgen Petermann; für Film, Fernsehen: Gunar Ortlepp; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Heike von der Osten; für Panorama: Ariane Barth; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dietrich Strasser; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße). Nachrichtendienste: UPI, AFP, Newsweek, New York Times

Dokumentation: Jürgen Bergeder, Bernd Breede, Burghard v. Bülow, Armin Dirks, Dr. Renate Dunkel, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Almuth Fölsing, Dr. Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Werner Heine, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Leonore Lohse, Elke Martin, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Klaus Müller, Friedhelm von Notz, Dorothea Peters, Uwe Reisner, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Dr. Sibylla Schuster-Walser, Werner Siegert, Robert Spiering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorf, Alfred Wüste; Leitung: Heinz Klatte. Stellvertreter: Walther von Schultzendorff. Bildbeschaffung: Frank Böhm, Helmut Wolff, Ingrid Ziegler

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27a vom 1. Juli 1968 • Verantwortlich für Anzeigen: Alfred E. Wissmann, 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße • Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. (0311) 1 38 51, Telex 183 867 • 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 36 05 53, Telex 8 582 737 • 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 28 90, Telex 413 009 • 8 München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (0811) 44 44 56, Telex 524 601 • 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673

SOWJET-DIPLOMATIE. Auf der Diplomatentribüne im Bonner Plenarsaal unterhielten sich ein Russe und ein Rumäne über Willy Brandts Regierungs-Erklärung. Der sowjetische Diplomat fand Brandts ost- und deutschlandpolitische Perspektiven beachtlich. Vorsichtshalber werde aber Moskau die Regierung Brandt in einer sechs- bis siebenmonatigen Probezeit erst einmal beobachten — berichtete der Russe. Sollten bis dahin den Worten des neuen Bonner Regierungs-Chefs Taten gefolgt sein, werde die Sowjet-Union eine neue, entspannte Haltung zur Bundesrepublik finden und dies auch artikulieren. Der Rumäne schloß aus diesem und anderen Gesprächen mit Bonner Sowjet-Diplomaten, daß dann der sowjetische Ministerpräsident den Moskau-Besuch Kanzler Adenauers von 1955 erwidern werde. Schon am vergangenen Montagabend machte Ministerpräsident Kossygin eine besondere Geste während eines Empfangs im alten Kreml-Palast: Er unterhielt sich mit dem früheren Sowjet-Botschafter in Bonn, Smirnow, und ging wieder weg; Smirnow sprach dann mit Australiens Botschafter, der daraufhin zum Bonner Botschafter Allardt sagte: „Helmut, gehen Sie mal hin, Smirnow möchte Ihnen guten Tag sagen." Kaum stand Allardt neben Smirnow, kam der Ministerpräsident wieder und erkundigte sich, wie dem Botschafter denn das Glückwunsch-Telegramm Kossygins an Brandt gefallen habe. Allardt nach dem Gespräch: „Man wollte offenbar deutlich machen, daß der deutsche Botschafter nun ein völlig anderes Regime vertritt."

IN DER ZUCHT. FDP-Chef Walter Scheel, als Außenminister zugleich Stellvertreter von Bundeskanzler Willy Brandt, will im Auswärtigen Amt ein Mini-Vizekanzleramt etablieren: Neben die traditionellen Parlaments- und Kabinetts-Referate stellte er ein „Referat für die Aufgaben des Vizekanzlers im Kabinett". Die neue Aufgabe will Scheel seinem Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Dahrendorf übertragen. Darin sieht der ehrgeizige Bundestags-Neuling Dahrendorf („Ich bin der Parlamentarische Staatssekretär des Vizekanzlers, nicht des Außenministers") die Chance, als Vizekanzler-Stellvertreter zu agieren. Allerdings: Der Außenminister hat seinen neuen Mitarbeiter „ganz gut angebunden", denn er soll sich vor allem um Friedensforschung, technologische Zusammenarbeit und auswärtige Kulturpolitik kümmern. Scheel, 50, über Dahrendorf, 40: „In seinem Alter ist es eine unwahrscheinliche Chance, in der Zucht einer Regierung zu stehen."

VERHINDERTER FREUND. Saigons Botschafter in Bonn, Nguyen Duy Lien, wurde nach West-Berlin eingeladen und dann vorsichtshalber wieder ausgeladen. Als Gast der Berliner Deutsch-Ostasiatischen Gesellschaft sollte Lien am vergangenen Freitag im Charlottenburger Rathaus über „Die Friedensaussichten in Vietnam" reden. Die Apo kündigte einen „heißen Empfang" für den Repräsentanten des „Saigoner Marionettenregimes" an (so das Apo-Blatt „Extra-Dienst"). Daraufhin besprach sich der Geschäftsführer der Gastgeber-Gesellschaft, Gerhard Rahusen, mit „den hiesigen Sicherheitsorganen", die ihn warnten, so ein Besuch sei gefährlich. Rahusen sagte den Berlin-Auftritt des Botschafters ab, denn sein „südvietnamesischer Freund" könne nicht kommen, „weil er verhindert ist". Der Besuch werde aber „ganz sicher" nachgeholt, wenn „erst mal ein bißchen Gras über die Angelegenheit" gewachsen sei. Rahusen sagte aber auch: „Ich habe wenig Interesse, die Herren von der Apo auf diese Weise zu solidarisieren."

KÖZ — S 652

Richard Mantlik, Verlagsleiter des Münchner CSU-Organs „Bayernkurier", machte eine Reise nach Warzenried bei Cham zur Bäuerin Barbara Brandl und hatte nach seiner Rückkehr Kurioses zu erzählen. Der Münchner Journalist Richard Hofer wertete Mantliks Reise-Bericht aus und verbreitete über AP, wie die Bäuerin Brandl vor der Bundestagswahl die richtige Anzahl der CSU-Zweitstimmen tippte und in einem Quiz des „Bayernkurier" den ersten Preis – einen BMW 2002 im Wert von 10 000 Mark – gewann.

Aus Hofers AP-Meldung vom 23. Oktober:

Der Brandl-Bauer und der Brandl-Sohn meinten, die Zahl würde 3 066 000 oder 3 266 000 heißen. „Da nahm i liaba die Mittn" sagte die Brandl-Mutter und schrieb die Zahl 3 115 000 hin. „Aber Muatta, du mußt es doch genau rausbringa", wandte der Sohn ein. „Nimm halt mei Autonumma dzua." Der Brandl-Sohn fuhr einen Wagen mit dem Kennzeichen KÖZ — S 652. Die Brandl-Mutter schrieb also zu der von ihr getippten Zahl von 3 115 000 am Schluß noch die Autonummer 652 hin.

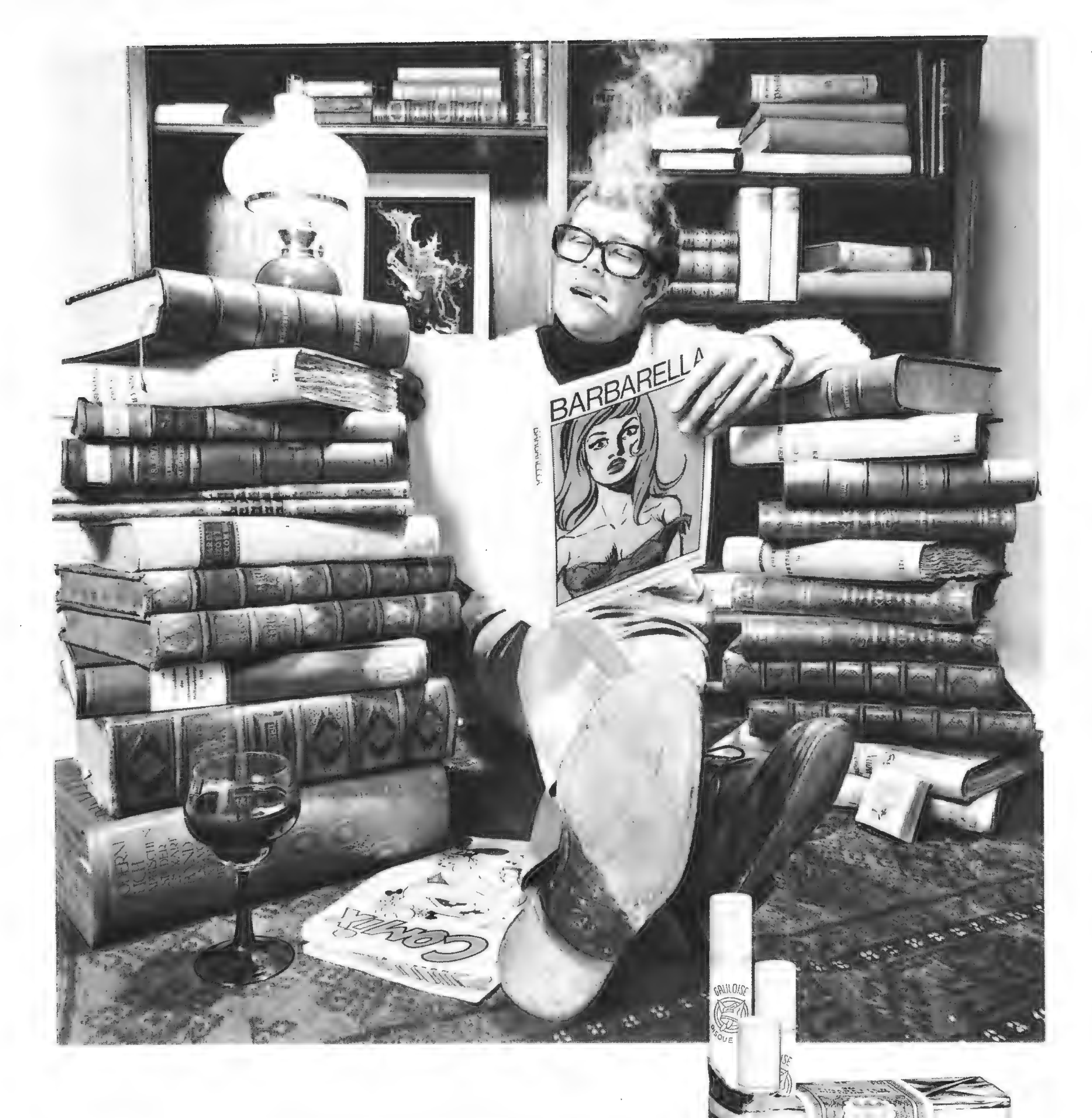
Aus dem „Bayernkurier" vom 25. Oktober:

Das kaum Erwartete ist eingetroffen. Eine Einsenderin — Frau Barbara Brandl (57) in Warzenried über Cham — hat die weiß-blaue Glückszahl absolut richtig vorausgesagt ... Man sieht: Die Leser des Bayernkurier haben einen beachtlichen Sinn für Realität und politische Möglichkeiten erwiesen — sie haben sich selbst ein glänzendes Zeugnis staatsbürgerlicher Gesinnung ausgestellt. Der Bayernkurier ist stolz auf seine Leser!

OHNE HANSLN. Vier abgefallene Gefolgsleute Adolf von Thaddens wollten Genossen werden und stellten im Münchner SPD-Unterbezirk (10 470 Mitglieder) Aufnahme-Anträge. Der bayrische IG-Metall-Chef und enragierte NPD-Gegner Erwin Essl setzte sich besonders dafür ein, daß die Ex-NPD-Mitglieder (unter ihnen der vor zwei Jahren ausgetretene frühere NPD-Stadtrat Karl Arthur Rittler) nun SPD-Mitglieder werden dürfen. Und der Vorstand brachte in der Unterbezirks-Konferenz einen Antrag ein, nach dem „ehemalige Mitglieder der NPD auf ihr Ersuchen in die SPD aufgenommen werden" können, wenn sie bestimmte Voraussetzungen (wie zweijährige Wartefrist) erfüllen. Die überwiegende Mehrheit war dagegen. Begründung: „Auf die paar Hansln können wir getrost verzichten." Statt dessen billigte das Gremium einen von 25 Delegierten unterzeichneten Initiativ-Antrag, der „ehemalige Mitglieder der NPD oder anderer rechtsradikaler Organisationen" auch künftig von der SPD-Mitgliedschaft ausschließt.

GEHEIMER SCHENKER. Der Berliner Journalist Reinhard Strecker photokopierte in der Hamburger „Konkret"-Redaktion Material über B- und C-Waffen und steckte es in einen gefütterten Umschlag, der von der Post per Eilboten an einen Bonner Chemiker befördert werden sollte. Zweieinhalb Tage später — am vorletzten Freitag — traf der Umschlag (23½ mal 32 Zentimeter) beim Adressaten ein. Zugabe: ein Langenscheidt-Lexikon Englisch-Deutsch, 11½ mal 18 Zentimeter und trotz seiner 255 Seiten nur 1½ Zentimeter dick. Ein solches Lexikon besaßen weder Strecker noch die „Konkret"-Redaktion. Auch war zum Verständnis des deutschsprachigen Strecker-Materials gar kein englisches Wörterbuch nötig. Doch einen Tag bevor der Chemiker den Brief mit dem Lexikon erhielt, kam bei ihm eine Sendung englischsprachiger Dokumente über B- und C-Waffen an. Zur „Abwehr von drohenden Gefahren" für die Staatssicherheit dürfen Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst seit August 1968 Briefe kontrollieren.

ZITAT. „Man sagt bei uns oft leichthin, der Geist steht links. Das scheint nur so; vielleicht auch, weil wir ihn dort allein gelassen haben" (CDU-Generalsekretär Bruno Heck in einem Interview des „Rheinischen Merkur").



Wer Altes studiert und Neues probiert. Wem Gelehrtheit
nicht den Verstand verstellt. Wer seinen Geist am Zeitgeist bildet.
Wer „echt" nicht als Floskel benutzt, weil er das Echte liebt –
der raucht Gauloises.

Die Echten aus Frankreich. Würzig und rein. Unverwechselbar.
Gauloises mit Filter in der weiß-blauen Packung.
20 Stück DM 1,85 (ohne Filter DM 1,80)

GAULOISES

GAULOISES
DISQUE BLEU
CAPORAL
FILTRE

•FWH• GL 901

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Den rasier' ich

Erst in letzter Stunde verkündete Willy Brandt den Deutschen die Maxime seiner Kanzlerschaft.

Zweieinhalb Tage waren Parlament und Fernsehvolk im Zweifel geblieben, wer Regierung und wer Opposition, wer Kanzler und wer Kanzler a. D. sei, wer die besseren und wer die schlechteren Argumente besitze. Dann erst, am späten Donnerstagabend, bestimmte der neue Bundeskanzler die Richtung seiner Politik.

Die TV-Kameras waren schon abgeschaltet, Presse- und Zuschauertribünen verwaist. Das Plenum erstarrte zu gespannter Aufmerksamkeit.

Selbstbewußt verabschiedete der Kanzler der neuen Linkskoalition aus SPD und FDP die 20 Jahre praktizierte „Keine Experimente"-Politik der Christlich-Demokratischen Union: „Keine Angst vor Experimenten, das ist der Leitsatz unserer Politik."

Exemplifizieren will der Kanzler den Mut zum Wagnis zuerst in der brisantesten Frage deutscher Nachkriegspolitik: dem Verhältnis zum Bruderstaat DDR. Und stören sollen ihn dabei nicht mehr die formal-juristischen Fesseln christdemokratischer Selbstbestimmungs-Ideologie.

CDU-Oppositionsführer Rainer Barzel resignierte: „Diese Schlußworte haben eigentlich eine neue Debatte eröffnet."

Begonnen hatte sie mit einer Blöße, die sich der Regierungschef selbst gab. Noch verstrickt in die Polemik des Wahlkampfes und noch ohne ein neues Kanzler-Selbstverständnis, war Willy Brandt in der Parlaments-Premiere am Mittwochvormittag in Oppositionsbräuche zurückgefallen. Er nutzte die Gelegenheit, alte Rechnungen mit Franz Josef Strauß zu begleichen.

Er zieh den CSU-Chef „nationalistischer Motive" und verglich den Herausgeber des „Bayernkurier" mit dem deutsch-nationalen Pressezaren der Weimarer Republik, Alfred Hugenberg, dessen Zeitungen die demokratischen Parteien diffamierten und damit Hitlers Machtergreifung vorbereiten halfen (siehe Kasten Seite 31).

Die Partei-Christen, von Brandt zuvor zu kollegialer Zusammenarbeit aufgefordert, tobten. CSU-Stücklen: „Das ist die neue Demokratie, die Sie meinen!" Von den Hinterbänken verdeutlichte ein CDU-Freund: „Verdammte Dreckschleuder!"

Brandts Finanzminister Alex Möller leitete Friedensverhandlungen mit den Christdemokraten ein. Auf sein Betreiben lud Bundestagspräsident von Hassel den Kanzleramts-Minister Ehmke, die drei Fraktions-Vorsitzenden und Zwischenrufer Stücklen in sein Präsidentenbüro. Barzel: „Alle wichtigen Krisenflicker hatten zu tun."

Erst nach langem telephonischem Zureden stimmte Strauß dem bei Hassel ausgehandelten Versöhnungsritual zu. Vor dem Plenum und für das Fernsehpublikum tauschten nachmittags, wie vereinbart, Kanzler Brandt, CSU-Chef Strauß und SPD-Fraktions-Chef Wehner Entschuldigungen, Artigkeiten und Händedrücke aus.

Hinter der Kulisse machte sich Brandt über die Empfindsamkeit seiner bayrischen Kritiker lustig: „Eigentlich hätte ich denen noch erklären müssen, wer Hugenberg war. Die halten den wohl für einen KZ-Häuptling, dabei war er ein ganz normaler Deutschnationaler."

Brandts Auftritt verstieß gegen Wehners Debattenregie. Der SPD-Programmierer hatte dem Kanzler ursprünglich die Rolle des Staatsmanns zugewiesen, der seine Regierungserklärung vorträgt und die Angriffe der Opposition gelassen zurückweist.

Über die staatsmännische Formulierung des Regierungsprogramms hatte ein Autoren-Kollektiv ehemaliger Journalisten drei Tage und vier Nächte beraten: Willy Brandt („Lübecker Volksbote"), Herbert Wehner („Hamburger Echo"), Egon Bahr (Rias Berlin), Leo Bauer („Stern") und Conrad Ahlers (SPIEGEL).

Den Profis assistierten begabte Amateure wie der Ordentliche Professor für Öffentliches Recht, Horst Ehmke, der Rechtsanwalt Gerhard Jahn und der Studienrat Erhard Eppler, alle drei Mitglieder des Brandt-Kabinetts.

Aus Jugoslawien mischte sich brieflich Bestseller-Autor Günter Graß („Örtlich betäubt") mit Formulierungshilfen in die Schreibarbeit ein. Ihm verdankt Willy Brandt die Anti-Kiesinger-Sentenz: „Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz."

Brandts Regierungserklärung dokumentierte zwar den Willen zu umfassenden Reformen, doch der Kanzler war zugleich darauf bedacht — neben den Wünschen und Vetos des kleinen Koalitions-Partners — auch den Fleiß der Ministerialbeamten und die For-



Frankfurter Rundschau

Die Opposition auf dem Wege zur Debatte

Rudolf Augstein

ZWEI STAATEN DEUTSCHER NATION

Die Koalition aus Sozial- und Freidemokraten hat sich jetzt schon gelohnt. In der Regierungserklärung der beiden Parteien stehen Tatsachen, die nicht mehr zurückgenommen werden können. Auch nach Bonner Auffassung gibt es künftig zwei deutsche Staaten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches. Die DDR wird künftig als das angesehen, was sie ist: als ein Staat, in dem Deutsche wohnen und der seine Existenz nicht dem Mehrheitswillen der Bevölkerung, sondern dem Willen der siegreichen Sowjet-Union verdankt; aber als ein Staat.

Es hat sicher nicht des rhetorisch glanzvollen, in seiner Negativität funkelnden Auftritts des Freiherrn zu Guttenberg bedurft, um den Regierungsparteien klarzumachen, auf was sie sich eingelassen haben. Sehr wohl wäre die Frage berechtigt, wie Guttenberg sich denn als Staatssekretär eines Kanzlers gefühlt haben mag, der zum Zwecke gleichberechtigter Verhandlungen Briefe an den Vorsitzenden eines Ministerrats schreibt und gleichzeitig behauptet, der Staat, in dem dieser Ministerratsvorsitzende amtiert, den gebe es amtlich nicht.

Solche Kapriolen muß Guttenberg nun nicht mehr decken. Was er leisten kann, zeigt sich sogleich, wenn er freigesetzt ist für die Negierung, für die Opposition, ja, man kann sagen, für die gedankliche Obstruktion. Denn es war ja bislang das geheiligte Recht der weiland Staatspartei zu entscheiden, wann ein Purzelbaum der Inkonsequenz für Logik zu gelten habe und wann nicht.

In der politischen Existenz Guttenbergs liegt Konsequenz. Er stemmt sich gegen die fallende Wand. Die neue Regierung hingegen hatte ihre nicht zufällig widerspruchsvolle Position intellektuell nicht hinlänglich verarbeitet (verdienstvolle Parteiarbeiter wie Dorn und Wischnewski sollten um des Himmels willen dies Thema meiden).

Die Schwäche in der Argumentation der Regierung liegt so offen zutage, weil die Regierenden mit sich selbst oder mit uns nicht ehrlich sind. Sie wissen, daß die Regierung der DDR als die Regierung eines Staates behandelt werden muß, die sie ist. Aber sie klammern sich immer noch an die ein wenig verzweifelte Strohhalm-Hoffnung, man könne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR seitens dritter Staaten entweder hindern oder tolerieren, je nachdem, ob die SED-Regierung das gewünschte Wohlverhalten zeige oder nicht.

Das Argument taugt so wenig, weil es in allen kommunistischen Regierungen Osteuropas starke Kräfte gibt, die von einer Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin mehr befürchten als erhoffen. Diese Kräfte werden das Geschäft nur machen, wenn sie sich dazu gezwungen sehen, werden aber jede Handhabe, das Geschäft nicht zu machen, ergreifen. Die Anerkennung der DDR werden sie Bonn gegenüber als bare Selbstverständlichkeit vorführen, als Voraussetzung jeden Geschäfts, so hohe Preise die DDR auch in jenen Ländern zahlt, deren diplomatische Anerkennung sie erstrebt.

Nein, wer auf das Wohlverhalten der SED wartet, kann lange warten. Sie wird bestimmt nicht dafür zahlen, daß Bonn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in dritten Ländern toleriert. Es stimmt ja auch, sie braucht nichts mehr zu zahlen, wenn sie in Indien durchkommt, und es gibt wohl kaum jemanden in Bonn, der annimmt, sie werde während der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung dort nicht zu diplomatischen Ehren kommen.

Brandt und Scheel haben leider nicht mit der wünschenswerten Klarheit erklärt, daß die Bundesrepublik keinen politischen oder sonstigen Preis mehr dafür zahlen wird, daß andere Länder die DDR nicht anerkennen. Es entspricht dem inzwischen erreichten Stand der Dinge, daß jedes Land, welches die DDR anerkennen möchte, aus was für Gründen immer, von uns nicht daran gehindert werden sollte, auch nicht dadurch, daß wir einen „unfreundlichen Akt" registrieren. Die Regierung hat ihre Unentschiedenheit schon in dieser Debatte teuer bezahlen müssen, sie muß sich durchringen oder sie wird leiden.

Der Punkt ist längst erreicht, wo unsere Anstrengungen, der DDR den Weg diplomatischer Beziehungen zu verlegen, mehr Nachteile als Vorteile einbringen. Bei unseren Nato-Genossen können wir auf undiskutierte Solidarität noch eine Weile rechnen, vielleicht sogar ohne spezielle Gegendienste. Was aber wird in den Ländern außerhalb der Nato? Sie von der Anerkennung der DDR abzuhalten, war erklärtes Ziel aller früheren Bundesregierungen. Die heutigen Partner können den Vorwurf, durch ihre Erklärungen vor und nach der Wahl begünstigten sie die internationale Stellung der DDR, nicht parieren, solange sie nicht offensiv darlegen, daß die früheren Mittel sich erschöpft haben, daß auch das frühere Ziel ihnen nicht mehr vor Augen steht.

Ich weiß nicht, bis zu welchem Punkt Brandt und Scheel sich verständigt haben. In der FDP jedenfalls wußte man ja bis zum Wahltag, daß es nicht nur hinzunehmen, sondern in unserem eigenen Interesse wäre, wenn die DDR als international handlungsfähige Körperschaft durchgesetzt würde.

Wenn wir die DDR im völkerrechtlichen Sinn als Ausland (noch) nicht anerkennen können, so, von allen taktischen Schattenklaubereien abgesehen, weil die DDR formal Ansprüche auf West-Berlin und auf die Zufahrtswege dorthin erhebt. Im übrigen verstellt das Nicht-anerkennen-Wollen alle ohnehin nicht rosigen Aussichten in Richtung einer langsamen Evolution des kommunistischen Osteuropa. Wir haben die Wahl, in dieser Richtung à la Guttenberg nichts oder mit Brandt und Scheel etwas zu tun. Und dies Etwas ist die De-facto-Anerkennung des Staates DDR, eines Staates, der demnächst von der Mehrheit aller Völkerschaften völkerrechtlich anerkannt sein wird, ob wir das nun hemmen oder tolerieren oder gar fördern.

Die DDR wird möglicherweise spezielle Preise für spezielle Anerbieten zahlen, sie wird Geschäfte machen wollen. Geschäfte unter der Auflage, sich als anerkennungswürdiger Staat zu bewähren, kann sie überhaupt nicht machen. Die Natur der möglichen Geschäfte insgesamt ist nicht derart, daß man Guttenberg, Kiesinger und Barzel von der Förderungswürdigkeit dieses Staates überzeugen könnte. Also war es ein Fehler, die westdeutschen Reaktionen in den Hauptstädten der Nicht-Nato-Staaten von einem Wohlverhalten abhängig zu machen, an dem es erstens fehlen wird und das zweitens von der Opposition nicht honoriert werden kann. Umgekehrt läuft es: In einer anerkannten DDR, in einem Osteuropa mit anerkannter DDR werden evolutionäre Regungen freigesetzt, die zu einem vorteilhafteren Verhalten führen können.

Wenn es richtig ist, daß „besondere Beziehungen" zwischen diesen beiden deutschen Staaten bestehen, schon weil zwischen ihren Bewohnern „besondere Beziehungen" bestehen; wenn es richtig ist, daß die Bewohner des einen Teils die des anderen Teils nicht und noch lange nicht für Ausländer halten können, so ist doch ebenso richtig, daß der Status West-Berlins und die Zufahrtswege dorthin ohne staatliche Mitwirkung des Staates DDR, ohne völkerrechtlich wirksamen Vertrag unter Mitwirkung des Völkerrechtssubjekts DDR nicht denkbar sind, nicht gesichert werden können, ohne Umsturz der Machtverhältnisse in Osteuropa jedenfalls nicht.

Würden diese eines überraschenden Tages und wider Erwarten umgestürzt, so wären auch die Beziehungen zwischen den Bewohnern der beiden deutschen Staaten nicht negativ präjudiziert, sondern aller Vermutung nach wieder die von Inländern. Damit können und dürfen wir nicht rechnen.

derungen der wichtigsten Interessengruppen zu respektieren.

So fehlte in Brandts Aktionsprogramm vom Sparer-Schutz bis zum Tierschutz (siehe Seite 31), von der Verbesserung des Wohngeldgesetzes bis zur Rationalisierung von Hochschul-Bauten nichts von dem, was den Ressortbürokraten eingefallen war.

Dennoch: Willy Brandts Reform-Programm, vom CSU-Chef und dem Kiesinger-Intimus Helmut Kohl kongenial „Neckermann-Katalog" getauft, hob sich vom traditionellen Gießkannen-Prinzip christdemokratischer Subventions-Verteilung ab und ließ, trotz perfektionistisch geratener Gesamtübersicht, Schwerpunkte und Prioritäten erkennen.

Denn Brandts Katalog weist bestimmte Reform-Produkte als sofort lieferbar aus, während er andere Artikel nur ankündigt. Katalog-Herausgeber Brandt: „Neckermann macht's



Oppositionsredner **Strauß**
„Wir müssen uns . . .

möglich. Wir wollen's auch möglich machen."

Für ihre drei wichtigsten Reformprojekte braucht die neue Regierung Zeit: für die Bildungspolitik, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und die Entkrampfung der innerdeutschen Beziehungen.

Erstmals sprach ein Bundeskanzler aus, daß „zwei Staaten in Deutschland existieren", erstmals nahm eine Bundesregierung nicht für sich in Anspruch, auch für die Bürger der DDR zu sprechen.

In der Bildungspolitik versprach Brandt vieldeutig, die Bundesregierung wolle „in den Grenzen ihrer Möglichkeiten" an einem langfristigen nationalen Bildungsplan mitarbeiten. Über die Finanzierung dieses Plans sagte der Kanzler vorerst nichts.

In der Vermögenspolitik werden die von Brandt angekündigten Maßnahmen seiner eigenen Diagnose („Die Vermögensbildung in breiten Schichten ist völlig unzureichend") nicht gerecht. Brandt: „Vorschläge zur Vermögenspolitik . . . werden geprüft."

Geprüft, vertagt und an Kommissionen delegiert wurde von den neuen Regenten auch alles, was zwischen den Partnern strittig oder in der kurzen Frist zwischen Wahlnacht und Regierungserklärung nicht lösbar war: Mitbestimmung, Krankenversicherungsreform, Raumordnung, Steuerreform und sozialer Wohnungsbau.

Aus dem großen Angebot suchten sich die kampfeslustigen „C-Parteien" (SPD-Pressedienst) drei Posten heraus: Deutschland-Politik, Landwirtschaft, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Als am Donnerstagabend Willy Brandt zum Finale ans Pult ging, hielt sich Kurt Georg Kiesinger für unentbehrlich: „Ich muß jetzt rein und genau achtgeben, was Willy Brandt zur DDR-Anerkennung sagt." Den Ex-Kanzler trieb die Sorge, sein Nachfolger lasse sich dazu verleiten, Ulbricht mehr anzubieten, als die alten Partner aus der Großen Koalition konzedieren wollten.

Doch Kanzler-Kontrolleur Kiesinger wartete vergebens auf sein Stichwort. Durch Nuancen schaffte sich Regierungschef Brandt Spielraum für seine Deutschlandpolitik, ohne formal jene Essentials aufzugeben, auf die er sich in der Großen Koalition verpflichtet hatte: das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen und der Verzicht auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Brandts Nuancen:

▷ Das Selbstbestimmungsrecht, Fetisch in 20 Jahren CDU-Politik, soll künftig zwar nicht mehr Vorbedingung, aber immer noch Fernziel von Gesprächen mit Ost-Berlin sein. Dem Kanzler kommt es darauf an, „daß die Politik die Voraussetzung dafür schafft, daß der Souverän Volk eines Tages wieder zur Geltung kommen kann".

▷ Die Bemühungen der Bundesrepublik, die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten im Sinne der Hallstein-Doktrin zu verhindern, werden zwar nicht prinzipiell aufgegeben, aber vom Wohlverhalten der DDR in den innerdeutschen Beziehungen abhängig gemacht. Kanzler Brandt: „Wir stellen einen Zusammenhang her zwischen dem Ringen um innerdeutsche Regelungen und der Art, in der sich die DDR anderen gegenüber darstellen möchte. Insofern hängt es von Ost-Berlin ab, was aus der Art wird, wie ihm andere begegnen."

Mit diesem Ausblick in eine gesamtdeutsche Zukunft brachte der Kanzler die lauernde CDU-Opposition aus dem Konzept. Statt den Experimentator Brandt einer leichtfertigen Anerkennungspolitik bezichtigen zu können, sah sie sich unversehens gezwungen, ihre Miturheberschaft an der neuen Deutschlandpolitik zu reklamieren, um den Anschluß nicht zu verpassen.

Kiesinger-Ersatz Rainer Barzel, der als letzter Debatten-Redner der CDU zum Podium eilte, kleidete die christdemokratische Reklamation in die rhetorische Frage: „Wo ist denn da eigentlich eine Alternative? Was hat denn die Regierung Kiesinger, der Sie als Außenminister angehört haben, getan?"

In Barzels Effektpause fiel die Antwort aus der Hinterbank. FDP-Neuling Detlef Kleinert: „Nichts!" Barzels tönende Deutschlandschau war verpatzt. Auf der Regierungsbank beugte sich Außenminister und FDP-Chef Walter Scheel erleichtert zu seinem Kanzler: „Das war fabelhaft, jetzt ist die Luft raus."

Geschickt hatten die Christdemokraten den FDP-Außenminister Scheel schon am ersten Debattentag mit Zitaten aus seinem Wahlkampf außer Tritt gebracht. Scheel damals: Ihm mache es nichts aus, wenn andere Regierungen die DDR anerkennten. Letzte Woche im Bundestag wand sich



Minister **Schiller**
. . . noch alle umstellen"

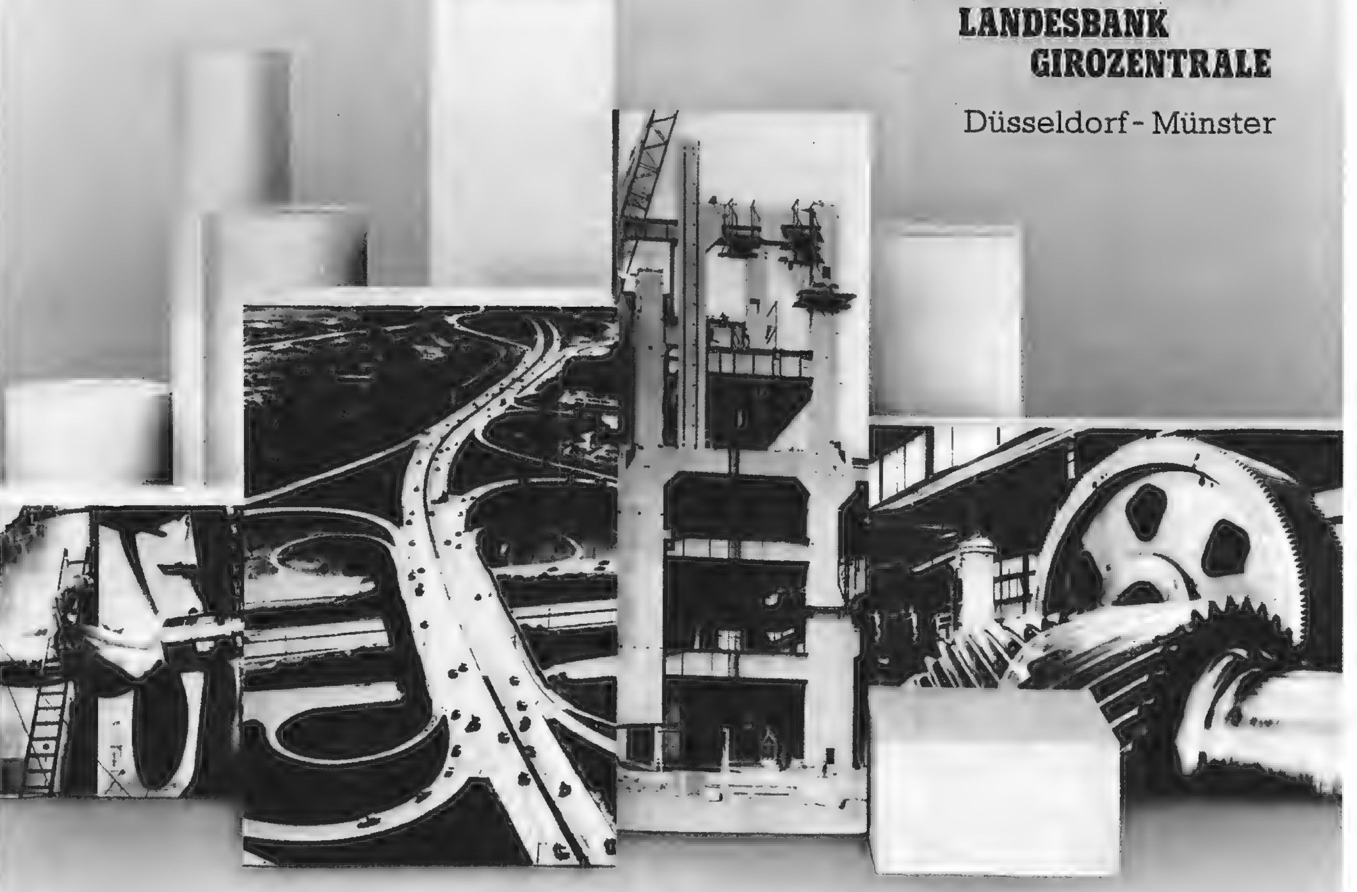
der Freidemokrat: „Dies ist ein ungewöhnlich schwieriges Problem, und wir wollen es mit der Vorsicht lösen, mit der diese Frage nur gelöst werden kann."

Freunden gegenüber gestand Scheel später: „Ich kann nicht frei reden wie ein Abgeordneter, als Minister bin ich doch an die Kabinettslinie gebunden."

Den zuständigen sozialdemokratischen Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, hielten die SPD-Regisseure vom Rednerpult fern. Sie wollten den Parteifunktionär, der sein Ministeramt vor allem innerparteilicher Proporz-Arithmetik verdankt, der Opposition nicht als zusätzliche Angriffsfläche präsentieren.

Vergebens brachte Franke-Staatssekretär Günter Wetzel die fertige Minister-Rede laufend auf den neuesten Debatten-Stand. Sie wurde nie gehalten.

Der zum Ernährungsminister aufgestiegene FDP-Oberlandwirtschaftsrat Josef Ertl aus dem bayrischen Land-



kreis Miesbach mußte sich jedoch der Debatte stellen, und in ihm witterte die CDU-Opposition leichte Beute.

Ertl selbst waren auf der Reise zu seiner ersten Amtshandlung im EWG-Ministerrat in Luxemburg nach eigenem Eingeständnis noch Zweifel an seiner Berufung gekommen: „Sepp, hast du dich vielleicht nicht doch überschätzt?"

Ertl beantwortete die Selbstprüfung mit Nein und ließ es, aus Luxemburg zurückgekehrt, am Donnerstag auch alle Abgeordneten wissen: „Lesen Sie den Kommentar der internationalen Presse. Darin werden Sie lesen, daß diese Regierung zum erstenmal den deutschen Standpunkt mit Nachdruck vertreten hat. Ich lasse mir das nicht nehmen."

Schon tags zuvor hatte er seinem Nachbarn auf der Regierungsbank, Professor Karl Schiller, die Antwort auf einen Vorstoß des Alteuropäers und Neuabgeordneten Professor Walter Hallstein abgenommen: „Lassen's mir den, den rasier' ich."

Wie den Kollegen Hallstein, rasierte er anderntags eine ganze Riege voreilig höhnender Kritiker aus der neuen Opposition, voran die Ex-Minister Franz Josef Strauß und Hermann Höcherl. Der Vorgänger-Regierung erteilte er die Belehrung, verpackt in bayrische Bonhommie, sie habe mit ihrer Zustimmung zu den desolaten europäischen Agrar-Marktordnungen „die Suppe eingebrockt, die ich mit auslöffeln muß, und die ist verdammt dick".

Aufs neue Oppositionsgeschäft war nur einer richtig eingestellt: CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel. Als einziger in der Oppositions-Führung verzichtete er auf Vergangenheitsbewältigung und bot der Regierung „kritische Kooperation" an. Die eigenen Freunde forderte er zur Selbstbesinnung auf: „Wir müssen uns noch alle umstellen."

Dieses Lernprozesses bedürfen vor allem die Führer der beiden Oppositionsparteien und Barzel-Konkurrenten Strauß und Kiesinger. Der eine konnte seine Niederlage in der Aufwertungsdiskussion nicht verwinden und handelte sich eine herablassende Belehrung des Aufwertungs-Siegers ein. Dem geschlagenen Widersacher bot der Ordentliche Professor der Nationalökonomie Karl Schiller ein „colloquium privatissime et gratis" an.

Auch Kiesinger versuchte, verlorene Schlachten noch einmal zu schlagen. Statt sich mit Willy Brandts neuer Deutschland-Politik auseinanderzusetzen, fügte er seiner Kollektion von DDR-Pseudonymen ein neues hinzu: „Der Sachverhalt da drüben."

Nur in einem Punkt erwies sich der Bundeskanzler außer Diensten einsichtig. Kurt Georg Kiesinger zum SPIEGEL: „In der Aufwertungsfrage haben wir unseren größten politischen Fehler gemacht."

„KANZLER DES AUSVERKAUFS"

Zitate aus dem Strauß-Organ „Bayernkurier"

30. August 1969

„Damit ist es heraus, das Ziel der SPD-Politik: Roter Einheitsstaat."

„Wählt SPD — und Ihr werdet enteignet ... Von den Sozialdemokraten ausgearbeitete Pläne zu einer drastischen und rücksichtslosen Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen jeden Arbeiter um sein Häuschen, jeden Handwerker um seinen Betrieb, jeden Einzelhändler um seinen Laden, jeden Bauern um seinen Hof zittern lassen."

„Die SPD ist die Partei des Ostens. Sie sucht ihren Frieden in Moskau. Nicht umsonst orientiert sie sich in den letzten Wochen vor der Wahl fast ausschließlich am Kreml."

27. September 1969

„... wenn Brandt Kanzler würde, wäre Deutschland gefährdet."

„Die Situation ist geradezu irrsinnig: Moskau startet eine diplomatische Offensive gegen Europa und bedient sich dabei des deutschen Außenministers. Dieser ist inzwischen so weit indoktriniert, daß er die europäische Einigung der Fata Morgana einer östlich garantierten Sicherheit zuliebe preisgeben würde."

11. Oktober 1969

„Was soll aus unserem Vaterland werden, wenn ein Kanzler Kiesinger nicht mehr über die Bocksprünge seines ehemaligen Außenministers wacht, wenn niemand mehr da ist, der an die Brandtschen Ergüsse die Hand des Korrektors anlegt, damit die deutschen Interessen nicht für ein schäbiges Butterbrot veräußert werden? Die SPD ist zu schlapp, gegen das zweite Versailles, gegen den programmierten Untergang deutscher Wirtschaftskraft Front zu machen. Weil Moskau es wünscht, hat die graue Kamarilla um die Galionsfigur Brandt die Unterschrift beschlossen."

„Aber Brandt wird als Verzichtskanzler geschichtsmächtig werden, wenn er lange genug Gelegenheit hat, sein antieuropäisch-prosowjetisches Programm in die Tat umzusetzen."

„Die Koalition von FDP und SPD wird das historische Verdienst haben, die Bundesrepublik an den Eingang zum Sowjetsystem gerückt zu haben."

1. November 1969

„Brandt als Kanzler des Ausverkaufs."



Brandt-Kandidat **Grzimek**
Gewissen der Nation

GRZIMEK

Spur verloren

Bundeskanzler und Hundehalter Willy Brandt wollte einen prominenten Tierpfleger engagieren: Professor Bernhard Grzimek, Tierschutz-Gewissen der Nation.

Als das Bundeskabinett Montag letzter Woche die Schlußfassung der Regierungserklärung beriet, kündigte Brandt an, er werde auch etwas zum Natur- und Tierschutz sagen. Dieses deutsche Anliegen hatten ihm Briefschreiber aus des Volkes Mitte ebenso wie der erste Bürger des Staates ans Herz gelegt: Bundespräsident Heinemann nutzte seinen Ausflug in Brandts Urlaubsquartier „Gut Giersberg", den Parteifreund für ein Regierungswort zum Naturschutz zu gewinnen.

Gleich drei fertig formulierte Manuskriptseiten für die Regierungserklärung sandte der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Heinrich Ritzel, Vater des persönlichen Kanzler-Referenten Gerhard Ritzel, zu seinem Thema Nummer eins ins Palais Schaumburg. Senior Ritzel hatte in seinen Parlamentsjahren ganze Fragestunden mit dem Problem quälender Pferde-Exporte nach Italien bestritten.

Am Montag im Kabinett schlug ein Minister vor, Professor Grzimek als Sachverständigen für Natur- und Tierschutz zu gewinnen.

Brandt, dessen Partei beim Stimmenfang mit Testimonial-Anzeigen der Fernsehstars Kulenkampff und Frankenfeld gute Erfahrungen gemacht hatte, war von der Idee fasziniert, mit dem Ruf „Serengeti darf nicht sterben" die Lebenserwartung der sozialliberalen Koalition zu erhöhen.

Regierungsvize Walter Scheel plädierte tierschutzfern: „Da schlagen wir

zwei Fliegen mit einer Klappe, Grzimek ist ja außerdem Vertriebener."

Noch während der Kabinettsitzung machten sich Brandts Gehilfen ans Werk: Sie versuchten Grzimek zu erreichen, um telephonisch sein Einverständnis für den Regierungsjob einzuholen. Doch der prominente Professor war auf Expedition. Nur bis New York konnten die Bonner Grzimeks Spur verfolgen, dann verlor sie sich in Kuba.

Die Fehlanzeige entschlackte Brandts Regierungsprogramm. Dort hieß es dann nur noch: „Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß dem Schutz der Natur, von Erholungsgebieten, auch der Tiere, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß."

FINANZMINISTERIUM

Order an alle

Ein pensionsreifer Generaldirektor außer Diensten lehrt Bonns Beamte das Fürchten. Als Finanzminister Alex Möller, 66, zum erstenmal seinen Abteilungsleiter Soddemann hatte vortragen lassen, befand er: „So viel Zeit für Weitschweifigkeiten habe ich nicht."

Der frühere Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherungs AG beauftragte seinen Koordinations-Referenten Franzen, unverzüglich die sieben Abteilungsleiter des Hauses zu äußerster Prägnanz und Präzision anzuhalten.

Franzens Order an alle: „Der Minister wünscht so wenig Vorlagen wie möglich. Diese Vorlagen sind so kurz wie möglich zu halten. Vorlagen von mehr als drei Seiten sind zwecklos."

Die neue — für Beamte revolutionäre — Sprachregelung ist freilich nur der Abschluß von Möllers Machtergreifung im Haus an der Rheindorfer Straße.

Unmittelbar nach seiner Vereidigung als Finanzminister des Kabinetts Brandt hatte er unter der Führungsmannschaft seines Amtsvorgängers Franz Josef Strauß aufgeräumt. Möller entließ die beiden Spitzenbeamten des Ressorts, die Staatssekretäre Walter Grund, 62, und Karl Maria Hettlage, 66 (CDU). Beide Staatsdiener (Grundgehalt 5770 Mark) hatten sich als engagierte Strauß-Bewunderer aktiv an der Wahlkampfpolemik gegen Schiller und die SPD beteiligt.

Der neue Chef schonte auch die zweite Etage der Beamten-Hierarchie nicht. Nur drei von sieben Abteilungsleitern der Strauß-Ära überlebten Möllers radikales Revirement. Die Ministerialdirektoren (Grundgehalt 4425 Mark) Ludwig Falk, Hans Clausen Korff, Walter Schädel und Aegidius von Schoenebeck hatten ihre Schuldigkeit getan und wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der bisherige Leiter der Personalabteilung von Schoenebeck erschien dem Strauß-Nachfolger zu konservativ. Möller: „Ich glaube, der steht noch rechts von Hugenberg." Den Kopf der Zollabteilung, Schädel, der sich von seinen Untergebenen gern in der dritten Person anreden ließ, befand Möller ebenfalls für „untragbar".

Die CDU-Sympathisanten und Pensionsanwärter Korff, 64 (Bundeshaushalt), und Falk, 62 (Besitz- und Verkehrsteuern), schließlich mußten aufs Altenteil, weil sie für Möllers moderne Management-Methoden für ungeeignet befunden wurden.

Falk bekam selbst von seinen Kollegen ungünstige Noten. Schillers Ministerialdirektor Otto Schlecht über den Steuerexperten aus dem Finanzministerium: „Falk ist ein Anhänger der kameralistischen Steuerpolitik des 19. Jahrhunderts gewesen, jede moderne Fiskalpolitik ist ihm ein Greuel."

Dem Haushaltsexperten Korff, der ohnedies in zehn Monaten pensionsreif wird, wurde sein Alter zum Verhängnis. Möller: „Ich kann nicht mitten in der Arbeit die Pferde wechseln."



Bundesfinanzminister **Möller**
CDU-Sympathisanten aufs Altenteil

Den unfreiwillig aus Amt und Würden scheidenden vier Abteilungsleitern gesellte sich ein freiwilliger Dissident hinzu: Ministerialdirektor Horst Vogel — bislang Leiter der Grundsatzabteilung und von Möller auf den unwichtigeren Posten des Steuerexperten abgeschoben — nahm Abschied von seinem neuen Dienstherrn. Strauß-Intimus Vogel bat, acht Tage nach Möllers Einzug in das Ministerbüro, um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Als CDU-Mitglied fürchtete er, sich nicht hinreichend von den Gedanken seines früheren Chefs Strauß abheben zu können. Bereitwillig entsprach Möller der Bitte.

Doch auch jene Beamten, die Möllers Säuberungsaktion überlebten, bereiten sich nun auf harte Zeiten vor. Ministerialdirektor Dr. Féaux de la Croix (Liquidation des Krieges, Verteidigungslasten, Rechtsangelegenheiten) nahm es vorerst leicht: „Möller ist sicher viel härter als Strauß. Ich mache mich schon jetzt auf Anschisse gefaßt, aber dafür werde ich schließlich auch bezahlt."

Ex-Minister Strauß indes fand die Gelegenheit günstig, dem Nachfolger und neuen Dienstherrn über 879 Bonner Finanz-Beamte mangelnde Erfüllung seiner Obhutspflichten vorzuwerfen. Am Donnerstag letzter Woche zieh er vor dem Deutschen Bundestag Möller einer unsozialen und parteilichen Personalpolitik: „Warum müssen denn unbedingt die Köpfe rollen, wenn ein neuer Minister kommt. Was haben die Herren Grund, von Schoenebeck, Korff, Schädel und Falk getan, daß sie in dieser Form auf einmal hinausgesetzt werden?"

Gegen den Vorwurf der Parteilichkeit freilich fühlte Möller sich gewappnet. Er hatte bereits den FDP-Finanzexperten Hans Georg Emde als Staatssekretär vereidigt und warb um den parteilosen Finanz-Professor Heinz Haller als zweiten beamteten Staatssekretär. Haller wird sich mit einem „Team ausgesuchter Experten" (Möller) ausschließlich der geplanten großen Steuerreform widmen.

Die Abteilungsleiterposten hatte er gleich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit an die „natürlichen Kronprinzen im Hause" vergeben — mit einer Ausnahme. Chef des wichtigsten Rayons, der Abteilung Grundsatzfragen, soll sein früherer Mitarbeiter, der Stadtkämmerer von Gelsenkirchen, Dr. Manfred Schüler (SPD), werden: „Der hat lange mit mir zusammengearbeitet, er kennt meine Stärken und Schwächen genau. Ich natürlich auch seine."

Möllers erster Versuch, sich zumindest bei den niederen Beamten-Chargen als gestrenger, aber dennoch treusorgender Hausvater auszuweisen, mißlang freilich. Als er bei einem Rundgang durch sein Ministerium die hohen Kantinenpreise monierte, belehrte ihn der begleitende Referent: „Wir können nur 60 Pfennig Zuschuß gewähren." Bei einer Erhöhung des Essensgeldes werde der gesamte öffentliche Dienst nachziehen und die Bundeskasse schröpfen.

Der Minister: „Die mieseste Klitsche zahlt doch ihren Leuten 1,50 Mark. In einer Stunde will ich wissen, was wir bezahlen müssen, wenn wir auf eine Mark gehen."

Nach einer Stunde legten ihm die Beamten eine schriftliche Berechnung vor, nach der ein höherer Essenszuschlag die Bundeskasse jährlich neun Millionen Mark kosten würde. Da jedoch dieser Betrag in der — von Möller geforderten und mitentwickelten — mittelfristigen Finanzplanung (Mifrifi) nicht vorgesehen sei, müsse es bei 60 Pfennig bleiben.

Der rigorose neue Behördenchef resignierte bei dieser ersten — sachlich begründeten — Unbotmäßigkeit der geschockten Beamtenschaft. Möller übergab den Akt seinem FDP-Mitstreiter Emde mit dem Kommentar: „Es gibt schlimmere Dinge."

KANZLERAMT

Dünne Decke

Horst Ehmke, SPD-Starfighter, unterwies seinen Kanzler in der Taktik des Stellen-Krieges: „Willy, wenn du das Kanzleramt übernimmst, dann mußt du auch ein Dutzend Leute feuern. Auch Sekretärinnen müssen dran glauben, die sind doch alle CDU-geschwängert."

Willy wollte keinem weh tun: „Muß das denn sein?" Doch die kampfeslustigen Genossen, die den SPD-Chef Mitte Oktober für den Machtwechsel präparierten, kannten keine Gnade. Ein Brandt-Vertrauter tröstete den künftigen Kanzler: „Der Horst macht das schon. Der geht einmal mit der MPi durchs Palais Schaumburg, und — ra-ta-ta-ta — schon stimmt die Chose."

Brandt, im Auswärtigen Amt an diplomatische Umgangsformen gewöhnt, wurde melancholisch: „Ich will damit nichts zu tun haben. Wenn es denn sein muß, dann macht es allein."

Horst Ehmke machte es allein. Ihren Laufpaß bekamen am ersten Tag des neuen Regiments die Ministerialdirektoren:

- ▷ Werner Krueger, Leiter des Planungsstabs, der einst als Presseamts-Vize mit Geheimgeldern regierungsfromme Journalisten geködert hatte;
- ▷ Dr. Johannes Praß, der als Leiter der Wirtschaftsabteilung die konzertierte Aktion des SPD-Wirtschaftsministers Schiller hatte aus dem Takt bringen wollen;
- ▷ Dr. Horst Osterheld, der zu Kiesingers Zeiten als Leiter der Abteilung Außenpolitik die progressive Ost-Politik des SPD-Außenministers durch Festhalten von Demarche-Entwürfen des AA gebremst hatte, bis Brandt erbittert feststellte: „Ich bin im letzten halben Jahr der Großen Koalition nur noch Vortragender Legationsrat gewesen."

Auch dem Berlin-Beauftragten Carl Krautwig wurde gekündigt, Kiesingers Pressemann Franz Hange bot von sich aus seinen — sofort angenommenen — Rückzug an. Der persönliche Referent Kiesingers, Ministerialdirigent Hans Neusel, wurde abgeschoben.

Den vertriebenen Ministerialdirektoren droht als politischen Beamten die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und damit eine empfindliche Gehaltsminderung. Das Beste aus seinem neuen Los machte Werner Krueger. Er nahm zunächst sechs Wochen Urlaub und radelt seither über die Spazierwege des Bonner Venusbergs. Krueger: „Ich bekomme genug Geld, ich brauche mir deshalb keine Sorgen zu machen."

Praß hingegen nahm die Aufregung der Amtsvertreibung so mit, daß er bettlägerig wurde. Osterheld schließlich versuchte vergeblich, bei seiner alten Behörde, dem Auswärtigen Amt, angemessene Beschäftigung zu finden, und sorgt sich seitdem: „Ich werde später dazuverdienen müssen, sonst wird es knapp. Die eigentlich Leidtragenden bei diesem Regierungswechsel sind nicht die Politiker, sondern die Beamten."

Die freigewordenen Kanzleramtsstellen besetzte Ehmke mit sozialdemokratischen Vertrauensleuten: Dr. Ernst Kern (Verwaltung), Dr. Herbert Ehrenberg (Wirtschaft) und Dr. Ulrich Sahm (Außenpolitik). Zugleich verteilte Ehmke die Aufgaben neu; sich selber unterstellte er den Planungsstab, Staatssekretär Egon Bahr bekam den Aufgabenbereich Deutschland- und Sicherheitspolitik zugewiesen und wurde zugleich Berlin-Beauftragter mit Sitz in Bonn.

Seine engsten Mitarbeiter, Legationsrat Erster Klasse Claus Sönksen und Vortragender Legationsrat Erster Klasse Dr. Gerhard Ritzel, brachte Brandt aus dem AA mit. Beide wollen jedoch nach einem halben Jahr ins Außenamt zurückkehren.



Kanzleramts-Minister **Ehmke**
„Mit der MPi durchs Palais"

Die neuen Kanzleramts-Männer wurden auch nach einer Woche Einarbeitung noch nicht mit den Tücken des Palais Schaumburg fertig.

Am schnellsten meisterte Kanzler Brandt die neue Lage. Als sich auch nach tagelangem geduldigen Warten kein Ersatz für den von Kiesinger mitgenommenen Papierkorb gefunden hatte (SPIEGEL 44/1969), verfremdete Brandt kurzerhand die linke Schublade seines Regierungspults zur Abfall-Ablage. Am Dienstag letzter Woche allerdings quoll das von den Putzfrauen nicht beachtete Schubfach über. Brandt: „Jetzt kaufe ich mir selber einen Papierkorb."

Des Kanzlers Mitarbeiter hatten bis dahin schon eine lange Liste von Mängeln der neuen Arbeitsstätte zusammengestellt:

- ▷ Im ganzen Kanzleramt gibt es nur eine Gegensprechanlage zu einem Vorzimmer;
- ▷ Ferngespräche können oft nur von den Telephonen der Sekretärinnen selbst gewählt werden;
- ▷ eine Rohrpost fehlt, und jedes Aktenstück müssen Boten tragen, die aus einem 200 Meter entfernten Neubau herbeigerufen werden;
- ▷ der Planungsstab des Regierungschefs residiert samt Akten und Registratur einen Kilometer vom Kanzleramt in einer Dependance;
- ▷ es fehlt ein Raum für Lagebesprechungen, der über technische Einrichtungen wie Schautafeln und Lichtbildgeräte verfügt;
- ▷ die Sicherheitsvorschriften beim Aktentransport wurden — im Vertrauen auf die Außensicherung des Amtes durch den Bundesgrenzschutz — „in einer Weise gehandhabt, die in jedem anderen Ministerium Disziplinarverfahren zur Folge hätte" (Ehmke).

Selbst die Panzerschränke entsprachen nicht den Sicherheitsvorschriften: Es waren einwandige Modelle. Sichere Panzerschränke mit vorgeschriebener Doppelwand brächten die dünnen Decken des Schaumburg-Palais zum Einsturz.

Brandt-Referent Ritzel flüchtete sich in Galgenhumor: „Es hätte mich nicht gewundert, wenn ich auf eine Streusanddose gestoßen wäre."

Respektlos kratzte die neue Mannschaft die Patina der historischen Ehrwürdigkeit von der Kanzlerresidenz. Ehmke-Referent Ministerialrat Hans Hegelau: „Statt Tintorettos an den Wänden brauchen wir Platz für Lagekarten und Schaubilder, statt Holztäfelung Schiefertafeln zur Skizzierung von Denkmodellen."

Zur Modernisierung des Bonner Machtzentrums plant Ehmke eine Teilreform der Kanzlerbehörde:

- ▷ die Bereiche Inneres und Justiz, bisher der Abteilung Verwaltung angeklebt, sollen in einer eigenen Abteilung zusammengefaßt werden;
- ▷ ein Krisenstab soll eingerichtet und der Verwaltungsabteilung angegliedert werden.

Um die zu CDU-Zeiten traditionelle Rivalität zwischen Kanzleramt und Außenamt abzubauen, hat Ehmke eine Neuerung bei den morgendlichen Lagebesprechungen des Kanzlers eingeführt: Zu der Konferenz — jetzt im kleinen Kabinettsaal — wird auch ein Staatssekretär des AA geladen, umgekehrt besucht Kanzleramts-Ministerialdirektor Sahm die Lagebesprechung des Auswärtigen Amtes.

Eine noch von Kiesinger geplante Neuerung wird unter Kanzler Brandt überflüssig. Um die Säle des Palais Schaumburg gänzlich der Repräsentation zu reservieren, wollte Kiesinger für das Kabinett einen Neubau im Garten des Regierungspalais errichten lassen. Nachfolger Brandt jedoch will den Kanzlerbungalow zur Repräsentation nutzen, sobald Flachbau-Bewohner Kiesinger ausgezogen ist.

Auf Empfehlung von

NORIS

Prüfen Sie, wie mild ein Weinbrand sein kann



Machen Sie sich mit Blume, Farbe und Geschmack des NORIS vertraut.

Sie werden empfinden, wie mild und bekömmlich dieser vollmundige Weinbrand ist.

Wenn Sie bisher weniger mild getrunken haben, dann sollten Sie jetzt etwas für sich tun.

Prüfen Sie, wie mild ein Weinbrand wirklich sein kann.

NORIS
hat die Milde,
die man prüfen kann.



NJ 41

„ICH BIN GEGEN REFORMHUBEREI"

SPIEGEL-Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl

SPIEGEL: Herr Kohl, haben Sie als ein Kronprinz der Union nach der Wahl richtig taktiert?

KOHL: Ich bin überhaupt kein Kronprinz. Das ist ein Attribut, das weder in die Landschaft noch auf mich paßt.

SPIEGEL: Sie waren in der Wahlnacht im Kanzler-Bungalow und ständig zur Seite Ihres Freundes Kiesinger. Sie haben später Kiesinger bei dem Versuch geholfen, eine Kleine Koalition aus CDU/CSU und FDP zustande zu bringen.

KOHL: In der Wahlnacht waren viele aus der CDU-Führung im Bungalow oder im Kanzleramt. Für sie alle gilt dann mindestens genauso wie für mich das, wie ich finde, schlechte Attribut des Kronprinzen.

SPIEGEL: Ihre Partei hat die FDP nicht zur Koalition gewinnen können. Müssen Sie sich nicht den Schuh anziehen, seit jener Wahlnacht als Helfer des Bundeskanzlers Kiesinger versagt zu haben?

KOHL: Ich bin der Meinung, daß dieser Schuh auf keinen von uns paßt, weil die Ereignisse gezeigt haben, daß der Spielraum für eine solche Koalition innerhalb der FDP denkbar gering war.

SPIEGEL: Wenn es in der Wahlnacht zu spät war, hätten Sie vielleicht lange vor der Wahl Kontakte zur FDP aufnehmen müssen.

KOHL: Natürlich bestanden vor der Wahl ganz entschiedene und intensive Kontakte mit der FDP. Eine ganze Reihe von uns hat Monate hindurch mit Freien Demokraten Gespräche geführt, die bewirken sollten, daß die FDP offen nach beiden Seiten blieb.

SPIEGEL: Die CDU hat aber in Wahlanzeigen gesagt: Wer FDP wählt, wählt SPD. Und sie hat, von Kiesinger angefangen, im Wahlkampf auf der FDP herumgeprügelt.

KOHL: Ja, wir haben in dieser Beziehung Fehler gemacht.

SPIEGEL: Nun haben Sie und andere Helfer Kiesingers nach dem Wahltag darauf gesetzt, doch noch Teile der FDP-Fraktion zu sich herüberzuziehen. War das nicht eine ziemlich verzweifelte Taktik?

KOHL: Die CDU hat nicht die Taktik eingeschlagen, die FDP zu spalten. Jeglicher Beweis für diese Behauptung ist ausgeblieben, sie ist einfach falsch. Wir haben nach dem Wahltag ein ganz normales Koalitionsgespräch mit der FDP angestrebt, und es fand ja auch eine Begegnung statt.



Kohl (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in der Mainzer Staatskanzlei*

SPIEGEL: Sie haben darüber hinaus mit einzelnen Freidemokraten gesprochen.

KOHL: Natürlich, das ist doch ganz logisch, daß viele Gespräche stattfanden. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß ich zum Beispiel mit dem FDP-Vorsitzenden von Rheinland-Pfalz, der zudem in unserer Landesregierung sitzt, gesprochen habe, genauso wie ich mit Herrn Scheel und Herrn Genscher gesprochen habe.

SPIEGEL: Nachdem das Liebeswerben um die Liberalen gescheitert war, erklärte Kiesinger, nun wolle er die FDP aus den Landtagen hinauskatapultieren.

KOHL: Es ist die Frage, ob diese Formulierung glücklich war.

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Erich Böhme und Dr. Alexander von Hoffmann.

SPIEGEL: Sie selbst haben sich da mit Kiesinger ins gleiche Boot gesetzt. Sie haben der SPD Betrug und Manipulation vorgeworfen, der neuen Regierung die moralische Autorität abgesprochen und ihr die Sprengung zum frühestmöglichen Termin angedroht.

KOHL: Das sind Zitate aus der Zeit unmittelbar nach der Wahl. Daß in dieser Woche viele in der CDU geladen — und ich nehme mich nicht aus — über den Ablauf der Ereignisse, nicht gerade entzückt waren und in freundlichen Beifall ausgebrochen sind, das ist doch verständlich. Man muß sich umgekehrt klarmachen, wie rasch die CDU zu sich selbst gefunden hat. Wenn man sich vorstellt, daß bei dieser Bundestagswahl die SPD 46 Prozent erhalten hätte und von einer CDU mit 42 Prozent ausgespielt worden wäre — was für treffende Formulierungen zurückhaltendster Art hätte etwa Herbert Wehner in einem solchen Augenblick gefunden. Und hätten nicht viele unserer heutigen Kritiker den Grabgesang der Demokratie gesungen? Da möchte ich doch immerhin dafür plädieren, etwas Verständnis für die Lage der maßgeblichen CDU-Leute zu haben.

SPIEGEL: Sie rücken also von Ihren Worten der ersten Stunde ab?

KOHL: Ich habe in der ersten Reaktion ganz sicher Formulierungen gebraucht, die ich schon acht Tage später nicht mehr gebraucht hätte und auch nicht mehr gebraucht habe. Aber ein handelnder Politiker muß einfach auch die Chance haben, mal seinem Herzen Luft zu machen.

SPIEGEL: So soll also die Opposition der CDU/CSU nicht auf Dauer aussehen?

KOHL: Wir dürfen nicht von einem Jahr zum anderen leben. Wir müssen eine eigene Konzeption der deutschen Politik der nächsten Jahre entwickeln — nehmen Sie das Modewort der siebziger Jahre —, und zwar völlig ungeachtet der Tatsache, ob wir Regierungspartei oder Opposition sind. Wir haben ganz einfach in diesen zwei Jahrzehnten in einem zum Teil sehr gefährlichen Maß Fett angesetzt. Wir müssen jetzt eine Entschlackungskur machen.

SPIEGEL: Ihr Freund Kiesinger ist da anderer Meinung. Er behauptet, eine Reform der Partei an Haupt und Gliedern sei nicht nötig.

KOHL: Das ist doch ein Streit um Worte: Ob ich sage, Reform an Haupt und Gliedern, oder ob ich sage, ich will die CDU aus den bestehenden Grundlagen weiterentwickeln und für die Zukunft entsprechend ausrichten.

SPIEGEL: Das heißt doch Reform.

KOHL: Ja, natürlich. Ich habe auch gar keinen Einwand dagegen, daß von Reformen gesprochen wird. Ich bin nur dagegen, daß wir jetzt in eine Re-


Alle lachen uns aus.
Auf unseren Straßen kurven nur Omas.
In unseren Beatschuppen tanzen nur Opas.
Unser Institut für Zukunftsforschung wird betrieben, weil Rentner neugierig sind.
Alle Berliner sind vergreist.
Alle Greise leben wild.
Alle Wilden sind Studenten.
Alle Studenten sind faul.
Alle Faulen werden radikal.
Alle Radikalen sind Sozialrentner.
Alle Rentner wohnen in Berlin.
Alle Berliner sind unbürgerlich.
Alle Vorurteile haben eins gemeinsam:
Alle Dummen glauben daran.
Alle Klugen lachen darüber.
Lachen Sie mit.
Berlin ist die Reise wert.
Werden Sie Berliner.
Denn alle Berliner …
So lacht man in Berlin.

formhuberei verfallen, daß wir uns von außen einreden lassen, alles was wir gemacht haben, sei schlecht gewesen.

SPIEGEL: Wie soll sich also die CDU künftig präsentieren?

KOHL: Wir haben uns letztes Jahr in Berlin ein absolut modernes Programm gegeben.

SPIEGEL: Wenn das Berliner Programm nach Ihrer Meinung bereits das moderne CDU-Programm für die siebziger Jahre ist ...

KOHL: Der Beginn eines modernen CDU-Programms. Der Berliner Parteitag hat ja beschlossen, daß diese Diskussion fortgesetzt wird, was mit Sicherheit in der ersten Hälfte, vielleicht sogar im ersten Viertel des Jahres 1970 sein wird.

SPIEGEL: Kiesinger selbst sagt jetzt, die CDU habe sich zu sehr auf ihre Kanzler verlassen. Darin liegt das Eingeständnis, daß Programmatisches in dieser Partei zu kurz gekommen ist.

KOHL: Ein Punkt, den ich in diesem Zusammenhang für ganz besonders wichtig halte, ist, daß wir unsere Ausstrahlung im intellektuellen Bereich sehr verstärken müssen. Es ist einfach eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß bei dieser Bundestagswahl in weiten Kreisen der Intellektuellen oder ähnlichen Kreisen und Gruppen sich eine Stimmung entwickelt hat, es sei schick und modisch, gegen die CDU zu sein.

SPIEGEL: Ihre Partei, die 20 Jahre unangefochten die Macht besaß, war wohl allzu arrogant geworden.

KOHL: Ich würde es eher einen Anflug von Selbstgerechtigkeit nennen, der Sympathien kostet. Ich glaube aber, daß die CDU im intellektuellen Bereich sich ohne Not von anderen den Hut hat aufsetzen lassen: Diese Partei ist tantenhaft, altmodisch, verstaubt ...

SPIEGEL: ... und wendet sich ganz bewußt an die Tanten. Das ist im Wahlkampf wieder sehr deutlich geworden.



Neue Osnabrücker Zeitung

Die neue Lage

KOHL: An dieser Formulierung ist etwas dran. Ich meine, daß wir uns von der Tagespolitik, die notwendig und wichtig war und in der wir ungewöhnlich erfolgreich waren, zu sehr haben einfangen und erdrücken lassen.

SPIEGEL: Wie soll denn das Berliner Programm weiterentwickelt werden?

KOHL: Da stellt sich zunächst die Frage: Wie sieht die Generation, die morgen bestimmen wird, diese Welt? Das ist der Jungwähler des Jahres 1969, der wirklich die Gnade der späten Geburt hatte, der zeit seines bewußten Lebens in einer freiheitlichen Demokratie gelebt hat, der etwa für die heroische Zeit des Wiederaufbaus gar keinen Sinn und kein Verständnis hat. Mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre werden bei der nächsten Wahl gleich sieben Jahrgänge dieser Denkart hinzutreten.

SPIEGEL: Wie will sich die CDU diesen Jungwählern attraktiv machen?

KOHL: Ich räume ein, daß insgesamt die CDU ihren Reformwillen zuwenig deutlich gemacht hat.

SPIEGEL: Wie will sie ihn in Zukunft deutlich machen?

KOHL: Die Schwerpunkte müssen meines Erachtens bei der Reform der Gesellschaft und des Staates liegen. Da ist zum Beispiel die föderale Struktur, etwa die Aufteilung von Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, da sind bildungspolitische Fragen, Bildungsplanung und vieles andere mehr. Hinzu kommt der Bereich der Gesellschaftspolitik im engeren Sinn.

SPIEGEL: Das ist auch schon ein Modewort. Was meinen Sie damit?

KOHL: Ich will es nur in Stichworten anführen. Da ist die Eigentumspolitik, da geht es um die Verbesserung der Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik, um ihre Angleichung. Wir brauchen ein klares Ja zur



Das gewinnende Lächeln

Das gewinnende Lächeln der Mädchen bei BOAC ist nicht einfach Fassade. Dahinter steckt eine besondere Leistung.

In wenigen Sekunden bucht unser BOADICEA Computer Ihren Flug für das größte Flugnetz der Welt. Natürlich kümmern wir uns ebenso um Hotelbuchungen, Mietwagen, Anschlußflüge. Wir tun für Sie, was wir können.

Und wenn Sie dann mit uns fliegen, sind Sie in Gesellschaft der freundlichsten Leute, denen man in 10000 Meter Höhe begegnen kann. Achten Sie deshalb auf dies Lächeln. Es ist auf jeden Fall ein Gewinn für Sie.

BOAC

S4

Simca, eine Tochtergesellschaft von Chrysler (drittgrößter Automobilhersteller der Welt), baut europäische Autos von hohem technischen Standard. Mit 6542 handwerklich qualifizierten Servicestationen, davon allein 1034 in Deutschland, steht dem Simca-Fahrer das viertgrößte Servicenetz in Europa zur Verfügung.

Vollsynchronisiertes Viergang-getriebe, System Porsche.

Komfortausstattung mit Liegesitzen (so einladend wie ein Bett im Palace) und 4 Türen.

Motorunabhängiger, thermostatisch gesteuerter Ventilator (klingt kompliziert, ist aber eine feine Sache: der Ventilator läuft nur, wenn es notwendig ist).

81 PS (genug um drei Autos anzutreiben). Von 0 auf 100 km/h in 14 Sekunden. Spitze 160 km/h (einhundertsechzig).

Bremskraftverstärker, Bremskraftverteiler. Das Bremsen wird leichter gemacht; das Blockieren der Räder wird verhindert (besonders bei Vollbremsung).

Sicherheitsfahrwerk, 5fach geführte Sport-Hinterachse. Gürtelreifen (serienmäßig).

Perfekter Dauerleistungsmotor mit fünffach gelagerter Kurbelwelle.

So sollten Autokenner den schönen Simca 1501 sehen

SIMCA 1501

SIMCA

Urbanisierung, zu einer Politik, mit der die wenig entwickelten Landschaften herangeführt werden an die anderen Bereiche. Dazu gehört für mich die Schaffung einer neuen Middle class im amerikanischen Sinne mit mehr Aufstiegsmöglichkeiten in der Gesellschaft, auch mit mehr Besitz. Dazu gehört auch, daß beispielsweise durch vernünftige Gesetze der Tatsache von zehn Millionen berufstätigen Frauen Rechnung getragen wird.

SPIEGEL: Wollen Sie im Ernst die SPD links überholen?

KOHL: Die CDU/CSU ist ihrer ganzen Herkunft nach die Partei der Mitte. Was heißt heute links? — Ist ein hochqualifizierter Facharbeiter links? Wir wollen weder rechts noch links irgend jemanden überholen.

SPIEGEL: Irgendwie müssen Sie ja wohl die SPD überrunden.

KOHL: Es geht nicht darum, die SPD zu überrunden — wir, die CDU/CSU, sind die stärkste Gruppe —, sondern darum, daß wir ein unserer Gesellschaft und dem inneren Gesetz der CDU entsprechendes Konzept für die Politik entwickeln und dafür die Mehrheit gewinnen.

SPIEGEL: Wird der CDU-Parteitag am 17. November in Ihrer Landeshauptstadt Mainz dazu einen Anstoß geben?

KOHL: Er wird voraussichtlich beschließen, zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Berliner Diskussion intensiv fortzusetzen.

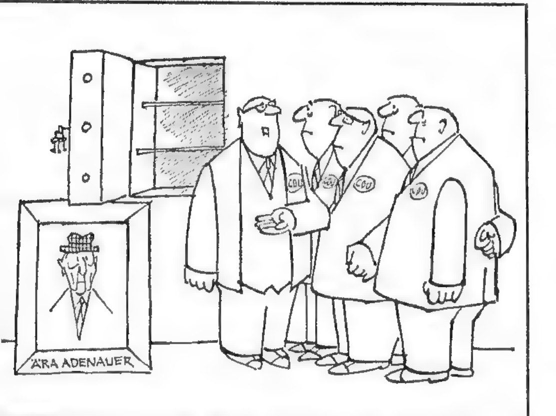
SPIEGEL: Bedarf es dazu nicht auch einer Reform der Parteistruktur und der Personalbesetzung?

KOHL: Wenn unsere Partei zur modernen Volkspartei weiterentwickelt werden soll, muß natürlich innerhalb der CDU auch im personalen Bereich diese oder jene Veränderung erfolgen.

SPIEGEL: Auch im Vorstand, der doch bisher immer ein Senioren-Gremium war?

KOHL: Sicher wird die CDU jetzt einen neuen Vorstand und ein neues Präsidium wählen.

SPIEGEL: Welche Funktionen sehen Sie für sich selbst?



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Das Erbe ist endgültig verbraucht! Ich fürchte, nun müssen wir uns unseren Lebensunterhalt selbst verdienen!"

KOHL: Wenn ich eine Chance habe, werde ich möglicherweise zum Präsidium kandidieren.

SPIEGEL: Weil Sie von dort aus Ihre Reformideen verwirklichen möchten?

KOHL: Es geht überhaupt nicht um meine Reformideen. Ich halte es aber für vernünftig, den Versuch zu unternehmen, aus der Führung der Partei heraus die Politik so mitzugestalten, wie ich es eben kurz dargestellt habe.

SPIEGEL: Kann sich die CDU unter Kiesinger nachhaltig reformieren?

KOHL: Die Union ist mit Kiesinger in diesen Wahlkampf gezogen. Er hat mehr Stimmen als jeder andere in diesem Lande auf sich vereinigt. Ich bin der Meinung, daß es für die CDU absolut töricht wäre, irgendein Scherbengericht im Blick auf die Vergangenheit zu halten.

SPIEGEL: Die Politiker an der Spitze der CDU wissen, daß 1973 möglicherweise Kiesinger nicht mehr der Kanzler-Kandidat der Partei sein wird. Sie werden also jetzt schon anfangen, ihre Stellungen für die Nachfolge auszubauen.

KOHL: Wir dürfen uns weder durch Ratschläge von außen noch durch eigene Kurzsichtigkeit in Personal- und Kulissenkämpfe verwickeln lassen.

SPIEGEL: Rainer Barzel, so scheint es, hat eine gute Ausgangsposition.

KOHL: Der Bundestagsfraktion und ihrem Vorsitzenden fällt eine ganz wichtige und ganz legitime Aufgabe zu.

SPIEGEL: Wird er nicht automatisch Kanzlerkandidat?

KOHL: Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß der Oppositionsführer auch Kanzlerkandidat sein kann.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die Chancen für Franz Josef Strauß?

KOHL: Strauß ist eine der ganz großen Begabungen der deutschen Politik, dem dieses Land enorm viel zu verdanken hat und der mit Sicherheit auch in der Zukunft eine ganz wichtige Rolle in der Bundespolitik spielen wird.

SPIEGEL: Wem werden die jungen Leute in der Fraktion folgen, die Abelein, Köppler, Wörner?

KOHL: Wo steht denn geschrieben, daß sie jemand folgen müssen?

SPIEGEL: Ohne einflußreichen Wortführer werden diese reformwilligen Leute nichts ausrichten. Es wäre doch denkbar, daß beispielsweise der Ministerpräsident Kohl sich als ein Protagonist oder Förderer dieser Gruppe zur Verfügung stellt.

KOHL: Die CDU braucht nicht Gruppen mit Anführern, die nach Art früherer Landsknechtshaufen im Feld herumziehen und sich jeweils bei dem Stärksten verdingen oder in Sold nehmen lassen. Es gibt in der CDU keine Front zwischen Reformern und Nichtreformern. Das halte ich schlicht und einfach für baren Unsinn. Die Fronten sind fließend.

SPIEGEL: Eben. Die CDU besteht aus fließenden Fronten.



Welt der Arbeit

„Paul, zieh noch zwei Buchstaben vor; der Ärmste muß ja glatt glauben, es wäre schon soweit!"

KOHL: Ist das schlecht? Da gibt es nicht die Sozialausschüsse, den Wirtschaftsrat, den Mittelstandskreis, die Junge Union, sondern in jeder dieser Gruppen und in allen Gruppen unserer Partei ist für alle Ansichten ein Pro und Kontra zu finden. Und das macht ja die Sache überhaupt nur blutvoll und interessant.

SPIEGEL: Sie versprechen sich also die CDU-Reform von der blutvollen Diskussion zwischen dem CDU-Kapitalisten Scheufelen und dem CDU-Gewerkschafter Breidbach, um mal zwei fließende Fronten zu nennen?

KOHL: Ich bin ganz sicher, daß es eine Notwendigkeit für die CDU ist, Männer wie Breidbach und Scheufelen miteinander diskutieren zu lassen.

SPIEGEL: Und dabei kommt dann etwas heraus, was die Jungwähler oder die Intellektuellen begeistert?

KOHL: Das Wesentliche ist für uns, daß dabei meistens etwas herauskommt.

SPIEGEL: Wie wollen Sie in dieser Reform-Diskussion Einfluß ausüben? Sie sitzen doch hier ziemlich an der Peripherie.

KOHL: Warum soll ich nicht von meinen Möglichkeiten Gebrauch machen, Einfluß auf diese oder jene Entwicklung zu nehmen. Das Leben einer Partei spielt sich in unzähligen täglichen Kontakten, Besprechungen, Sitzungen und Abreden ab.

SPIEGEL: Wie sehen Sie Ihre eigene Position im bevorstehenden Kampf um eine CDU-Kanzlerkandidatur für 1973?

KOHL: Dies ist keineswegs der Zeitpunkt, in dem man in der CDU über derartige Rollenverteilungen sprechen sollte. Ich halte es für abwegig, jetzt Überlegungen anzustellen, wie was personell 1973 aussehen könnte. Wir wählen jetzt einen neuen Bundesparteivorsitzenden. Ich hoffe und trete dafür ein, daß er Kurt Georg Kiesinger heißt.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Exakt dosierte Kraft für jedes Der neue AEG-Schlagbohrer mit Viergang-Getriebe.

Zum Bohren brauchen Sie niedrige Arbeitsgeschwindigkeiten, zum Sägen hohe.

Weil Sie jede gewünschte Drehzahl exakt einstellen können, haben Sie mit dem neuen SB 4-350 auch immer das richtig dosierte Drehmoment: für jedes Material, für jede Arbeit und für jedes Zusatzgerät im AEG-Heimwerker-System.

Der SB 4-350 hat eine konstante Leistung in allen Gängen und fällt auch bei Höchstbelastung nicht ab. Wie wichtig das ist, werden Sie merken, wenn Sie praktisch damit arbeiten.

Der neue SB 4-350 ist zukunftssicher. Das heißt, heute schon so konstruiert, daß Sie damit auch nach Jahren noch schnell und präzise wie ein Profi arbeiten können.

Einige Beispiele, wie Sie für spezielle Arbeiten die spezielle Drehzahl exakt vorwählen können:



1. Gang: Winkeleisen zum Einfassen der Tischplatte vorbereiten.

Beim Metallbohren arbeiten Sie im niedrigen Drehzahlbereich, mit 740 U/min.
Der Bohrständer sorgt für präzise Bohrlöcher.
Im 1. Gang bearbeiten Sie Stahl bis 10 mm, Stein und Beton bis 12 mm und Holz bis 30 mm. Diesen Gang nehmen Sie auch, wenn Sie Nichteisen-Metalle mit der Stichsäge bearbeiten.

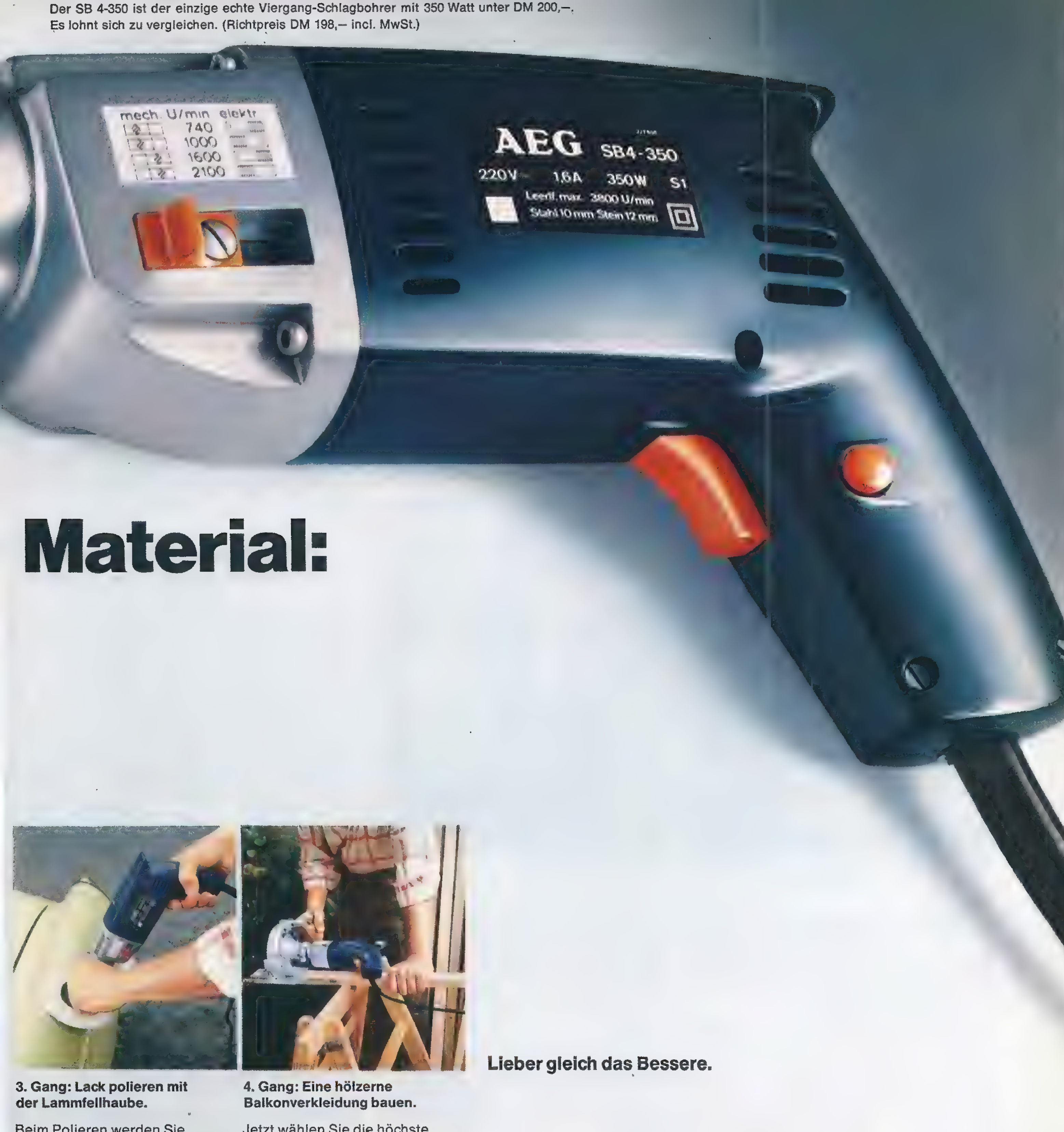


2. Gang: Die Gardinenschiene befestigen.

Dafür brauchen Sie Bohrlöcher in der eisenharten Betonwand. Kein Problem für den SB 4-350. Da gehen Sie etwas hochtouriger ran, mit 985 U/min.
Der 2. Gang ist auch notwendig für Holz bis 20 mm und Stahl bis 8 mm, mit dem Winkelbohrkopf bis 10 mm.

AH 9115-1

Der SB 4-350 ist der einzige echte Viergang-Schlagbohrer mit 350 Watt unter DM 200,–.
Es lohnt sich zu vergleichen. (Richtpreis DM 198,– incl. MwSt.)



Material:

Lieber gleich das Bessere.

3. Gang: Lack polieren mit der Lammfellhaube.

Beim Polieren werden Sie mit höheren Drehzahlen arbeiten (1590 U/min).
Den 3. Gang nehmen Sie auch beim Querdrechseln und für Arbeiten mit der Stichsäge in Hartholz und Kunststoff.

4. Gang: Eine hölzerne Balkonverkleidung bauen.

Jetzt wählen Sie die höchste Drehzahl (2120 U/min). Sägeschnitte werden nämlich um so sauberer, je schneller sich das Sägeblatt dreht.
Den 4. Gang brauchen Sie auch für Arbeiten mit Schwingschleifer, Hand- und Tischhobel, Schleifbock und Winkelschleifkopf, beim Längsdrechseln und beim Arbeiten mit der Stichsäge in Weichholz und Plexiglas.

AEG

Elektrowerkzeuge von AEG-TELEFUNKEN

„DIES DARF ALLES NICHT RÜHRSELIG WERDEN"

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Bundeskanzler Willy Brandt

Der Mantel der Macht fällt noch ein wenig faltig, aber frei. Willy Brandt, der Bundeskanzler, trägt ihn fast wie eine Pelerine: wie ein ungewöhnliches, auch ungewohntes Kleidungsstück, das verblüffend viel Spielraum für Bewegung läßt — ein Kleidungsstück nicht für kleine, sondern für große Schritte.

Wer immer Willy Brandt in den Tagen seit seiner Amtsübernahme aus der Nähe beobachten konnte, hat ihn im wesentlichen unverändert gefunden — nur eben freier, geradezu befreit. Und dafür gibt es mehr als nur eine Erklärung.

„Blütenblätter zu zupfen („Ich gewinne, ich gewinne nicht..."), ist Willy Brandt schwerlich in den Sinn gekommen. Denn für ihn war die spannendste Entscheidung ja schon vor der Kanzlerwahl gefallen: die Entscheidung nämlich, diesmal wirklich und wahrhaftig nach der Macht zu greifen, auch wenn die Mehrheit nur ein paar Stimmen betragen sollte. Diese Entscheidung, vor allen anderen, hat ihn freier gemacht.

Es gibt genug Politiker, deren private Existenz von ihrer amtlichen Existenz angenagt, wenn nicht zerstört wird. Bei Willy Brandt ist das offensichtlich umgekehrt. Die Amtsperson verkrampft die Privatperson nicht, sondern befreit sie eben, erlöst sie von ihren Komplexen und Konvulsionen.

Kein Zweifel, Willy Brandt hat sich noch nie in seinem Leben so am Platz gefühlt — so zuhause: Er betrachte sich, hat er ausländischen Journalisten gesagt, nicht als Kanzler eines besiegten, sondern eines befreiten Landes. Und das soll heißen: Ich stehe ein auch für die Lasten der Vergangenheit dieses Landes und für die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben; „aber ich muß nicht die zusätzlichen Verbeugungen machen", die andere machen mußten, wenn sie draußen für Deutschland sprachen. Für dieses Land zu sprechen, macht ihn sicher.

Die Bürde des neuen Amtes also ist es nicht, was Willy Brandt in seinen ersten hundert Stunden als Kanzler am deutlichsten verspürt hat. Es ist eher „die Chance, die man hat: sich freier von den vielen Details der Ressortarbeit um das Wesentliche kümmern zu können". Er hat noch nicht viel Gelegenheit gehabt, diese Chance wahrzunehmen. Aber daß es sie gibt, ist ihm daran deutlich geworden, daß er den Kanzler-Schreibtisch im Palais Schaumburg bisher stets frei von Aktenbergen vorgefunden hat. „Das ist mir im Auswärtigen Amt nie passiert."

Dem fleißigen Aktenleser Brandt ist ohnehin nicht einsichtig, wie man an diesem Kanzler-Schreibtisch mit der gebührenden Ausdauer Staatspapiere aufarbeiten soll. Das verhindert, nach seinen ersten Erfahrungen, bereits die Beleuchtung — so schwach ist sie. Dem Hör-zu-Kanzler Kiesinger mag dieses Dunkel licht genug gewesen sein. Brandt hingegen will mehr Licht haben.



Bundeskanzler **Brandt**, Gratulanten*: „Mehr Licht"

Denn natürlich ist in Bälde nicht mehr damit zu rechnen, daß ihm sein Vorzimmer auf die mahnend vorgetragene Bitte, die unvermeidlichen Mappen mit den Akten zu bringen, die Auskunft erteilt, da seien gar keine Mappen.

Allerdings hat sich Horst Ehmke, der Minister „für das Besondere" (Gustav Heinemann) und Kanzleichef im Palais Schaumburg, fest vorgenommen, dem Kanzler Brandt alles Nebensächliche vom Hals zu halten — und nichts erreicht des Kanzlers Schreibtisch, es sei denn über Ehmkes Schreibtisch. Zu den Erfolgsrezepten, die Kanzler Brandts funktionslustige Freunde eingeschleppt haben in den musealen, dielenknarrenden Anachronismus des Palais Schaumburg, gehört nämlich nicht nur das „Geschäftsmäßige" in der Politik, sondern auch die Überzeugung, daß es auf des Kanzlers Kondition ankommt. Mit anderen Worten: Das Geschäft soll ihm Spaß machen.

Spaß muß sein — das ist, angewandt auf einen Mann, der weit mehr Sinn für Humor als für Pathos hat, keine frivole Maxime. Nicht daß im Zitatenschatz des deutschen Bundeskanzlers nun Radio Eriwan an die Stelle von Tocqueville treten wird; aber es gehört gewiß zu Willy Brandts Befähigung, nicht nur in der Art von Small talk, sondern auch mit Witzen effektiv Politik zu machen — und selber heftig darüber zu lachen. Brandt im Griff seines stummen Gelächters, mit klitzekleinen Augen, gerüttelt und geschüttelt von Heiterkeit und nur mühsam Laute ausstoßend, die klingen wie die Seufzer einer Preßluftflasche — auch das gehört in Zukunft zum Regierungs-Image.

Die neue Kanzler-Crew ist allein schon deshalb eng beisammen, weil die Altersunterschiede längst nicht so groß sind wie in der früheren Schaumburg-Besatzung. Der Umgang miteinander ist leichter geworden und reicht nun endlich auch über das Zusammensitzen im Kabinett hinaus ins quasi Private: Einmal in der Woche wird im Palais Schaumburg gemeinsam zu Mittag gegessen. Jeder Minister und jeder Parlamentarische Staatssekretär kann dazu kommen und kann dabei reden, worüber er Lust und Laune hat.

Im Kabinett selber hingegen ist Tempo Trumpf. Zu staatsphilosophischen Betrachtungen über die „Lage" hat niemand mehr den Nerv oder gar die Zunge. Und da der Kanzler kurz redet, reden alle kürzer als zu Kiesingers Zeiten. Agierte dieser wie der „Chairman" schlechthin, so hat Brandt im Kabinett die knappe, kompakte Kompetenz des Vorstandsvorsitzenden eines bedeutenden Industrieunternehmens, in dem schließlich Geld verdient werden muß. Entschieden wird schnell und ohne abzustimmen — was mehr an der Konstellation im Kabinett liegt als an der Mentalität des Kanzlers.

Und zur Geschäftsmäßigkeit dieser Mannschaft gehört schließlich auch, daß sie unter sich kaum ein Wort über die historische Zäsur verloren hat, die ihr Amtsantritt bedeutet. Das Glück des Gelingens auszukosten im Genossen-Gespräch, gemeinsam in Geschichtlichkeit zu schwelgen — das haben sie sich nicht getraut, die regierenden Sozialdemokraten; besser gesagt: Sie haben sich geniert, nicht vor der Geschichte, aber vor sich selber; sie haben einfach Angst gehabt vor Peinlichkeiten und davor, ihre Beherrschung zu überfordern.

Das gilt zuvörderst für Brandt selber. Er fürchtet förmlich jenes spezifische Zuviel an öffentlich geäußer-

* Am Abend der Kanzlerwahl auf der Terrasse der Brandt-Residenz in Bonn.


Sprite
SCHUTZMARKE
eisklar herb und
glitzernd frisch
Ungewöhnlich: SPRITE.
Schießt kühl ins Glas – sprudelt
auf und ... prickelt. Überrascht
mit neuem Geschmack. SPRITE –
das ist frischer Wind aus
grünen Flaschen.
Sprite
SCHUTZMARKE
SP 11/69

tem Gefühl, wofür deutsche Menschen das Wort „Gemüt" ersonnen haben. Die brüderliche Geste der Umarmung für Herbert Wehner im Bundestag, die zunächst einmal nur sagen sollte: „Du und ich, wir haben es beide nicht leicht gehabt" — die war für seine Beherrschung schon gerade genug. Mehr als ein stummes, fast verstohlenes Nicken hat denn auch niemand zur Antwort bekommen, der dem Kanzler Brandt nach seiner Wahl gesagt hat, Großes sei erreicht.

Was hat Willy Brandt, der es nicht leicht gehabt hat, also gedacht in dem Augenblick, der ihn zum Kanzler machte? „Er hat daran gedacht", sagt er, so unpersönlich er kann, „daß man jetzt nicht rührselig werden darf. Daß die Stimme halten muß. Daß dies alles auf keinen Fall rührselig werden darf."

Wer genauer nachfragt, erfährt zudem, daß es gar nicht so sehr das historische Gewicht dieses Augenblicks war, was Willy Brandt vor allem bewegt hat, sondern eher ein Gefühl der Solidarität mit den Genossen von heute, den Zeitgenossen: „Dieser Gedanke, die Sozialdemokratie stelle zum erstenmal seit Jahrzehnten wieder einen deutschen Kanzler, der hat mich eigentlich am wenigsten berührt. Was mich richtig froh gemacht hat, das ist, daß ich die Leute nicht enttäuscht habe, die dabei mitgeholfen haben, die sich durch nichts haben beirren lassen, auch nicht durch meine zeitweilige Resignation."

Und dennoch — oder vielleicht eben darum — ist es just die Vergangenheit, die dem Kanzler Brandt bei seinen Bemühungen, „mich in die neue Rolle hineinzuleben", die meisten Schwierigkeiten macht.

Im Bundestag, wo er es sich nicht nehmen läßt, sozusagen seinen eigenen „Ausputzer" zu spielen, zeigt sich das. Einmal, mitten in der Regierungserklärung, läßt er sich provozieren von einem Zwischenruf, der ihm den „blauen Himmel über der Ruhr" vorhält — sein Wahlversprechen aus der unglücklichen Kampagne des Jahres 1961. Und dem „Bayernkurier" schleudert er plötzlich (und ganz ohne den Eklat zu beabsichtigen, der folgt) den Namen Hugenberg wie ein Schmähwort entgegen.

Der Mantel der Macht fällt noch ein wenig faltig — und in den Falten versteckt sich Vergangenheit. Es steckt auch noch ein bißchen Große Koalition darin.

Selbst Willy Brandts engste Mitarbeiter reden ihn gelegentlich mit Herr Minister an und meinen Kiesinger, wenn sie vom Bundeskanzler sprechen. Und nicht wenig von dem, was die sozialdemokratische Ministermannschaft jetzt tut, hat sie in der Großen Koalition nicht anders getan. Man redet natürlich anders miteinander. Aber die Handgriffe, die man verrichtet, sind vorerst die gleichen geblieben, sind seltsam vertraut.

Und zumindest im Gelände des Palais Schaumburg stehen Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt noch immer auf dem gleichen Boden. Brandt regiert im Palais, Kiesinger wohnt im Bungalow. Begegnet sind die beiden sich bislang noch nicht.

An seinem ersten Sonntag als Bundeskanzler allerdings hat Willy Brandt seine Frau, seinen jüngsten Sohn Matthias und dessen Spielkameraden mit ins Palais Schaumburg genommen, und die Kinder haben, während Papa Staatsgeschäfte besorgte, unbeobachtet den Park inspiziert.

Von diesem Erkundungsgang ist Matthias ziemlich aufgeregt mit der Meldung zurückgekehrt, da drüben in diesem Glashaus, da seien aber viele Menschen. Und er hat überhaupt nicht verstanden, warum der Vater ihn daraufhin verwarnt und einen Lausebengel geheißen hat.



Brandt-Gattin Rut, Sohn Matthias: Im Park ein Logiergast von der CDU







Altstadt neu

Altstadtidylle mit engen Gassen und alten Giebelhäusern - eine Attraktion für Touristen und weniger erfreulich für die, die drin wohnen müssen.
Die Neue Heimat erneuert alte Stadtteile. Ihre Sanierungsfachleute verstehen sich auf die Bestandsaufnahme.
Erhaltenswerte Bauten bleiben stehen, Slums werden abgerissen.
Und aus dem Ganzen wird ein neuer Stadtteil, mit allem Komfort, den man zum besseren Wohnen braucht.
Dazu gehört nicht nur die Wohnung. Dazu gehören alle die Einrichtungen, die den Bürgern gleiche Lebenschancen ermöglichen: Arbeitsstätten, Bildungsstätten, Einkaufsmöglichkeiten, Sportstätten, kulturelle Einrichtungen, Unterhaltungsstätten.
Verödete Stadtteile und Ortskerne werden wieder attraktiv.



größtes Städtebau- und Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik. Zu den Hauptaufgaben gehören Stadt- und Dorferneuerung und die Strukturverbesserung ganzer Regionen – Schaffung der baulichen Umwelt für eine moderne, weltoffene und demokratische Gesellschaft.

Neue Heimat
Städtebau- und Wohnungsunternehmen
2 Hamburg 22, Lübecker Str. 1

...lieber besser leben

BUNDESWEHR

Verzicht auf Glanz

Bundeswehr-Oberbefehlshaber Helmut Schmidt, vielgerühmt als Mann der raschen Tat, hat sich am Anfang „eines neuen Abschnitts in der Entfaltung unserer Sicherheitspolitik" entschlossen, erst zu wägen, dann zu wagen.

Grund: Schmidts breitgefächertes „Programm der Modernisierung und der Reformen", schon im Wartestand vor der Pforte zur Macht konzipiert, muß nun den sperrigen Realitäten angepaßt werden: „Was ich bisher geschrieben und gesagt habe, das habe ich doch gewissermaßen als Journalist und als Politiker getan. Jetzt muß genau erarbeitet werden, wie man es machen kann."



Ruhr-Manager **Mommsen**
„Ich stehe nicht unter Zeitdruck"

Auch personalpolitisch hält sich der neue Verteidigungsminister ungewohnt behutsam zurück: „Bis zum 1. April, dem üblichen Beförderungs- und Versetzungstermin, ändere ich überhaupt nichts."

Immerhin, seine drei Chefgehilfen im Staatssekretärsrang hatte Schmidt längst im Visier, bevor er den schweren Gang auf die Bonner Hardthöhe antrat:

- den Parlamentarischen Staatssekretär Karl Wilhelm Berkhan, 54, bislang für die SPD stellvertretender Vorsitzender im Verteidigungsausschuß des Bundestages;
- Verwaltungs-Staatssekretär Johannes Birckholtz, 66, zuletzt SPD-Staatsrat in der Spitze der hamburgischen Innenbehörde;
- Rüstungs-Staatssekretär Ernst Wolf Mommsen, 59, parteilos, seit 1965 Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Thyssen Röhrenwerke AG.

Dieses Dreier-Kollegium vereinigt in sich die Elemente eines Führungsinstruments, das in Schmidts Hand, je nach Lage, ebenso geschmeidig wie hart zu funktionieren verspricht. Jeder einzelne Triumvir bringt spezielle Talente und Erfahrungen mit, die jeweils die Möglichkeiten des Ministers ergänzen und seine Schwächen wettmachen können.

Der Hamburger Studienrat Berkhan, Urbild eines Kumpels, gehört schon seit den ersten Nachkriegsjahren zu Schmidts eisernem Inventar — stets zur Hand, nie um Rat verlegen, mit politischem Verstand begabt.

Der intimste Freund des Verteidigungsministers förderte dessen Parteikarriere nach seinen Kräften. Wo Schmidts barscher Ton andere verletzte, stellte Berkhan, immer verbindlich, die Harmonie wieder her.

Seit 1929 Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterjugend, hatte er Anfang 1933 in Hamburg darauf gewartet, daß die Demokraten, allen voran die SPD-Führer, zum bewaffneten Widerstand gegen Hitler blasen würden. Das Signal blieb aus. Berkhan warf die Karabiner, die in einer Schreberlaube bereitgelegen hatten, in den Hamburger Isebek-Kanal und ging mit der Zeit.

Während des Krieges holte Görings Luftwaffe ihn in ihr Ingenieur-Korps. Und nachher saß er in der Hamburger Universität, um ein Studium der Pädagogik nachzuholen.

Damals, im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, fanden sich die zwei ungleichen, aber bis heute unzertrennlichen Dioskuren Schmidt und Berkhan auf der Linie des aufgeklärten Sozialismus. Politik als Beruf praktizierte Berkhan dann nach 1953 in der Hamburger Bürgerschaft und seit 1957 im Bundestag, dort vor allem auf dem wenig erschlossenen Feld der Militärpolitik.

Daß Schmidt nun Berkhan ins Verteidigungsministerium mitnahm, konnte nach allem niemanden überraschen. Daß der neue Minister aber auch Birckholtz, seinen früheren Verwaltungschef aus der Zeit als Senator in der Hamburger Innenbehörde, jetzt auf die Bonner Hardthöhe nachzog, stieß auf CDU-Kritik. Das deshalb, weil „dieser knallharte Verwaltungsarbeiter, dem keiner etwas vormachen kann" (Schmidt), am vorletzten Freitag immerhin 66 Jahre alt geworden ist.

Das Bundeskabinett verlängerte am Montag der vergangenen Woche die Beamtenfrist des Schmidt-Kandidaten um zwei Jahre. Schmidt: „Und ich werde, wenn ich es für nötig halte, die Amtszeit dieses hervorragenden Mannes ad infinitum verlängern, dann eben als Angestellter."

Birckholtz, der an diesem Montag seine Bonner Geschäfte aufnimmt, findet eine Erklärung für Schmidts Wahl „in der Art, wie wir jahrelang Zimmer an Zimmer gearbeitet haben", und Schmidt bestätigt bereitwillig, daß er den Aufbau der hanseatischen Innenbehörde den administrativen Fähigkeiten von Birckholtz zu verdanken hat.

Das Unbehagen der Christdemokraten rührt denn auch in Wahrheit da-

her, daß Birckholtz seit seiner Studentenzeit in den zwanziger Jahren eingefleischter Sozialdemokrat ist.

Nach 1945 eröffnete sich dem dieserhalb von den Nationalsozialisten drangsalierten Birckholtz eine steile Verwaltungskarriere — auf der er kaum eine Hamburger Behörde ausließ — bis hinauf in den exklusiven Klub der Staatsräte, die im Senat mitreden.

So vorbereitet, sieht Birckholtz seiner monströsen Aufgabe an der Spitze der aufgeblähten Militärbürokratie in Bonn gefaßt entgegen: „Ich habe es mir längst abgewöhnt, mich mit Details abzugeben. Mit delegieren erreicht man viel mehr." Und: „Ich freue mich, daß ich Helmut Schmidt helfen kann."

Freilich, um das komplizierteste Drittel des Ministeriums, in dem die kostspieligsten Entscheidungen zu treffen sind, braucht sich Birckholtz im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht mehr zu kümmern. Die Dienstaufsicht über die Hauptabteilung „Rüstungsangelegenheiten" mit den Abteilungen „Wehrtechnik" und „Verteidigungswirtschaft" führt künftig nach altem Schmidt-Plan ein zweiter beamteter Staatssekretär.

Für diesen Job hat der Sozialdemokrat Schmidt einen Topmanager der Industrie ausersehen, mit dem auch nur zu liebäugeln die Christdemokraten kaum gewagt haben würden: Thyssen-Rohr-Generaldirektor Mommsen, zu Adolf Hitlers Zeiten Amtsgruppenchef in Albert Speers Rüstungsministerium.

Wie Robert McNamara, der 1961 auf seine Millionen-Einkünfte bei Ford verzichtete und für geringes Salär das Pentagon in Washington regierte, ist auch Mommsen ein Mann, der meint, daß er nach zwei Jahrzehnten, in denen er viel Geld machte, nun für ein vergleichsweise kleines Gehalt dem Staat dienen sollte.

Doch ist Mommsen, anders als McNamara, kein unerbittlicher Technokrat, eher ein vornehmer Industriediplomat, der bislang mit Geschick beiderseits der westöstlichen Demarkationslinie viel Stahl verkauft hat. Unter den beinharten Industriellen des Reviers gilt er als Künstlernatur, sensibel und nicht frei von Skrupeln.

Seinen Platz auf dem Stuhl des Generaldirektors der Thyssen-Röhrenwerke AG soll er nun — nach der kurz bevorstehenden, von ihm selber betriebenen Fusion der Röhrenreiche von Thyssen und Mannesmann — gegen den Vorsitz im Aufsichtsrat der Vereinigten Rohrmacht tauschen. Auch das Aufsichtsrats-Amt jedoch soll er nach dem Willen der Bosse nur drei Jahre lang führen dürfen — was ihm den Entschluß, nach Bonn zu „meinem Freund Helmut Schmidt" zu gehen, sicherlich erleichtert.

Auf der Hardthöhe wird der Staatssekretär Mommsen gleichberechtigt neben den Neukollegen Berkhan und Birckholtz rangieren, jeder mit der Vollmacht ausgestattet, in seinem Aufgabenbereich den Bundeswehr-Oberbefehlshaber zu vertreten: Mommsen für die Rüstung, Birckholtz für die Administration, Berkhan zugleich in Bundeskabinett und Bundesrat sowie für die Gesamtstreitkräfte.

Das bedeutet: Da der Parlamentarische Staatssekretär nicht generell Vizeminister und damit Vorgesetzter seiner beamteten Kollegen sein soll, bleibt der Generalinspekteur der Bundeswehr — eine Stufe unter der Dreierriege — ohne den erhofften fünften Stern auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter sitzen.

Folge: Auch die Inspekteure des Heeres, der Luftwaffe und der Marine behalten — ohne einen vierten Stern — in der Ministerial-Hierarchie den niederen Rang, den zum Beispiel der zivile Abteilungsleiter „Unterbringung, Liegenschafts- und Bauwesen" einnimmt.

Die drei Inspekteure will Minister Schmidt jedoch dafür schadlos halten, daß sie auf höheren Glanz verzichten



Verteidigungs-Staatssekretär **Berkhan**
Eisernes Inventar

müssen. Ihnen soll im nächsten Frühjahr ein Teil der ministeriellen Befehlsgewalt zufallen. Sie dürfen dann als Truppenvorgesetzte ihre Teilstreitkraft kommandieren.

Dem Generalinspekteur allerdings will Schmidt („Ich muß mir das noch genau überlegen") eben dieses Recht womöglich vorenthalten. Das bedeutet ersten Ärger. Wehrparlamentarier von CDU/CSU und FDP plädieren dafür, daß dem Generalinspekteur sowohl der Rang eines beamteten Staatssekretärs als auch ein Teil der militärischen Kommandogewalt zuerkannt werde.

Schmidt dazu: „Wenn der Generalinspekteur dem Staatssekretär gleichgestellt wird, muß er bei jedem Regierungswechsel geschaßt werden."

Berkhan: „Wenn der Generalinspekteur neben den beamteten Staatssekretären steht, kriegen wir keinen Mann aus der Industrie."

Indessen hat sich Thyssen-Direktor Mommsen noch nicht definitiv für das Angebot Schmidts entschieden: „Ich stehe nicht unter Zeitdruck."

Wenn Sie hier morgen zu reden hätten,



Sie würden eine Rolex tragen!

Nicht nur Himalaja-Bezwinger tragen die ROLEX! Nicht nur Weltumsegler, Rennfahrer oder Skipper...

Wenn in New York die UNO-Vollversammlung zusammentritt, dann sieht man auch hier: die ROLEX!

Ihr großes, klassisches Oyster-Gehäuse ist aus einem massiven Block Gold gefräst. Im Innern ihres stabilen Schutzpanzers läuft das amtlich geprüfte automatische Chronometerwerk.

Weil wir so vieles an der ROLEX von Hand fertigen, arbeiten wir über ein Jahr lang an jeder Uhr. Viele der in der Welt führenden Staatsmänner fanden, daß wir die Zeit gut genutzt haben. Die ROLEX, die sie tragen, ist die Day-Date.









Bundestags-Neuling **Evers im Bundestag, beim Möbelkauf in Bonn:** „Hier bin ich ein Rädchen"

„ACH JA, VON IHNEN HABE ICH GUTES GEHÖRT"

Peter Brügge über die ersten Wochen des CDU-MdB Hans Otto Evers in Bonn

Beim Umtrunk für scheidende Parlamentarier ruhte auf dem Neugewählten Hans Otto Evers erstmals das Auge seines Bosses Rainer Barzel. „Wer sind Sie gleich wieder?" fragte der Fraktionschef und faßte an seinen geplagten Kopf, in dem er die Namen seiner rund 80 Fraktions-Eleven noch nicht gespeichert hat.

Der Neue sagte, wer und woher er sei. Er schenkte sich weitere Angaben zur Person, obwohl er für gewöhnlich schnell genug redet, seine kurze politische Vita in 50 Sekunden durchzubringen.

Er ist so etwas wie ein Musterfall für den gehobenen Newcomer der Union: Dr. Hans Otto Evers aus Berlin, Jahrgang 25, Volkswirt, Stadtkämmerer und nun Wahlsieger von Freiburg, CDU-Mitglied seit 1961, Stellvertreter Ministerpräsident Filbingers im Landesausschuß der CDU Südbadens, verheiratet, zwei Söhne, davon einer leider Apo-infiziert. (Ihn zwang er, die Haare zu kürzen, nachdem er in Vaters Gegenwart öffentlich Filbinger beleidigt hatte.)

Trotz solcher Rückfälle will er nicht nur ein Neuer sein, sondern ein Neuerer. Als Nachfolger des badischen CDU-Veteranen Hermann Kopf wurde er von den Reformwilligen der CDU Freiburg in einer Kampfabstimmung zum Bundestagskandidaten erhoben (SPIEGEL 13/69). Nach forscher Kampagne hielt er aber nur in Freiburg Land den alten Vorsprung der Union — auch darin typisch für seine Partei.

Rainer Barzel genügte der Name Evers. Er mimte eine jähe Gedächtnisaufhellung: „Ach ja! Von Ihnen habe ich Gutes gehört."

Mit der Herablassung der Wichtigeren und Älteren muß man sich in so einem Haufen abfinden wie der Benjamin einer Kurzwarenabteilung. Besinnung auf die Wählermehrheit daheim und die ersten fünfzig Wunschbriefe aus dem Wahlkreis immunisiert ein unsentimentales Naturell wie das von Evers gegen diese erste Verkühlung — andere und urwüchsigere Alemannen sah ich den Bonner Primäraffekt mit Salvator hinunterspülen.

Erste Begegnung mit den neuen Machthabern: Es ergab sich beim parlamentarischen Empfang nach der Kanzlerwahl, einer der zahllosen Gelegenheiten dieser Vier-Jahres-Wende, Sekt zu verbrauchen. Da geriet Evers aus Freiburg an Ehmke aus Freiburg, den Kanzler-Minister, der gleich auf Heimatkurs schaltete: „Hie Freiburg allewege!" Und von oben her so menschlich wurde: „Wovon", fragte er, „leben Sie?"

Der Neue meinte, nun ja, er sei eben MdB. Er nämlich gedenkt, mit seinen steuerfreien 5060 Mark Diäten und Sitzungsgeldern auch nach Abzug so lästiger Unkosten wie der monatlichen 500 Mark für die CDU einigermaßen auszukommen. Doch der Minister weiß schon, daß ein tüchtiger Politiker damit keine Sprünge machen kann. Evers konnte ihn beruhigen durch den diskreten Hinweis auf das ebenfalls anstehende Ruhegehalt eines, immerhin, Großstadt-Kämmerers (2100 Mark).

So empfängt das perfekte Provisorium: intime Gleichgültigkeit. Konzern-Atmosphäre. Aber die Verwaltung bedient einen prompt. Kaum hatte er die Wahl angenommen, fand Evers in der Post das Weitere: den ersten Ausweis, die beliebte Dauerkarte der Bahn, gültig auch für 30 Kilo Freigepäck. „Da drauf", scherzt der Sparsame, „kann ich ja dann auch noch meine Frau mitnehmen."

Das schmucklose Einheitszimmer Nummer 1430 im 14. Stock des Abgeordnetenturmes, mit dem sich Gerstenmaier sein Denkmal setzte, ist Evers angenehm. Daran will er im Gegensatz zu einigen Landsleuten nicht nörgeln, obwohl sein Amtszimmer in Freiburg vergleichsweise pompös gewesen ist. Nun nimmt er Platz am kleinen Chef-Schreibtisch und sieht sich beklommen um: „Sehr ordentlich." Sitzbank in Beige und ringsum 18 laufende Meter Bücherbord, auf dem er vorerst nur das Freiburger Telephonbuch abstellt. Am Waschbekken im Schrank kann man seinen Durst löschen. Es gibt noch kein Trinkglas und auch kein Verzeichnis, aus dem sich ablesen ließe, wie man in diesem Silo nach Bedienung ruft oder sein Postfach findet.

Einen wie Evers ficht es nicht im mindesten an, nach der Wahl plötzlich zu einer Union ohne Macht zu gehören. Ihm und den Jungen, die ihn so energisch ins Mandat geschoben haben, steht der Sinn nach Reform von Partei und Staat. Und beides, so scheinen sie zu kalkulieren, kommt so eher voran.

„Bessere Aufklärung der Bürger ... schnellere Anpassung an eine sich wandelnde Gesellschaft... besserer Schutz des Bürgers gegen die Anonymität der Verwaltung" — Vorsätze, vielleicht auch Schlagworte dieser Preislage spuckt auch dieser Hans Otto von den Konservativen schon aus wie programmiert.

Dazu beiläufig die erste melancholische Ernüchterung eines vorerst ziemlich orientierungslos in der Herde Trabenden: „In Freiburg habe ich jeden Tag hundert Entscheidungen getroffen! Hier bin ich ein Rädchen im Gesetzgebungsprozeß."

Am leichtesten ließe sich wohl die Bonner Wohnung modernisieren, zwei Zimmer an der Godesberger Germanenstraße, die ihm schon nach zehn

Die neue Whiskey-Zeit bricht an

Männer, macht Schluß mit dem Vorurteil, daß Frauen keinen Whiskey mit Euch trinken. Das ist vorbei, seit Seven Crown in Deutschland ist — Amerikas beliebtester Whiskey. Er hat die Whiskey-Welt erobert. Weil er anders ist: American Whiskey.

Sanft. Dunkel. Aromatisch. Sein ungewöhnlich volles Aroma durchdringt selbst den längsten longdrink.

Trinken Sie Seven Crown on the rocks oder als longdrink.

Aber nicht allein . . .



SCI 2

Hotelnächten von der Fraktionsgeschäftsstelle zugespielt wurden. Das Haus gehört dem Bund, da ist die Miete billig: 120 Mark.

Evers und seine Frau, die planmäßig eine Woche pro Sitzungsmonat bei ihm verbringen soll, wollen beim Möbelkauf mit der Zeit gehen. Er findet, in Freiburg wohnen sie zu spießig. Nun denkt er an eine weiße Schrankwand und einen kühnen Teppich. Nur leider hat die Vormieterin, eine abziehende Dame von der CDU, für 1000 Mark allerlei Plüschiges, auch einen Teewagen hinterlassen, das kann man nicht einfach wegwerfen.

Politisch geht das ähnlich mit dem Umkrempeln. Man kommt in die erste Fraktionssitzung, da wird einem schon die erste von der Fraktionsführung präparierte Erklärung verlesen, jenes ominöse Angebot, die FDP bis hinein in die 70er Jahre an die Brust zu drücken. Und der Kanzler spricht von einem „Mißbrauch des Wählerwillens". Vorstellungen und Vokabeln, die den Neuen vom Schlage Evers empfindlich gegen den Strich gehen.

Da wird eilig gefragt: „Wer ist dagegen?" Und nur weil keiner von den vielen, die das nicht gut finden, seine Hand hebt, heißt es am nächsten Tag in den Zeitungen: „Einstimmig verabschiedet."

In der nächsten Sitzung erlebte er, wie Kurt Georg Kiesinger die öffentliche Kritik zweier nicht namentlich genannter Fraktionsmitglieder ächtete, und jeder wußte: Er meint Ernst Benda und Manfred Wörner. Sich selber sprach der Gerichtsherr Kiesinger ausdrücklich frei: „Ich habe dieses Wort von der Verfälschung des Wählerwillens nie gesagt." Stumm saßen die Neuen und Jungen im Beifall einer von so viel Strenge doch wieder gepackten Mehrheit — einem der Alten flößte Kiesingers Donnerwort solchen Schauder ein, daß er dem vermeintlich ruinierten Wörner, der — hört, hört — im SPIEGEL seinen Unmut an der Union geäußert hatte, riet: „Kauf dir Benzin und steck dich an."

Daheim erst, in Freiburg, bei seinem ersten „öffentlichen Stammtisch" als Volksvertreter, macht sich Evers vor 100 Landsleuten im Kolpinghaus Luft. Und die Jungen vor allem, die ihm gern abnehmen, daß er das, wie sie, für sehr mangelhafte Demokratie hält, rufen erregt: „So geht's nicht! So kann man's nicht machen!"

Aber zurück in Bonn, gleitet er fast zwangsläufig in seine vorläufige Rolle des stummen Stimmgebers zurück, die, so scherzt er, „vielleicht auch ein Aufblasmännchen übernehmen hätte können". Manfred Wörner, neun Jahre jünger, aber um vier Jahre Bonner Erfahrung reicher, hat den Neuen aus Baden-Württemberg für ihr Wirken in der Fraktion den probaten, in der SPD nicht minder geschätzten Tip gegeben: Im ersten Jahr Mund halten!

Sie sollen ihre Stimme geben, nicht den Ton. Und die Stimme möglichst für das, was der Sprecher ihrer Landesgruppe ihnen nahelegt, denn er kennt sich aus, und verständlicherweise wäre es ihm lieb, die vereinten Stimmen der Seinen auch als kleines Machtgewicht fürs eigene Renommee ins Fraktionskonzert zu bringen.

Im kleinen Kreis der Landesgruppe reden die Neuen kräftig mit. Was ihr Sprecher daraus nach außen macht, entzieht sich mitunter völlig ihrer Wahrnehmung.

Dem Kollegen Wörner, der sich nicht Benzin kaufte, dankt MdB Evers seine erste, geheime Einladung zum kleinen internen Machtwechselspiel innerhalb der Union. Keiner der neuen Abgeordneten aus Baden-Württemberg, zu denen ja auch Kiesinger gehört, wußte vom anderen, ob er auch dazu gebeten war. Kiesinger war jedenfalls nicht unter denen, die Wörner nun bat, ihm bei der Neuwahl zum Sprecher der Landesgruppe zu helfen.

Evers gab ihm seine Stimme wie die meisten anderen. Leichtes Mißbehagen befiel ihn bei dem Gedanken, daß ein Konkurrenzkampf der Jungen die Kraft für Reformen aufzehren könnte. Eine Woche später schon, bei der Wahl der sieben stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, genoß er Wörners Sprung Nummer zwei: nun schon Stellvertreter Barzels, die nächste Etage in der Unions-Hierarchie. Vorher hatte Wörner seinen 37 Badenern und Württembergern zugeredet, nicht nur für ihn, sondern auch für Katzer und Windelen die Hand zu heben, von denen er wiederum wußte, daß sie ihrerseits die Stimmen von Nordrhein-Westfalen für seine Kandidatur mobilisierten.



Christdemokrat **Wörner**
Im ersten Jahr Mund halten

Bei diesem kommunizierenden Auftrieb sogenannter Reformkräfte, an dem Evers ohne Ehrgeiz Wohlgefallen fand, kamen ihm wie anderen Neuen gleichwohl Zweifel an dem, was man so innerfraktionelle Meinungsbildung nennt: Hätte man nicht zu jedem Kandidaten wenigstens eine Alternative benennen müssen? Doch Leid des Eleven: Ihm selber fiel auch keine ein.

Auch gab es Leute, die in der Landesgruppe für Wörner gesprochen hatten, in der Fraktion aber plötzlich Müller-Hermann als Stellvertreter riefen. Evers fragte sie wieso, da sagten sie ihm, sie hätten Müller-Hermann nur vorgeschlagen, weil klar gewesen sei, daß er gleich nach der Wahl zurücktreten und Platz für den nicht gewählten Altbauern Struve machen würde. Die Fraktions-Demokratie hatte da offenbar einen doppelten Boden, unter den ein Greenhorn nicht zu dringen vermochte.

Nicht etwa, daß Evers die Blütenträume einer vollkommenen Demokratie in sich brütet. Wie Rainer Barzel in aufrichtigem Zynismus versicherte, er werde hier nur manipulieren, wo es unbedingt nötig sei, das gefiel ihm sogar.

Daß Strauß sich in der Fraktion nicht zeigte, daß Kiesinger in den tristen Tagen der Regierungsbildung seinem Fußvolk fernblieb, obwohl es seinen Namen treulich durch den Wahlkampf getragen hatte, brachte den sachlichen Manager Evers weniger auf als einige seiner neugewählten Freunde von der Jungen Union.

Wie wieselflink diskrete Vorgänge aus der Tapete in die Notizen von Presseleuten geraten, erkennt der in Amtsverschwiegenheit geübte Kämmerer vorerst für eines der Mysterien von Bonn. Am Vormittag erst hat einer in der Fraktion versehentlich die Journalisten, mit denen die Union doch gerade ihre Beziehungen veredeln will, mit Aasgeiern verglichen, worauf ein anderer die 249 Parteifreunde beschwor, dies böse Wort dürfte hier nicht heraus.

Am Abend schon hört Evers die Geschichte von einem Journalisten wieder. Daß ich ihm oft genug erzählen kann, was er mir verschwiegen hat — er sieht es zumindest als Bestätigung der Weisheit Rainer Barzels. Gefragt, wie man so eine Fraktion besser abdichten könne, nahm der zu zwei Anekdoten Zuflucht, die ihm alles Nötige unverbindlich zu vermitteln schienen: 1. Adenauer habe einmal einen einsamen Nachtgedanken schon am nächsten Morgen in der Zeitung gefunden. 2. Bismarck habe einmal einem Redakteur zwei Stunden lang beim Essen Vertrauliches erzählt und anderntags verdrossen festgestellt, daß in der Zeitung nichts davon stand.

Nach den ersten vier Wochen in Bonn ist Evers sich über Stil und Ziel seiner parlamentarischen Aktivität noch nicht klar. Bringt ihn sein Wörner in den ersehnten Haushaltsausschuß oder in den Finanzausschuß oder in einen, den er nicht mag? Es hängt von vorerst undurchsichtigen Proporzberechnungen ab. Soll er den verfügbaren Personalzuschuß von 1500 Mark für einen gelehrten Assistenten auswerfen oder für eine nette Halbtagskraft in Bonn und eine andere im Wahlkreis? Keusche Nachtgedanken eines CDU-Reformers: „'ne Alte soll's nicht sein, jung und hübsch darf sie auch nicht sein. Und wenn's ein junger Mann ist..." Die Schwarzen am Schwarzwald sind da ja wohl eigen.

Es gibt keinen, der Ihr Porzellan schonender* sauber spült als der Bosch Geschirrspüler »Exquisit«. Darum ist er einer der besten der Welt!

* Überzeugen Sie sich selbst. Gehen Sie ins gute Fachgeschäft.



Ihr bestes Geschirr spülen Sie so vorsichtig, daß die wertvollen Dekors nicht beschädigt werden.

Aber Sie spülen es so gründlich, daß es sauber wird. Jetzt gibt es einen Geschirrspüler, der es genauso macht: Den Bosch »Exquisit«.

Damit z.B. dem Dekor auf Ihrem wertvollen Porzellan nichts passiert, werden während des ganzen Spülvorgangs hartes und weiches, warmes und kaltes Wasser rhythmisch so aufeinander abgestimmt, daß Ihr Geschirr nicht nur sauber wird. Sondern schonend sauber. Dekorschonend!

Kein Wunder also, daß »Exquisit«-Besitzer(innen) überzeugt sind: Wir haben einen der besten der Welt! (Zumal der Bosch »Exquisit« außerdem die volle Klarspülkraft hat, unerreicht leise arbeitet und wirklich fleckenfrei trocknet.)

Viele Gründe sprechen heute dafür, Ihrer Frau einen Geschirrspüler zu kaufen.

Besondere Gründe sprechen für den Bosch »Exquisit«.

Die ganze Küche

BOSCH

HS 1569 b

Jetzt ist es Zeit für den „Richtigen" im Winter. Ein anderer gefährdet nur Ihre Sicherheit.

Kaufen Sie schon jetzt Ihre Winterreifen. Und lassen Sie sich von erfahrenen Gummi-Mayer Spezialisten raten: Rechtzeitig für den Winter Vorsorge zu treffen.

Am besten mit Spikes auf allen 4 Rädern. Schon auf Felgen fertig aufgezogen. Bereits ausgewuchtet.

Damit Sie bei jeder Witterung zügig fahren können, wo andere kriechen müssen. Zügig fahren mit dem „Richtigen". Mit dem richtigen Reifen für Ihre Sicherheit.

Unter diesem Zeichen werden Sie fachmännisch und neutral von Gummi-Mayer Spezialisten beraten.

Fachmännisch, weil wir die charakteristischen Eigenschaften der für den Winter auf dem Markt befindlichen Reifentypen und Profile kennen.

Neutral, weil wir alle Fabrikate führen und dadurch unabhängig sind. Deshalb können wir Sie auch im Winter mit dem für Sie „Richtigen" ausstatten.

Diesen umfassenden Gummi-Mayer Service finden Sie in über 120 Städten überall in Deutschland.



Die nächste Gummi-Mayer-Niederlassung ist nicht weiter entfernt als Ihr Telefon.

Deutschlands neutraler Reifendienst nach Maß.

RÜSTUNG

PANZERBAU

Licht vom Mond

Stiller Stolz verklärte das Gesicht des Bundeswehr-Generals: „Man darf es ja nicht laut sagen, aber wir haben schon wieder die beste Panzerwaffe der Welt."

Die Euphorie des Goldbetreßten war so grundlos nicht: Vor geladenen Gästen preschten über den Panzertrainingskurs von Munster-Lager „Leoparden" und „Marder", Standard- und Schützenpanzer der bundesdeutschen Streitkräfte.

Die von Militärexperten und Rüstungsfachleuten anerkannte Qualität vor allem des Leopard reicht den Strategen auf der Hardthöhe in Bonn nicht mehr. Für die deutsche Armee der siebziger Jahre verlangen die Führungsstäbler gleich drei noch modernere Kampfpanzer:

▷ einen durch Nachrüstung stark verbesserten Leopard; seit einiger Zeit schon werden zusätzlich Waffenstabilisierung*, moderner Computer, verbesserte Optik und neue Navigationsgeräte eingebaut. Außerdem bekommt er eine andere Munition;

▷ den in Zusammenarbeit mit den Amerikanern von Grund auf neu entwickelten „MBT" (Main Battle Tank) oder „Kampfpanzer 70"; das technisch außerordentlich komplizierte Fahrzeug ist mit einer Mehrzweckwaffe für konventionelle Munition und „Shillelagh"-Flugkörper ausgerüstet;

▷ die rein deutsche Parallel-Entwicklung eines Kampfpanzers 70 „Keiler"; Hauptwaffe des Keilers soll eine stabilisierte 120-Millimeter-Langrohrkanone (Reichweite: 2000 Meter) werden.

Das Programm der Bonner Panzerplaner ist ebenso ehrgeizig wie aufwendig. Allein für die Verbesserung des Leopard, dessen Ruf als kampfstärkster Nato-Panzer mit Einbau der neuen Elemente noch gefestigt wird, sind pro Stück 350 000 Mark fällig. Wenn alle 1800 Leoparden der Bundeswehr nachgerüstet werden, macht das 630 Millionen Mark.

Die Modernisierung des Standardpanzers nimmt sich jedoch, verglichen mit den Entwicklungskosten für den MBT 70, wie ein Trinkgeld aus.

Finanziell sind die Vorarbeiten für den Supertank bereits eine Katastrophe mehr in der Reihe nachkriegsdeutscher Rüstungsmiseren. Statt, wie geplant, 80 Millionen Dollar (nach dem neuen Wechselkurs: 292,8 Millionen Mark), kosteten Entwicklung und Prototypenbau bislang 303 Millionen Dollar (fast 1,1 Milliarden Mark). Deutscher Anteil: 130 Millionen Dollar (475,8 Millionen Mark), über 50 Prozent mehr, als Bonn und Washington ursprünglich gemeinsam anzulegen gedachten.

* Die Kanone bleibt dadurch auch bei rascher Fahrt im Gelände immer automatisch aufs Ziel gerichtet.



Planungsgeneral **Willikens**
„Wir haben die Absicht ...

Ein Ende der MBT-70-Entwicklung ist nicht abzusehen, mithin auch kein Kostenlimit. Grund: Der Gemeinschaftspanzer ist technisch derart raffiniert und deshalb so kompliziert, daß trotz vier Jahren Rückstand gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan zahlreiche Probleme noch immer ungelöst sind. Kein Wunder, denn der MBT 70 soll

▷ nur noch drei Mann Besatzung haben,

▷ vorwärts wie rückwärts 70 Stundenkilometer schnell fahren,

▷ sich hydropneumatisch auf 1,99 Meter Gesamthöhe abducken oder bis 2,39 Meter hochrecken,

▷ aus einer stabilisierten Kombinationswaffe sowohl Shillelagh-Lenkraketen (Reichweite: 3000 Meter, Preis pro Schuß: 10 000 Mark) wie auch konventionelle Geschosse mit fast 2000 Meter Reichweite verschießen,

▷ mit Hilfe von Kaskaden-Röhren das Licht von Mond und Sternen so verstärken, daß er auch nachts operationsfähig ist.

Mindestens zwei Punkte dieser Liste bereiten den Technikern noch immer Kopfzerbrechen. Zwar ist das Flugkörpersystem Shillelagh, dessen Raketen vom Kanonier ohne weitere Hilfsmittel — etwa Draht — durch Sichtverfolgung ins Ziel gelenkt werden, fast perfekt. Die konventionelle 152-Millimeter-Munition aber, die durchs gleiche Rohr verfeuert werden soll, ist nicht einmal annähernd einsatzreif.

Erstmals in der Geschichte der Waffentechnik soll die Hülse dieser überschweren Tank-Patrone (zum Vergleich: der deutsche „Tiger"-Panzer im 2. Weltkrieg hatte eine Kanone vom Kaliber 8,8 Zentimeter, der Leopard hat eine 105-Millimeter-Kanone) nicht mehr aus Messing, sondern aus Kunststoff bestehen. Beim Schuß verbrennt die Hülse mit der Treibladung, nur der Patronenboden wird ausgeworfen.

Selbst jahrelange Versuche haben nicht ausgereicht, dieses System funktionstüchtig zu machen:

▷ Wird die Munition feucht, saugt die Hülse sich voll Wasser und kann dermaßen anschwellen, daß sie nicht mehr ins Rohr paßt.

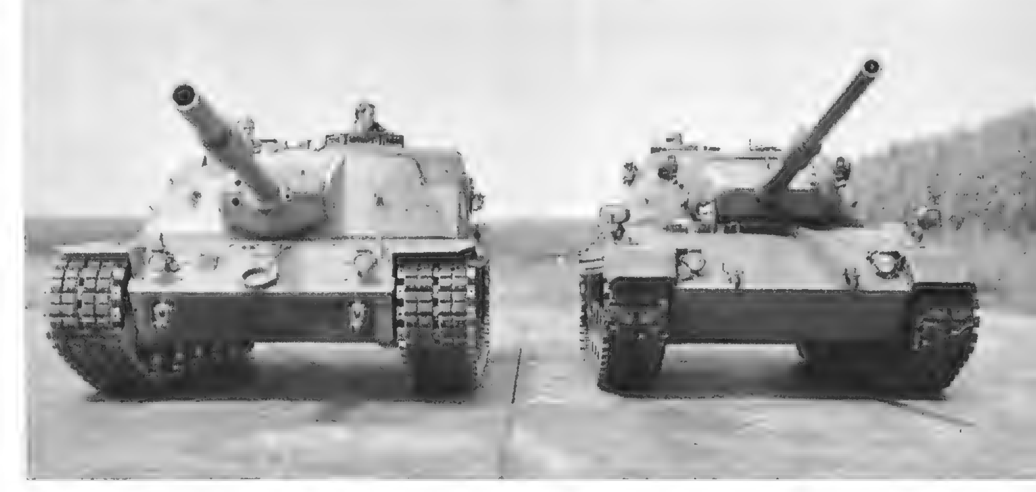
▷ Weniger nasse Ladungen ergeben groteske Fehlschüsse.

▷ Feuchte Hülsen hinterlassen nach dem Schuß dicke Rückstände von nicht verbranntem Kunststoff im Rohr.

▷ Ein Geschoß explodierte bei Versuchen schon im Panzer (Rohrkrepierer).

▷ Der automatische Lader, eine deutsche Konstruktion, die den Ladeschützen ersetzen soll, wurde zwar mit den Shillelagh-Raketen fertig, verformte aber die Kunststoff-Hülsen bis zur Unbrauchbarkeit.

Nach 1,2 Milliarden Dollar (4,4 Milliarden Mark), die bis Mitte dieses Jahres für die Arbeiten am Shillelagh-System ausgegeben waren, geriet



... den Zukunftspanzer alleine durchzuziehen": **„Kampfpanzer 70"** (Prototyp), **„Leopard"**


Glut unter der Asche
Der Jet-Set geht, die Fly-Society kommt, die Neger proben die Revolution,
und die Reichen machen in Urlaub: Auf den neuen Bahamas.
Die Happy Islands sind jetzt das Mallorca für Mr. Miller aus Manhattan.
Und was nicht im Reiseführer steht,
steht jetzt in ›M‹: »Alles inbegriffen…«
Ein Thema aus dem neuen ›M‹. Eines von vielen.
›M‹ bringt außerdem im neuen Heft:
Männerpelze
Jackie Stewart
Windmacher
Strich
Notlandung
Spinner
Manager
A-Bombe
Jagdschein
Windhunde
Mörderschach
Die Zeitschrift für den Mann
m


Das neue ›M‹ gibt's überall.

die US Army ins Kreuzfeuer von Senatoren. Ergebnis der Hearings auf dem Kapitol: Der Bau eines US-Panzers („M 60 A 1 E 2") mit Shillelagh-Turm wurde gestoppt, Erprobungsmethoden bei der Beschaffung eines anderen („Sheridan") scharf verurteilt.

Ist in den USA die Ungeduld wegen der Kombinationswaffe größer, so schlägt sich der deutsche Partner mit der aus den Fugen geratenen Tonnage des Panzers herum. Entwicklungsziel war ein Kampffahrzeug mit 46,3 Tonnen Gewicht. Erstes Arbeitsergebnis: ein Koloß von 54 Tonnen, der in der Bundesrepublik die Straßen zerwühlen, viele Brücken überlasten und beim Eisenbahntransport den Gleis-Unterbau ruinieren würde. Außerdem: Das Riesenbaby wäre mit dem Pionier- und Instandsetzungsmaterial der Bundeswehr nicht zu bewältigen.

Mit nur einem lachenden Auge nahmen deshalb die Verteidigungstechniker auf der Hardthöhe zur Kenntnis, daß Abmagerungsversuche, zu denen sich die Amerikaner höchst widerwillig bereit fanden, an deutscher Qualitätsarbeit zu scheitern drohten: Nachdem der US-gefertigte Continental-Motor (Brigadegeneral Dietrich Willikens, zweiter Mann der Abteilung „Technik" im Verteidigungsministerium: „In der Konzeption viel fortschrittlicher und leichter als der deutsche") nur 1100 PS statt der verlangten 1500 PS leistete, zudem nach jeweils 400 Kilometern qualmend seinen Geist aufgab, liegt Daimler-Benz mit einem bulligen, zuverlässigen, aber viel zu schweren Motor in der Konkurrenz vorne.

Die Abmagerungskur für den MBT 70 ist nach diesem Rückschlag erst recht Zentralthema der Bonner Rüstungstechniker. Ein Kompromiß mit den Amerikanern führte zwar zu einem neuen Planziel von 48,5 Tonnen, nicht aber zum gewünschten Ergebnis. Heutiger Entwicklungsstand: 50,3 Tonnen.

Finanzielle Auswüchse und technisches Rätselspiel sowohl in den USA wie in der Bundesrepublik erzeugen zunehmend Verdrossenheit. Noch vor kurzem hatte der inzwischen abgelöste Projekt-Manager für den MBT 70, US-Generalmajor Edwin H. Burba, getönt: „Zum erstenmal in der modernen Tankentwicklung haben die Techniker des MBT für ihre Arbeit Carte blanche bekommen." Jetzt höhnt Senator Thomas F. Eagleton (US-Staat Missouri): „Ein Ausbund aller Panzer. Der MBT 70 würde (beim 500-Meilen-Rennen) in Indianapolis glorreich abschneiden. Er braucht nur einen Intellektuellen am Steuer."

Ebenso sarkastisch beurteilt Senator James W. Fulbright aus Arkansas die technische Überfrachtung: „Um diesen komplizierten Tank zu fahren, braucht man einen Wunderknaben mit dem Diplom einer TH."

Die Folgen solcher Senatskritik zeigten sich im vergangenen Sommer: Der Kongreß strich dem Pentagon den Entwicklungsetat des MBT 70 zusammen. Zusätzlich erhielt das unabhängige Batelle-Institut den Auftrag für eine Kostenstudie. Die Prüfer sollen herausfinden, mit welchen Vereinfachungen der Tank, der beim derzeitigen Stand der Entwicklung zwischen 2,2 und 2,8 Millionen Mark kosten würde, unter einen Serienpreis von 500 000 Dollar (1,83 Millionen Mark) gedrückt werden kann.



„Kampfpanzer 70" (Prototyp): In deutschem Unterholz ein Keiler

Ahnungsvoll gestand der stellvertretende US-Verteidigungsminister David Packard dem deutschen Programmleiter für den MBT 70, Brigadegeneral Hans L. Eberhard: „Wenn es uns nicht gelingt, unter 500 000 zu bleiben, werden wir's nicht schaffen."

Auch ein totaler Entwicklungsstopp ist demnach, obwohl die USA dringend einen modernen Panzer brauchen, nicht mehr auszuschließen. Flottillen-Admiral Herbert Trebesch, Chef des bundesdeutschen Attachéstabes in Washington, beantwortete die Frage, ob der MBT 70 auf dem Sterbebett liege: „Auf dem Krankenbett sicher."

Die Panzerbeschaffer in Bonn lassen sich von den düsteren Signalen aus den USA nicht schrecken. Sie warten auf den 15. Dezember, wenn in Washington die Batelle-Studie vorliegt und Entscheidungen fallen sollen.

Im übrigen herrscht Durchhalte-Stimmung auf der Hardthöhe. Brigadegeneral Eberhard: „Wir haben die Absicht, den MBT 70 auch allein durchzuziehen. Ein großer Teil der Baugruppen ist entwickelt und fertig. Es wäre unverantwortlich, im Januar zu sagen: ‚Wir fangen jetzt was Neues an.'"

Unbeirrbar hält Bonn vor allem an der von den Militärs verlangten „Kampfentfernung 3000" und damit am Flugkörperpanzer fest — obgleich diese Kapazität auf dem europäischen Gefechtsfeld in höchstens 19 Prozent aller Fälle wirksam werden kann. Für 75 Prozent der denkbaren Kampfsituationen reicht die 2000-Meter-Kanone, in sechs von hundert Fällen sichten die Panzerkommandanten den Gegner in mehr als 3000 Meter Entfernung und damit allemal außerhalb der Reichweite ihrer Waffen.

Falls die Bundesverteidiger angesichts dieser Zahlen doch noch auf den MBT 70 verzichten sollten — sie stehen nicht eben nackt da.

Schon Anfang 1968 hat Bonn beim Leopard-Generalunternehmer Krauss-Maffei AG, München-Allach, für 70 Millionen Mark die Entwicklung einer rein deutschen Version des Kampfpanzers 70 („Keiler") in Auftrag gegeben. Gleich ob die binationale Entwicklung weiterläuft oder nicht — der pro Stück etwa 1,5 Millionen Mark teure Keiler soll auf alle Fälle durch deutsches Unterholz brechen.

Wichtigster Unterschied zum MBT 70 ist die Bewaffnung. Für den Keiler ist eine konventionelle Kanone vom Kaliber 120 Millimeter vorgesehen, die zur Zeit von der Firma Rheinmetall in Düsseldorf entwickelt wird.

Im übrigen dürfte es ein recht intellektuelles Wildschwein werden. Die Münchner Panzerbauer wollen für den Keiler großenteils die neuen Bauelemente verwenden, die binational für den MBT 70 fertig entwickelt sind. Riskante Techniken wie Hydro-Federung und Ladeautomatik bleiben allerdings von vornherein beiseite. Dafür bekommt der kapitale Keiler die hochmoderne, aber auch anfällige Elektronik des MBT 70.

Optimistische Erklärung auf der Hardthöhe: „In diesem Programm haben wir zum erstenmal beim Heer das System der Fehlerkennung und Einkreisung in den Griff bekommen, das für die Luftwaffe längst eine Selbstverständlichkeit ist. Wenn der Kommandant eines Panzers den Fehler selber finden kann, geht damit die Zahl der notwendigen Reservepanzer zurück" (Eberhard).

Der Optimismus, mit dem die Bonner Generale ihr Kampfpanzer-Programm betrachten, kann sich angesichts des neuen Herren auf der Hardthöhe leicht als voreilig erweisen. Aus der Partei von Verteidungsminister Helmut Schmidt war bislang nur Skeptisches zu diesem Projekt zu hören. Der Politisch-Parlamentarische Pressedienst der SPD am 19. September, neun Tage vor der Bundestagswahl: „Panzer 70: ein teurer Spaß."



Den berühmten Lincoln gibt es jetzt auch als
mild & mellow
Mixture.
EXQUISITE QUALITY · READY FOR THE PIPE
Finest American Pipe Tobacco
LINCOLN
mild & mellow
TOBACCO SUPPLIERS INC., KINSTON, N.C./USA
DM 2,50
Unsere Zeit hat eine neue Geschmacksrichtung geprägt. Sie heißt „mild & mellow". Lincoln, die größte Mixturemarke Europas, folgt diesem Trend. Lincoln bringt für die Freunde der besonders milden Geschmacksrichtung einen zweiten Lincoln als Crimp Cut: Lincoln „mild & mellow". Besonders mild, besonders reif, eine neue Mixture hervorragender Tabake aus 26 Anbaugebieten in aller Welt. Lincoln „mild & mellow" hält, was der große Name Lincoln verspricht.
Fire cured KENTUCKY, Jahrgang 66, auf den Farmen über Feuer getrockneter Tabak mit herbrassigem Charakter
Klassische ORIENT-Provenienzen, fine turkish, feines blumiges Aroma
Goldgelber und süßer VIRGINIA, Jahrgang 67, sonnengereift, mild & mellow, Basis eines guten Pfeifentabaks
BURLEY, Jahrgang 66, reifbraunes, geschmeidiges Blattgut, air cured, gibt mild-würzigen Geschmack
Saftiger PERIQUE, Jahrgang 63, teuerster Tabak der Welt, durch jahrelange Reifung von pikanter Eigenart
Tiefdunkler CYPRUS, Jahrgang 64, über Holz und Kräutern geräuchert, mit der weltberühmten unverkennbaren Duftnote
Der Mann, der Lincoln raucht, er weiß warum . . .
9/018

PROZESSE

FLUCHT

Engerer Befehlsbereich

Am 3. Februar 1964 kraulte der Kraftfahrzeugschlosser Peter Klemt, 19, von Ost nach West durch das eiskalte Wasser des Berliner Teltow-Kanals.

Der DDR-Flüchtling fand Aufnahme im West-Berliner Wohnheim Wrangeltraße 97, doch schon im März zog es ihn wieder heim hinter die Mauer. Mit der S-Bahn fuhr der Frei-Schwimmer zurück nach Ost-Berlin.

Jetzt, mehr als fünf Jahre später, kam Klemt abermals in den Westen — diesmal per Flugzeug: Zusammen mit seinem Mechaniker-Kollegen Ulrich-Jürgen von Hof, 19, zwang er am 19. Oktober die Piloten der polnischen Verkehrsmaschine SP-LSE auf dem Flug von Warschau nach Ost-Berlin mit vorgehaltenem Revolver zur Landung auf dem Flugfeld Tegel im französischen Sektor West-Berlins (SPIEGEL 44/69).

Diesmal endete die Flucht in die Freiheit hinter Gittern. Denn die französische Militärregierung, in Tegel absoluter Souverän, nahm Klemt und seinen Gefährten in Untersuchungshaft. Beiden soll wegen Verstoßes gegen alliierte wie deutsche Gesetze vor einem französischen Gericht der Prozeß gemacht werden.

Rechtsgrundlage dieses Verfahrens, mit dem die Franzosen ihre prinzipielle Mißbilligung von Flugzeugentführungen demonstrieren wollen, sind die Besatzungsverordnungen 242 und 243 aus dem Jahre 1950. Sie regelten bis zum Deutschlandvertrag im Jahr 1955 die Besatzungsgerichtsbarkeit in der französischen Zone, blieben in West-Berlin jedoch bis zum heutigen Tag geltendes Recht.

Im Gegensatz zu Briten und Amerikanern, die ihre gleichfalls noch gültige Befugnis zu eigener Gerichtsbarkeit in Berlin nicht mehr wahrnehmen, unterhalten die Franzosen im Tegeler Militär-„Quartier Napoléon“ immer noch ein ordentliches Strafgericht.

Von ihm werden deutsche wie französische Zivilisten abgeurteilt, die Straftaten im Dienste oder im engeren Befehlsbereich der französischen Streitkräfte begangen haben.

Das kommt freilich nur vier- bis fünfmal pro Jahr vor — und stets handelt es sich dabei um Bagatellfälle: um Verkehrsdelikte oder, wie unlängst, um einen Berliner, der von einer Leiter aus die Feierabendbräuche französischer Soldaten-Frauen heimlich beobachtet hatte.

Die französischen Richter von Berlin halten sich in der Regel an die deutsche Strafprozeßordnung und das deutsche Strafrecht; auch über die beiden Untersuchungshäftlinge Klemt und von Hof soll zunächst nach deutschem Recht geurteilt werden.

Welche Delikte die Franzosen den Entführern anlasten werden, war letzte Woche noch unbekannt. Doch in Frage kommen vor allem die deutschen Strafbestimmungen gegen „gefährliche Eingriffe“ in den „Luftverkehr“ (Mindeststrafe: drei Monate Gefängnis), Nötigung (Gefängnis- oder Geldstrafe) und Körperverletzung (Mindeststrafe: zwei Monate Gefängnis).

Sollte die Anklage zudem Verstöße der Flug-Flüchtlinge gegen alliierte Bestimmungen einschließen, müßten sich die Ankläger auf den Straftatenkatalog der französischen Verordnung Nr. 176 aus dem Jahre 1948 stützen. Sie bedroht, in Artikel 5, den „unerlaubten Besitz von Feuerwaffen“ mit Gefängnis bis zu zehn Jahren und, in Artikel 6, den Verstoß gegen die — von den Alliierten kontrollierte — Luftsicherheit über Berlin („Behin-



„Quartier Napoléon“ in West-Berlin
Freiheit hinter Gittern

derung der Arbeit einer der zu der Besatzungsbehörde gehörenden Streitkräfte oder Organe“) mit Gefängnis bis zu fünf Jahren.

Wie auch immer der Prozeß, gegen dessen Ergebnis Berufung eingelegt oder Revision beantragt werden kann, von den eigens aus der französischen Hauptstadt herbeigeholten Richtern geführt wird; wie immer er ausgehen mag — eines steht schon vor Verhandlungsbeginn fest:

Beide Angeklagte dürfen im Westen bleiben. Der Auslieferungswunsch der Polen, der zwei Tage nach der Entführung in Paris einging, steht, so ein Sprecher der französischen Administration, „überhaupt nicht zur Diskussion“.


Deutschland
Fünen
Angeln
Teutoburger Wald
Münsterland
Haar
Sauerland
Westerwald
CHANTRE & CIE.

DDR

INNERDEUTSCHER HANDEL

Mit großem Takt

Sie reichten sächsisches Export-Bier aus Radeberg und belegte Brote, schenkten Wodka aus und stießen mit anhaltinischem „Rotkäppchen"-Sekt auf das Wohl der Republik an.

Aus hölzernem Rahmen lächelte der Staatsratsvorsitzende, und ein Minister toastete beschwingt: „Niemand vermag heute mehr zu bestreiten, daß die Deutsche Demokratische Republik ein weithin international anerkannter Staat geworden ist."

Es war fast wie überall, wo DDR-Vertreter aus Anlaß ihres Staatsfeiertages zu „festlichen Empfängen" („Neues Deutschland") geladen hatten — wie in der Moskauer DDR-Botschaft, wie im DDR-Generalkonsulat zu Djakarta oder wie in der DDR-Handelsvertretung in Neu-Delhi.

Doch DDR-Sekt und Radeberger Pilsner flossen zum Wohl der Republik in einer DDR-Dependance, die — ginge es noch nach Konrad Adenauer — überhaupt nicht existieren dürfte. Sie residiert in der Bundesrepublik, zu Düsseldorf am Rhein, Graf-Adolf-Straße 45.

Zu Gast lud Handelsrat Rudolf Haubold, 41, Chef des Düsseldorfer Büros des DDR-Ministeriums für Außenwirtschaft und Träger des „Vaterländischen Verdienstordens" in Bronze. Als Gäste kamen Sowjetbotschafter Semjon Zarapkin aus Bonn, die Leiter aller Handelsvertretungen der Ostblockstaaten in der Bundesrepublik, westdeutsche Osthändler und — Gruß aus der fernen Hauptstadt — der stellvertretende DDR-Außenwirtschaftsminister Heinz Behrendt, 56.

Ungebetene Gäste erschienen nicht: Die westdeutsche Obrigkeit, die laut Kabinettsorder von 1967 Staatsfeste von DDR-Repräsentanten in der Bundesrepublik zu „unterbinden" gewillt war, ließ die Fete unbehelligt. Damals, vor zwei Jahren, fürchtete das Außenamt noch um die Hallstein-Treue der westdeutschen Alliierten, „wenn wir es dulden, daß Vertreter der DDR auf unserem Boden die Spaltung Deutschlands feiern".

Diesmal aber, unterdessen längst auf der Suche nach neuen Wegen zu geregelten Beziehungen mit der DDR und mithin am Ausbau des zwischenstaatlichen Handels interessiert, tolerierte Bonn, was seit nunmehr 22 Jahren ohnedies Realität ist.

Denn bereits 1947 eröffnete die damalige Deutsche Wirtschaftskommission der SBZ in Frankfurt eine „Vertretung", die von 1950 an ebenso wie die 1956 in Düsseldorf gegründete Niederlassung zunächst politisch unverdächtig als „Büro für innerdeutschen Handel" firmierte.

Und was auch immer die innerdeutschen Kontakte behinderte — ob der 17. Juni 1953, ob die „vorsorgliche" Aufkündigung des Interzonenhandelsabkommens durch Konrad Adenauer 1960 oder ob der Mauerbau von 1961 —, die DDR-Filialen blieben vom Kalten Krieg verschont.

Seit Jahren unterlassen die DDR-Emissäre offenbar alles, was sie ins politische Zwielicht hätte bringen können. Die Genossen meiden Polit-Kundgebungen aller Parteien ebenso wie die westdeutsche Presse und gehen „mit großem Takt", so Dr. Richard Sieben von der West-Berliner Treuhandstelle für den Interzonenhandel, ihren Geschäften nach. Sie

- informieren die westdeutschen Handelspartner über Angebot und Nachfrage des ostdeutschen Großhandels,
- analysieren für die volkseigene Planwirtschaft die Bewegungen des kapitalistischen Markts und
- helfen West-Unternehmen mit Sachkunde durch das Labyrinth der Interzonenhandels-Paragraphen.

Obzwar ohne vergleichbare Rechtsgrundlage — die Arbeit der ostdeutschen Außenwirtschaftler basiert allein auf Vereinbarungen zwischen der Berliner Treuhandstelle und dem DDR-Ministerium für Außenwirtschaft —, sind die Funktionen der DDR-Büros nach Experten-Urteil „durchaus vergleichbar mit denen der übrigen ausländischen Handelsmissionen".

Tatsächlich ziehen die Finanzämter weder von den Niederlassungen Umsatzsteuer noch von den Angestellten Lohn- oder Einkommensteuer ein. Der westdeutsche Fiskus behandelt die Ostdeutschen vielmehr als Devisen-Ausländer.

Die zwanzig Ost-Funktionäre im Westen fühlen sich denn auch wie Amerikaner in Paris oder Franzosen in Moskau. Der Chef der Frankfurter DDR-Filiale 1966 zu einem amerikanischen Reporter: „Wir sind Bürger der DDR und bewegen uns in Westdeutschland ... wie jeder Ausländer ... als Gäste eines fremden Landes."





DDR-Büro in Frankfurt
Gäste eines fremden Landes





DDR-Büro in Düsseldorf
Irrläufer vom Ministerium

Dieses semi-diplomatische Selbstgefühl förderte die DDR-Regierung Ende 1967 durch eine Änderung des Büro-Status. Ohne die West-Berliner Treuhandstelle oder eine andere Bundes-Instanz zu informieren, ließen die DDR-Missionen in Düsseldorf und Frankfurt ihre Kundschaft per Rundbrief wissen, sie hießen nunmehr (nach der Umbenennung des alten Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel) „Büros des Ministeriums für Außenwirtschaft der DDR".

Während jedoch die Telephon-Damen staatsbewußt die DDR-offizielle Titulatur ansagen, unterschlagen die Telephonbuch-Eintragungen bislang das Staatskürzel.

Derlei Taktiken führten denn auch zu Komplikationen. So fragten beispielsweise unkundige Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen, im Glauben, ein Landesministerium zu bemühen, die DDR-Dependance nach den Export-Formalitäten für Efta-Länder. Und immer wieder müssen die nordrhein-westfälischen Ministerien und das Ost-Büro Post-Irrläufer austauschen.

Doch trotz aller politischen Exotik: Die Repräsentanten der Arbeiter-und-Bauernmacht sind auch in der Fremde daheim. Denn ob in der Frankfurter Kaiserstraße 15 über dem China-Restaurant „Peking" oder in Düsseldorfs Graf-Adolf-Straße über der „Femina"-Bar — die DDR ist immer präsent.

In den Vorzimmern fungieren die Ehefrauen der Handels-Genossen als Sekretärinnen, an den Volants der Dienstwagen sitzen DDR-Bürger, deren Ehefrauen wiederum die Räume reinhalten. Und wer Platz nimmt in diesen Büros, sitzt immer auf einem Stuhl „Made in DDR".



München - Frankfurt, Hannover - Düsseldorf oder Paris - Monte Carlo - Madrid. So ist das nun mal.

Verhandlungen, Empfänge, Ferienwochen, Einkäufe, Konferenzen, Messen.

Sie fahren. Komfortabel. (Oder Ihr Chauffeur.) Schnell über Schnellstraßen. (Starke, zuverlässige Motoren.)

Bequem über Schlagloch-versammlungen. (Optimales Fahrwerk.)

Sicher durch Kurven. (Hinterachse, System de Dion.)

Gelassen in Kolonnen.

Entspannt durch die City. (Auf Wunsch Automatic.)

Selbstbewußt. (Elegantes Kompakt-Design.)

ADMIRAL

Technik und Komfort – mehr als man braucht.

DIPLOMAT - ADMIRAL - KAPITÄN

DIPLOMAT E: 2.8 Ltr.-6Zyl.-Motor mit elektronischer Einspritzung, 165 PS. DIPLOMAT V8: 5.4 Ltr.-8Zyl.-S-Motor, 230 PS. ADMIRAL: 2.8 Ltr.-6Zyl.-S-Motor, 132 PS. ADMIRAL 2800 S: 2.8 Ltr.-6Zyl.-H-Motor, 145 PS. ADMIRAL 2800 E: 2.8 Ltr.-6Zyl.-Motor mit elektronischer Einspritzung, 165 PS. KAPITÄN: 2.8 Ltr.-6Zyl.-S-Motor, 132 PS. KAPITÄN 2800 S: 2.8 Ltr.-6Zyl.-H-Motor, 145 PS.

GEWERKSCHAFTEN

PARTNERSCHAFT

Schritte zur Ohnmacht

Die bundesdeutschen Gewerkschaften schicken sich an, ein „Interessenverband des Spätkapitalismus" zu werden; die soziale Partnerschaft zwischen ihnen und den Arbeitgebern vollziehe sich „im Stil von Roßtäuschern". Die ehemals harte Gewerkschaftspresse sei in Interessen-Kollisionen gefesselt: „Manche scharfe Reportage ist unterblieben, nur weil ein Vorstandsmitglied (der Gewerkschaften) im Aufsichtsrat des betreffenden Unternehmens saß."

Sarkastisch skizziert das ehemalige Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier Egon Lutz in einem jetzt erschienenen Buch die 20jährige Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als „Schritte zur Ohnmacht" und bezeichnet die Mitbestimmung als „die logischste Verklammerung (der Arbeitnehmer) mit der herrschenden Gesellschaftsordnung"*.

Nicht der DGB und seine Organisationen, sondern die Unternehmer seien die Nutznießer jener von den Gewerkschaften geforderten paritätischen Mitbestimmung in allen Großbetrieben. Die „Demokratisierung der Direktionsetage" (Lutz) würde sich durch einen „ungestörten Produktionsablauf verzinsen", überdies könnten die Unternehmer die Mitbestimmer in den Aufsichtsräten zur „prächtigen Pufferzone gegen ungebärdigen Aktionärszorn umfunktionieren".

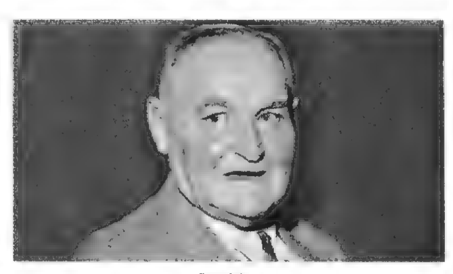
Lutz orakelt, spätere Unternehmer-Generationen „dürften kopfschüttelnd einmal die Widerstände ihrer Altvordern gegen die Mitbestimmung zur Kenntnis nehmen, ist sie doch der wirksamste Schutz gegen alle revolutionären und auch evolutionären Wandlungen der Gesellschaft".

Der linksaußen stehende Sozialdemokrat bescheinigte den Gewerkschaften, was schon Karl Marx geahnt hatte: Sie würden gerade dadurch, daß sie die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit erträglicher machten, den Kapitalismus länger am Leben erhalten.

Den Weg der bundesdeutschen Gewerkschaften vom „revolutionären Sendungsbewußtsein" zum „sozialreformerischen Eifer" beschreibt Lutz am Beispiel jener Funktionäre, die während der letzten zwei Jahrzehnte an der Spitze des DGB standen.

Der Schöpfer der Einheitsgewerkschaft Hans Böckler (1949 bis 1951) figuriert noch als „Monolith", der allerdings „seine Enttäuschungen mit ins Grab nahm", weil die Ahlener Sozialisierungs-Thesen der CDU und ähnliche Beschlüsse in einigen Ländern durch Adenauer und die Besatzungsmächte zur Makulatur wurden.

Böcklers Nachfolger Christian Fette (bis 1952) nennt der Kritiker einen „General ohne Fortüne". Tatsächlich mußte der DGB unter diesem Vorsitzenden eine vernichtende Niederlage hinnehmen: Gegen die Stimmen der SPD und KPD verankerten die Regierungsparteien 1952 die „Ohnmacht der Arbeitnehmervertreter" im Betriebsverfassungsgesetz. Um den Unwillen der Organisierten abzuleiten, die Kampfmaßnahmen forderten, und um die verantwortliche DGB-Spitze vor diesem Zorn zu retten, sei der „Unglücksrabe" Fette als Sündenbock geopfert worden.



Böckler



Fette



Freitag



Richter



Rosenberg

DGB-Vorsitzende von 1949 bis 1969
„Position des Außenseiters"

Der nächste Schritt zur Entmachtung des gewerkschaftlichen Dachverbandes vollzog sich unter dem Werkzeugdreher Walter Freitag (1952 bis 1956), der den „Hintertreppen-Skandal" um den sozialistischen Theoretiker Viktor Agartz mitverschuldet habe. Der Marxist Agartz, damals Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, sei in Pension geschickt worden, um es den von Partnerschaft träumenden Funktionären leichter zu machen, sozialistische Programmatik über Bord zu werfen.

Dabei habe sich, so Lutz, DGB-Chef Freitag keineswegs als „vierschrötiger Machiavelli" erwiesen. Er sei vom Charakter her wohl mehr ein „Lämmchen" gewesen, das „nur mitunter etwas bärbeißig knurrte". Viel eher sei zu vermuten, daß Freitag im Fall Agartz „als Geschobener und mit gezieltem Material Versehener beharrlich auf einer Straße wandelte, deren Endstation immer für ihn im dunkeln bleiben mußte".

Die Auseinandersetzung um die politische Linie der Gewerkschaften sei unter Willi Richter (1956 bis 1962) noch deutlicher geworden: Die dem Dachverband angeschlossenen 16 Organisationen gingen immer mehr ihren eigenen Weg, ohne auf ihren „Verwalter" an der Spitze Rücksicht zu nehmen.

Als eine „liebenswürdige Galionsfigur" wird Ludwig Rosenberg (DGB-Chef bis Mai 1969) gezeichnet, der mit „Wortgeklingel als Ideologieersatz... lyrisch das Wirken der Gewerkschaften besang". Unter seiner Ära habe sich der DGB in der Notstandsfrage unterworfen und sei in der Zusammenarbeit mit Kiesinger und Schiller weiter politisch ins Schwimmen geraten.

Keineswegs schmälert Lutz in seinen Betrachtungen die Verdienste der Gewerkschaftsführer am wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeitnehmer. Auch das Versagen in der Gesellschaftspolitik kreidet er nicht allein ihnen an. Deutlich zu dem Machtverlust beigetragen habe auch der Druck des „Partners Unternehmer" und des „Freundes SPD", der die Gewerkschaften zur Hilfstruppe degradiert habe. In 20 Jahren seien die politisch enragierten Gewerkschaftler immer mehr dazu gezwungen worden, „aus der Position des gesellschaftlichen Außenseiters heraus zu operieren".

Lutz ist freilich überzeugt, daß der Konflikt zwischen Arbeitnehmern und -gebern durch Sozialpartnerschaft nur verschleiert wird und auch in einer mitbestimmten Wirtschaft nicht gebannt werden kann. Er werde sich neue Wege in politisch starken Gewerkschaften suchen „oder — und das sehr viel wahrscheinlicher — an den Gewerkschaften vorbei" operieren.

Der Kritiker selbst mochte auf den Kontakt mit den Gewerkschaften nicht verzichten. Bei Abfassung der Kapitel leisteten ihm nicht genannte hauptamtliche Funktionäre aus dem zweiten und dritten Glied Formulierungshilfe.

* Mühlbradt/Lutz: „Der Zwang zur Sozialpartnerschaft — Hintergründe der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern". Verlag Luchterhand, Berlin; 167 Seiten; etwa 16 Mark.

MÄRKTE

SEKT

Gebremster Schaum

Innerhalb von 23 Monaten feuerte die Sektkellerei Carstens KG dreimal ihre Werbeagentur. Die nervös gewordenen Manager aus Neustadt an der Weinstraße lasteten ihren Ideenlieferanten an, daß die Deutschen immer weniger Durst auf die „erregenden Perlen von Carstens SC" (Werbung) haben.

Die Unruhe der zum Reemtsma-Konzern gehörenden Schaumwein-Produzenten ist verständlich. Im letzten Jahr wurden sie nur sieben Millionen Flaschen los, 1965 waren es noch zehn Millionen.

Anfang der 60er Jahre galten die Pfälzer mit ihrem SC als erfolgreiche Außenseiter. Unter dem Motto „naturrein, ohne Zusätze von Zucker und gezuckerter Dosage" wurde der Sekt rasch ein Bestseller. Begünstigt wurde der Erfolg durch einen für Markenschampus ungewöhnlichen Preis: 5,95 Mark pro Flasche.

Den Markteinbruch der bis dahin wenig bekannten Firma versuchte Deutschlands Sekt-Establishment sofort abzuriegeln. Der Wiesbadener Sekt-Konzern Henkell warf die Kampfmarke „Rüttgers Club", die Bielefelder Puddingfirma Oetker „Söhnlein Brillant" in die Bresche.

Die Schaumwein-Bosse vermochten Carstens indes nicht kleinzukriegen. Der SC-Umsatz stieg weiter, und auch die beiden Konkurrenzmarken begannen zu florieren. Mitte der 60er Jahre hatten die preiswerten drei über zwölf Prozent vom gesamten Markt erobert. Ihre Verkaufserfolge gingen überwiegend zu Lasten der teuren Nobelmarken.

Der Höhenflug der Preisbrecher konnte erst vor vier Jahren vom Fiskus gestoppt werden. Als Finanzminister Dahlgrün die Sekt-Steuer von einer Mark auf 1,50 Mark erhöhte, war es mit der überschäumenden Sektlaune der Deutschen vorbei. Der Branchen-Umsatz rutschte von 146,4 Millionen Flaschen im Jahr 1965 auf 119,7 Millionen Flaschen im Jahre 1966. Am ärgsten traf der Umsatz-Rückgang die Sorten aus der mittleren und unteren Preisklasse.

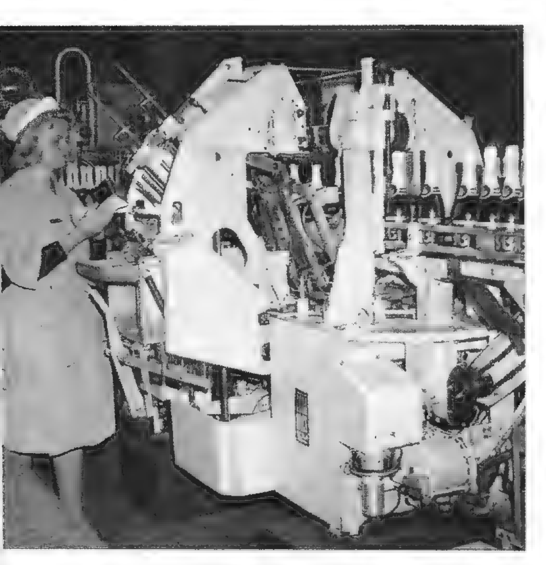
„Carstens SC" konnte an seine früheren Verkaufserfolge nicht mehr anknüpfen. Die Konkurrenzmarken „Söhnlein" und „Rüttgers Club" hingegen wußten die Absatzflaute durch ein riskantes Manöver ihrer Verkaufsmanager zu überwinden: Nach und nach drückten sie die Flaschenpreise bis auf fünf Mark herunter. Als Sonderangebot war der Sekt gelegentlich noch billiger.

Gestützt auf ihr gutes Image, glaubten die Carstens-Strategen zunächst an einem Preis von über sechs Mark festhalten zu können. Erfolg: Der Umsatz von Rüttgers und Söhnlein stieg, der von SC nicht.

Auch massive Werbung brachte SC nicht wieder nach oben. Erinnert sich Dr. Dieter Karp von der zum zweitenmal geschaßten SC-Werbeagentur Heumann, Ogilvy & Mather in Frankfurt: „Preisunterschiede bis zu 1,50 Mark kann die beste Werbung nicht ausgleichen."

Der harte Preiswettbewerb kommt die Großverdiener der Branche teuer zu stehen. Marktbeobachter glauben herausgefunden zu haben, daß Henkell für jede Flasche Rüttgers Club bis zu einer Mark zusetzt. Nur durch solide Gewinne bei den teuren Marken können die Verluste wettgemacht werden.

Carstens ist für solche Misch-Kalkulation zu schwach. Denn die von ihr vertriebene Spitzenmarke „M. Chandon" ist kein Geschäft geworden. Selbst Preisausschreiben, die den Hauptgewinnern ein Wochenende mit Graf Frédéric Chandon de Briailles auf seinem Schloß Saran versprachen, ver-



Sektkellerei Carstens
Ideen-Lieferanten gefeuert

mochten die Deutschen für das herbe Produkt nicht zu begeistern.

Auch in Zukunft können SC und seine Konkurrenten kaum auf einen zweiten Sekt-Frühling hoffen. Denn immer ungestümer dringen billige Handelsmarken zwischen 2,50 und fünf Mark in westdeutsche Ladenregale. Ende letzten Jahres hatten die Discounter schon einen Marktanteil von 52,7 Prozent erobert. Die feinen Marken ab sieben Mark müssen sich inzwischen mit einem Anteil von 13 Prozent begnügen.

Außer dem Preisverfall plagt die Branche noch eine andere Sorge. Trotz unentwegten Werbegeklingels — im letzten Jahr wurden über 30 Millionen dafür ausgegeben — gelang es immer noch nicht, Sekt zu einem Standardgetränk zu machen.

Nach den neuesten Untersuchungen gilt das Schaumgetränk nach wie vor als Feiertags-Drink: 35 Prozent des Gesamtumsatzes fallen auf die Weihnachts-Saison, 25 Prozent gar auf die Silvesterwoche.



BUNDESLÄNDER

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Neue Ära

Die Kritik des Wählers an der CDU, so legte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (CDU) das Ergebnis der Bundestagswahl aus, dürfe nicht mehr „so ohne weiteres beiseite geschoben werden".

Die Kritik von Parteifreunden hingegen will der national-konservative Landesvater offenbar auch weiterhin übergehen. Lemke, 62, ignorierte die Forderung in der Jungen Union nach seinem eigenen Rücktritt — und verjüngte statt dessen am vorletzten Wochenende lieber sein Kabinett.

Drei neue Minister — der Katholik Walter Braun (Kultur), der Brüsseler EWG-Beamte Karl-Heinz Narjes (Wirtschaft) und der Ahrensburger Rechtsanwalt Henning Schwarz (Justiz) — sollen Lemke helfen, im protestantischen Norden eine „neue Ära" (Lemke) zu beginnen: Der Landes-Chef versprach, künftig „keine einsamen Beschlüsse" mehr zu fassen.

Den früheren Wirtschaftsminister Gerhard Gaul und den bisherigen Justizminister Claus Joachim von Heydebreck hatte Lemke entlassen; nur Kultusminister Kurt Hannemann war, von Lemke gebeten, freiwillig gegangen: Der den Kabinetts-Strapazen nicht gewachsene Dorfpastor war vier Monate kreislaufkrank gewesen.

Statt des evangelischen Pastors soll sich nun der katholische Professor Braun („Ich darf aber sagen, daß meine Braut Protestantin ist") um die Hochschul-Querelen, die Gymnasial-Streiks und die fehlenden Sonderschulen in Lemkes Land kümmern. Er unterschätzt die Probleme keineswegs: „Wenn ich mir die Schwierigkeiten länger überlegt hätte", sinnierte Braun, „hätte ich nicht den Mut gefunden."

Lange genug überlegt hatte offenbar der von Lemke ebenfalls umworbene Vorsitzende des Deutschen Bildungsrates, Professor Karl Dietrich Erdmann. Der Kieler Historiker wollte Lemkes Kultus-Ressort nur unter Bedingungen übernehmen, die das CDU-Land nicht akzeptieren konnte: Einführung der Gesamtschule und Anhebung des Kultusetats auf 35 Prozent des Gesamthaushalts. Jetziger Anteil: 23,5 Prozent.

Bedingungslos folgte dagegen der neue Justizminister Dr. Henning Schwarz, 41, Sohn des früheren Bundesernährungsministers Werner Schwarz, dem Ruf des Präsidenten. Der Ahrensburger Rechtsanwalt hatte Publizität erlangt, als er am 17. Juni 1967 eine Pappmauer über die zur Ostsee führende Bundesstraße 75 baute, um „denjenigen, die sich in der Anonymität des Straßenverkehrs ... den Veranstaltungen zum Tage der Deutschen Einheit entziehen", eine Lektion zu erteilen (SPIEGEL 27/1967).


Kabinettschef **Lemke** (M.), **Kabinettsneulinge***: Weite Welt

Privat umgibt sich Schwarz mit landeseigenen Devotionalien: einem Milchschapp von der Westküste und einer Webdecke aus Meldorf. Seine Freizeit verbringt er auf den Reitpferden „Diplomat" und „Flori" wie auf Photo-Safaris durch Tanganjika, wo Parteifreund von Hassel geboren wurde.

Einen Hauch von weiter Welt bringt auch Lemkes neuer Wirtschaftsminister in den marktfernen Gau zwischen Nord- und Ostsee. Dr. jur. Karl-Heinz Narjes, 45, laut Springers „Welt" „einer der klügsten politischen Köpfe von Brüssel", wurde in der EWG-Generaldirektion „Presse und Information" frei.

Für einen weiteren Arbeitsuchenden, den bisherigen Bonner CDU-Spre-

* Mit (v. l.) Staatssekretär Rathke und den Ministern Narjes, Braun und Schwarz.



Braun sixtant S
Nr. 1
meistgekauft in Deutschland

Wir freuen uns darüber.
Es beweist - er hält, was wir versprechen:

Er paßt sich dem Gesicht an.
Durch seine Form und sein elastisches Rasiersystem.

Er rasiert gründlich.
Durch das präzise Zusammenspiel von Scherblatt® und 36 Edelstahlklingen.

Er rasiert hautschonend.
Durch das gewölbte Waben-Scherblatt® mit einer Gleitschicht aus reinem Platin.

Er rasiert schnell.
Durch seine große scheraktive Fläche mit mehr als 2000 wabenförmigen Öffnungen.

Er rasiert lange Haare gut.
Durch seinen eingebauten Langhaarschneider, der während der Rasur zuschaltbar ist.

Diese Versprechen hält er.

Braun sixtant S 97.-

BRAUN

cher Dr. med. Arthur Rathke, 49, schuf Lemke einen ganz neuen Posten. Dazu der Kieler Oppositionsführer Joachim Steffen (SPD): „Die Bonner setzen den Jungen als Politruk hierher."

Rathke soll als Staatssekretär für die Landesregierung ein Presse- und Informationsamt aufbauen und sich „der vernachlässigten Öffentlichkeitsarbeit" (Rathke) annehmen.

Ein Beispiel für seine universelle Zungenfertigkeit gab der CDU-Sprecher in Kiel schon vor der Amtsübernahme: „Ich habe mich als Berliner, auch in Bonn, immer als Norddeutscher gefühlt — auch gegenüber den Schwaben."

Feinere regionale Unterschiede wird Rathke bald kennenlernen: In Lübeck, der Heimat des „ohne Vorwarnung und Betäubung" (Steffen) geopferten Ministers Gaul, hat die CDU „mit allem Nachdruck" Kritik an Lemkes Kabinetts-Erneuerung angemeldet.

ERZIEHUNG

INTERNAT PLÖN

Spuk im Schloß

Vor 300 Jahren prunkten Herzöge im holsteinischen Schloß Plön. Vor 100 Jahren besetzten preußische Kadetten den Feudalbau und übten Parade-schritte bis zum Untergang der Monarchie. In diesen Wochen proben dort Oberschüler den Aufstand.

Plöner Gymnasiasten und ihre um die Schul-Ordnung bemühten Lehrer sind so verfeindet, daß der schleswig-holsteinische Landtag jetzt einen Untersuchungsausschuß zur „Aufklärung der Zustände am Staatlichen Internatsgymnasium Schloß Plön" einsetzte.

Geklärt werden soll, warum an dem Renommier-Internat des nördlichsten Bundeslandes sechs Zöglinge — davon fünf Mitglieder der Internatsmitverwaltung — des Schlosses verwiesen worden sind.

Die Gefeuerten hatten gegen die strenge Ordnung des Parade-Pennals opponiert. „König Erwin", wie die Schüler ihren Oberstudiendirektor Erwin Schmidt, 63, nennen, argwöhnt: „Die Apo hat von außen die Unruhe ins Haus getragen."

Ein anderer Plöner sieht es anders: Dr. Richard Bünemann, 49, SPD-Abgeordneter im Kieler Landtag und bis 1967 stellvertretender Landesbeauftragter für Staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, hält Schmidts „veraltete pädagogische Einstellung" für die Ursache der Schloß-Revolte.

Schmidt leitet das Internat bereits seit 23 Jahren. Und Bünemann vermutet, daß „der Geist der alten Kadettenanstalt" auf den Direktor abgefärbt hat.

Das Schloß der Herzöge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Plön (Bauzeit 1633 bis 1636) war von 1867 bis 1918 preußische Kadettenanstalt; die Nationalsozialisten machten eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt (Napola) daraus.

Plöner Kadetten waren fünf Söhne Kaiser Wilhelms II., die späteren Generale Erich Ludendorff, Kurt von Schleicher und Erich von Manstein. Auch der heutige SPD-Wohnungsbauminister Lauritz Lauritzen kommt aus der Plöner Schule.

Gegenwärtig leben 45 Mädchen und 185 Jungen für 300 Mark Monatsgebühr in der ehemaligen Drillstätte. Zum Lernen begeben sie sich allmorgendlich — wie ihre beiden Erzieherinnen, sieben Erzieher sowie Internatsleiter Schmidt — in die Plöner

* Vor Schloß Plön: zweiter v. l. Schloßtags-Präsident Lamprecht; erster v. r. Schülerzeitungs-Chefredakteur Domizlaff.



Relegierte Plöner Internats-Schüler*: „Kindlich unreife Klassenkämpfer"

Oberschule, die ebenfalls von Schmidt geleitet wird.

Die Pendler zwischen Schloß und Schule konnten sich mit der Zeit des Verdachtes nicht erwehren, daß in ihrem Internat noch immer der Geist von Potsdam herumspukt. Denn auf Schloß Plön ist verpönt oder sogar untersagt, was in anderen Internaten längst üblich ist — etwa Blue jeans: In Nietenhosen dürfen Jungen wie Mädchen nie zu den Mahlzeiten erscheinen, die sie im Rittersaal an getrennten Tischen einnehmen. Den Mädchen ist es lediglich zur Winterzeit gestattet, in nietenlosen langen Hosen zu speisen.

Im Ort dürfen sich die Schloß-Schüler nur Filme ansehen, die von der Schuldirektion freigegeben sind. Der Besuch von Tanzsälen außerhalb der Anstalt ist verboten; der Zapfenstreich wird strenger gehandhabt als beim Kommiß: Selbst Oberprimaner müssen bis 21 Uhr vom Ausgang zurück sein. Um 22 Uhr herrscht auch für sie Bettruhe.

Wer in seiner Freizeit in einer Illustrierten blättert, verstößt schon gegen ein Verbot. Radios und Tonbandgeräte halten die Schüler versteckt. Und als sich ein Plöner Gymnasiast weigerte, seinen Beatle-Schopf stutzen zu lassen, mußte er zur Strafe allein auf seinem Zimmer essen.

Den Drang der Plöner Internatsinsassen zur Lockerung dieser strengen Riten bestärkten Plöner Absolventen, die sich „Butenplöner" nennen und aufrührerische Schriften in das Schloß schmuggelten. So verfaßte ein „Butenplöner Autorenkollektiv" das Elaborat „Erziehung und Gesellschaft" mit Kernsätzen wie „Die Anwendung ... repressiver Mittel ist in diesem Haus nicht selten" und „Wer sich dem vorgefaßten Schema ... entzieht, wird als ‚Faulenzer, Nichtstuer, graue Maus' abqualifiziert".

Im Frühjahr wirkten sich diese Thesen aus; seitdem hat sich, wie Direktor Schmidt feststellt, „das Klima verschlechtert": Die Leistungen seiner Zöglinge und ihre Manieren ließen nach; ihr Alkoholverbauch und die Anzahl ihrer nächtlichen Ausflüge in die Stadt nahmen zu.

Gerüchte über Rauschgift-Genuß im Schloß machten das Kieler Rauschgiftdezernat mobil. Doch obwohl der Internatserzieher Peter von Gartzen meint, es hätten sich „Anhaltspunkte für die Bestätigung dieser Gerüchte ergeben", blieben die wochenlangen Polizei-Ermittlungen ergebnislos.

Der von diesen Zwischenfällen aufgeschreckte Internatsleiter beschloß, die mutmaßliche Apo-Infektion seiner Zöglinge im Keim zu ersticken. Dazu verfaßte er unter Assistenz von sieben Erziehern zehn „Ordnungsprinzipien".

In diesem Verhaltens-Katalog verpflichtete Schmidt jeden Internatsangehörigen „zur Sauberkeit und Ordnung an sich selbst und seiner Umgebung". Seine Schüler dürften nicht „durch ihre Haltung, ihr Benehmen und ihr Äußeres Aufsehen erregen und als öffentliches Ärgernis bezeichnet werden".

Pädagoge Schmidt mischte unter die strammen Vorschriften aber auch demokratisches Beiwerk. So erwartet er von seinen Schülern, daß sie „mitdenken und Ideen entwickeln". Er räumt ihnen auf seinem Papier auch „ein großes Maß an Verantwortung" ein und wünschte sich „freiwillige" Mitarbeiter an den Internatsaufgaben; denn: „Für Nichtstuer, Faulenzer und schulisch unter dem Durchschnitt stehende Schüler und Schülerinnen sei im Internat kein Platz".

In einem Beischreiben forderte Schmidt von Eltern und Schülern die „Anerkennung" seiner zehn Gebote für Zucht und Sitte „durch Unterschriftsleistung". Andersdenkenden wurde nahegelegt, „die Möglichkeit eines Wechsels der Ausbildungsstätte zu erwägen".

Mit diesem Ultimatum zog die Internats-Schar Ende Juni in die Ferien. Anfang August kehrte sie zurück —



Plöner Internatsdirektor **Schmidt**
Zehn Gebote für Zucht und Sitte

alle Internatler mit den geforderten Unterschriften.

Doch die von Schmidt erstrebte Ruhe im Schloß kehrte nicht ein. Die Schüler-Mehrheit meinte bald, sie hätte voreilig unterschrieben. Und im Schloßtag, dem Parlament der Internatszöglinge, erklärte sie ihr „nachträgliches Nichteinverständnis" und beschloß, die Unterschriften zurückzuziehen.

Damit nicht genug: Der Schloßtag setzte eine Kommission ein (Vorsitzender: der Schloßtagspräsident und Oberprimaner Jürgen Lamprecht), die ihrerseits eine Internatsverfassung entwarf. Hauptforderung: paritätische Mitbestimmung der Schüler „über grundsätzliche Erziehungsfragen".

Direktor Schmidt und die Erzieher entledigten sich daraufhin des Sprecherrates: Bis auf einen flogen alle Funktionäre dieses obersten Organs der Internatsmitverwaltung aus dem Schloß. Das Gymnasium dürfen immerhin fünf der sechs Ex-Internat-

Tradition verpflichtet

Residenz Würzburg in Würzburg, Unterfranken

40/2

Meisterwerke der Vergangenheit — auch heute haben sie noch ihre hohe Geltung. Vieles von Rang trägt den Stempel der Tradition. Wie Scharlachberg Meisterbrand, der getreu der Überlieferung aus sorgsam ausgewählten Weinen meisterlich gebrannt und liebevoll gepflegt wird. Scharlachberg Meisterbrand ist unverwechselbar durch sein charaktervolles Bouquet.

...der Tradition verpflichtet



ler weiter besuchen. Dem Unterprimaner Svante Domizlaff, Chefredakteur der Schülerzeitung „Der Scheinwerfer“, wurde auch das verwehrt.

Direktor Schmidt, der den Eltern nur kurze Bescheide zustellen ließ, hat sich von seinen Erziehern ausführliche Gutachten über die Gefeuerten anfertigen lassen. Über den am schärfsten gemaßregelten Domizlaff heißt es, er habe eine „recht kindlich unreife klassenkämpferische Begeisterung“ gezeigt und „marxistisches Gedankengut ins Internat“ getragen.

Internats-Kritiker Bünemann, der die Plöner Affäre vor den Kieler Landtag brachte, machte auch Schmidts Ordnungskatalog publik, der nach Bünemanns Meinung „dem Geist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerspricht“. Die Kieler SPD-Wochenzeitung „Nordwoche“ fühlte sich gar an „HJ-Methoden“ erinnert.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß für Schloß Plön, der am Freitag vorletzter Woche zum erstenmal tagte, soll nun unter Mitwirkung von Ausschußmitglied Bünemann herausfinden,

- ▷ ob die Verweise dem Gesetz entsprechen,
- ▷ ob Internatsleiter Schmidt sich einer Dienstverfehlung schuldig gemacht hat und
- ▷ welche Verstöße der Schüler zu den Internatsverweisen führten.

Bünemann hält den Pädagogen Schmidt nicht für den Alleinschuldigen. Der Ausschuß soll auch klären, ob das Kieler CDU-Kultusministerium seine Aufsichtspflicht verletzt hat.

Für den pensionsreifen Schulmann Schmidt „ist das Ganze die letzte große Bewährung als Pädagoge“. Er hält die Plöner Affäre für eine „gymnasiale Wohlstandsrevolte einiger weniger Schüler“.

Schmidt: „Wie soll ein junger Mensch, der am Wochenende bis spät in die Nacht hinein im Mercedes seines Vaters herumfährt, sich am Montag in ein Internat einfügen?“

AFFÄREN

IWO-KONKURS

Trauriges Haus

Der Diplom-Kaufmann Karl Heinz Huth, 40, war „eines Tages aufgetaucht“, erinnert sich Dortmunds ehemaliger Oberstadtdirektor Dr. Walter Kliemt. Wie es dazu kam, das weiß Kliemt „gar nicht mehr“. Er weiß nur noch, daß es „an einem Montag“ war, als Huth, Geschäftsführer der Nürnberger „Gesellschaft für Industrie- und Wohnungsbau mbH“ (IWO), im September 1959 beim Verwaltungschef der Ruhrmetropole vorsprach und ihm goldene Berge verhieß.

Eine halbe Milliarde Mark wollte der bis dahin Unbekannte aus Franken in der Westfalen-Stadt investieren. Krankenhäuser, Wohnungen und Geschäftsgebäude sollten errichtet werden. Und Huth offerierte auch den Bau des „größten Hochhauses der Bundesrepublik“. Für einen solchen Bau — 30 Stockwerke, 105 Meter hoch — stünden sofort 35 Millionen Mark zur Verfügung.

Der „Appell an die Großmannssucht der Dortmunder“ (CDU-Stadtrat Theo Schwill), deren Westfalenhalle die größte in der Bundesrepublik ist und deren Fernsehturm wenigstens zeitweise am höchsten war, brachte Huth in ein Geschäft, das nun, zehn Jahre später, mit einer Pleite endete.

Das IWO-Hochhaus ist nur bis zum 19. Stockwerk gediehen, die IWO selbst in Konkurs gegangen. Und IWO-Geschäftsführer Huth, gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt, sitzt wegen Verdachts der Untreue und des Konkursvergehens im Untersuchungsgefängnis. Dortmunds gegenwärtiger Oberstadtdirektor Hans-Diether Imhoff läßt seit August von „vier Mann hoch“ untersuchen, ob gegen die für den Bauskandal verantwortlichen Beamten „disziplinarische Maßnahmen“ ergriffen werden müssen.



IWO-Bau in Dortmund
Pleite beim 19. Stock

Durch die IWO-Affäre drohen, wie Dortmunds CDU-Kreisvorsitzender Hans Mönig befürchtet, „Millionen-Verluste“, für die Dortmunds Verwaltung („Da ist von der Klofrau bis zum Oberstadtdirektor alles SPD“) ebenso verantwortlich gemacht werden muß wie die SPD-Fraktion, die mit 42 Stadträten (gegen 22 Christ- und drei Freidemokraten) im kommunalen Parlament die absolute Mehrheit hat.

Obwohl christdemokratische Ratsmitglieder, wie Schwill behauptet, schon frühzeitig ihr Mißtrauen gegen den „kleinen Betrüger“ und seine großen Versprechungen bekundet hatten, versuchten Kliemt und seine Verwaltungsexperten, Huth um jeden Preis zu stützen. Zwar fiel dem Oberstadtdirektor das „komische Finanzgebaren“ der IWO auf, und er fragte sich auch, „wie soll das aufgehen?“.

Doch der Sozialdemokrat hielt bis zu seinem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt — er wurde Ende 1967 Direktor der „Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen“ (VEW) — zur IWO-Gesellschaft.

Erst sein Nachfolger Imhoff ließ in diesem Jahr einen 97 Seiten langen, mit 40 Anlagen versehenen vertraulichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses fertigen. Doch schon die Frage, auf welche Weise die Stadt an die IWO oder Huth an Kliemt gekommen waren, vermochten die Prüfer nicht zu klären.

Kliemt selbst erinnert sich nur noch, daß „die Geschichte irgendwie anders gekommen ist“, nachdem Heinrich Wenk, SPD-Ratsmitglied, und Günter Kauermann, Sohn des städtischen Personaldezernenten und SPD-Unterbezirksvorsitzenden, als Architekten angeworben worden waren. „Da dachte man“, meint der Ex-Oberstadtdirektor, „das ist irgendwie eine SPD-Angelegenheit, und vielleicht hat man Huth auch noch in die SPD eingereiht.“

Ob nun Parteifreund oder nicht, jedenfalls war die Partei ihm und seiner IWO, die erst im Jahr der Dortmunder Kontaktaufnahme gegründet worden war, auffallend freundlich gesonnen. Beispielsweise brauchte Huth, wie Kliemt nun sagt, im Ältestenrat nur einige Schriftstücke über angeblich verfügbare amerikanische Gelder kursieren zu lassen, und schon waren die Ältesten „noch begeisterter als ich“.

Die Rechnungsprüfer hingegen fanden heraus, Kliemt sei für die Baugesellschaft eingetreten, „ohne von der IWO irgendwelche Nachweise verlangt oder erhalten zu haben“. Daraufhin habe der Haupt- und Finanzausschuß beschlossen, der Nürnberger Gesellschaft eines der „repräsentativsten und teuersten Grundstücke der Stadt“ (Schwill) in Hauptbahnhofnähe für jährlich 450 000 Mark Erbbauzins als Hochhaus-Baugrund zu überlassen.

Huth revanchierte sich mit dem Angebot, über 100 Millionen Mark für ein Krankenhaus, neue Straßen und einen Saalbau zu beschaffen. Bei der Besprechung dieses Projekts im Herbst 1960 saß auch Stadtwerks-Direktor Dr. Hans Sattler in der Runde. Sattler tat „anschließend sofort“, so der Prüfungsbericht, „was die Verwaltung bis zu diesem Zeitpunkt unterlassen hatte“. Er holte in den USA Auskünfte über Huths angebliche Geldgeber ein. Antwort aus New York: Der von Huth benannte amerikanische Finanzier habe „bestätigt, daß er weder daran interessiert noch dazu in der Lage sei, Ausleihungen an deutsche Unternehmungen zu tätigen“.

Ob Kliemt von der Antwort aus Amerika, die dem Liegenschaftsamt

Was sind das nur für Leute, die jeden Tag 50.000 Kugelschreiber mit der Hand anschreiben?

Das sind die Leute, die stehen heute noch mit beiden Beinen in jener Zeit, als noch alles mit mehr Liebe gemacht wurde.

Leute, die fünfzigtausend Kugelschreiber zur Probe mit der Hand anschreiben. Weil jeder sofort gut schreiben muß.

Leute, die kilometerlange Papierrollen vollschreiben. Weil sie damit beweisen, daß ihre Minen kilometerlang schreiben, ohne zu klecksen.

Leute, die Kugelschreiber monatelang in den Tiefkühlschrank legen. Weil sie sicher sein wollen, daß die Dinger auch am Nordpol schreiben.

Dem Himmel sei Dank, daß diese Leute nicht nur Kugelschreiber machen. Sondern 3.400 Artikel mehr – alles Dinge zum Schreiben, Zeichnen, Malen, Rechnen und Messen.

Und alles machen sie mit derselben Methode – und unter demselben Zeichen.





Die gründlichen Leute
von Faber-Castell

zugeleitet wurde, erfahren hat, vermochten die Rechnungsprüfer nicht mit Sicherheit festzustellen. Zumindest aber liege „die Vermutung ... nahe", daß Huth informiert worden sei. Denn er habe kurz nach Eingang der USA-Auskunft mitteilen lassen, die Amerikaner hätten sich aus dem Geschäft zurückgezogen. Er werde nun mit deutschem Geld finanzieren.

„Auf alle Fälle", so der Prüfungsbericht, müsse spätestens damals allen Beteiligten klargeworden sein, daß Huth nur geblufft hatte, um sich „ein günstiges Verhandlungsklima" zu schaffen. Denn seine Millionengeschäfte hätten bald „keine Erwähnung mehr" gefunden.

Dennoch setzte die Stadt die Verhandlungen über das 7000-Quadratmeter-Grundstück fort, auf dem das größte Hochhaus der Bundesrepublik entstehen sollte. Im Oktober 1960 wurde der Vorvertrag formuliert. Und erst danach bemühten sich die städtischen Verwaltungsbeamten um Auskünfte über ihren vielversprechenden Partner. Eine Auskunftei schien Bescheid zu wissen. „Im allgemeinen", teilte sie mit, müßten 10 000 Mark „als Höchstkredit betrachtet" werden.

Tatsächlich hatte die IWO kein Eigenkapital, und Huths Finanzierungspläne ließen erkennen, daß nur auf Pump gebaut werden sollte. Den beigebrachten Kreditzusagen war, mit einer Ausnahme, nach Ansicht der Rechnungsprüfer „gemeinsam nur eines: Sie sind nicht geeignet, als verbindliche Kreditangebote bewertet zu werden".

Selbst Oberstadtdirektor Kliemt will damals „natürlich mißtrauisch" geworden sein. Aber: „Da hatten wir ja den Vorvertrag." Und so mußte versucht werden, dem finanzschwachen Partner einen „möglichst großzügigen Erbbauvertrag an die Hand" zu geben, um „Vertrauen zu schaffen und Kreditwürdigkeit zu bescheinigen" (Prüfungsbericht).

Dieser Erbbauvertrag wurde, gegen die Stimmen der CDU in Haupt- und Finanzausschuß, im Juni 1961 unterschrieben. Später aber wurden noch vier Änderungsverträge geschlossen, von denen der Rat der Stadt keine Kenntnis bekam. Darüber, wie die Änderungen zustande kamen, konnten „Unterlagen nicht gefunden werden", vermerkt der Prüfungsbericht. Mithin „blieb unbekannt, wer sie veranlaßt hat". Kliemt kann auch darauf „nicht mehr antworten".

Die Verträge, die der Stadt 99 Jahre lang jährlich 450 000 Mark Erbbauzins erbringen sollten, regeln denn auch Merkwürdiges. So wurde ein Grundstück in das Erbbaurecht eingeschlossen, das damals der Stadt gar nicht gehörte. Die Stadt verpflichtete sich zur Zahlung eines verlorenen Baukostenzuschusses von zwei Millionen Mark für den Bau von Garagenplätzen, verzichtete aber in einem der Änderungsverträge auf Eintragung

des Dauernutzungsrechtes für die Stellplätze.

Schließlich wurde laut Prüfungsbericht der IWO zugestanden, „Hypotheken und Grundschulden im Gesamtbetrage von 18 Millionen Mark mit dem Rang vor den Rechten der Stadt Dortmund" im Grundbuch eintragen zu lassen. Bei einer Zwangsversteigerung aber würde, wie CDU-Stadtrat Mönig befürchtet, der Erlös „die 18 Millionen nie erreichen"; die Stadt bekäme mithin nichts aus der Konkursmasse, und der Erbbauzins ginge „für immer flöten".

Als die IWO im Oktober 1962 mit dem Bau ihres Riesenprojekts begann, hatte sich die Stadt bereits als Mieter für die geplanten Büroetagen angesagt. Die Belastungen wurden dadurch erheblich verringert, daß die Stadt den jährlichen Zins von 450 000 auf 160 000 Mark senkte.

Doch selbst den um fast zwei Drittel gesenkten Zins konnte die Gesellschaft



IWO-Auftraggeber **Kliemt**
„Natürlich mißtrauisch"

nicht aufbringen. Im Dezember 1963 zahlte sie erstmals 50 000 Mark, für 1964 brachte sie lediglich 110 000 Mark zusammen. Die Stadtverwaltung aber investierte weiter, so für Garagenplätze, die zum Teil gar nicht gebaut wurden, zwei Millionen Mark.

Auch als die IWO eine Schadenersatzforderung von 4,7 Millionen Mark geltend machte, weil angeblich die Bauarbeiten wegen verschiedener Planungsänderungen verzögert worden waren, gab Kliemt noch Anweisung, an Huth 600 000 Mark zu zahlen. Bis heute aber, so CDU-Fraktionsführer Lorenz Ladage, blieb der Bauherr den „Nachweis schuldig, daß die Forderung berechtigt war".

Dennoch wuchsen die Schulden der IWO, so daß der Riesenbau schließlich in 60 statt in 105 Meter Höhe beendet werden mußte. Als 1967 das Gebäude — zum Teil von der Stadtverwaltung — bezogen werden konnte, warteten die Bauhandwerker noch immer auf



MILDE SORTE
aus reiner Lebensfreude

11 Stück DM 1,–
21 Stück DM 1,90
24 Stück DM 2,20
in Österreich 20 Stück ÖS 11,–

Freude am Leben. Das Leben leben. Erleben.
Fröhlichsein. Genießen... die Cigarette mit viel Geschmack:
MILDE SORTE. Die Cigarette mit dem vollen Tabakaroma. MILDE SORTE.
Die vollwürzige, die aromatische aber milde...
„im Rauch nikotinarme" Cigarette.

ihr Geld. Ende 1968 wurde der Bau unter Zwangsverwaltung gestellt. Die IWO, die auch in Süddeutschland überschuldete Bauvorhaben hatte, ging in Konkurs. Huth versuchte zu fliehen, wurde aber schnell erwischt.

Wegen der „völlig unverständlichen Vertragsbedingungen" (Mönig) muß die Stadt nach Ansicht der christdemokratischen Opposition nicht nur damit rechnen, daß alle eingeschossenen Gelder verloren sind. Der Ersteigerer werde darüber hinaus auch keinen Pfennig Erbbauzins zu zahlen brauchen.

Nun soll die bisher zulässige Bauhöhe für ein zum Planungsareal gehörendes Grundstück „höhergezont" werden und der künftige Eigentümer des Halbriesen der Ruhrmetropole einen neuen Büro-Wolkenkratzer mit 30 Stockwerken bauen — unmittelbar neben dem „traurigen Haus" (Mönig).

BERLIN

GRENZVERKEHR

Was zu machen

An einem Freitagabend im September passierte der West-Berliner Kraftfahrer Dieter Stoffers, 29, am Übergang Sonnenallee die Berliner Mauer gen Westen, parkte seinen Lastwagen wenige Meter hinter der Grenze auf West-Berliner Gebiet und ging zu Fuß in den Ostsektor zurück.

Zwei Arbeitskollegen von der West-Berliner Niederlassung der Akustikbaugesellschaft C. Gartenmann & Co. warteten bereits in der Ost-Berliner Tanzgaststätte „Plänterwald" am Treptower Spreeufer. Mit 15 Ostmark Spesen pro Tag und Mann, die sie weder in Westmark umtauschen noch nach West-Berlin mitnehmen durften, begaben sich die Grenzgänger auf einen, so Stoffers, „billigen Bummel" durch Bierlokale der Arbeiter-und-Bauernmetropole.

Der Kraftfahrer: „Es blieb uns weiter gar nichts übrig, als das Geld für Essen und Trinken auszugeben."

Kurz vor Mitternacht kehrten die drei per Taxi zur Mauer zurück. Sie wiesen den östlichen Grenzposten ihre Dauerpassierscheine vor, bestiegen den Viereinhalb-Tonner „Hanomag F 45" und prallten knapp 1000 Meter nach dem Start mit 80 Stundenkilometer auf einen vorschriftsmäßig abgestellten, mit Eisenträgern beladenen Sattelschlepper. Die Monteure Peter Behr, 25, und Horst Dettner, 33, waren auf der Stelle tot. Dieter Stoffers kuriert seitdem seine schweren Kopf- und Halsverletzungen.

Nur dank des Unfallberichts, den die Verkehrspolizei an die Presse gab, erfuhren West-Berlins Zeitungsleser anderntags zum erstenmal, daß Mauer und Stacheldraht für West-Firmen und deren Arbeiter kein unüberwindliches Hindernis bedeuten.

West- wie Ost-Berliner Behörden zeigen bis auf den heutigen Tag keine Neigung, sich über den niemals ganz abgebrochenen innerstädtischen Grenzverkehr öffentlich zu äußern. West-Berlins Senat ließ Grenzgängerzahlen nur bis zum August 1961 publizieren. Damals querten täglich rund 12 000 West-Berliner und rund 50 000 Ost-Berliner die Sektorengrenze. Seitdem aber führen die West-Berliner Zolldienststellen und die Polizei nur mehr inoffizielle Listen, die noch dazu unvollständig bleiben müssen: Gezählt werden kann nur an den elf Straßenübergängen nach Ost-Berlin und in die DDR, nicht aber auf den beiden S-Bahn-Linien und der U-Bahn, die vom Westen her zum Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße führen.

Die Zoll-Zählungen des „Personenkontrolldienstes" ergaben, daß seit Jahren Monat um Monat immerhin noch rund 9000mal West-Berliner in die DDR-Hauptstadt fahren. Ein Sprecher der Polizei: „Die Vergleiche mit den vergangenen Jahren lassen vermuten, daß es sich dabei generell um denselben Personenkreis handelt."

Zu diesem — mit östlichen Dauerpassierscheinen ausgerüsteten — Personenkreis gehören West-Berliner

- ▷ Wissenschaftler, Bibliothekare und Studenten, die an Ost-Berliner Hochschulen arbeiten;
- ▷ Musiker und Künstler mit Ost-Berliner Verträgen;
- ▷ Ärzte und Krankenschwestern, etwa an der Ost-Berliner Charité;
- ▷ Reisebüro-Agenten, Interzonen-Händler und Spediteure;
- ▷ Reichs- und S-Bahn-Personal;
- ▷ Wasserflohfänger, die West-Berliner Aquarien mit östlichem Fischfutter versorgen sowie
- ▷ Bauarbeiter, Schlosser und Architekten.

Die drei verunglückten Arbeiter der West-Firma Gartenmann zum Beispiel montierten seit Anfang August Gipswände und Akustikdecken in der „Nationalitätengaststätte" des DDR-„Kulturparks" im Bezirk Treptow — einer Mischung aus Kopenhagener Tivoli und Wiener Prater mit Riesenrad und Kosmosgondeln, einem Volkssportzentrum, Karussells und Autoscootern.

Die Gaststätte, ein Vier-Terrassen-Restaurant in Flachbauweise mit sowjetischer, ungarischer, polnischer und bulgarischer Küche, entstand nach Plänen eines West-Berliner Architektenkollektivs, der Apo-orientierten, siebenköpfigen „Planungsgenossenschaft (i. G.) Nr. 1". Unter Leitung der zum Flick-Konzern gehörenden Burger Eisenwerke in Herborn/Dillkreis, die den DDR-Bauauftrag erhielten, bauten West-Berliner und westdeutsche Monteure die Speisepavillons aus Glas, Beton, aus westlichem Eternit, Aluminium und Stahl zusammen. Kosten des Objekts: rund drei Millionen Mark.



West-Bauwerke in Ost-Berlin*: Kaiserliches Privileg

Das Riesenrad lieferte eine süddeutsche Spezialfirma, und der West-Berliner „Kranverleih Bodo Toense" baute mit fünf Spezialfahrzeugen das 40 Meter hohe Lustbarkeits-Monstrum auf.

Kranspezialist Toense hatte bereits zuvor beim Bau des Ost-Berliner Fernsehturms mitgeholfen und erwartet nun den Zuschlag für die Installation einer DDR-Fabrik. Auch das linke Architektenteam, das in einem Kudamm-Hinterhaus residiert, hofft auf ein neues Projekt im DDR-Hinterland.

Für Leute, an deren Arbeitskraft sie interessiert ist, macht die DDR sogar möglich, was in West-Berlin niemand so recht für möglich hält. Noch im August dieses Jahres passierte ein

* „Nationalitätengaststätte" und Riesenrad im Treptower „Kulturpark".

einziger von mehr als zwei Millionen West-Berlinern regelmäßig die Glienicker Brücke, die West-Berlin mit Potsdam verbindet und sonst nur dem Personal der westalliierten Militärmissionen in Potsdam offensteht. Es war ein West-Berliner Astronom, der von der DDR-Staats-Sternwarte Babelsberg aus die Sterne betrachtete.

Seltsamer noch mutet der Fall jenes West-Apothekers mit Wohnsitz in Charlottenburg an, der seit Jahr und Tag die Demarkationslinie überwindet, um in seiner „Kronen-Apotheke" an der Ost-Berliner Friedrichstraße Ost-Medikamente über den Ladentisch zu reichen: Die „Kronen-Apotheke" besitzt noch immer ein kaiserlich-königliches Privileg und blieb bislang von der Verstaatlichung verschont.

Auch für die Zukunft sehen viele der Grenzgänger keinerlei Grund zum Pessimismus. Kranverleiher Bodo Toense, 37, rechnet sogar mit kleinen Schritten bei der gesamtdeutschen Begegnung: „Politisch", so sagt er, „ist in der deutschen Frage auf Jahre nichts drin. Aber — wirtschaftlich ist sicher was zu machen."

SCHULEN

BUXTEHUDE

Gegen den Strich

Vier Jahre lang gab Buxtehude ein Schul-Beispiel für die Bundesrepublik. Nirgends arbeiteten Gymnasiallehrer und Gymnasiasten enger zusammen als in der norddeutschen Kleinstadt. Nirgends war die Primaner-Mitbestimmung so weit fortgeschritten wie an der Buxtehuder Halepaghenschule.

Jetzt fürchten Studienräte und Schüler, daß ihr Modell-Gymnasium zu einer Provinz-Penne wird. Um dies zu verhindern, kämpfen sie gemeinsam gegen ihren neuen Direktor, den Niedersachsens Kultusminister Richard Langeheine ihnen gegen ihren Willen vorsetzte: Harald Kästner, 36, Oberstudienrat aus Göttingen und CDU-Mitglied wie Langeheine.

Der neue Oberschulmeister fühlt sich stark: „Ich habe die Gunst des niedersächsischen Kabinetts." Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der die meisten niedersächsischen Lehrer angehören, ist er ein „Minister-Günstling".

In dieser Woche kommt der Fall vor den niedersächsischen Landtag. Die SPD/CDU-Regierung soll Auskunft geben, ob Minister Langeheine recht gehandelt hat oder ob Kästner abberufen und die Stelle noch einmal ausgeschrieben wird.

Was immer Kästner bislang in Buxtehude tat, wird an seinem Vorgänger Dr. Johannes Güthling, 65, gemessen. Güthling gestattete den „Damen und Herren der Oberstufe", ihren Unterricht an Hand einer Art Vorlesungsverzeichnis fast so frei zu wählen wie Studenten ihre Kollegs.

Während in herkömmlichen Oberschulen jede Prima noch immer stur nach Stundenplan büffelt, können die Buxtehuder Gymnasiasten in den letzten beiden Schuljahren frei entscheiden, welcher „Arbeitsgruppe" sie angehören wollen. Und wenn sie dem Unterricht fernbleiben müssen oder wollen, schreiben sie selbst und nicht mehr ihre Eltern einen Entschuldigungsbrief.

Der „gemeinsame Ausschuß", ein von Lehrern und Schülern gleich stark beschicktes Gremium, trifft in Buxtehude alle wichtigen Schul-Entscheidungen. Der Direktor ist fast nur noch ausführendes Organ.

Anfangs war es einzelnen Lehrern noch unbehaglich, von den Schülern gewählt oder abgelehnt werden zu können. Die Oberstudienrätin Grete Thomas etwa fürchtete: „Die Schüler wählen natürlich den billigsten Lehrer und nicht den, der scharf zensiert." Sie hielt es für „peinlich, wenn man in einer so kleinen Stadt von den Schülern nur drei Stimmen kriegt". Je länger aber das neue Modell erprobt wurde, um so populärer wurde es auch im Kollegium.



Umstrittener Schulleiter **Kästner**
„Ein bißchen außer Rand und Band"

Als Güthlings Pensionierung näherückte, ließ die Stadt Buxtehude als sogenannter Schulträger in der Fachzeitschrift „Die Höhere Schule" den Direktoren-Posten ausschreiben. Es meldeten sich sieben Bewerber, darunter der Göttinger Oberstudienrat und Altphilologe Dr. Hellmut Roemer.

Er gehört der SPD an, gilt als Freund des „Buxtehuder Modells" und hat gelegentlich mit Güthling Erfahrungen ausgetauscht. Ihn schlug denn auch der Buxtehuder Schulausschuß dem Kultusministerium als Güthling-Nachfolger vor.

Unabhängig von der Buxtehuder Such-Anzeige aber hatte das Kultusministerium die Stelle im Schulverwaltungsblatt öffentlich ausgeschrieben und seinerseits elf Bewerbungen erhalten. Es ignorierte den Buxtehuder Wunsch, den Göttinger SPD-Roemer zum Direktor zu wählen, und präsentierte statt dessen den Göttinger CDU-Altphilologen Harald Kästner.

Das Kultusministerium mißachtete damit die Rechte, die es in einem Runderlaß zum Schulverwaltungsgesetz selber den Gemeinden eingeräumt hat. Danach

- ▷ können die Gemeinden als Schulträger Vorschläge für die Besetzung von Direktorenstellen machen, über die auch verhandelt werden muß,
- ▷ muß bei Nichteinigung das Land „durch Formblatt" anfragen, ob der Schulträger mit dem vorgesehenen Kandidaten einverstanden ist, und andernfalls innerhalb eines Monats erneut eine Einigung auf dem Verhandlungswege suchen.

Aber nach Buxtehude kam kein Formblatt. Das niedersächsische Landesverwaltungsamt ließ lediglich wissen, „daß sich Herr Kästner über dem Durchschnitt bewährt" habe. Im übrigen brauche „aus allgemeinen beamtenrechtlichen Erwägungen heraus" keine Begründung für die Entscheidung gegeben zu werden.

Die Stadt Buxtehude zog vor Gericht und hatte zunächst Erfolg. Die Kammer 1 des Stader Verwaltungsgerichts entschied nach einer „summarischen Prüfung", die Besetzung der Planstelle erweise sich als „offensichtlich rechtswidrig", denn die Kultus-Herren aus Hannover hätten „die Mitwirkungsrechte der Antragstellerin verletzt".

Allerdings stellte das Gericht dem Ministerium zugleich frei, Kästner bis zur endgültigen Entscheidung „einstweilen mit der kommissarischen Besetzung der Planstelle" zu betrauen.

Nach diesem Gerichts-Spruch zeigte sich das Landesverwaltungsamt verhandlungsbereit, um „etwaige Mängel des Verfahrens zu beheben beziehungsweise zu heilen". Auch über den „Vorschlag der Stadt" — Dr. Roemer — könne geredet werden.

An der Halepaghenschule ist mittlerweile „alles so ein bißchen außer Rand und Band geraten", befand der ungeliebte Chef Kästner. Sogar die Oberstudienrätin Grete Thomas, einst eher gegen als für die Schul-Reform, fürchtet um die Zukunft des Gymnasiums. Sie erklärte öffentlich: „Herr Kästner ist nicht der rechte Mann, weil er das Modell nicht kennt." Der Oberstudienrätin wurde ebenso wie dem Studienrat Edgar Feigel, der in der NDR-Nordschau gegen den Direktor Stellung genommen hatte, ein Disziplinarverfahren angedroht, falls sie weiterhin öffentlich Kritik übten.

Doch die Lehrer geben nicht auf. Den Studienrat Dr. Werner Böhnke ärgerte es, daß „Herr Kästner Zielvorstellungen hat, die aus dem vorigen Jahrhundert stammen". Bert Brecht, so empfahl der Direktor dem erstaunten Kollegium, sollte im Deutschunterricht bestenfalls „gegen den Strich als warnendes Beispiel" gelesen werden. „Ausklingen" müsse die Schulzeit in der Oberprima „mit dem Erlebnis der Klassik". Kommentar eines Studien-

Söhnlein Rheingold Kellereien Wiesbaden-Schierstein gegr. 1864

Söhnlein hält, was Sekt verspricht.

Servieren Sie einmal Söhnlein. Und Ihre Einladung hält, was Ihr Sekt verspricht.

Was halten Sie von Söhnlein? Manche halten sich an Söhnlein.

Wen oder was versprechen Sie sich von Sekt?



Söhnlein

Söhnlein hält, was Sekt verspricht.

GGK

rats zum SPIEGEL: „Diese Lächerlichkeit haben wir gar nicht erst diskutiert.“

Die Frage, wie angesichts solcher Kalamitäten das „Buxtehuder Modell“ fortgeführt werden soll, hat sich Kästner noch nicht gestellt: „Einstweilen“, so sagt er, „bin ich noch mit den Voraussetzungen meines Hierseins beschäftigt.“ Die Abgeordneten des Landtags sind es in dieser Woche auch.

ZEITGESCHICHTE

KOMMUNISMUS

Köstliche Entdeckung

Somit fraß ich die Menschen vorurteilslos in mich hinein, je nach Appetit und Laune. Glaubte ich mich an einem satt gegessen, sprang ich einen anderen an — ohne Skrupel und Bedauern.“

Die kannibalische Passage entstammt den Memoiren einer Edeldame aus Teplitz-Schönau in Böhmen, die zeitweilig Sowjet-Spionin war und sogar Major der Roten Armee. Zwei Jahrzehnte lang war sie auch die Ehefrau des vor zwei Wochen aus der KPÖ gefeuerten Schriftstellers Ernst Fischer, 70. Ihr Erinnerungsbuch veröffentlicht sie jetzt unter ihrem Mädchennamen Ruth von Mayenburg*.



Autorin **Ruth von Mayenburg** (l.) **in Moskau** (1934): „Eros und die Internationale“

Der Appetit auf Menschen — keineswegs bloß literarisch gemeint — begleitete sie ihr Leben lang. Er verhalf ihren Memoiren auch zu den besten Partien. Gelegenheit, ungewöhnliche Menschen zu erleben, boten ihr Milieu und Werdegang. Ihr Vater war Bergwerksdirektor, ihr Onkel der Chlorodont-Millionär und Apotheker Ottomar Heinsius von Mayenburg, ihr erster Verlobter ein Herrenreiter und SA-Führer namens Hansi von Herder, den die Röhm-Affäre um ein Haar das Leben kostete. Vor der Ehe mit einem anderen Edelmann bewahrte sie General Freiherr Kurt von Hammerstein-Equord, der damals Chef der Heeresleitung gewesen war und den sie später im Auftrag des russischen Geheimdienstes auszuhorchen versuchte.

In Wien lernte sie den k. u. k. Generalssohn Ernst („Ernstl“) Fischer kennen, der damals Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Lyriker, Stückeschreiber und Führer einer revolutionären Opposition innerhalb der SPÖ war. Die Heirat mit Fischer verschaffte ihr den Zugang zu der Welt des Marxismus, dessen Ideen, dessen Problemen und dessen Männern.

Nach dem mißlungenen Aufstand des sozialdemokratischen „Schutzbundes“ gegen das Dollfuß-Regime floh das Paar 1934 zunächst in die Tschechoslowakei, später in die Sowjet-Union. Während Ernst dort als Journalist für die Organisation des Weltkommunismus, die Komintern, arbeitete, kehrte Ruth noch einmal als Agentin des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjet-Union nach Deutschland zurück. Während des Krieges diente sie zeitweilig als russischer Propaganda-Offizier an der Front. Seit 1945 lebt sie in Österreich; 1954 wurde sie von Fischer geschieden.

Ruth von Mayenburgs Buch erscheint — Zufall oder keiner — zu gleicher Zeit wie der Memoiren-Band Ernst Fischers**. Den Vergleich der beiden Bücher braucht Frau von Mayenburg nicht zu scheuen — auf jeden Fall, was die Personenschilderungen angeht.

Ihr Porträt von Herbert Wehner zum Beispiel, der wie das Ehepaar Fischer einige Zeit im Moskauer Prominenten-Hotel „Lux“ wohnte, ergänzt das ihres Mannes vorzüglich (siehe Seite 86). Ihr Blick für die kleinen Schwächen bedeutender Zeitgenossen ist möglicherweise schärfer als der ihres ehemaligen Mannes.

Als die damalige Sowjet-Spionin Ruth im Zug dem ausreisenden Schriftsteller Lion Feuchtwanger begegnet, erkennt sie blitzschnell, daß der Pelz der Dichter-Sekretärin größer ist als der der Dichter-Frau.

Daß Theodor Plievier („Stalingrad“) im „Lux“ nackend oder nur mit Baskenmütze bekleidet vor der Schreibmaschine zu sitzen pflegte, verzeichnete sie mit ebensoviel Vergnügen wie die russischen Dienstmädchen seinerzeit mit Empörung: „Njekulturnost“ — Kulturlosigkeit!

Nicht ohne Schadenfreude beobachtet sie, wie Ulbricht sich 1945 hinsichtlich Stalins Entscheidung über Schlesien täuscht.

Sie selbst und Ernst Fischer hätten damals, so berichtet Frau von Mayenburg, von vornherein gemeint, Schlesien sei für die Deutschen verloren, weil Stalin die *Lausitzer* Neiße (nicht die *schlesische)* als künftige Grenze bezeichnet habe. Doch Johannes R. Becher (die „Lux“-Bewohner: „Johannes Erbrecher“) habe getobt und sei mit den Worten aus ihrem „Lux“-Zimmer gestürzt: „Das melde ich Walter Ulbricht. Das ist eine Verleumdung der Sowjet-Union!“ Und dann sei Ulbricht „in höchster Aufregung“ gekommen und habe geschimpft: Die Fischers sollten sich hüten, denn „der Fakt ist, da gibt's gornischt wie *die* Neiße“.

Die Deutschen, auch die deutschen Kommunisten, kommen bei Ruth und bei Ernst Fischer selten gut weg. Sie gelten als nationalistisch und ihr Essen als ungenießbar. Ernst verzeichnet, daß am 15. Juni 1940 einer in sein Zimmer gestürmt sei — mit dem Ruf: „*Wir* haben Paris erobert!“ Ruth beschreibt ein Tarock-Spiel auf der Terrasse von Klement Gottwalds Datscha. Als dabei die Karten zwischen die Bretter der Terrasse fielen und sie ein Beil aus dem benachbarten Haus Wilhelm Piecks holen wollte, habe der Tschechoslowake entsetzt abgewehrt: „Ich möchte keine Gefälligkeit von die Deitschen — ein Beil schon gar nicht.“

Freilich ließ sich Frau von Mayenburg dadurch nicht abhalten und forschte gleichwohl bei Pieck nach dem Beil. Dabei machte sie „eine köstliche Entdeckung“, nämlich daß „über der Schlafcouch des alten Pieck in Lebensgröße ein holdselig-nacktes Weib lag — ein Aktgemälde in Farbdruck“.

Für beide Memoirenschreiber, für Ernst und Ruth, bilden Erotik und Kommunismus eine (nach orthodox-marxistischen Begriffen höchst ungewöhnliche) Einheit — so etwa in Ernsts Vision einer zukünftigen Welt, „durch die ein Duft von Frauen und Flieder weht“, oder in den emphatischen Worten, mit denen Ruth gleichsam das Programm ihrer Ehe mit Ernst beschreibt: „Eros und die Internationale, Eros und der Sozialismus, Eros und die Revolution, Eros im Kampf gegen den Faschismus.“

* Ruth von Mayenburg: „Blaues Blut und rote Fahnen“. Molden-Verlag, Wien; 400 Seiten; 25 Mark.

** Ernst Fischer: „Erinnerungen und Reflexionen“. Rowohlt; 480 Seiten; 28 Mark.

Fest und flüssig zugleich

Wir sind keine Magier oder Alchimisten und auch keine Genies der modernen Physik oder Chemie. Wir haben einfach nur eine Formel gefunden, die für Ihre Geldanlage maximale Sicherheit, Stabilität und Liquidität bedeutet: erstklassige, rendite-orientierte Immobilien in Großstadtgebieten der USA.

Wenn Sie eine Anlage im USIF Real Estate besitzen, ist Ihr Anteil an diesem stabilen, stetig wachsenden Grundbesitz immer flüssig. Wenn Sie Ihr Geld brauchen, oder einen Teil davon, informieren Sie Ihre Treuhandbank, und Sie erhalten es innerhalb von 48 Stunden.

Als USIF-Anleger sind Sie Miteigentümer von Einkaufszentren, Bürohochhäusern, Apartmentblocks und anderen erstklassigen amerikanischen Immobilien, aus denen sich das Portefeuille des Fonds zusammensetzt, und Sie sind geschützt vor Inflationstendenzen, denn das Einkommen aus diesen Immobilien steigt im Einklang mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Der Haus- und Grundbesitz des Fonds vergrößert sich jeden Monat um neue solide Rendite-Objekte im Wert von 40 Mio. Dollar in einem Land, das z. Zt. die kräftigste und längste Expansion seiner Geschichte erlebt.

Wenn es Ihnen etwas bedeutet, eine Anlage zu besitzen, die fest und flüssig zugleich ist, wenden Sie sich an Ihre Bank oder Sparkasse oder an die nächste Gramco-Repräsentanz (Gramco ist die Vertriebsgesellschaft des USIF Real Estate). Oder senden Sie den Coupon direkt an uns.

G 45



Gramco

Generalrepräsentanz
für Deutschland
für GRAMCO Sales Ltd.
8000 München 2
Burgstraße 7
Tel. 0811 / 22 28 91

Ich möchte Näheres über den USIF Real Estate erfahren. Bitte senden Sie mir unverbindlich ausführliche Unterlagen.

Name ______________________

Beruf ______________ Telefon ______________

Adresse ______________________

Crystal House, Miami Beach, Florida

„WILDE STROPHEN ZUR GITARRE"

Herbert Wehner als Emigrant in Moskau

In ihren Memoiren-Büchern (siehe Seite 84) berichten Ernst Fischer und Ruth von Mayenburg über ihre Begegnung mit Herbert Wehner vor dem Kriege in Moskau. Den beiden Büchern sind die folgenden Auszüge entnommen.

Nicht weniger hingezogen fühlte ich mich zu Herbert Wehner, der unter dem Namen Kurt Funk als Referent für deutsche Fragen im Sekretariat Ercoli tätig war und im „Lux" wenige Türen von mir entfernt wohnte. Ercoli-Togliatti schätzte ihn sehr; seine Berichte über die Lage in Deutschland waren genau, nüchtern, überzeugend, frei von Illusionen. Er machte sich damit bei vielen unbeliebt; denn diese vielen wollten hören, daß Hitler-Deutschland einer Krise entgegengehe, daß der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse zunehme, daß das Regime zwar grausam, aber nicht fest sei.

Wehner haßte derlei Phraseologie. Er haßte die meisten führenden deutschen Kommunisten. Der Panzer dieses Hasses schützte einen höchst widerspruchsvollen Menschen, die Koinzidenz anarchischer Leidenschaft und fast pedantischer Organisiertheit, Freiheitstrieb und Wille zur Macht, Wunsch nach Wärme und schroffe Verschlossenheit, ein In-sich-selber-Verbissensein und Explosionen des Zornes, brüllender Ausbruch aus der Einsamkeit eines nach Gemeinschaft sich Sehnenden. Er hatte Fieber. Seine ungemein sympathische Frau und ich gingen in die Küche, um Kaffee zu kochen. Als wir zurückkamen, saß er aufgerichtet auf der Couch mit seiner Gitarre und schrie wilde zusammenhanglose Strophen. Er war wie ein Kessel ohne Ventil, mußte, um sich zu befreien, von Zeit zu Zeit in Sprengstücken auseinanderfliegen. Er schluckte zu viel in sich hinein. Was in Moskau geschah, mißfiel ihm. Die meisten seiner Genossen waren ihm zuwider. Von Dimitroff sprach er mit Bewunderung, von Togliatti mit großer Achtung. Zu mir hatte er Vertrauen, eine Zeitlang; dann zog er sich auch von mir zurück, in seine schweigsame Verbitterung. (Ernst Fischer)

*

Kurt Funk (Herbert Wehner) und seine Frau gehörten zu den wenigen Menschen, mit denen Ernst (Fischer) in meiner Abwesenheit engere persönliche Beziehungen unterhalten hatte. Nun, nachdem ich als vierte dazustieß, vertieften sie sich zu einer fast unzertrennlichen Paarfreundschaft. Wir wußten weder Funks wirklichen Namen noch Genaueres über seine frühere Funktion in der KPD. Hier in Moskau war er so etwas wie ein weißer Rabe unter den Deutschen. Bei seiner eigenen Parteiführung galt er offensichtlich als schwarzes Schaf.

Groß, blond und sehr blaß, als hätte er lange im Gefängnis gesessen, ging er abends nach der Arbeit in der Komintern mit herausfordernd festem Schritt, die Pfeife im Mund, eine schäbige graue Mütze auf dem Kopf, durch den langen Korridor in der obersten „Lux"-Etage zu seinem Zimmer hin, wo seine Frau mit der großen Kaffeekanne schon auf ihn wartete wie ein braves Hausmütterchen. Der einfenstrige Raum, durchzogen von Pfeifenrauch, Kaffeedunst und Katzengeruch, mit Büchern bis zur halben Decke hinauf vollgestopft, bot zwar wenig Platz für Besucher, doch hier war eine Oase, wo das offene menschliche Wort unter Genossen vorherrschte, die sich nicht ununterbrochen als „Funktionäre" gebärdeten. Hier gab es sarkastischen Witz, unkonventionelles Denken, Mut zu Zweifeln — auch zur Verzweiflung. Die Lauscher an der Wand fürchtete Kurt Funk ebensowenig wie die Ungnade seiner Parteiführung. Er verabscheute Walter Ulbricht, den Nur-Taktiker und selbstsicheren Rechthaber, und nannte ihn stets „Wulbricht", um dessen geistige und menschliche Grobschlächtigkeit zu charakterisieren. Ebensowenig hatte er für den Familienclan der Pieck übrig, was unserer Freundschaft einen harten Stoß versetzte, denn der alte Pieck (nach dem Krieg Präsident der Deutschen Demokratischen Republik) war eine achtenswerte Persönlichkeit, ein alter Arbeiterführer, dem man den Respekt nicht versagen durfte. Überdies schien er trotz seiner hohen Stellung in der Komintern-Oligarchie im privaten Umgang freundlich und hilfsbereit zu sein — er hatte mir eben in seiner Tischlerwerkstatt in Kunzewo ein Ärmelbrett und ein Katzenkisterl fabriziert. Als ich Funk gegenüber diesen erstaunlichen Beweis für die Urbanität des „Alten" erwähnte, erwiderte er nur ganz ungerührt: *„Das* kann er."



Sozialist **Wehner**
„Ein Kessel ohne Ventil"

Für mich war Funk ein ganz neuer Menschentyp: ein Mann aus der Arbeiterklasse mit der Geistesbildung und Sensibilität eines Intellektuellen. Wenn wir an den arbeitsfreien Tagen nicht in die Moskauer Umgebung fuhren, eingepfercht in die überfüllten Vorortszüge — den beiden Männern ein Horror, denn an der „Menge" erfreuten sie sich nur, sobald sie als politische Massendemonstration auftrat; ich hingegen genoß das wilde Geschiebe und Gedränge, die randalierenden Besoffenen, kreischenden Weiber und Kinder als unverfälschtes, ungehemmtes russisches Leben —, wenn wir also nicht ins Grüne fuhren, durchstreiften wir die Buchantiquariate der Innenstadt von Moskau. Für wenig Geld gab es da so viel herauszufischen, daß wir allmählich eine höchst anständige, deutschsprachige Handbibliothek an unseren Wänden aufstapeln konnten. Kurt Funk bewegte sich im Buchladen wie in einer Kirche: ging auf leisen Sohlen zwischen den Regalen umher und legte still Bücher beiseite — möglichst unbemerkt von den anderen, als habe er etwas aus dem Klingelbeutel gestohlen.

Funk litt an Deutschland, am Unglück des deutschen Volkes. Wie ein Hund, der die richtige Fährte finden will, lief er unablässig vor und zurück auf den Wegen, die zum Sieg des Faschismus geführt hatten: zurück in die deutsche Geschichte, in die Anfänge der Arbeiterbewegung, über ihre Spaltung bis zu ihrer Niederlage; vor bis zum Sozialismus sowjetischer Prägung und in die Träume hinein von einem künftigen sozialistischen Deutschland, in dem die Menschen glücklich sind.

Wohl kaum einer von den anderen deutschen Kominternfunktionären ist so von Skrupeln, Grübeleien und Verbitterung behelligt gewesen wie dieser unglückliche Kurt Funk, der sich hinter seinen Büchern verkroch und ein schlechtes Gewissen hatte, weil seine Genossen in Hitler-Deutschland unterdessen abgefangen wurden wie die Hasen. Im Frühjahr 1941 verschwand er plötzlich; fuhr, offenbar im Parteiauftrag, nach Schweden. Im Winter darauf — die Deutschen standen vor Moskau und wir im knietiefen Dreck der baschkirischen Hauptstadt Ufa — hieß es, Funk sei in Schweden „umgefallen" und daher aus der Partei ausgeschlossen worden. Ich bin ihm nie wieder begegnet, dem Freund und Genossen aus einer Zeit, da Menschsein und zugleich Kommunismus eine schwierige Angelegenheit gewesen ist. (Ruth von Mayenburg)

Heuga... stoppt den Lärm und nicht die Lebensfreude

Kinder brauchen Bewegung.
Bewegung macht Lärm.
Lärm macht nervös. Schluß damit!
Denn es gibt Teppichfliesen, die jeden Lärm schlucken: Heuga-Teppichfliesen, mit weicher, eleganter Lauffläche.
Dick und mollig, richtig wohnlich.
Kein Lärm im Haus -
kein Krach mit den Nachbarn.



Heuga-Teppichfliesen werden einfach lose verlegt und bleiben fest liegen – ohne Kleben, ohne Nageln.

- **HEUGA FELT** - aus reinem Tierhaar
- **HEUGA LUX** - aus ausgewählt feinem Tierhaar mit Kunstfaser
- **HEUGA FLOR** - aus Kunstfaser mit Tierhaar-beimischung, Objektqualität

Lassen Sie sich von Ihrem Fachhändler beraten oder fordern Sie Informationsmaterial an:
Deutschland: Van Heugten GmbH, Hamburg, Eiffestraße 450
Schweiz: Van Heugten AG, Luzern, Neustadtstrasse 8

Heuga-Teppichfliesen bringen Ruhe ins Haus!

RECHT

DEMONSTRANTEN-PROZESSE

Bloße Flanken

(siehe Titelbild*)

Als hörten sie nicht recht, lauschten die Väter dem Ho-ho-ho-Geschrei ihrer bärtigen Buben. Wie geblendet blickten die Bürger auf rote Fahnen und buntgescheckte Kolonnen. Verstört nahm das Volk wahr, daß Autos und Autoritäten kippten.

Das Establishment — das nicht mal mehr stolz darauf sein durfte, so zu heißen — verlieh der Sache den Ernst. Wie wenn die Revolution schon im Haus stünde, droschen seit dem ersten heißen Sommer 1967 Polizisten auf Demonstranten, schmähten Boulevardblätter die „langbehaarten Affen", kamen Politiker zu „der Meinung, daß gegenüber gewissen Leuten nichts anderes hilft als ein sehr bewußt gehandhabtes Prinzip strafrechtlicher Abschreckung" (Sozialdemokrat Helmut Schmidt).

Der Tip kam an, und so endete, was als Kampf gegen „soziale Zwänge" und „die komfortable, reibungslose, vernünftige, demokratische Unfreiheit" (Herbert Marcuse) deklariert war, im Rechtsstreit vor Gericht.

In Hunderten von Verfahren mühte sich die westdeutsche Justiz, Protest gegen Vietnam und Axel Springer, gegen die Bildungsmisere und den Schah von Persien auf Strafmaß zu bringen. Hunderte weiterer Prozesse sind im Gange oder stehen bevor. Insgesamt wurden im Bundesgebiet und im Berliner Westen etwa 10 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Doch das Prinzip der strafrechtlichen Abschreckung erwies sich bislang als nicht so hantierbar, wie Helmut Schmidt erhofft hatte. Denn „wo die Grenzen des Demonstrationsrechts im Einzelfall liegen", erkannte der Frankfurter Oberlandesgerichtspräsident Professor Dr. Curt Staff im Verfahren gegen den Rebellen Daniel Cohn-Bendit, „ist schwierig festzulegen und schon in den Voraussetzungen äußerst umstritten".

Und entlang der umstrittenen Grenze schlitterte die deutsche Justiz in eine Krise. Einerseits gehalten, den Freiheitsspielraum der demokratischen Gesellschaft zu wahren, andererseits fixiert auf demokratieferne Gesetze und Strafvorschriften, verfehlten die Richter den Weg zu einheitlicher Rechtsprechung.

Das Amtsgericht Esslingen zum Beispiel verwarf in einem Fall jede Gewaltanwendung bei der Durchsetzung freier Meinungsäußerung, weil Demonstrationen „letztlich der Erhaltung des Staates" dienten. Dasselbe Gericht in anderer Besetzung aber entschied, „daß unsere Gesellschaft den Widerstand von insbesondere jungen Leuten und Studenten ... begrüßt".

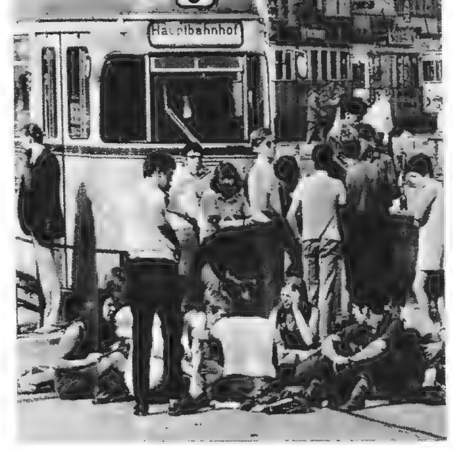
So scheint es, als sei am Ende ein jeder Justizopfer: die Richterschaft, die Gefahr läuft, sich selber zu verurteilen; die Staatsbürger, denen niemand sagt, wo das Ende der Freiheit beginnt; vor allem aber die Angeklagten und Verurteilten, die beim Handel um Recht und Grundrecht allemal zu kurz kommen.

Denn in ihrem Dilemma zwischen Grundrecht und Strafrecht orientierten sich die Gerichte allzu leicht an Ruhe und Ordnung, verloren sie oft genug beim Strafmaß jedes Maß.

„Für diesen Tarif" — dies hielt der Münchner Rechtsanwalt Konrad Kittl dem Staatsanwalt vor, der gegen den Studenten Reinhard Wetter 14 Monate Gefängnis beantragt hatte — „könnte man im volltrunkenen Zustand einen Menschen totfahren und dann Fahrerflucht begehen." Das Jugendschöffengericht verurteilte Wetter, der bei einer Demonstration vor dem griechischen Generalkonsulat einen „harten Gegenstand" geworfen hatte, unter anderem wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu einem Jahr Gefängnis.

Sieben Monate Gefängnis ohne Bewährung gab es nach knapp 15 Minuten Verhandlung im beschleunigten Verfahren für Gerhard Rothmann in München; ein Jahr für Gerhard Paar in Frankfurt; acht Monate für Dieter Kunzelmann, neun für Gaston Salvatore-Pascal und sieben für Peter Schwiedrzik in Berlin; 15 Monate für Rolf Pohle, acht für Thomas Schmitz-Bender und neun für Heinz Koderer in München. Die Demonstranten wurden ebenfalls unter anderem wegen Land-

* Rechtsanwalt Rupert von Plotnitz, Karl Dietrich Wolff (vorn); Hans Jürgen Krahl, Günter Amendt, Schreibgehilfe in einer Frankfurter Gerichtsverhandlung.



Sit-in gegen Fahrpreise (in Heidelberg)



Anti-Springer-Demonstration (in Hamburg)



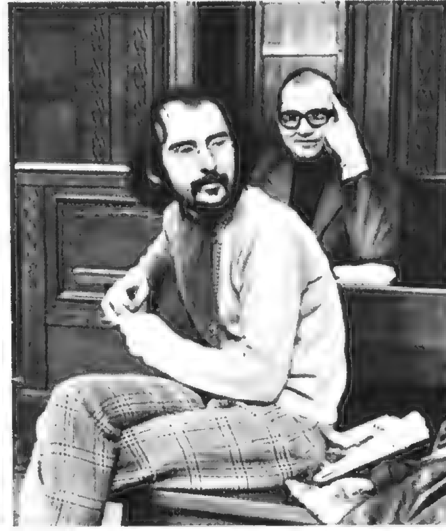
Anti-Vietnam-Protest (in West-Berlin)





Anti-SPD-Demonstration in West-Berlin, Anti-Senghor-Demonstration in Frankfurt: „Was ist Gewalt?"







Demonstranten **Teufel, Pawla, Krahl vor Gericht**: „Wollen Sie aufstehen ...

friedensbruchs und Aufruhrs oder wegen eines der beiden Delikte verurteilt.

„Weil er mit zwei Dutzend Gesinnungsgenossen singend zum Münchner Polizeipräsidium gezogen war, um sich der Beleidigung des Schahs zu bezichtigen", wurde ein Student mit sechs Wochen Gefängnis bedacht.

Abfällig begründete der Hamburger Amtsrichter Axel Vogt seinen Spruch über den Jurastudenten Michael Deter — drei Monate Gefängnis ohne Bewährung — mit dem Zusatz: „Der Angeklagte ist Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Das hat offenbar dazu geführt, daß sein juristisches Wissen nicht entsprechend der Zahl der Semester gewachsen ist."

Süffisant bemerkte der Kölner Amtsrichter Dr. Kurt Panzer: „Alle vier Demonstranten, die ich in einer Woche hatte, sind in der Ostzone geboren. Von Kollegen habe ich die gleiche Beobachtung gehört. Ich stelle das ausdrücklich ohne jeden Kommentar fest."

Und die Berliner Amtsrichterin Luise Maria Veith schließlich, die gegen den neunzehnjährigen Peter Brandt zwei Wochen Dauerarrest verhängte, leitete ihre Urteilsgründe mit der anzüglichen Feststellung ein: „Der ... Angeklagte ist ehelich geboren."

Wie selbstverständlich oft Richter das Recht auf seiten der Obrigkeit sahen, offenbarten die unterschiedlichen Strafaussprüche bei vergleichbaren Übergriffen von Demonstranten und Polizisten.

So wurde in Frankfurt ein Medizinstudent wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, der während einer Anti-Springer-Demonstration ohne Grund einen Polizisten geschlagen hatte. In Berlin kamen dagegen drei Polizisten, die einen Demonstranten grundlos verprügelt und gefährliche Körperverletzung im Amt begangen hatten, mit sechs Wochen Gefängnis davon — unter Strafaussetzung zur Bewährung.

Sechs Monate aber mußte der Apo-Mann Günther Schmiedel im Hamburger Untersuchungsgefängnis warten, bevor gegen den „Rädelsführer" unter anderem wegen der Vorwürfe verhandelt wurde, er habe einem Polizisten „einen schmerzhaften Tritt gegen dessen Schienbein versetzt" und einen anderen „Schwein" genannt. Schmiedel wurde zu 21 Monaten Gefängnis und damit zur höchsten Strafe verurteilt, die bislang in einem Demonstrantenprozeß ausgesprochen worden ist.

Radikale Minderheit sind vorerst noch Richter wie der Frankfurter Professor Staff, der urteilte, „für das

* Linkes Bild: Heidelberger Studenten Jochen Noth, Günther Mangold, Burkhardt von Braun-Behrens, Thomas Ripke und Volker Müller. Rechtes Bild: Heinz Karl Koderer mit Sitzkissen, Eisernem Kreuz, Lenin-, Vietnam- und Anti-Springer-Plaketten.





... oder soll ich Sie gleich rausschmeißen?": **SDS-Mitglieder vor Gericht***

OSRAM LICHTSTUDIO 2000 Aufklärung über vernünftiges Licht.

H 9-69

Lichtformel für Stadtväter.



Wenn man nämlich 50% mehr Licht bekommt für's selbe Geld, sind sich alle schnell einig – die Ratsherren, die Ausschüsse, die Verantwortlichen. Man genehmigt die neuen OSRAM-Halogen-Metalldampflampen für Straßenbeleuchtung, Marktplatzbeleuchtung, Rathausanstrahlung, für Brükken, Stadien, Messehallen, für Schwimmbäder, Sportplätze und Industrieanlagen.

Farbwiedergabe hervorragend, Licht weiß und unverfälscht wie am Tage, Lichtausbeute gegenüber Quecksilberdampflampen vergleichbarer Wattstärke: 50% mehr Licht ohne mehr Strom. Also besseres Licht für's gleiche Geld. Wenn Sie über so wichtige Beleuchtungsdinge zu entscheiden haben, denken Sie an die neuen OSRAM-Halogen-Metalldampflampen HQI und HQIL 400 W und ihre beachtlichen Vorteile.

OSRAM ist das größte Spezialunternehmen für elektrische Lampen in Europa. Das merkt man auch an dieser OSRAM-Leistung.

OSRAM
...hell wie der lichte Tag.

OSRAM HQIL 400 W
Das ist die revolutionäre OSRAM-Neuentwicklung – die OSRAM-Halogen-Metalldampflampe HQIL 400 W.



Ideale Hallenausleuchtung. Bis 50% mehr Lichtausbeute bei gleichem Stromverbrauch gegenüber Quecksilberdampflampen vergleichbarer Wattstärke.



Hier eine helle Straßenbeleuchtung. Genauso lassen sich Parkplätze, Industrieanlagen und Brücken taghell mit HQI und HQIL beleuchten.

Grundgesetz als Garant einer freiheitlichen Demokratie“ sei „kollektives Handeln ein selbstverständlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit“.

So wird in deutschen Gerichtssälen nicht nur über das Gebaren jugendlicher Demonstranten entschieden. Zur Verhandlung steht auch, ob Demonstrationen denn überhaupt zum Gebaren eines deutschen Demokraten gehören.

„Das Recht zur Demonstration“ kann zum Beispiel für den nordrhein-westfälischen Justizminister Dr. Dr. Josef Neuberger „in seiner Bedeutung für eine freiheitliche Demokratie kaum überschätzt werden“.

Der Hamburger Amtsgerichtsdirektor Erwin Isbarn aber hält dafür, „in Schlips und Kragen dem Herrn Bürgermeister“ sein „Anliegen einmal höflich vorzutragen“.

In einer Münchner Demonstration sah der Amtsgerichtsrat Dr. Karl Woerle „eine empfindliche Verletzung des Gastrechts“, die geeignet sei, „das Ansehen der Stadt München als eines Zentrums des Fremdenverkehrs ... zu schädigen“.

„Wohl dem Staat“, so erkennt jedoch der Frankfurter Staatsrechtler Professor Dr. Erhard Denninger, „in dem Demonstrationen als Protest möglich sind.“

Daß sie möglich sein müssen, bekunden seit Jahrhunderten alle freiheitlichen Grundgesetze — die Bill of Rights von Pennsylvania aus dem Jahre 1776 ebenso wie das erste Amendment zur Verfassung der USA von 1791 oder die Verfassung der Französischen Republik von 1793.

Inzwischen zählt das Recht der Bürger, sich zu versammeln und politische Meinung frei zu äußern, zu den Menschenrechten — gleichsam „Lebenselement der Demokratie“ (Denninger). Die Menschenrechtskonvention sichert es jedermann zu, das Bonner Grundgesetz garantiert es allen Deutschen.

„Der Grundgesetzgeber“, urteilte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, „hat sich für einen freien und offenen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung des Volkes entschieden.“ Nicht nur „in der Stimmabgabe bei Wahlen“, so erklärte die höchste deutsche Rechtsinstanz 1966, äußere „sich das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung“, sondern auch „in der Einflußnahme auf den ständigen Prozeß der politischen Meinungsbildung“. Diese Willensbildung aber habe sich „vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin“ zu vollziehen.

Der Polizeirechtler Dr. Kurt Gintzel lehrt seine Schüler an der Polizeischule Münster, das Demonstrationsrecht sei „ein Mittel zur Realisierung der Volkssouveränität“, stehe „in der Wertskala der Rechte des einzelnen mit oben an“ und sei „im Rang höher als einzelne Ordnungsinteressen“. Mithin bestehe „für alle Demonstrationen die Vermutung der Zulässigkeit“.

Wie es scheint, läßt die westdeutsche Verfassung keinen Zweifel an solcher Ausdeutung. Der Artikel 5 des Grundgesetzes verbürgt die Meinungsfreiheit, und nach Artikel 8 haben „alle Deutschen ... das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“.

Jedoch: Dieses Recht darf, ebenfalls nach Artikel 8, „für Versammlungen unter freiem Himmel“ durch ein Gesetz „beschränkt werden“. Das Versammlungsgesetz von 1953 aber beschränkt das Verfassungs-Versprechen so erheblich, daß die Grundrechtsgarantien gefährdet scheinen.

So ist für den Rechtsprofessor Denninger schon „die Wortwahl des Gesetzgebers allenfalls durch das aufschlußreich, was sie mit Schweigen übergeht: nämlich den auf das Politische bezogenen Zweck und die staatsbürgerliche Funktion solcher Aufzüge und Versammlungen“.


Polizei-Rechtler **Gintzel**
„Vermutung der Zulässigkeit“

Die Vokabel „Demonstration“ wurde ausgespart. Und wer etwa erfahren möchte, was wohl eine Versammlung sei, ist auf einen preußischen Runderlaß vom 10. Oktober 1923 angewiesen: „Eine Versammlung ist die Zusammenfassung einer größeren Zahl von Personen, die mit dem Ziel geschieht, diese Personen über irgendwelche bestimmten Angelegenheiten durch *Redner* unterrichten zu lassen oder mit ihnen solche zu beraten oder zu erörtern.“

Nach solcher Lesart sahen denn auch Amts- und Landgericht Karlsruhe in einer Sitzdemonstration mit Schildern vor dem Karlsruher Hauptbahnhof keine „Versammlung“. Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin aber respektierte eine Demonstration mit Transparenten vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Bremen als „Versammlung“. Und Justizminister Neuberger mochte gar nicht entscheiden: „Handelt es sich noch um eine Versammlung gemäß Artikel 8 des Grundgesetzes, wenn die Menschenansammlung Gebäude, Bahnhofsvorplätze, Verkehrsengpässe blokkiert, um mit dem Körper der Teilnehmenden ein physisches Hindernis zu bereiten und durch dieses Mittel auf sich aufmerksam zu machen und Zielvorstellungen zu verwirklichen?“

Präzis formulierte der Gesetzgeber hingegen die Kontroll-Kautelen. Versammlungen und Aufzüge müssen mindestens 48 Stunden „vor der Bekanntgabe“ angemeldet werden. Die Polizei kann bestimmen, zu welcher Zeit und auf welchem Wege demonstriert werden darf. Schließlich dürfen die Behörden einen Umzug verbieten, „wenn nach den Umständen die öffentliche Ordnung oder die Sicherheit unmittelbar gefährdet ist“.

Im August untersagte zum Beispiel die Berliner Polizei eine Kundgebung gegen das Ausfliegen von Bundeswehrdeserteuren, weil zu erwarten sei, daß die angemeldete Veranstaltung einen unfriedlichen Verlauf nehme und es zu Gewalttätigkeiten komme. Das Verwaltungsgericht Berlin freilich, das von den Demonstranten angerufen worden war, vermißte „Tatsachen“ für eine solche „Befürchtung“ und hob das Verbot auf.

Wer allerdings bittend und betend, freiend oder feiernd den Verkehr auf Straßen oder Plätzen blockiert, ist frei von rechtlichen Zwängen. Denn „kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten, gewöhnliche Leichenbegängnisse, Züge von Hochzeitsgesellschaften und hergebrachte Volksfeste“ sind polizeifest.

„Dabei ist doch selbstverständlich“, kommentiert Staatsrechtler Denninger, „daß es für die Störung des Straßenverkehrs, sofern dieser polizeiliches Schutzgut sein soll, nicht den geringsten Unterschied ausmacht, ob ein Menschenzug durch eine verkehrsreiche City eine Monstranz mit sich führt oder aber rote Fahnen.“

Das Versammlungsgesetz, folgert Denninger, „richtet also seine Spitze bewußt gegen die Freiheit zu politischer Versammlung“.

Spontane Versammlungen, bei denen Bürger aus aktuellem Anlaß auf die Straße getrieben werden, fügen sich nicht in das Schema von Bittgang und Familienfest. Die Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, bei denen auch solche Studenten mitliefen, die sich bis dahin nicht mit dem SDS gemein gemacht hatten; der Protest gegen den Bau der Mauer 1961 — das alles konnten oder wollten sich die Bonner Gesetzesmacher 1953 nicht vorstellen, zumindest nicht ohne Voranmeldung.

Und es gibt, wie Polizeirechtler Gintzel erfahren hat, „auch heute noch Leute, die nur zu gern geneigt sind, das Demonstrationsrecht durch die Brille des vorigen Jahrhunderts zu betrachten“. Verbietet aber zum Beispiel der Rektor einer Universität wenige Stunden vor Beginn einer seit Wochen geplanten Veranstaltung die Benutzung eines Hörsaals, so müssen die be-

PUSCHKIN VODKA

Seine Reinheit ist seine Stärke



troffenen Studenten sofort protestieren, um doch noch rechtzeitig in den Saal zu kommen. Wird englischen Ostermarschierern am Ostersonntag nach der Landung auf einem bundesdeutschen Flughafen verboten, das Flugzeug zu verlassen, so ist nur eine Spontandemonstration deutscher Ostermarschierer sinnvoll, wenn der gemeinsame Marsch nicht auf Pfingsten verschoben werden soll.

Dieser Widerspruch vor allem, der sich auftut zwischen dem Wesen der auf freie politische Entfaltung bedachten Verfassung und dem an Ruhe und Ordnung orientierten Versammlungsgesetz, brachte Tausende junger Rebellen in Konflikt mit der Strafjustiz. Auch diejenigen, die nicht mit Steinen warfen und damit Körperverletzung begingen, die keine Autos demolierten und sich daher einer Sachbeschädigung schuldig machten, kollidierten häufig mit den Tatbeständen

▷ Aufruhr: „Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung", bei der „mit vereinten Kräften" Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet oder Beamten- und Soldatennötigung begangen wird (Paragraph 115 StGB; Strafandrohung: Gefängnis nicht unter sechs Monaten, für „Rädelsführer" Zuchthaus bis zu zehn Jahren);

▷ Auflauf: Verbleiben bei einer „auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelten Menschenmenge" nach der „dritten Aufforderung" des „zuständigen Beamten oder Befehlshabers der bewaffneten Macht" (Paragraph 116 StGB; Strafandrohung: Gefängnis bis zu drei Monaten);

▷ Landfriedensbruch: Teilnahme an einer „Zusammenrottung", bei der „mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten" begangen werden (Paragraph 125 StGB; Strafandrohung: Gefängnis nicht unter drei Monaten,



Ostermarschierer (in München)
Genehmigung Pfingsten



Fronleichnam-Prozession (in Amorbach)
Wallfahrt sofort

für „Rädelsführer" Zuchthaus bis zu zehn Jahren).

▷ Landzwang: Störung des „öffentlichen Friedens" durch „Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens" (Paragraph 126 StGB; Strafandrohung: Gefängnis bis zu einem Jahr).

Soldatennötigung oder Aufsässigkeit gegen bewaffnete Macht — das sind durchweg Begriffe aus der Vorstellungswelt des Obrigkeitsstaates, der immer dann, wenn mehr als zwei Bürger gemeinsam politische Sache machten, Revolution argwöhnte. So kommt es, daß nun die westdeutsche Justiz gehalten ist, Vorschriften, die einst wilhelminische Staatsräson verteidigten, mit demokratischen Lebensregeln auf Gleichklang zu bringen.

„Es kann keiner Rechtsprechung angesonnen werden, sich in Spekulationen über die vorhandene Verfassung hinaus zu ergehen", räumt zwar der Gießener Verfassungsrechtler Professor Helmut Ridder ein. Aber, so mahnt er, „sie verfehlt die Verfassung, wenn sie sich die politische Essenz der Verfassung nicht vergegenwärtigt und wenn sie sich keine Rechenschaft über ihren eigenen Beitrag zur Erfüllung der Verfassung in Vergangenheit und Gegenwart gibt". Der Strafrechts-Professor Klaus Tiedemann kennzeichnet die politische Rechtslage: „Der Strafrichter ist durch die Verfassung selbst zur verfassungskonformen Rechtsprechungstätigkeit verurteilt."

Viele Richter aber empfanden dieses Verdikt der Verfassung nicht als demokratischen Auftrag, sondern in der Tat als Strafe. Erzogen im Rechtsdenken rechtsgerichteter Staatsallmacht, erwiesen sie sich überwiegend als Positivisten, denen die gesetzte Ordnung hinreichend gerecht erschien.

Wenn Demonstranten „den Verkehr einer Großstadt lahmlegen", so plädiert der Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins, Oberlandesgerichts-



"Fiberglass" – revolutionär im Sport, im Fahrzeugbau, in der Weltraumfahrt – jetzt an Ihrem Handgelenk:

TISSOT SIDERAL

Für Männer, die an der Spitze des Fortschritts stehen, bedeutet "Fiberglass" moderne Renn- und Sportwagen, Skis, Boote, Flugzeuge, Raumschiffe. Für Sie bedeutet "Fiberglass" jetzt auch Tissot SIDERAL: unsere Ingenieure haben dieses neue, edle und unverwüstliche Material für das Gehäuse der Tissot SIDERAL gewählt.
So revolutionär diese Uhr auch ist – sie besitzt ein millionenfach bewährtes, hochpräzises Werk.
Tissot SIDERAL – die neue Tissot-Kreation: automatisch, mit Datum, wasserdicht und ausserordentlich robust.
Eine ganz neue Uhr zu einem Preis für junge Leute.

Tissot geht mit der Zeit



* Abgebildetes Modell Ref. 44701/0013
Automatic-Kalender, wasserdicht,
Edelstahlband mit Perlon-Einlage DM 135,–

** Ref. 44700
Automatic-Kalender, wasserdicht,
mit seewasserfestem Spezialband. DM 120,–

Ab heute in jedem Tissot-Fachgeschäft erhältlich.

Für jede TISSOT-Sideral ist zum Preise von DM 15.- zusätzlich ein praktisches Etui erhältlich. Mit 3 Instrumentalringen (Tachymeter - Taucher-Memo - und Worldtime-Skala), die je nach Bedarf mit einem Griff ausgewechselt werden können.

*DM 135,-
**DM 120,-

Gutschein-Nr. TS/45
Wir halten für Sie eine Dokumentation der neuen TISSOT-Sideral und eine kleine Ueberraschung bereit. Bitte senden Sie diesen Gutschein an die UHREN-HANDELS-GESELLSCHAFT MBH., Abt. Sideral, 6 Frankfurt/Main 1, Münchener Strasse 8.

Name: ____________

Adresse: ____________

rat Hugo Winckhler, für das Positive, „dann gibt dem Strafrichter nur das Strafgesetzbuch Auskunft über die rechtlichen Folgen solchen Tuns, auch wenn die Paragraphen hundert Jahre alt sind. Die Verfassung macht ihn nicht klüger“.

Aus dieser Grundordnung, für Richter Winckhler „dem delphischen Orakel vergleichbar“, entliehen sich Gerichtsvorsitzende denn auch zumeist nur ein einziges Wort des Artikels 8: „friedlich“.

Die Friedenslinie, mit der die Richter ihren Trennungsstrich zwischen erlaubter Demonstration und verbotener Aktion zogen, markiert die Wechselbeziehung zwischen dem Versammlungsartikel im Grundgesetz und den Strafparagraphen. Wie die Grundrechtskommentatoren Theodor Maunz und Günter Dürig eine Versammlung dann für „unfriedlich“ halten, „wenn sie einen gewalttätigen oder aufrührerischen Verlauf nimmt“, so bestimmt diese gleichermaßen grobschlächtige und eingängige Antinomie — Gewalt gegen Frieden — Unrecht und Recht in der einschlägigen Strafnormenkette.

Mit welchen Tatbeständen die Teilnehmer an Straßenaktionen auch in Kollision geraten — Auflauf, Aufruhr oder Landfriedensbruch, Nötigung oder Landzwang —, alle Vorschriften stellen im Grunde immer nur unter Strafe: Gewaltanwendung oder Friedensstörung.

Freilich vermochten weder Rechtsprechung noch Jurisprudenz bislang präzise zu erklären, was unter dem Begriff „öffentlicher Frieden“, der zum Beispiel in der Bestimmung über Landzwang auftaucht, zu verstehen ist. Hilflos erläutert der Strafrechtskommentar Schwarz-Dreher unter Berufung auf eine Reichsgerichtsentscheidung: „Öffentlicher Frieden ist das Bewußtsein der Bevölkerung, in Ruhe und Frieden zu leben.“

Nicht minder vieldeutig erscheint der zweite zentrale Rechtsbegriff. „Was ist Gewalt?“ fragte in der „Zeit“ der ehemalige Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid. Und alle fanden eine andere Antwort.

Die teils außer-, teils anti-parlamentarische Opposition unterscheidet zwischen Gewalt gegen Personen und gegen Sachen, zwischen aktiver und passiver Gewalt. Für den Kölner Rechtsprofessor Gerhard Erdsiek hingegen „ist der verschwommene und unbestimmte Begriff der ‚begrenzten Gewalt‘ ein Virus, der unsere freiheitliche Ordnung zu zerstören droht“. Eine Versammlung von Generalstaatsanwälten kam zu der „Auffassung, daß Sit-ins, bei denen — zum Beispiel durch Verkehrsblockierungen — in die Rechte anderer eingegriffen wird, grundsätzlich als ‚Gewalttätigkeiten‘ im Sinne des Paragraphen 125 StGB (Landfriedensbruch) zu werten sind“.

Die meisten Gerichte suchten das Problem durch eine Güterabwägung zu lösen. Sie stellten etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung der Demonstranten dem Interesse anderer Bürger am fließenden Straßenverkehr gegenüber.



Anti-Tarif-Demonstration (in Hannover)
„Sozial-adäquates Handeln“

Nach diesem Schema sprach der Bremer Amtsrichter Walter Stahlhut den Elektrikerlehrling Uwe Ruß frei. Ruß war unter jenen Demonstranten gewesen, die erfolgreich gegen die Erhöhung der Bremer Straßenbahnfahrpreise protestiert und dabei die Schienen blockiert hatten. Stahlhut erkannte: „Sozial-adäquates Handeln.“

„Die bloße Äußerung einer Meinung, zum Beispiel bei einer Demonstration auf einem freien Platz, ohne daß diejenigen, die es angeht, es überhaupt zur Kenntnis nehmen“, fand der Amtsrichter „sinnlos“. Denn der „grundrechtliche Schutz bezweckt geradezu, daß eine geistige Wirkung auf die Umwelt ausgeübt werden kann, daß versucht werden darf, meinungsbildend und überzeugend auf die Gesamtheit zu wirken“.

Wenn „dabei ein geschütztes Rechtsgut eines anderen beeinträchtigt wird, so muß abgewogen werden“, begründete Stahlhut seine Entscheidung, „ob dem Grundrecht oder dem beeinträchtigten Rechtsgut der Vorrang einzuräumen ist“. Die „vorübergehende Behinderung des Verkehrs“ müsse jedenfalls „in Kauf genommen werden, um dem geschützten Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu der beabsichtigten Wirksamkeit zu verhelfen“.

Das Berliner Bundesverwaltungsgericht sah es in einer Entscheidung gegen Ostermarschierer ganz anders: „Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und der Schutz vor Belästigungen sind höherwertige Rechtsgüter, hinter denen die freie Meinungsäußerung, wenn sie auf diese einwirkt und sie verletzt, zurücktreten muß.“

Der Esslinger Amtsrichter Dr. Ulrich Berroth lehnte die Eröffnung eines Hauptverfahrens wegen Nötigung gegen den Gerichtsreferendar Franz-Otto Müller ab, der am Karfreitag letzten Jahres versucht hatte, mit seinem Volkswagen die Auslieferung der Esslinger „Bild“-Ausgabe zu blockieren. Denn im Hinblick auf die „üble Stimmungsmache und Aufhetzung zu Gewalttaten“ in „Bild“ („Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen“) sei es ein „durchaus angemessenes, sozial-adäquates Mittel“, der „Forderung nach Enteignung der Springer-Presse“ durch eine „zeitweise Auslieferungsblockade Nachdruck zu verleihen“. Der Angeklagte, so Berroth, habe die gute Absicht gehabt, „die Öffentlichkeit wachzurütteln“, und „in echtem Bewußtsein staatsbürgerlicher Gesinnung gehandelt“.

Das Oberlandesgericht Stuttgart aber entschied, „das Verhindern des



Verwüstete Kunstakademie (in München): „Form von Terror“

Der Von-null-auf-



-100-in-15-Sekunden-VW.



Der VW 411 E ist ein schnelles Auto. Er erreicht Spitzengeschwindigkeiten, die nicht nur für einen VW ungewöhnlich sind. Was aber viel wichtiger ist: Er ist vor allem sehr schnell schnell.

In 4,5 Sekunden beschleunigt er von null auf 50, in 10,5 weiteren Sekunden ist er auf 100.

Diese (vor allem beim Überholen) beruhigenden Werte verdankt der VW 411 E einer Benzineinspritzung, die durch einen Computer gesteuert wird.

Dieser Computer errechnet aus verschiedenen Daten, die ihm durch Meßfühler mitgeteilt werden, in Elektronenschnelle und auf den Tropfen genau, wieviel Benzin dem Motor eingespritzt werden soll.

Erfolg: Der Motor des VW 411 E bekommt für jeden Fahrzustand das exakt richtige Gemisch.

Und deshalb macht er mehr aus Ihrem Benzin. Er verbraucht weniger, leistet mehr und beschleunigt blitzschnell aus jeder Geschwindigkeit.

Sie sollten also zu Ihrem VW-Händler gehen und den Wagen mal zur Probe beschleunigen. (Die paar Sekunden haben Sie doch sicher übrig.)

Sie werden dann feststellen, daß der VW 411 E die schnellste Art ist, VW zu fahren. Und die luxuriöseste dazu.

VW 411 E

Das sind die technischen Daten des VW 411 E: 1679 Kubikzentimeter. 80 PS bei 4900 U/min. 155 km/h Höchst- und Dauergeschwindigkeit. Null auf 100 km/h in 15 Sekunden. 10 Liter auf 100 km (DIN 70 030).



Polizei-Einsatz (in Frankfurt): Sechs Wochen für Demonstranten-Prügler

Verbreitens einer Zeitung" gehe „weit über anerkennungswerte Mittel und Ziele einer Demonstration hinaus". Die Richter fanden es „sittlich ernsthaft zu mißbilligen", daß eine Blockade gegen den Esslinger Bechtle-Verlag die Auslieferung vom südwestdeutschen „Bild" zu Ostern verzögert hatte.

Während ein Münchner Schöffengericht seinen Schuldspruch über den Gerichtsreferendar Rolf Pohle ebenfalls an „ethischen Grundvorstellungen" orientierte und den Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs und Nötigung zu 15 Monaten Gefängnis verurteilte, vertrat die Dritte Große Strafkammer des Landgerichts Köln die Rechtsmoral der Minderheit. Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Werner Eckert sprach sie den ehemaligen Kölner Asta-Vorsitzenden Klaus Laepple und dessen früheren Kommilitonen Klaus-Dieter Lutzenberger frei, die in Köln gegen Tariferhöhungen auf die Straße gegangen waren.

Die Öffentlichkeit müsse es sich gefallen lassen, begründete Eckert den Spruch seiner Kammer, „daß eine Minderheit sie zur Kenntnisnahme einer freien Meinung zwingt".

Wie die Studenten mal Reform, mal Revolution auf ihre Transparente schreiben, so halten es deutsche Richter in den Studentenprozessen mal mit dem Recht, mal mit der Repression — je nach ihrem ideologischen Standort. Abschreckendes Beispiel bot jenes Münchner Schöffengericht, das gleichsam den Notstand proklamierte und sich gehalten sah, „eine Strafe auszusprechen, die — zum Schutze der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland — geeignet ist, einem Überhandnehmen der Massendelikte entgegenzuwirken".

So droht die Unsicherheit im Recht und bei den Richtern Demonstrantenverfahren zum Rechts-Roulett herabzusetzen — Niederschlag eines unzulänglichen Versammlungsgesetzes, des schüchternen Umgangs vieler Juristen mit der Verfassung und antiquierter Strafbestimmungen.

„Diese geltenden Bestimmungen erfüllen nicht die Aufgabe des Strafrechts, unerträgliche Verstöße gegen die Gemeinschaftsordnung so klar zu umreißen", kritisiert der sozialdemokratische Strafrechtsreformer und Staatsanwalt Dr. Adolf Müller-Emmert, „daß sich Bürger, Polizei, Staatsanwalt und Richter in eindeutiger Weise daran orientieren können und die für die Demokratie unentbehrliche Demonstrationsfreiheit gewährleistet ist." Die Justiz sei „bei der Anwendung gerade dieser Strafvorschriften überfordert".

Was Wunder, daß ein Teil der Richterschaft bei Demonstranten-Prozessen in Verlegenheit gerät. Und aus einem Gefühl der Schwäche, so scheint es, lassen sich Richter dazu verleiten, selbst dubiosem Recht noch Resonanz zu verschaffen. Wie Polizisten mit Knüppel und Wasser Bannmeile, Bürgermeister und Rathaus verteidigen, um der Ruhe im Staat ein Reservoir zu sichern, so spielen die Richter im Gerichtssaal Gendarm — und verlieren dabei allzu leicht die Autorität, die sie eigentlich herauskehren wollten.

Der Konflikt zwischen der aufbrechenden jungen Generation und den Etablierten, der nur selten noch auf der Straße sichtbar wird, ist nunmehr in die Verhandlungssäle getragen worden: auf den Anklagebänken farbige Gestalten, die diese Gesellschaft umbauen möchten, am Richtertisch schwarze Robenträger, die überkommene Ordnung konservieren wollen. Vor und hinter den Schranken wird zweierlei Deutsch gesprochen.

„Wollen Sie bitte aufstehen, oder soll ich Sie gleich rausschmeißen lassen?" begann der Frankfurter Richter Rolf Schwalbe eine Verhandlung gegen den Gießener Medizinstudenten Gerhard Paar, weil dessen solidarische Genossen sich im Zuhörerraum nicht erhoben hatten, als Schwalbe den Saal betrat.

Im Nürnberger Prozeß gegen Alfred Schrempf und Linda de Vos nahm das Gericht zwar ahnungsvoll vor den Angeklagten im Verhandlungssaal Platz. Doch gleich beim ersten Sachantrag schnauzte der Vorsitzende Hans Ricken: „Stehen Sie auf, sonst stellen Sie bei mir keinen Antrag!" Linda de Vos lächelnd: „Ich fühle mich nicht wohl." Der Richter irritiert: „Dann bleiben Sie bitte sitzen."

Drei Tage Haft wegen Sitzenbleibens während der Urteilsverkündung hielt das Oberlandesgericht Stuttgart für angemessen. Doch je beharrlicher die Richter Ehrerbietung durch Ordnungsstrafen zu erzwingen suchten, um so gezielter wurde sie von den angeklagten Studenten verweigert.

„Uns ist das Essen in der Haft einfach zu mies, aber fühlen Sie sich bitte nicht respektiert", baten in Berlin vier Angeklagte das Gericht, als sie sich



Studenten-Go-in (in Hamburg): 21 Monate für Polizisten-Prügler

TOP TEAM

10 Weltmarken aus Österreich



Alle 10 sind führend im internationalen Skisport. Durch Spitzenqualität, Erfahrung und Forschung zählen sie zu den erfolgreichsten Herstellern von Wintersportgeräten in der Welt. Profitieren Sie davon — entscheiden Sie sich für TOP TEAM. Die Firmen des TOP TEAM laden Sie zu einem Preisausschreiben ein.

Alles, was Sie brauchen, ist eine Schere und ein Kuvert. 14 Tage Gratisaufenthalt für 2 Personen in Kitzbühel und Wien sind zu gewinnen.

2 Wochen Aufenthalt für zwei Personen in Kitzbühel und Wien. Hin- und Rückflug mit AUA - Austrian Airlines und ein einmaliges Programm: 11 Tage Sonne, Pulverschnee, Ski und Après Ski in Kitzbühel. Anschließend Wiener Atmosphäre: Staatsoper, Heuriger, Lipizzaner. Machen Sie mit – es lohnt sich.

ATOMIC · BLIZZARD-SKI · FISCHER · HUMANIC · KÄSTLE KASTINGER · KNEISSL · KOFLACH · SUWE · TYROLIA

Österreichische Skiausrüstung - Top Qualität

AUA

Austrian Airlines fliegt Sie zu den schönsten Wintersportplätzen der Welt.

82

AUSTRIAN AIRLINES

KUPON

Ergänzen Sie die fehlenden Buchstaben, setzen Sie bitte den Namen Ihres Sportartikelhändlers ein und schicken Sie den Abschnitt an: AUA - Austrian Airlines, Am Hauptbahnhof 10, FRANKFURT. Einsendeschluß ist der 10. 12. 1969. Die Ziehung der Gewinner erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges am 19. 12. 1969 im Beisein eines öffentlichen Notars.

Die Gemeinschaft von 10 der erfolgreichsten Hersteller von Wintersportgeräten in der Welt heißt

T . . T . . .

Name: ______________________

Adresse: ______________________

Name und Adresse meines Sportartikelhändlers: ______________________

erhoben. In München beendete ein Angeklagter sein Schlußwort: „So wollen wir, wenn wir uns nachher bei der Urteilsverkündung erheben, dies als ein Gedenken für Che Guevara ansehen."

Ein Berliner Richter rügte einen Angeklagten: „Nehmen Sie bitte den Ellenbogen vom Tisch. Das stört, weil es nicht gut aussieht." Der Münchner Landgerichtsrat Herbert Pausch herrschte den SDS-Studenten Reinhard Wetter an: „Nehmen Sie eine ordentliche Haltung an!" Worauf Wetter sich auf sein „aus dem Unterbewußtsein verdrängtes Deutschtum besann", so die „Münchner Abendzeitung", die Hände an die Hosennaht legte und die Hacken zusammenschlug.

In Tübingen leistete sich wegen der Unruhe im Gerichtssaal ein Schöffe den Ausruf: „Das ist ja wie in einer Judenschule!" Der als Zuhörer anwesende Jurastudent Hans Werner Köblitz empörte sich und wurde prompt des Saales verwiesen. Köblitz, während er hinauseskortiert wurde: „Das ist ja wie in einem Nazi-Staat."

Wie Richter sich Ungebühr vor Gericht leisteten, so gaben sich häufig angeklagte Demonstranten selbst dann noch rüde, wenn sie auf Richter trafen, die mehr als gebührendes Verständnis zeigten.

Durch Flugblätter, Luftballons und Knallkörper, Essen, Trinken und Rauchen im Gerichtssaal suchten Angeklagte und Genossen um jeden Preis die Justiz zu provozieren, sich als Handlanger der verhaßten Obrigkeit zu entlarven.

In Esslingen tanzte eine weiße Maus auf dem Zeugentisch, der mit Eigelb bekleckert worden war. Vor dem Hamburger Amtsgerichtsdirektor Wolfgang Schneider entblößten acht SDSlerinnen vom Arbeitskreis Emanzipation — ungestraft — 16 Brüste. In Berlin entblößte sich Kommunarde Karl-Heinz Pawla während der Verhandlung vor Richter Karl-Heinz Loch, verrichtete seine Notdurft und reinigte sich mit Papier aus der Gerichtsakte.

Treffsicherer als mit solcher Hinterlist zielten die Angeklagten auf die Justiz, wenn sie sich des „Stilmittels der Ironie" (Fritz Teufel) bedienten. So schilderte der Berliner Student Peter Schwiedrzik statt Einzelheiten über den ihm vorgeworfenen Landfriedensbruch das künftige Dasein seiner Verfolger und Richter: „Wir freuen uns darauf, wenn wir Sie alle, Richter und Staatsanwälte, endlich in einem ordentlichen Produktionsprozeß begriffen sehen und Sie sauber und ordentlich gekleidet in Ihrem Garten Gurken ziehen."

So bezifferte in Frankfurt Daniel Cohn-Bendit auf eine entsprechende Frage des Staatsanwalts bereitwillig sein Vermögen mit etwas über 100 000 Mark. „Aber dieses Geld, Herr Staatsanwalt, fließt selbstverständlich der sozialistischen Bewegung zu, und ich hoffe sehr, daß Sie auf diese Weise auch noch etwas davon zu spüren bekommen."

Und Ex-Kommunarde Fritz Teufel höhnte in einem „Geständnis“: „Ich bin ein triebhafter Charakter, ich bin von der Kommune weggegangen, ach, die vielen minderjährigen Mädchen dort, Töchter von Staatsanwälten und Justizangestellten, und dann immer den ganzen Tag Triebverkehr. Aber Sie wissen ja, Herr Vorsitzender, wir sind ja alle nicht ohne Fehl.“

Zu oft stimmte das Kalkül der Studenten, immer wieder traten die Würdenträger der dritten Gewalt als Staatsdiener auf. Aus zu kleinen Sälen, in denen zu viele Polizisten saßen, wurde die kritische Öffentlichkeit bei geringfügigem Anlaß wie Lachen oder Klatschen ausgeschlossen.

Als der Berliner Kommune-Chef Dieter Kunzelmann wegen einer Sehnenzerrung mit Krückstock zur Verhandlung im Berliner Landgericht erschien und sich weigerte, die Stütze abzugeben, stürzten sich drei Justizwachtmeister und zwei Polizisten auf ihn. Sie entrissen Kunzelmann den Stock, nahmen ihn in den Schwitzkasten und drehten ihm die Arme auf den Rücken. Landgerichtsdirektor Günter Pahl entfesselt: „Fesseln Sie ihn!“



Rechtskritiker **Schmid**
„Mißbrauch des Wortes Terror“

Während der Kommunarde, an den Handgelenken blutend, hinausgeschleift wurde, kündigte er dem Gericht an: „Diese Form von Terror kann man nur mit Gegengewalt beantworten.“

Die Kampfansage schlug sich denn auch in den Flugblatt-Slogans der studentischen Kampagne gegen die Justiz nieder:

- „Brennt, Gerichte, brennt!“;
- „Nieder mit der Klassenjustiz!“;
- „Richter, laßt die Roben runter, es sind noch braune Hosen drunter“;
- „BRD und Drittes Reich — Deutsches Recht bleibt immer gleich“;
- „Deutsche Richter sind keine großen Lichter“;



Diese wohlgeformte Oberweite hat nur COGNAC COURVOISIER

Es kann niemandem verborgen bleiben, woran der Designer unserer schönen Flasche gedacht hat, als er diese Form in Ton modellierte. Vermutlich hatte er vorher ein Gläschen COURVOISIER getrunken. Bei COGNAC COURVOISIER kommen dem Menschen eben die besten Gedanken.

Wenn Sie einmal gute Gedanken brauchen, trinken Sie COGNAC COURVOISIER. Und wenn Sie schon gute Gedanken haben, trinken Sie auch COGNAC COURVOISIER. Und wenn Sie jemanden auf gute Gedanken bringen wollen, trinken Sie mit ihm zusammen COGNAC COURVOISIER.

Der alte COGNAC COURVOISIER ist gut für die Zunge und für den Gaumen und für den Magen. Und für die Seele. Von Herren und Damen. Aus jeder Generation.

COGNAC COURVOISIER gibt es überall, wo es guten Cognac gibt. Er ist gar nicht so teuer, wie viele Leute glauben. Wir jedenfalls finden, daß er viel weniger kostet, als er wert ist.

COGNAC COURVOISIER

der Cognac Napoleons

- „Deutsche Staatsanwälte verprügeln wir in Bälte";
- „Die Justiz ist eine Hure; bespringt sie!"

Nach justizpolitischen Teach-ins lasen sich Hinweise über „Verschiedene Wege zur Richterverunsicherng" in einem SDS-Papier so:

- Die „radikale Herstellung von Öffentlichkeit im Gerichtssaal" müsse „deutlich machen, daß mit dem Angeklagten sich die ganze Apo als mitangeklagt betrachtet".
- „Selbstanzeigen müssen darauf gerichtet sein, die Justizbürokratie zu überschwemmen, sie zu lähmen."
- „Der Zusammenhang zwischen spontanen Massenaktionen auf der Straße und deren Fortsetzung im Gerichtssaal muß in Argumentationsketten gegen das Gericht von jedem deutlich gemacht werden können."

Richter und Rebellen, die im Stellungskrieg gegeneinander stehen, Strafvorschriften und Verfassungsartikel, die aus verschiedenen Welten stammen — die Situation scheint ausweglos. Und auch die Hoffnung, der Bundesgerichtshof werde einen gangbaren Rechtsweg weisen, wurde in Karlsruhe zunichte.

Im August hob der zweite Strafsenat des BGH den Laepple-Freispruch des Kölner Landgerichts auf und verwies den Fall, bei dem es um die Demonstration gegen die Erhöhung der Kölner Straßenbahntarife geht, zu neuer Verhandlung und Entscheidung ans Landgericht Wuppertal. Senatspräsident Dr. Paulheinz Baldus begründete die Entscheidung mündlich so, daß Professor Ridder ein „Klima hochgradiger Gereiztheit" empfand, „in dem die Justiz ihre eigenen Flanken bloßlegt". Ein „höchst peinlicher Mißbrauch des Wortes Terror" verriet dem Justiz-Kritiker und früheren Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsidenten Richard Schmid, „wie unsympathisch dem Strafsenat die ganze Richtung und das Benehmen der jungen Leute ist".

Immerhin steht nach dieser höchstrichterlichen Entscheidung fest: Die bloße Beteiligung an einem Sitzstreik auf der Straße, durch den ein politisches Gremium — in Köln der Rat der Stadt — umgestimmt werden soll, ist weder Aufruhr noch Landfriedensbruch. Zudem stellten die Bundesrichter klar, daß der im Tatbestand über den Landfriedensbruch „angewandte Begriff der Gewalt*tätigkeit* nicht einfach im allgemeinen Sinne mit *Gewalt* gleichgesetzt werden kann", sondern ein „aggressives Handeln" voraussetze.

Mit dieser Erkenntnis rückte der Senat praktisch von einer Überdehnung des Gewaltbegriffs ab, die das Reichsgericht begründet und der Bundesgerichtshof selbst weiterentwickelt hatte. Nach dieser Rechtsauffassung galt als entscheidend dafür, ob Gewalt angewendet worden war, nicht das Mittel des Täters, sondern die Wirkung auf den Adressaten. Mithin konnte auch Sitzen oder Stehen eine sogenannte passive Gewaltanwendung sein.

Der Wortlaut des Gesetzes, „Gewalt*tätigkeit*", hingegen verlangt eindeutig die Ausübung physischer Kraft, die Entfaltung kinetischer Energie. Bei Widerstandshandlungen herrscht seit langem die Lehrmeinung: Nicht das Aussperren, nur das Einsperren eines Polizisten bedeutet gewaltsam Widerstand leisten.

Im Laepple-Urteil gab nun der Bundesgerichtshof eine Tendenz zu erkennen, die Gewaltanwendung bei Demonstrationsdelikten ähnlich zu definieren. An massenpsychologischem Verständnis für geringfügige Übergriffe bei politisch aufgeladenen Demonstrationen gebrach es hingegen den Bundesrichtern.

Sie entschieden aufs neue nach altem Maßstab: „Jegliches aus der Zusammenrottung hervorbrechendes aggressives Handeln, mag es sich etwa bloß im Wegdrängen eines Polizeibeamten oder im Umwerfen eines Gegenstandes äußern, bringt als Gewalttätigkeit den Tatbestand des Paragraphen 125 Absatz 1 StGB (Landfriedensbruch) zur Vollendung."



Kommunarden-Prozeß in West-Berlin: „Die Justiz ist eine Hure"



Schmiedel-Prozeß in Hamburg
„Staatsanwälte verprügeln wir in Bälte"

Der Frankfurter Oberlandesgerichtspräsident Staff analysiert hingegen in seiner Entscheidung über Cohn-Bendit: „In dem ‚Zusammenrotten' ist, ohne daß es sprachlich eines Zusatzes bedürfte, bereits die Charakterisierung der Rotte als friedensstörerisch enthalten."

Zum „Beginn deutlich restaurativer Tendenzen" (Professor Tiedemann) gediehen schließlich die Ausführungen der Bundesrichter, als sie erkannten, das Kölner Straßenbahn-Sit-in sei nicht nur „gewaltsames Handeln ... im Sinne des Nötigungstatbestandes", sondern auch rechtswidrig gewesen:

- „Niemand ist berechtigt, tätlich in die Rechte anderer einzugreifen, insbesondere Gewalt zu üben, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und eigenen Interessen oder Auffassungen Geltung zu verschaffen."
- „Hier ist die Verkehrsbehinderung gerade zum Ziel und Zweck einer öffentlichen Aktion gemacht worden, die damit einen unfriedlichen Charakter gewonnen hat und nicht mehr der Garantie des Artikel 8 Absatz 1 GG teilhaftig sein kann."
- „Die Anerkennung eines Demonstrationsrechts in dem von der Strafkammer angenommenen Ausmaß liefe auf die Legalisierung eines von militanten Minderheiten geübten Terrors hinaus."

Es liest sich, als ob es nicht das Wesen der Grundrechte, also auch des Versammlungsrechts wäre, Vorrang vor einfachen Gesetzen zu haben; als ob das Bundesverfassungsgericht nicht mehrmals entschieden hätte, alle

Was tun, wenn einem aufladbaren Rasierer mitten in der Rasur die Puste ausgeht...?

Stecker reinstecken – weiterrasieren.

Der neue Remington 500 Cord/Cordless rasiert mit und ohne Netzanschluß.

Wo Sie wollen, wann Sie wollen, rasieren Sie sich jetzt: im Zug, auf dem Autorastplatz – und natürlich auch zu Hause. Und wenn Sie mal vergessen haben aufzuladen, schließen Sie den Cord/Cordless einfach ans Netz an. Bis Sie fertig rasiert sind. Und zwar besonders gründlich und schonend. Denn die neuen superscharfen RE-10-Messer mit rasierklingenglatten Schneiden haben polierte Endkanten und Silikon-Überzug. Für den Effekt der Klingenrasur ohne Hautreizung. Auf zum nächsten Fachhändler. Machen Sie sich das Vergnügen einer Proberasur – und eines Preisvergleichs: Denn der neue Cord/Cordless 500 ist nicht viel teurer als irgendein Netzapparat. Sie können ein Fiat 124 Spider Cabriolet oder einen von 500 neuen Remington-GT-Rasierern gewinnen, wenn Sie bei Ihrem Fachhändler eine Karte über Beratung und Proberasur ausfüllen.

REMINGTON 500 CORD/CORDLESS
Festpreis 109 DM



grundrechtsbeschränkenden Gesetze müßten ihrerseits „im Lichte der Grundrechte“ interpretiert werden; als ob nicht nach längst herrschender Auffassung zum Beispiel das Recht auf Meinungsfreiheit die ungestörte Ausübung eines Gewerbebetriebes oder die Ehre eines Bürgers — und mithin vielleicht auch den Verkehrsfluß — beeinträchtigen dürfe.

„Es scheint dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten zu sein“, resümiert Rechtslehrer Tiedemann, „eingefahrene strafrechtliche Konstruktionen auch hier durch ein Diktum auf der Grenze von Verfassungsrecht und politischer Entscheidung zu durchbrechen.“

Derweil bleibt es dem sechsten Deutschen Bundestag überlassen, die Strafvorschriften über Landfriedensbruch und Landzwang, über Aufruhr und Auflauf zu reformieren — oder sie überhaupt aus dem Katalog krimineller Straftaten zu streichen. Im letzten Parlament war die Reform gescheitert. Sie wurde der großen Koalitionsrücksicht geopfert.

Im März hatte der Sonderausschuß für die Strafrechtsreform während einer Klausurtagung in Garmisch-Partenkirchen einen Gesetzentwurf formuliert, der als ein Teil der Strafrechtsreform galt. Doch das Vorhaben mißlang. Denn das „unbestritten größte Gesetzgebungswerk, das der Bundestag je beschlossen hat“, so der stellvertretende Ausschuß-Vorsitzende Dr. Adolf Müller-Emmer (SPD), sollte auf keinen Fall gefährdet werden. Und „die CDU“ andererseits, so der Bundestags-Abgeordnete und SPD-Rechtsexperte Martin Hirsch, war „weniger denn je bereit, etwas Vernünftiges zu machen“.

Es gelang nicht einmal, was ein außerparlamentarisches Gremium reformfreudiger Juristen, das „Aktionskomitee Justizreform“, befürchtet hatte: eine bloß „verbale Neufassung ... die wohl aus den Tatbeständen die obrigkeitsstaatlichen Sprachaltertümer entfernt, aber weitgehend darauf verzichtet, in der Sache selbst zu reformieren“.

Zwar sollte das neue Kapitel im alten Gesetz nicht mehr „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, sondern „Straftaten gegen den Gemeinschaftsfrieden“ heißen. Zwar wurde der „Befehlshaber der bewaffneten Macht“ gestrichen und der Straftatbestand „Auflauf“ durch die Ordnungswidrigkeit „unerlaubte Ansammlung“ ersetzt. Doch „die Menge“ sollte fortan durch „Träger von Hoheitsbefugnissen“ zerstreut werden. Und die „Zusammenrottung“ stand weiterhin im Text des Paragraphen über Landfriedensbruch und Aufruhr.

Von der Nötigung eines Beamten, „eine Amts- oder Diensthandlung nicht vorzunehmen“, über die Nötigung, sie „vorzunehmen“, bis zur Nötigung eines Berechtigten „des Forst-, Feld-, Jagd- oder Fischereischutzes“ und seines von ihm „bestellten Aufsehers“ wurde alles novelliert. Die Reformer hielten es aber für überflüssig, den Vorschlag des Justizministeriums zu berücksichtigen, auch bei Beamten-Nötigung solle der Absatz 2 des allgemeinen Nötigungsparagraphen 240 angewendet werden — wonach eine Tat nur dann rechtswidrig ist, „wenn die Anwendung der Gewalt zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen“, also sozialwidrig ist.

Auf zwei neue Vorschriften, die den Richtern Ruhe im Saal bescheren sollen, glaubten die Experten hingegen nicht verzichten zu können:

- um die Gerichte seien Bannkreise zu errichten — eine Abriegelung, die bisher nur für Parlamentsgebäude und das Bundesverfassungsgericht vorgesehen ist;
- die Richter-Nötigung sei gesondert unter Strafe zu stellen — eine überflüssige Sanktion, weil nach geltendem Recht auch die Nötigung eines Richters wie jede andere Nötigung geahndet werden kann.

Nach solchen Vorschlägen, die Rechtsanwalt Hirsch als „Unsinn“ abtat, kam es, wie der damalige Vorsitzende des Sonderausschusses Max Güde (CDU) vorausgesehen hatte, bei beiden Fraktionen zu „Distanzierungen“ der „eigenen Freunde“ und mithin zu keinem Gesetz.

Ob in den nächsten vier Jahren Sozial- und Freidemokraten — nun, da die Unionsparteien einer Reform kaum mehr im Wege stehen können — die verworrene Rechtslage entwirren werden, steht dahin. Selbst dann aber, wenn das neue Bonner Regime sich zu Erneuerung verstehen sollte, wäre zwar die Zukunft, doch nicht die Gegenwart bewältigt. Denn Hunderte von Demonstranten sind in jüngster Zeit nach überholten Gesetzen verurteilt worden, Hunderten steht das unmittelbar bevor.

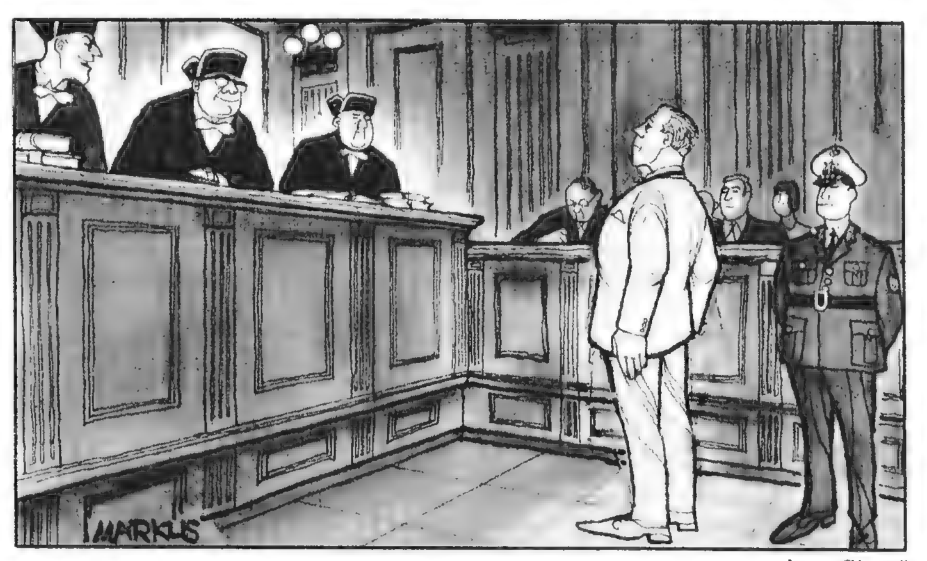
Mit welcher Ordnung dennoch wieder Ruhe im Staat einkehren könnte, sagte vorletzte Woche der Sozialdemokrat und baden-württembergische Justizminister Rudolf Schieler: „Mit der Neufassung der Straftatbestände zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens muß zugleich die Entscheidung über die Frage einer Amnestie für im Zusammenhang mit Demonstrationen begangene Straftaten getroffen werden.“

Schielers Kabinettschef, der Christdemokrat Hans Filbinger, sieht es ähnlich: „Ich glaube, daß das eine Folgerung ist, die ich unterschreiben kann. Taten mit Bagatellcharakter sind einer Amnestie durchaus zugänglich, ohne daß dadurch der Anspruch der Gesellschaft auf Strafe tangiert würde.“

Berlins Sozialdemokraten baten ihren Bundesvorstand, er solle die Bonner Regierung auffordern, eine Amnestie für alle einschlägigen Straftaten zu erlassen: „Die Verfolgung von Tausenden aus politischen Gründen straffällig gewordener Studenten und anderer junger Menschen würde einen politischen und gesellschaftlichen Neuanfang schwer belasten und Reformen auf allen Gebieten stark behindern.“

Eine Amnestie würde auch vielen helfen: der neuen Regierung, der daran gelegen sein könnte, statt staatsfeindlicher Kritiker kritische Staatsbürger vor oder hinter sich zu haben; der Gesellschaft, die sich eine begabte Jugend unter ideologischer Quarantäne auf Dauer nicht leisten kann; den Angeklagten, die für demokratisches Engagement nicht nach Gesetzen bestraft würden, die jenseits der Demokratie engagiert sind.

Und eine Amnestie würde mancherlei schützen. Das Ansehen der Justiz vor den Urteilen der Gerichte, die Gerichte vor ihren Urteilen.



Aus „Stern“

„Endlich mal kein Student, sondern ein adretter, wohlerzogener Raubmörder, der weiß, wie man sich vor Gericht zu benehmen hat!“

„DIE RICHTER SIND IN EINER SCHWIERIGEN LAGE"

SPIEGEL-Interview mit Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) über Demonstrantenprozesse

SPIEGEL: Herr Minister, deutsche Richter sind im Begriff, sich selbst zu richten. Sie haben sich in zahlreichen Demonstrantenprozessen als unfähig erwiesen, antiquierte Strafbestimmungen mit einer demokratischen Verfassung in Einklang zu bringen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verspricht.

JAHN: Die Richter sind in einer schwierigen Lage. Sie müssen geltendes Recht anwenden, das tatsächlich überholt ist und auch bei den Richtern die zutreffende Wertung erfährt, daß das Verhältnis zum Grundgesetz berücksichtigt werden muß.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, daß die einschlägigen Strafbestimmungen häufig von den Richtern nicht verfassungskonform ausgelegt worden sind. Die Vorschriften über Aufruhr, Auflauf und Landfriedensbruch stammen aus dem Jahre 1871. Sie sind auf den Obrigkeitsstaat zugeschnitten, der allemal Revolution witterte. Werden Sie auf eine Änderung dieser Straftatbestände hinwirken?

JAHN: Dieses Thema steht mit an der Spitze der Liste von Aufgaben, um die wir uns hier kümmern müssen. Alles spricht dafür, die einschlägigen Bestimmungen in eine Form zu bringen, die unserer Zeit gemäß ist.

SPIEGEL: Und wieviel Zeit wird darüber vergehen?

JAHN: Ich verbürge mich dafür, daß die Arbeiten im Bundesjustizministerium mit aller Beschleunigung vorangetrieben werden. Aber es gibt viele Leute, die gehört werden wollen — nicht nur der Bundesjustizminister, sondern auch die Landesinnen- und Justizminister. Und da gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Für mich wird außerdem der Rat auch anderer als amtlicher Stellen wichtig sein.

SPIEGEL: Bis dieser langwierige Dialog beendet ist, wird es in Demonstrantenprozessen weiterhin zu unzuträglichen Urteilen kommen. Der Ausgang vieler Verfahren hängt offenkundig vom ideologischen Standort des jeweiligen Richters ab. Häufig scheinen die Gerichte nach dem Grundsatz zu verfahren: ein schlechter Jurist, der sein Vorurteil nicht rechtlich begründen kann.

JAHN: Gewiß kann es auch in Zukunft Urteile auf diesem Gebiet geben, die kritikwürdig sind. Ich behaupte nicht, daß alle Richter jeweils zu den besten Ergebnissen kommen, und ich weiß auch, daß es unter den Richtern solche gibt, die mit ihren Vorstellungen noch ein bißchen hinter der Zeit herhinken und vielleicht auch obrigkeitsstaatliche Vorstellungen mit sich tragen. Aber das darf man nicht verallgemeinern. Ganz überwiegend sind unsere Richter für moderne Vorstellungen aufgeschlossen. Übrigens ist die Mehrzahl von ihnen erst nach dem letzten Krieg ausgebildet worden. Etwa die Hälfte ist noch nicht 45 Jahre alt.

SPIEGEL: Trotzdem geschieht es immer wieder, daß nicht nur Gerichte in Hamburg und München bei vergleichbaren Sachverhalten zu verschiedenen Urteilen kommen, sondern auch, daß ein und dasselbe Gericht mit verschiedener Besetzung sich widerspricht. Kann da noch von Rechtsgleichheit die Rede sein?

JAHN: Der Richter ist doch kein Automat. Der gegenwärtige Rechtszustand ist unzureichend, und deshalb ist der einzelne Richter auch überfordert. Er muß sich nicht nur am Strafgesetz orientieren, sondern auch versuchen, dieses Gesetz mit der Verfassung und ihren Interpretationen in Einklang zu bringen.



Bundesjustizminister **Jahn**
„Amnestie muß erwogen werden"

SPIEGEL: Diese Mühe freilich möchten wir den deutschen Richtern zumuten. Ist denn für Sie ein Sit-in auf Straßenbahnschienen strafwürdiges Verhalten, oder meinen Sie, eine solche Demonstration gehöre — soweit sie sich in geordneten Abläufen bewegt — in den Rahmen einer politischen Meinungskundgabe?

JAHN: Das läßt sich in abstrakter Form so nicht beantworten, ohne daß man sich der Gefahr der Mißdeutung aussetzt.

SPIEGEL: Es ist offenbar schwierig, die Grenzen des Demonstrationsrechts abzustecken. Ist in diesem Dilemma eine Amnestie nicht ein gangbarer Weg, die bedrohte Rechtssicherheit zu bewahren?

JAHN: Gewiß ist die notwendige Neuregelung des Demonstrationsrechts schwierig. Doch können diese Schwierigkeiten nicht durch eine Amnestie überwunden werden.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, im Volksbewußtsein werde „die Gewährung von Amnestie nicht mehr als Ausfluß einer dem Recht vorgehenden Gnade, sondern als Korrektur des Rechts selbst empfunden". Diese Korrektur scheint doch mehr als angezeigt.

JAHN: Die Frage einer Amnestie muß ernsthaft erwogen werden. Entscheidend ist, welcher Anlaß und welcher Zeitpunkt dafür in Frage kommen könnten.

SPIEGEL: Jetzt müßte die Kluft überbrückt werden, die sich zwischen Deutschen und Deutschen in dieser Republik aufgetan hat.

JAHN: Ich sehe durchaus die Chance, durch eine Amnestie zur inneren Befriedigung und Aussöhnung zu gelangen. Aber wir sind doch mitten in einem Prozeß, von dem die einen meinen, daß er schon beendet sei, die anderen meinen, er sei im Abklingen, und die dritten meinen, das könne man überhaupt noch nicht übersehen.

SPIEGEL: Immerhin, die Demonstrationswelle, die Tausende von Studenten vor Gericht gebracht hat, ist offenkundig abgeebbt.

JAHN: Wer kann sagen, daß es so bleibt. Ich würde morgen mit dem Neubeginn anfangen, wenn die Gruppe der Demonstranten fest umrissen wäre und man einen Gesprächspartner fände, der verbindliche Erklärungen für die Zukunft abgeben könnte. Es muß von allen Seiten ein Beitrag zum Ausgleich erbracht werden.

SPIEGEL: Diesen verantwortlichen Gesprächspartner gibt es gewiß ebensowenig wie eine Garantie dafür, daß vorerst nicht mehr demonstriert werden wird. Wenn davon der Erlaß einer Amnestie abhängig gemacht werden soll, wird es nie zu einem Straffreiheitsgesetz kommen.

JAHN: Ich mache meine Überlegungen nicht von einer solchen Erklärung abhängig. Aber eine Amnestie müßte zu einem bestimmten Zeitpunkt in Kraft treten. Wir dürfen dabei nicht eine Lage herbeiführen, durch die neue Härten geschaffen werden. Ein willkürlich gewählter Zeitpunkt birgt die Gefahr, daß alle vor diesem Tag begangenen Taten amnestiert werden, strafbare Handlungen am Tage nach Erlaß der Amnestie aber wieder bestraft werden. Derjenige, der drei Tage nach einem solchen Stichtag sich bei einer Demonstration strafbar macht, ist ja nicht strafwürdiger als derjenige, der es einen Tag vorher getan hat und dann in den Genuß der Straffreiheit kommt.

SPIEGEL: Die zeitliche Begrenzung einer Amnestie muß sich nicht unbedingt in einem Datum äußern. Die

Frist könnte auch an dem Tag enden, an dem neue Strafbestimmungen in Kraft treten.

JAHN: Das geht nicht. Wir können nicht bis zu einer Neufassung der Tatbestände einen gesetzlosen Zustand schaffen, in dem jedermann frei wäre, das Demonstrationsrecht zu mißbrauchen.

SPIEGEL: Mißbrauch, also massive Übergriffe von Demonstranten, könnte als Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Brandstiftung geahndet werden. Im übrigen wäre kein gesetzloser Zustand geschaffen, sondern nur die Strafverfolgung verhindert, weil kein Strafbedürfnis mehr besteht.

JAHN: Der Zeitpunkt, sich um eine Regelung dieser Frage zu bemühen, wäre gegeben, wenn eine Gesetzesänderung eine neue Rechtssituation schafft. Dann könnte man sagen: Der Staat macht mit neuen Gesetzen einen neuen Anfang und will nun alles das, was vorher war, zurücklassen.

SPIEGEL: Also zuerst Änderung der Strafvorschriften, dann Amnestie?

JAHN: Versuchen Sie nicht, hier eine Entscheidung vorwegzunehmen. Eine neue Rechtssituation wäre eine klar erkennbare Voraussetzung, die mich in den Stand versetzen könnte, dem Parlament eine Amnestie vorzuschlagen.

SPIEGEL: Sollte ein Straffreiheitsgesetz nur auf die noch anhängigen Demonstrationsverfahren zugeschnitten sein oder auch die bereits rechtskräftig abgeschlossenen Fälle einschließen? Sollte das zu erwartende Strafmaß eine Rolle spielen? Sollten nur die sogenannten Massendelikte gegen den Gemeinschaftsfrieden oder auch geringfügige Kriminaldelikte — etwa leichte Körperverletzung — amnestiert werden?

JAHN: Eine Amnestie kann ihre politische Wirkung sicher nur zeigen, wenn sie versucht, den gesamten gesellschaftlichen Vorgang zu umfassen.

SPIEGEL: Gibt es wenigstens in Ihrer Partei präzise Vorstellungen über die Ausgestaltung eines einschlägigen Gesetzes?

JAHN: Es gibt eine Vielzahl von Einzelvorstellungen, die teilweise auch in die Details gehen, aber es gibt keinen parteioffiziellen Entwurf.

SPIEGEL: Die Opposition, deren bayrisches Ressort gern Apoisten mit tierischen Wesen vergleicht, ist wohl nicht viel weiter?

JAHN: Ob man da „weit“ ist, weiß ich nicht. In dieser Sache wäre sicher mit Widerstand zu rechnen.

SPIEGEL: Widerstand wird es schon dann geben, wenn Sie sich an die Reform der Strafbestimmungen heranwagen und damit eine ihrer Voraussetzungen für die Amnestie schaffen. Wie lange soll das noch dauern?

JAHN: Das muß erst einmal unverzüglich und genau durchdacht und sorgsam ausdiskutiert werden. Das geht nicht nach dem Motto: Denk schneller, Genosse! Daß dies eine Aufgabe ist, bei der es auf schnelle Ergebnisse ankommt, weiß ich.

KIRCHE

PRIESTER

Einer Frau wegen

Die Strafanzeige kam am Polterabend. Kölns Erzbischof Joseph Kardinal Höffner forderte, den Hochzeiter Dr. Edmund Steffensky, einen ehemaligen katholischen Geistlichen, wegen Beleidigung zu bestrafen. Steffensky ist der erste Ex-Priester seit Kriegsende, den ein deutscher Kirchenfürst vor Gericht bringen will.

Fünf Tage zuvor hatte der „Kölner Stadt-Anzeiger" ein Interview gedruckt, das Steffensky einem Mit-Abtrünnigen gewährt hatte — dem früheren Priester und jetzigen Redakteur Manfred Müller. Erfolg: Auch Müller und der verantwortliche Lokalredakteur Horst Schubert wurden von Höffners Generalvikar angezeigt.

Steffensky, 36, der 13 Jahre lang als Pater Fulbert im Benediktinerkloster



Beleidigter Kardinal **Höffner**
„Mit tausend Dingen verheiratet?"

Maria Laach gelebt hatte und im September dieses Jahres Protestant wurde, hatte den Redakteuren in mehrstündigem Gespräch die Gründe für seinen Glaubenswechsel dargelegt. Besonders ausführlich erläuterte er, warum er „den Zwangszölibat radikal" ablehnte.

Ex-Pater Fulbert zu Ex-Kaplan Müller: „Es ist ja nicht wahr, daß katholische Priester nicht ‚verheiratet' sind. Viele sind mit tausend Dingen verheiratet: angefangen vom guten Essen und Trinken ... bis hin zur Selbstbefriedigung, zur Freundin und zur Homosexualität."

Nach Lektüre dieser Sätze löste Zorn die Zunge des Kölner Oberhirten. Ursprünglich hatte er über Pater Fulbert kein Wort verlieren wollen, weil über dessen „keineswegs heldenhafte Angelegenheit ... sowieso nach kurzer Zeit niemand mehr reden wird".

Nun aber fühlte sich Höffner „zu einem Wort der Solidarität" gedrängt

Gold:

Mit Gold und Silber fing es an. Aber nach hundert Jahren Degussa ist Degussa weit mehr als Gold und Silber. Heute reichen Degussa-Erzeugnisse vom Edelmetall bis zum Arzneimittel, von Chemikalien bis zu keramischen Farben, vom Kunststoff bis zum Industrieofen.

Wenn Sie Degussa suchen - Degussa finden Sie überall: In der Schuhcreme. Im Hühnerfutter. In Fernsehgeräten. Im Wasserhahn. Im Zebrastreifen. In Badezimmerkacheln. In allen synthetischen Waschmitteln. Im Computer. In der Kopfschmerztablette. Im Feuerlöscher. Im Urlaubsfoto. In der Druckfarbe. Im Autoreifen. In Arzneimitteln.
Der Wert aller Degussa-Produkte liegt darin, den Wert anderer Produkte zu erhöhen.

Denken Sie auch einmal an das Gold in Ihrer Schuhcremedose: an Degussa-Farbruße, die Ihre Schuhe tiefschwarz machen.



Ruß im Autoreifen



Dental-Legierungen für die Zahntechnik





Weißmacher für Waschmittel

Degussa ist mehr als Gold und Silber

und ließ sogleich von seiner Pressestelle verbreiten, Steffenskys Äußerungen seien „schlechthin unwahr“ und hätten den katholischen Klerus „in unerhörter Weise pauschal verdächtigt und beleidigt“.

Das Unheldische an Pater Fulbert, das Höffner vertuschen wollte, hatte freilich nur sein Vorgänger Joseph Frings erdulden müssen. Denn kurz vor dem Frings-Rücktritt hatte der Benediktiner in Köln zusammen mit katholischen und evangelischen Theologen und Laien den ökumenischen Arbeitskreis „Politisches Nachtgebet“ organisiert. Die Reformer strebten einen Gottesdienst mit Gebet, Meditation und politischer Diskussion an.

Kardinal Frings ließ den Fortschrittlern die katholischen Kirchen sperren; in der Kölner evangelischen Antoniterkirche fanden sie eine Bleibe.

Im „Nachtgebet“-Kreis lernte Pater Fulbert die reputierliche evangelische Links-Theologin Dr. Dorothee Sölle, 40, näher kennen und lieben. Die geschiedene Mutter dreier Kinder trug, so Pater Fulbert, „mit dazu bei, mein Leben in Selbstverantwortung zu übernehmen“. Und: „In gewissem Sinne könnte man sogar sagen: Ich bin einer Frau wegen weggegangen.“ Steffensky, der trotz seines Glaubenswechsels in seinem Beruf bleiben und evangelischer Pastor werden will, heiratete Frau Sölle am 24. Oktober in der Antoniterkirche.

Als am Hochzeitstag die katholische Strafanzeige gegen den Konvertiten öffentlich bekannt wurde, gerieten seine neuen evangelischen Oberen in Verlegenheit. Das auf freundliche Koexistenz mit den Katholiken bedachte rheinische Landeskirchenamt Düsseldorf ließ eilfertig über den Evangelischen Pressedienst (epd) eine Erklärung Steffenskys verbreiten, in der er „scharf“ gegen die „Pauschalisierungen meiner Äußerungen gegen den Zölibat“ protestiert und sich von dem Interview distanziert.

Ein übriges tat der Kölner Pfarrer Hans Siepmann, der den Überläufer für den evangelischen Pfarrdienst präpariert. Siepmann versicherte in einem Leserbrief, sein Schützling sei nicht „aufgrund von Ressentiments“ aus Orden und katholischer Kirche ausgetreten. Sein Übertritt habe vielmehr „überwiegend theologische und kirchenrechtliche Gründe“.

Ehemann Steffensky meidet seit der Kardinals-Klage die Öffentlichkeit. Gleichwohl hält er sich nur bedingt an die Empfehlung des Landeskirchenamtes, er möge keine Erklärungen mehr abgeben.

Interviewer Müller erhielt eine Stellungnahme des Öffentlichkeits-Flüchtlings. Steffensky dementierte, was niemand behauptet hatte: Er habe keinesfalls „kritische Katholiken zu einer Konversion aufgefordert“. Und er behauptet weiterhin, was andere dementiert hatten: Von der „materiellen Information“ im Interview habe er nichts zurückzunehmen.

Steffensky: „Ich distanziere mich *nicht*, wie der Evangelische Pressedienst meldet, von dem Artikel.“

GEMEINDEN

VOLKSABSTIMMUNG

Hohe Hürden

Ein ehemaliger sozialdemokratischer Minister, ein bürgerlicher Karnevalspräsident, ein IG-Metall-Boß und ein Brauereidirektor empfahlen in Zeitungsanzeigen, was sonst als Verstoß gegen die demokratischen guten Sitten gilt: am Wahltag daheim zu bleiben.

Die Aufrufe der gemischten Koalition wirkten: Bei einem Volks-Votum in Mannheim, Baden-Württembergs zweitgrößter Stadt, gingen am vorletzten Sonntag von 213 149 Wahlberechtigten nur knapp 25 Prozent zur Urne. Damit war der Versuch gescheitert, in einer bundesdeutschen Großstadt erstmals plebiszitäre Demokratie zu praktizieren.

Den Versuch hatten der Facharzt Dr. Dieter Riemann, 38, der Soziologe Hans Wohlfahrt, 34, und der Student Hugo Müller, 22, in diesem Frühjahr eingeleitet, weil sie „einfach nicht tatenlos zusehen wollten, wie man die Bürger für dumm verkauft“ (Wohlfahrt).

Es ging um einen 40-Millionen-Bau, den die Rathaus-Planer in die enge Innenstadt Mannheims setzen wollen. Die drei Bürger, die ein Areal am Stadtrand für geeigneter hielten, nutzten eine Bestimmung in der baden-württembergischen „Gemeindeordnung“: das „Bürgerbegehren“ und den „Bürgerentscheid“.

Was Apo und linke Studenten ständig fordern — direkte Demokratie —, das gewährt Baden-Württemberg seinen Bürgern schon seit 1955, freilich nur bei (nicht näher definierten) „wichtigen Gemeindeangelegenheiten“ und mit schwierigen formalen Auflagen. Nur kleinere Kommunen in Baden-Württemberg haben seit Erlaß des Gesetzes das „Bürgerbegehren“ und den „Bürgerentscheid“ praktiziert. In größeren Städten hingegen erwies sich die Prozedur bislang als zu schwierig. Denn bei mehr als 40 000 Einwohnern müssen

- ▷ mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten das „Bürgerbegehren“ einleiten,
- ▷ beim „Bürgerentscheid“, der Volksabstimmung also, mindestens fünfzig Prozent der Wahlberechtigten gültig abstimmen.

Die Mannheimer Initiatoren merkten denn auch bald, auf welch „unheimlich mühselige, undankbare und kostspielige Sache“ (Wohlfahrt) sie sich eingelassen hatten.



Mannheimer Stimmen-Werber **Wohlfahrt, Müller, Riemann**: „Für dumm verkauft?“

Die Saalbau-Gegner brachten zwar im Juni die für das „Bürgerbegehren“ notwendigen zehn Prozent der Wahlberechtigten zusammen, doch am Abstimmungstag kamen statt der notwendigen 107 000 Bürger nur knapp 60 000 in die Wahllokale — von denen freilich 67 Prozent gegen das Rathaus-Projekt entschieden.

Gesiegt hatte die von Rathaus-Freunden in Zeitungsanzeigen unterstützte Trägheit der Wahl-Bürger Mannheims: Die Stadtplaner können ihren Saalbau nun hinsetzen, wo sie wollen.

Eine Wirkung hatte die Bürger-Aktion doch: Mannheims Oberbürgermeister, der parteilose Dr. Hans Reschke, sieht ein, daß die Prozent-Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu hoch sind. Der OB will sich dafür einsetzen, daß die hohen Hürden niedriger werden.

GEHEIMDIPLOMATIE

DDR-ANERKENNUNG

Schwarzer Kaviar

Es wird für die CDU vor allem darum gehen, die illusionäre Politik von FDP und SPD in der Deutschland-Frage als illusionär sichtbar zu machen.

CDU-Generalsekretär Bruno Heck.

Der Ausverkauf deutscher Interessen hat begonnen.

CSU-Generalsekretär Max Streibl am 3. Oktober 1969.

Montag, der 8. August 1964. Die Tatra-Limousine parkte an der Südseite des Ost-Berliner Bahnhofs Friedrichstraße. Kurz vor zwölf Uhr traten vier Männer durch den Dienstausgang der DDR-Grenztruppen ins Freie, bestiegen den wartenden Wagen und fuhren Richtung Schiffbauerdamm davon.

Wenige Minuten später war die schwarze Staatskarosse am Ziel, am Johannishof, dem Gästehaus der Ost-Berliner Regierung. Die vier Fahrgäste wurden in das Konferenz-Zimmer im ersten Stock geführt, Türen und Vorhänge wurden geschlossen. Besucher und Gastgeber ließen sich unter einem Ölbild („Verträumte Landschaft") nieder und machten sich miteinander bekannt.

Die Gäste: Hans-Constantin Paulssen, Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), BDA-Pressesprecher Werner Mühlbradt und dessen Stellvertreter Will Riesenberg. Die Gastgeber: Gerhard Weiss, damals stellvertretender DDR-Außenhandelsminister, Manfred Müller, stellvertretender Leiter der Abteilung West des Presseamts beim DDR-Ministerrats-Vorsitzenden, und Müllers Chef Hermann von Berg, Geheimkontakter Willi Stophs in Richtung Westen, der auch die drei Gäste aus der Bundesrepublik in der Rekordzeit von fünf Minuten durch die Kontrollen am Grenz-Bahnhof Friedrichstraße geschleust hatte.

Nach einem opulenten Mahl (schwarzer Krim-Kaviar, Krim-Sekt, diverse Gänge, zum Schluß Flambiertes) kamen die Besucher zur Sache. Paulssen erklärte, daß er für dieses Gespräch von Bundeskanzler Ludwig Erhard mündlich bevollmächtigt sei — so, wie es von Berg zuvor bei einem Gespräch mit Mühlbradt gefordert habe. Entsprechend dieser Bonner Vollmacht könne er der DDR-Regierung anbieten:

▷ die Erweiterung des innerdeutschen Handels,

▷ die Rückkehr großer westdeutscher Firmen zur Leipziger Messe, die seit dem Bau der Mauer boykottiert worden war,

▷ die Zustimmung der Bundesregierung zur Liquidierung des Allied Travel Board in West-Berlin, der Visa-Kontrollstelle der Alliierten für westreisende DDR-Bürger,

▷ die Aufwertung der DDR-Handelsbüros in Frankfurt und Düsseldorf zu offiziellen DDR-Handelsmissionen,

▷ die Einbeziehung des Ost-Berliner Flughafens Schönefeld in das internationale Streckennetz des Westens und

▷ die Einrichtung von Generalkonsulaten der DDR in der Bundesrepublik, die Durchreise-Visa nach West-Berlin ausstellen sollten.

Als Gegenleistung verlangte Paulssen von seinen Gastgebern eine Generalamnestie für alle politischen Häftlinge in der DDR und eine langfristige Garantie für die Sicherheit der Zugangswege von und nach West-Berlin.

Die DDR-Unterhändler nahmen Angebote und Forderungen interessiert zur Kenntnis und schlugen einen neuen Gesprächstermin vor. So kam, acht Tage später, dieselbe Runde erneut im Johannishof zusammen. Wenige Tage nach diesem zweiten Treffen schien ein erfolgreicher Verhandlungsabschluß in greifbare Nähe gerückt. Berg teilte dem BDA-Pressechef



DDR-Unterhändler **von Berg**
Erhard gab Vollmacht

Mühlbradt mit, er werde, zusammen mit Gerhard Weiss, am 27. August nach Konstanz kommen, um dort in der Privatwohnung von Paulssen ein entsprechendes Vorabkommen zu unterzeichnen.

Doch kurz darauf meldeten die DDR-Unterhändler ihren Besuch wieder ab: Paulssens Vollmacht sei für ein solches Abkommen „nicht umfassend und nicht korrekt genug". Berg enthüllte seinem Verhandlungspartner Mühlbradt, was bis dahin in Bonn keiner wußte: Schließlich habe Konrad Adenauer im Jahre 1956 seinem Finanzminister Fritz Schäffer auch eine schriftliche Vollmacht mit nach Ost-Berlin gegeben. Die DDR-Regierung bestehe deshalb, so erläuterte Berg bei Unterredungen mit Mühlbradt in Köln und in West-Berlin, auch diesmal auf einer schriftlichen Vollmacht des Bundeskanzlers.

Ulbrichts Staatsbesuch bei Ägyptens Nasser im Februar 1965 und der wachsende Optimismus der SED-Regierung, in der Dritten Welt leichter Anerkennung zu finden, ließen die Gesprächsbereitschaft der DDR-Unterhändler erlahmen. Zudem lag das Paulssen-Angebot noch immer unter dem, was schon damals Ulbrichts Anerkennungs-Essential war: der Austausch „bevollmächtigter Missionen" zwischen Bonn und Ost-Berlin.

Doch Paulssen ließ sich nicht entmutigen. Am 13. Mai 1966 schrieb Mühlbradt an Berg, die verlangte schriftliche Vollmacht liege nun vor, die Gespräche könnten weitergehen „als Begleitmusik zum Dialog" zwischen SPD und SED. Gleichzeitig unterbreitete Mühlbradt ein neues, schriftliches Angebot: Einrichtung von offiziellen Handelsmissionen und staatlichen Reisebüros der DDR in der Bundesrepublik.

Auch Mühlbradt-Vize Riesenberg bestätigte in einem Brief an Berg am 23. Juni 1966, die Legitimation der BDA-Verhandlungskommission sei nun im Sinne der DDR-Forderungen umfassend geklärt. Und Mitte November 1966, wenige Tage vor Kurt Georg Kiesingers Wahl zum Bundeskanzler der Großen Koalition, drängte Mühlbradt bei Berg auf baldigen Verhandlungsbeginn: Unter der neuen Bonner Führung werde alles viel leichter gehen.

Doch als vier Wochen später Kiesinger in seiner Regierungserklärung der DDR Behörden-Kontakte anbot, gab Ulbricht sich enttäuscht. Auf dem Dezember-Plenum des ZK der SED erklärte er, Kiesingers Offerte bringe nichts Neues. Ulbricht: „Mit Erhard waren wir schon viel weiter."

Erst ein halbes Jahr danach wurden die Geheim-Emissäre wieder aktiv. Am 30. Juli 1967 schickte Mühlbradt, der auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1964 durch eine Anfrage bei Berg den ersten Kontakt geknüpft hatte, seinem Ost-Berliner Partner wieder einen Brief: Paulssen habe sich mit der neuen Bonner Regierung verständigt und den Auftrag zur Fortsetzung der Verhandlungen erhalten.

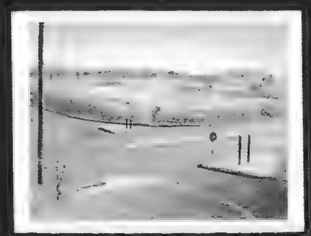
Das Schreiben fand in Ost-Berlin kein Echo. Mühlbradt machte einen letzten Versuch: Unter dem Datum des 14. Januar 1968 meldete er nach Ost-Berlin, die Bundesregierung sei nun sogar bereit, der DDR Verhandlungen über gegenseitigen Gewaltverzicht und einen Staatsvertrag anzubieten. Umsonst.

Walter Ulbricht hatte sein Ziel erreicht — auszuloten, wieviel Zugeständnisse die Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU bei ernsthaften Verhandlungen machen werde. Zu wenig für Ulbricht, aber mehr, als je auf einem CDU-Parteitag vertreten werden könnte.

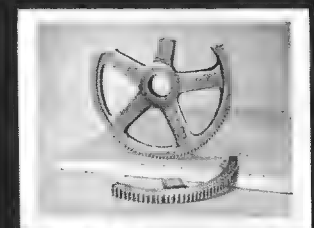
Denn „alles, was auf eine Stärkung des Regimes drüben, auf eine De-facto- oder gar De-jure-Anerkennung hinausläuft", sagt Kurt Georg Kiesinger heute, „ist gefährlich, und das werden wir bekämpfen".

Die 7-Tage-Woche einer Kamera, die ihre Bilder selbst entwickelt.

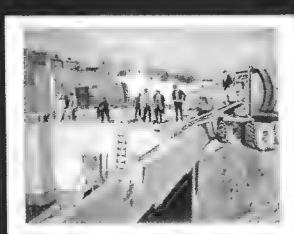
(Fertige Farbfotos in einer Minute.)



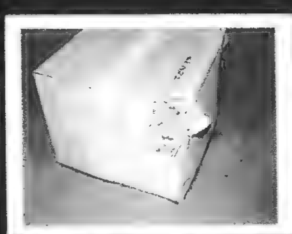
Montag:
Baustellen-Fotos, die sofort verschickt werden können.



Dienstag:
Fotos von Ersatzteilen, die sofort bestellt werden können.



Mittwoch:
Der Fortschritt der Bauarbeiten kann sofort kontrolliert werden.



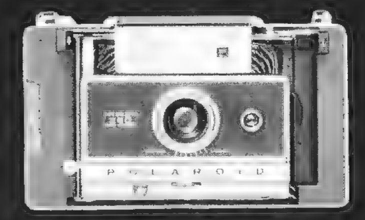
Donnerstag:
Beschädigte Waren können sofort reklamiert werden.



Freitag:
Schaufensterauslagen können sofort festgehalten werden.



Samstag/Sonntag:
Über Fotos, die man nach Sekunden sehen kann, freut sich die ganze Familie.



Eine Polaroid Sofortbildkamera kann mehr als jede herkömmliche Kamera.

Und das kann sie auf so vielen Gebieten, daß Sie sich fragen werden, wie Sie bisher ohne sie ausgekommen sind.

Nur auslösen. Den Film aus der Kamera ziehen. Eine Minute warten. Das fertige Farbfoto vom Negativ trennen. (Schwarzweiß-Fotos sind in Sekunden fertig.)

Das Geheimnis liegt im Film. Sie müssen ihn nicht entwickeln lassen. Polaroid Fotos entwickeln sich selbst.

Die Bilder unserer Pack-Kameras sind groß (8,5 x 10,5 cm). Die Farben natürlich. Die Einzelheiten scharf.

Polaroid Kameras haben ein fotoelektrisches Auge für automatisch richtige Belichtung.

Die Colorpack II, ein neues Modell, kostet bedeutend weniger als unsere bisher billigste Color-Kamera. Dabei arbeitet sie genau nach demselben Prinzip.

Sie brauchen also für Ihr Geschäft unbedingt eine Polaroid Sofortbildkamera. Denn wie wollen Sie sonst übers Wochenende zu schönen Familienfotos kommen?

Polaroid Kameras gibt es von unter 50 bis über 700 Mark.

Polaroid Kameras

„NOCH FRAGEN ZUM ENDDARM?"

SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz im Wiederaufnahmeprozeß Hetzel

Sachverständiger: Ich bin ein Mensch.
Staatsanwalt: Für mich sind Sie jetzt ein Fachmann.

Dialog im zweiten Hetzel-Prozeß.

Im Januar 1955 wurde Hans Hetzel in Offenburg als Mörder zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Am Freitag vergangener Woche hat in Offenburg im Wiederaufnahmeverfahren Hetzel auch die Staatsanwaltschaft „Freispruch" beantragt. Sie sah sich nach Abschluß der Beweisaufnahme nicht mehr in der Lage, für „die Verurteilung des Angeklagten unter irgendeinem rechtlichen Gesichtspunkt" einzutreten.

Oberstaatsanwalt Dr. Brückner, 48, hat in diesem Zusammenhang vor dem Schwurgericht seiner „festen Überzeugung Ausdruck gegeben", daß die Verurteilung des Jahres 1955 das „Ergebnis ernsten Ringens um die Erkenntnis des Richtigen" gewesen und daher niemand der „Vorwurf der Leichtfertigkeit oder gar der Böswilligkeit zu machen" sei. Herr Brückner hat die Anklage im Wiederaufnahmeprozeß Hetzel vornehm und sympathisch vertreten. Man mag Herrn Brückner nicht widersprechen.

Sprechen wir also von dem, wovon Herr Brückner nicht gesprochen hat; von dem, was schließlich nicht in die Zuständigkeit irgendeiner Staatsanwaltschaft fällt: Sprechen wir von Selbstüberschätzung, Kraftmeiertum, Eitelkeit und der ungebrochenen Kraft des Vorurteils. Das alles geht die Juristen nichts an, für die ja auch das Fehlurteil kein Thema ist, da Gerichte stets schon früher zur späteren Erkenntnis gelangt wären, hätte ihnen nur für ihre Entscheidung zur Verfügung gestanden, was endlich aufgeboten wurde.

Der Fall Hans Hetzel — nein, Tragödie ist ein blödes Wort in dieser Sache: Der Fall Hans Hetzel ist ein Anschlag auf das bißchen Hoffnung, aus dem der Mensch lebt; auf die Hoffnung, der Mensch werde denn halt doch ein Bruder sein, und sei es nur um der Solidarität gegenüber dem Tode willen.

Im Januar 1955 erkannte ein Schwurgericht in Offenburg: „Dieser vom Sachverständigen Dr. Ponsold angenommene Tatverlauf entspricht nach der Überzeugung des Gerichts im wesentlichen der Wahrheit." Der Ponsold-Tathergang, zu dem sich das Gericht bekannte, sah so aus:

„Der Angeklagte habe möglicherweise der Frau Gierth zunächst Schläge auf Nase und Gesicht verabfolgt, worauf diese wohl die Flucht ergriffen habe. Der Angeklagte sei wahrscheinlich hinterhergerannt und habe ihr auf den Kopf geschlagen. Nach diesen Schlägen sei sie zusammengesunken, worauf er ihr die Schlinge um den Hals gelegt und kräftig zugezogen habe... Der Angeklagte habe dann die Frau in die rechte Brust und in den Bauch gebissen. Anschließend habe er noch während des drei bis acht Minuten dauernden Todeskampfes und vielleicht noch nach dem Tode den Analverkehr ausgeübt. Dies sei alles mit dem Ziele der geschlechtlichen Befriedigung geschehen, das sich gleichsam wie ein roter Faden durch den Tatablauf hindurchziehe."



Angeklagter **Hetzel**
Nach 16 Jahren Zuchthaus ...



Polizeiphoto von Magdalena Gierth
... im Wiederaufnahme-Verfahren ...



Sachverständiger **Ponsold**
... das Gutachten widerlegt

Der Angeklagte Hetzel (1,83 Meter groß) hatte 1955 folgende Darstellung gegeben: Er sei beruflich mit dem Kraftwagen unterwegs gewesen, als Frau Gierth (1,54 Meter groß) ihm vom Straßenrand aus winkte. Er habe sie mitgenommen. Man sei eingekehrt. Auf der Rückfahrt nach Offenburg habe Frau Gierth ihm Avancen gemacht, wobei nicht die Rede davon gewesen sei, daß sie verheiratet und Mutter von drei Kindern war.

Man habe zuletzt in vollem Einverständnis angehalten, sich im Wagen entkleidet, ihn verlassen und sei abseits an einer geeigneten Stelle zusammengekommen. Er, Hetzel, sei schnell ans Ziel gelangt. Man sei ins Auto zurückgekehrt. Man habe sich irgendein Kleidungsstück umgehängt und eine Zigarette geraucht. Frau Gierth habe erkennen lassen, daß für sie noch nicht des Tages Abend (oder der Nacht Ende) sei: Man habe also das Auto ein zweites Mal verlassen.

Während des folgenden Durchgangs sei Frau Gierth in eine außerordentliche Beteiligung geraten; sie habe sich umgedreht und Hetzel durch Zuwendung ihres Körperteils zu einer (bei den Naturvölkern selbstverständlichen) Verkehrsform — der Mediziner sagt: a tergo — aufgefordert. Er sei diesem Wunsch nachgekommen, a tergo, doch nicht via anus — und plötzlich sei ihm die Frau zusammengesackt.

Er habe zu seinem Entsetzen erkennen müssen, daß die Frau tot war. In Panik sei er verfallen. Er habe sich angekleidet, die Leiche aufgerafft, in den Wagen geladen und sei losgefahren, irgendwohin. Unterwegs habe er die Kleider der Frau zum Fenster hinausgeworfen, mit einer Hand steuernd. Und unterwegs sei ihm eingefallen, daß an einer entfernten Straße bereits früher, 1949 und 1952, die Leichen unbekleideter Frauen gefunden worden seien, derentwegen alle Ermittlungen erfolglos geblieben waren. Er habe darauf diese Straße angesteuert, dort gehalten, die Leiche die Böschung hinabgeworfen und sich davongemacht. Vorher habe er im übrigen die Leiche mit den Fetzen eines ihrer von ihm auseinandergerissenen Kleiderstücke gereinigt. Sie habe übel gerochen und sei feucht gewesen. Des Geruches halber habe er den Abgang von Kot angenommen und sei mit einem Lappen auch zwischen den Beinen der Leiche hindurchgefahren und dabei in den After eingedrungen.

Im Wiederaufnahmeverfahren treten die Sachverständigen auf, die der



Der Philips Video-Recorder* revolutioniert das Lehren und Lernen

...mehrmals dasselbe auf dem Bildschirm sehen:
mit dem Philips Fernsehbandgerät für Bild und Ton

***Neu:** **Philips Video-Recorder**
LDL 1000 (Abb.) DM 1880,–* **LDL 1002 DM 1980,–***
* einschl. DM 30,– Urheberabgabe für private Überspielung.



Um sich beim Lehren wirklich verständlich zu machen, braucht man oft mehr als das Wort. Abbildungen und Modelle sind gute Hilfsmittel. Noch anschaulicher: das lebendige Bild. Besonders praktisch: Fernsehbilder vom Philips Video-Recorder. Er speichert Bild und Ton. Auf Magnetband. Wiedergabe: jederzeit – und sooft Sie wollen (über Ihr Fernsehgerät nach Einbau eines Adapters oder ein besonderes Philips Fernsehgerät mit Video-Anschluß). Aufnahme: entweder mit einer kleinen Philips Fernsehkamera und einem Mikrofon oder durch Anschluß des Video-Recorders an das Fernsehgerät. Ob Schulfernsehen oder die interessanten Sendungen des III. Programms – der Video-Recorder zeichnet sie auf. Und wenn Sie etwas Neues aufnehmen, wird dabei die alte Aufnahme automatisch gelöscht.

PHILIPS

Wegweisend in der Magnetband-Technik

Coupon:

Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial über den Philips Video-Recorder. Ich möchte ihn hauptsächlich
privat ☐ beruflich ☐
(Zutreffendes bitte ankreuzen) verwenden.
Ausschneiden und einsenden an die
Philips Elektronik Industrie GmbH
Geschäftsbereich Audio-Video-Technik
2 Hamburg 63, Postfach 630 111

Sp

Deutsche Philips GmbH PTO 943/3642

Rechtsanwalt Dr. Fritz Gross, Münster, seit 1965 Hetzels Rechtsbeistand, gewonnen hat: Professor Prokop, 48, Ordinarius für Gerichtliche Medizin an der Humboldt-Universität zu Ost-Berlin; die Generalstaatsanwaltschaft der DDR hat seine Mitwirkung genehmigt, man muß ihr danken.

Es treten auf Professor Dotzauer, 56, Lehrstuhlinhaber in Köln, ein Forscher und Lehrer par excellence; Dr. Greiner, 47, Gerichtsmediziner in Duisburg und in sechs an- und umliegenden Mordkommissionen der Mann, der jedes Kapitalverbrechen als erster an der Leiche kennenlernt; Professor Spann, 48, Lehrstuhlinhaber in Freiburg und nächstens in München; Dr. Frei-Sulzer, 57, Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich, ein Mann, der es versteht, komplizierteste Wissenschaft dem Laien selbstverständlich zu machen, ohne der Wissenschaft ein Leid zu tun; Professor Kasper, 62, Ordinarius für Geodäsie und Photogrammetrie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, und der Kölner Physiker Dr. Scheffler, 46.

Ihre Aussagen lassen sich auf einen Nenner bringen: Nichts, was 1953 an der Leiche als Befund erhoben wurde, widerspricht den Einlassungen des Angeklagten.

Es mindert nicht den Rang der Kollegen von Professor Prokop, wenn man feststellt, daß er ein genialer Wissenschaftler von internationalem Ansehen ist. Professor Prokop: „Es wurden Dinge erhoben, die gar nicht vorhanden sind." Professor Prokop ist offen bis zur Brutalität: „Was mich zutiefst erschüttert hat..." und „Wenn es um das Schicksal eines Angeklagten geht, dann würde ich nicht wagen, die Schwurhand zu heben..." Es fällt auch ein Wort, von dem man sagen darf, daß es wie ein apokalyptischer Donner grollt: „Natürlich, es gibt Leute, die behaupten, alles aufklären zu können" (in einem Fall wie diesem).

Wie konnte die Diskrepanz zwischen den Feststellungen von 1955 und 1969 entstehen?

Die Ermittlung gegen Hans Hetzel leitete von Beginn an der Offenburger Oberstaatsanwalt Dr. Carl Ferdinand Naegele, heute 60. Wir haben ihn im Wiederaufnahmeverfahren kennengelernt, er redete und redete, er fiel dem Vorsitzenden ins Wort, und er belehrte die Verfahrensbeteiligten darüber, wozu er als Zeuge berechtigt sei: „Das sind innere Tatsachen, die darf ich als Zeuge vortragen." Er ist schon 1953 bis 1955 ein „ziemlich erfahrener Staatsanwalt" gewesen. Und die Angriffe gegen das von ihm 1955 beantragte Hetzel-Urteil haben ihn in seiner „Ehre als Staatsanwalt verletzt".

Nein, er hat Hans Hetzel damals in den Verhören nicht angeschrien, ihm nicht unzulässig zugesetzt. Der Hetzel-Verteidiger Fritz Gross verliest in seinem Plädoyer den Brief „eines Bürgers dieser Stadt", der sich daran erinnert, daß der Herr Naegele ihn zusammengeschrien hat, als er einmal ein (am Ende freigesprochener) Angeklagter war. Der Bürger der Stadt Offenburg erinnert sich daran, daß der Herr Naegele ihn aufforderte, die Hand aus der Tasche zu nehmen, die nur in der Jackentasche steckte. Der Bürger der Stadt, man kann nicht daran zweifeln, daß ihm innere Ressourcen gegen Herrn Naegele zur Verfügung standen, denn er heißt Franz Burda, erinnert sich des Stils von Herrn Naegele genau. Übrigens: Als Zeuge im Wiederaufnahmeverfahren Hetzel sagte der Herr Naegele über weite Strecken mit der linken Hand in der Hosentasche aus.



Vorsitzender **Weidner**
„Natürlich gibt es Leute ...

„Das ist doch eine psychologische Tatsache, die jeder kennt... — der Täter kehrt an den Tatort zurück", deklamiert der Herr Naegele. Es darf das nicht wahr sein. Herr Naegele dient dem Gericht auch an, welche Zeugen es noch zu hören habe: Juristen sind schlechte Zeugen, bitte, wir nehmen das hin. Doch einer der Verfahrensbeteiligten meinte im Anschluß an Herrn Naegeles Tatortrückkehrthese, wir sollten die Kripo abschaffen und Fangkörbe, allenfalls Männer mit Käschern am Tatort aufstellen: Das sei viel billiger.

Herr Naegele ist noch heute überzeugt davon, daß Hans Hetzel die Frau Gierth vorsätzlich ermordet hat, er quietscht es in den Saal. Da war damals ein Psychiater namens Dr. Braun zweiter Mann im Gesundheitsamt zu Offenburg. Nein, befreundet war der Herr Naegele nicht mit ihm. Der Herr Braun hat Gutachten zum Fall Hetzel in Fülle angefertigt, während der Ermittlungen, der war bei Verhören dabei und hat Fragen gestellt. Herr Naegele hatte es nicht nötig, sich auf den Herrn Braun zu beziehen — „... weil ich es ohnehin gewußt habe."

Herr Naegele hat also ohne Beihilfe gewußt, so das Gutachten des Herrn Dr. Braun, der im ersten Prozeß gegen Hans Hetzel wegen Verdachts der Befangenheit abgelehnt wurde, der jedoch vor dieser Ablehnung ausreichend gesät hatte: „Befund spricht dafür, daß H. die Frau G. langsam zu Tode brachte, wobei er sie in roher Weise mißhandelte und sexuell mißbrauchte. Ein solches Vorgehen entspricht der Persönlichkeit des H. Wie schon früher festgestellt, ist H. ein roher und brutaler Mensch, der zu sadistischen Handlungen neigt. Schon früher hat er Tiere mißhandelt... Sicher ist, daß er sie bestialisch mißhandelte, mißbrauchte und sich an ihrem Leiden sexuell erregte. Er brachte die Leiche in die Nähe des Ortes der ermordeten Krüger, die unter ähnlichen Umständen umgebracht" (und 1952 dort gefunden wurde, wo Hetzel 1953 die Leiche Gierth abwarf).

Hans Hetzel ist als der „Autobahnmörder" behandelt worden, als Urheber aller an Autobahnen und Straßen angefallenen Leichen. Später stellte sich heraus, daß er mit keiner der Taten in Verbindung zu bringen war, die man der Fiktion „Autobahnmörders" damals zur Last legte.



... die behaupten, alles aufklären zu können": Verteidiger **Gross**, Zeuge **Naegele**

Später wurden die Ermittlungen im Fall der beiden Leichen eingestellt, die dort gefunden worden waren, wo Hans Hetzel 1953 die Leiche der Frau Gierth in Panik abwarf. Später — doch der Herr Naegele, Oberstaatsanwalt in Heidelberg, kreischt noch heute, der Hetzel sei für ihn ein Mörder, der Mörder auch der Frau Krüger — der Mörder, der Mörder, der Mörder: der „Autobahnmörder“ also, so muß man Herrn Naegele verstehen. Herr Naegele hatte also das Recht auf seiner Seite („Ich muß auch an das Opfer denken“), als er am 24. Januar 1955, die schriftliche Urteilsbegründung gegen Hans Hetzel lag noch nicht vor, und die Revision lag in der Ferne, in einer Offenburger Zeitung einen Text veröffentlichte, der erklärte, warum Hans Hetzel zu verurteilen war.

In Offenburg saß während des Wiederaufnahmeverfahrens auch der Professor Ponsold, Münster. Er hat 1955 die Wende im Hetzel-Prozeß gebracht. Er entdeckte — Offenburg war damals gewiß nicht unterhaltender am Abend als heute, so kommt so etwas zustande — nach peinigendem Grübeln auf den Photos der Leiche von Frau Gierth die Spuren einer Erdrosselung mit einem Strick, mit einem Kälberstrick, denn Hans Hetzel ist immerhin gelernter Metzger. Herr Ponsold saß im Wiederaufnahmeverfahren, er trägt an jedem Handgelenk eine Armbanduhr, er will pünktlich sein, er ist genau, auf ihn kann man sich verlassen. Der Vorsitzende des Schwurgerichts, der Landgerichtsrat Horst Weidner, 44, hatte zu tun. Er bewältigte seine Aufgabe vorzüglich: „Noch Fragen zum Enddarm?“

Professor Prokop: Die Weite des Anus sei keineswegs sensationell, kein Beweis für einen gewaltsam erzwungenen Analverkehr. Dergleichen sei er — 16 000 Obduktionen bis heute — gewohnt. Der Herr Weidner verhandelt mitunter volkstümlich, doch er versteht es wie wenige, den Geschworenen Fachliches auf eine Formel zu bringen. Manchmal steht er ein wenig sehr vor der Justiz. Nein, das Hetzel-Urteil von 1955 ist nicht „höhere Gewalt“: Es ist auch die Kniebeuge vor einem „Papst“ — der Kotau vor einer Überheblichkeit, die man auch ohne Fachkenntnisse hätte erkennen können.

Mehr nach dem Urteil. Ein Fehlurteil trifft nicht nur die Justiz. Es trifft alle. Für ein Fehlurteil sind alle verantwortlich. „Im Namen des Volkes“ wird entschieden. Es wasche sich niemand die Hände. *Wir* lassen die Herren Naegele und Ponsold zu.

Im Saal in Offenburg geriet eine ältere Frau, die man der „Öffentlichkeit“ zurechnen darf, auf die Pressebank. Als Hans Hetzel von seinem verlorenen Leben schrie — da stieß sie den SPIEGEL-Reporter an. „Der geht nimmer fremd“, kicherte die Frau. Ja, ja — wäre er nur nicht fremdgegangen. Wir sind eben alle Abendländer, Christen und Demokraten.

OLYMPIA

WERBUNG

Lahme Schnecke

Die Postkarte zeigte zehn junge Damen im Dirndl, die sich um einen stattlichen Hirtenbuam scharen; der öffnet gerade seinen Hosenlatz.

Diesen Hosenlatz ziert das offizielle Emblem der Olympischen Spiele 1972 in München. Unterschrift der bajuwarisch-derben Darstellung, mit der ein Postkarten-Fabrikant ins große Geschäft kommen wollte: „Der Zehnkämpfer".

So eigenwillige Auslegungen des olympischen Gedankens wie der Hosenlatz-Bua erreichen den Generalsekretär der Münchner Olympischen Spiele, Herbert Kunze, fast täglich zur Begutachtung und Genehmigung. Denn seit fünf Monaten wird das offizielle Olympia-Emblem, eine von dem Kölner Graphiker Coordt von Mannstein entworfene Strahlenspirale, über die Münchner Werbefirma Atlas zur kommerziellen Verwertung angeboten.

Getreu der Devise des Spiele-Wiederbegründers Coubertin, die Teilnahme sei alles, reißen sich Industriefirmen aller Branchen darum, ein Stück vom Glanz Olympias für sich zu reservieren.

Die „lahme Schnecke" — wie die Münchner das Emblem nennen — hat sich zu einer Zugnummer entwickelt: Nach Schätzungen des Olympischen Komitees wird der Lizenzverkauf etwa ebensoviel Geld einbringen wie die gesamten Eintrittskarten für die Spiele — rund 20 Millionen Mark.

Bislang liegen Anfragen von 400 Lizenz-Interessenten vor. 35 Verträge über insgesamt 4,5 Millionen Mark wurden bereits abgeschlossen:

So will der Textilien-Hersteller Glanzstoff AG mit dem Emblem ebenso werben wie die Elektro- und Phonogeräte-Firma Braun. Zöppritz-Decken wollen die „gesteigerte Strahlkraft und starke Federkraft" — so die offizielle Emblem-Deutung des Olympia-Preisgerichts — ebenso nutzen wie Alpi-Krawatten.



Münchner Olympia-Postkarte
Spirale verboten



Münchner Olympia-Postkarte
Ringe erlaubt

Vielen Interessenten bleibt der Zutritt zum Kreis der Schneckenverwerter allerdings verwehrt. Das Olympische Komitee will Werbeauswüchse vermeiden, wie es sie letztes Jahr in Mexiko gab. Dort prangte das Spiele-Symbol, der Azteken-Kalender, auf Damenschlüpfern ebenso wie auf Dosen, die „Luft aus Mexiko" im Wert von 1,50 Mark enthielten.

Weder Parteien noch Religionsgemeinschaften noch Hersteller von Medikamenten, Unterwäsche und Artikeln der Intimhygiene sollen eine Lizenz erhalten.

Von 25 Produkten, denen das Olympia-Emblem bisher versagt wurde, gehören denn auch zehn in den Bereich unterhalb der Gürtellinie: Eine Lizenz-Absage erhielten unter anderen ein ausländischer Präservativ-Produzent und der Hersteller eines Potenz-Stärkungsmittels.

Aber nicht nur den Produkten, auch dem Geschmack sind olympische Grenzen gesetzt. Daran scheiterte beispielsweise die Postkarten-Darstellung vom Zehnkämpfer. Dennoch kam sie in den Handel — leicht abgewandelt: Statt der Strahlenspirale schmückten die olympischen Ringe den Hosenlatz des Hirtenbuam. Sie sind nicht gesetzlich geschützt.

Wie richtig der Postkarten-Hersteller kalkulierte, beweist der Absatz: In Hosenlatz-Ausführung ist der Zehnkämpfer bereits vergriffen.

Eine inzwischen auf den Markt gebrachte leicht abgewandelte Version — der Zehnkämpfer beim Fensterln — erwies sich ebenfalls als Verkaufserfolg. Und in den Andenkenläden beim Münchner Hofbräuhaus etwa herrscht große Nachfrage nach Olympia-Postkarten, auf denen „urbayrische" Disziplinen dargestellt sind: „Fingerhakeln" und „Maßkrugstemmen".

Durchbruch zu m

Super Shell Verbrauchs-Test beweist:



Das ist der Höhepunkt im Super Shell Verbrauchs-Test: Ein Auto durchbricht mit dumpfem Knall ein breites Papierband und verschwindet in der nächsten Kurve.

Wieder einmal hat Shell bewiesen, daß eine der wichtigsten Komponenten moderner Super-Kraftstoffe mehr Kilometer bringt: Platformat.

Dieses Ergebnis brachte eine Vergleichsfahrt mit zwei gleichen Wagen, die mit der gleichen Menge Kraftstoff die gleiche Strecke fuhren. Nur in einem wichtigen Punkt war ein Unterschied: Testwagen 1 hatte ein Test-Super* ohne Platformat im Tank, Testwagen 2 dagegen fuhr Super Shell mit Platformat. Als Wagen 1 mit leerem Tank liegenblieb, war Super Shell mit Platformat noch lange nicht am Ende: Wagen 2 durchbrach die „Kilometer-Mauer"!

Tanken Sie Super Shell – seit langem schon mit Platformat.

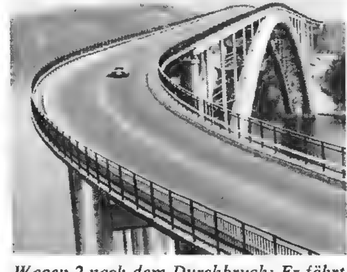
** Im Shell Laboratorium für Testzwecke hergestellter Super-Kraftstoff ohne das im Platforming-Verfahren gewonnene Platformat.*

ehr Kilometern!

Mehr Kilometer durch Platformat.



Start. Gleiche Wagen, gleiche Kraftstoffmenge — aber ungleiche Kraftstoffe.



Wagen 2 nach dem Durchbruch: Er fährt weiter, weiter . . .



Shell — es zahlt sich aus



Beobachtungsposten der libanesischen Armee (in Tripoli): Im Machtkampf der Großmächte ...

NAHER OSTEN

LIBANON-KRISE

Mehr Bomben

Zu Gast bei einem Dinner der amerikanischen „Navy League" in New York malte Uno-Generalsekretär U Thant das Schreckensbild eines „hundertjährigen Krieges" — auf dem Kriegsschauplatz im Nahen Osten.

Zu einer Zeit, da sich die Ära weltweiter Konflikte in eine Ära von Verhandlungen zu wandeln scheint, in einer Zeit, da Russen mit Chinesen und mit Abgesandten aus der Tschechoslowakei reden, da Amerikaner mit Vietnamesen und Russen verhandeln, da Deutsche mit Russen und mit Deutschen sprechen möchten, erlebte der Nahe Osten — so U Thant — eine „sehr gefährliche Etappe auf dem Weg in die Anarchie". Denn im Land, in dem laut Bibel Milch und Honig fließen, dem heutigen Libanon, beginnt der Bürgerkrieg.

Als in den kalten Oktober-Nächten immer mehr Untergrundkämpfer der „El-Fatah" aus ihren Zeltlagern im Hermon-Gebirge am Dreiländereck Israel/Syrien/Libanon in die wärmeren Täler hinabstiegen, als der Süden des Libanon zu einem Aufmarschgebiet der Guerillas wurde, spaltete sich das halb christliche, halb mohammedanische Land. Freischärler kämpfen seither gegen Reguläre, Christen gegen Moslems, linke Revolutionäre gegen die wohlhabende Oberschicht.

Fast die Hälfte der 15 000-Mann-Armee des Libanon steht den rund 5000 „Fedajin" (Freischärlern) gegenüber, die das Grenzgebiet nach Israel für sich beanspruchen. Für den kleinen arabischen Staat ist es — so der Pariser „Nouvel Observateur" — „die Frage von Leben und Tod".

Denn der interne Konflikt weckt bei den syrischen und israelischen Nachbarn des Libanon die Lust an einem neuen Waffengang — und er kann auch die Weltmächte Amerika und Rußland zu neuer Konfrontation führen: Die USA, die bereits 1958 einmal im Libanon landeten, um ein US-freundliches Regime zu retten, rechnen das Land noch immer zu ihrer Einflußsphäre. Die Sowjets hingegen möchten die Amerikaner ablösen und sich einen neuen Brückenkopf am Mittelmeer schaffen.

Die Krise im Libanon, der bisher als Refugium des Friedens im nahöstlichen Kriegstheater gegolten hatte, begann im April: 160 000 Palästinenser, von Syrien aufgehetzt, revoltierten gegen die libanesische Regierung; aus Syrien wurden Guerillas in den südlichen, an Israel grenzenden Landesteil eingeschleust.

Doch die Regierung des Premiers Karami kaufte sich noch einmal frei: Sie garantierte den Guerillas jährliche Zahlungen von 400 000 Mark.

Für die endgültige Lösung des Libanon-Problems wollte Anfang Oktober der sowjetische Geheimdienst KGB sorgen: Im Vertrauen auf eigene Erfahrungen im Nahen Osten, wo Sowjet-Agenten 1967 die Juni-Krise angeheizt hatten, entwickelten die Sowjets nun einen Plan, durch den der christliche Chef der Libanon-Streitkräfte, Generalmajor Bustani, bloßgestellt und gestürzt werden sollte.



Libanon-Armeechef **Bustani**
... schießen Araber auf Araber

Auf die Posten Bustanis und seiner Kameraden warteten bereits radikale Offiziere, die nach dem Muster des benachbarten — und sowjettreuen — Syrien im Libanon einen Militärstaat errichten wollten.

Die Sowjets ersannen ein Manöver, das Bustani bei Erfolg mit Sicherheit die Stellung gekostet hätte: Zwei KGB-Agenten mit Diplomatenstatus stifteten zwei moslemische Offiziere an, ein „Mirage"-III-Kampfflugzeug der Libanon-Luftwaffe in die UdSSR zu entführen.

Doch die libanesische Abwehr deckte — wahrscheinlich nach einem Tip des US-Geheimdienstes CIA — das Komplott auf. Bustani übte Vergeltung: Heimlich begann er, mit Panzern und Kanonen Fedajin-Basen an der israelischen Grenze auszuräuchern. Die Guerillas schossen zurück — mit schweren Waffen, die sie eben erst von der syrischen Armee erhalten hatten.

Von ihren südlibanesischen Basen aus wollen sich die Guerillas den ganzen Staat unterwerfen. Denn „ehe wir zur letzten Schlacht gegen die Zionisten antreten", schrieb die syrische Staatszeitung „El-Thawrah", „muß der imperialistische Brückenkopf am arabischen Ufer ausgemerzt werden".

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" stimmte ein, die Spannungen im Libanon seien das Werk von „imperialistischen Agitatoren". Und Moskaus Einschätzung der Fedajin wandelte sich plötzlich: Im letzten Winter noch hatte das sowjetische Politbüro-Mitglied Schelepin in Kairo die Untergrundkrieger als „Folklore-Partisa-

Weiter auf Seite 128

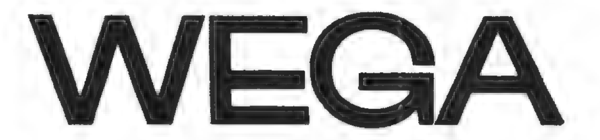
HiFi-Anlagen von Wega sind ohne Vorbild. Wie Wega 3300 electronic. Weil diese Stereobar eine komplette HiFi-Anlage ideal vereint. In einer neuen mobilen Form.



Dieses HiFi-Zentrum unterscheidet sich von allen übrigen HiFi-Anlagen. Entworfen von Verner Panton, einem der besten Designer, besitzt es eine neue außergewöhnliche Form - schön und praktisch. Auf Chromrollen läßt es sich durch den Raum gleiten - überall dort hin, wo Sie gerade sitzen. In der oberen Einheit liegt das Steuerteil - darunter finden Sie den eingebauten Studiospieler.

Zur unkonventionellen Form gibt es die außergewöhnlich exakte Technik. Der Tuner, ein Hochleistungsempfangsteil mit 5 Wellenbereichen, hat eine hohe Eingangsempfindlichkeit bei FM, elektronische Abstimmung und 5 Stationstasten. Mit 2x30 Watt Musikleistung bringt der Verstärker nicht nur eine hohe Ausgangsleistung, auch der Klirrfaktor ist minimal (0,5% bei 2x25 Watt Sinus-Dauerton).

Das Wega-Prinzip, besonders hochwertige technische Bauteile zu verwenden, wird auch beim Studiospieler sichtbar. Dual 1209, HiFi-Automatikspieler mit Magnetsystem Shure M 75 MG-D 2. Sein Preis in Schleiflack weiß, anthrazit oder orange DM 1950.-. Ihr Fachhändler gibt Ihnen gern weitere Auskünfte. Oder schreiben Sie an Wega-Radio GmbH, 7012 Fellbach, Abt. CO



NEUE HELDEN DIE EL-FATAH

Sie waten nachts durch den Jordan oder schleichen über die israelisch besetzten Golan-Höhen, um israelische Stellungen zu attackieren und israelische Patrouillen zu überfallen. Jetzt brachten sie den Libanon an den Rand des Bürgerkriegs: palästinensische Guerillas der „El-Fatah". Nach drei Niederlagen regulärer Streitkräfte gegen israelische Truppen wollen Untergrundkämpfer mit den Taktiken der erfolgreichen Guerilla-Krieger Mao Tse-tung und Ernesto „Che" Guevara die von Israel 1967 besetzten Gebiete und das Kernland zurückerobern. Jassir Arafat, Chef der etwa 5000 Mann starken Untergrundarmee El-Fatah, ist mittlerweile der populärste Araber — populärer noch als Ägyptens Staatspräsident Nasser. Arabische Staatschefs empfangen und behandeln Arafat wie einen Gleichgestellten; denn wie sie hat auch er Kämpfer und Steuereintreiber, Krankenhäuser und Schulen. Nur eines fehlt ihm noch: das Land. Um es zu erobern, will er notfalls auch die nächste Generation in den Kampf schicken. Schon mit acht bis zwölf Jahren lernen Pimpfe in jordanischen und syrischen Ausbildungslagern das Töten.

Nahkampf-Ausbildung in einem jordanischen Guerilla-Lager

▼ Tanzende Partisanen-Gruppe im Lager



Jugendlicher Wachtposten



Maschinenkarabiner und Embleme



Romantik in einer Guerilla-Höhle




El-Fatah-Chef Jassir Arafat inspiziert eine Gruppe der „Jungen Löwen“




In Heimarbeit nähen palästinensische Flüchtlingsfrauen Uniformen



Theoretische Ausbildung an einem sowjetischen Maschinengewehr

nen" verspottet. Für die „Prawda" sind die Freischärler heute „national-patriotische Kräfte".

Moskaus Planziel: Gelingt es, den Libanon in die Kette der arabischen sozialistischen Militärstaaten einzureihen, dann festigt sich Moskaus Position am östlichen Mittelmeer weiter.

Das Risiko für die Sowjets ist obendrein geringer geworden. 1958 noch konnte der libanesische Präsident Camille Schamun angesichts eines drohenden Offiziersputsches vor seinen Ministern prahlen: „Wenn's zu schlimm wird, kann ich immer noch die 6. US-Flotte rufen. Ich brauche nur mit den Fingern zu schnippen." Und als er schnippte, kamen die Amerikaner tatsächlich. Ohnmächtig mußte die Landmacht Sowjet-Union zusehen, wie Amerikas Ledernacken im Libanon an Land gingen.

Jetzt aber, elf Jahre später, schrieb die „Washington Post": „Für die USA sind die Tage der Marine-Landungen im Libanon natürlich vorbei." Denn jetzt besitzt die UdSSR selbst eine — erst nach der Libanon-Schlappe aufgebaute — Hochseeflotte, kreuzen ständig rote Kriegsschiffe im Mittelmeer.

Jetzt klang Amerikas Garantie-Erklärung für den am deutlichsten nach Westen orientierten Araberstaat denn auch recht vage. „Wir messen der Unabhängigkeit und Integrität des Libanon weiterhin große Bedeutung bei", versicherte Joseph J. Sisco, Nahost-Spezialist des State Department.

Aber selbst diese milde Erklärung legten die Sowjets sofort als amerikanische Inverventionsdrohung aus. Immerhin schloß der amerikanische Marine-Minister Chafee letzten Freitag eine Landung von Truppen im Nahen Osten nicht mehr aus — „wenn die Umstände es erforderlich machen".

„Keinerlei Einmischung einer Großmacht von außen kann gerechtfertigt werden", warnte die Moskauer Nachrichtenagentur Tass. „Niemand kann besser die um den Libanon auftauchenden Fragen lösen als die arabischen Staaten selbst. Sie kennen ihre Interessen und ihre Ziele genauer."

Zum Interessenverwalter der Araber machte sich Ägyptens Staatschef Nasser. Seit langem skeptisch gegenüber der sowjetischen Nahost-Politik (SPIEGEL 40/1969), fürchtet er um seinen Einfluß, falls es den Sowjets gelingt, sich mit Hilfe von Syrern und Palästinensern auch im Libanon festzusetzen.

Nasser schickte zunächst seinen Sonderbeauftragten el-Chuli, der schon bei der Libanon-Krise im April vermittelt hatte — damals brachte er den Libanon-Staatschef Helou und den Guerilla-Chef Arafat an einen Tisch —, nach Jordanien und Syrien. Dann lud Nasser zu einer Konferenz nach Kairo.

Arafat weigerte sich zu verhandeln. Statt dessen kurvte er in einem russischen Militär-Lastwagen durch den Süden des Libanon — so als gehöre ihm dieses Territorium schon.

Die Libanesen aber kamen — mit dem der KGB-Intrige entronnenen Bustani an der Spitze. Ein ägyptischer Regierungssprecher verkündete einen orientalischen Kompromiß: „Freiheit der Guerilla-Aktivität auf libanesischem Gebiet — vorausgesetzt, daß dadurch die libanesische Sicherheit und territoriale Integrität nicht beeinträchtigt werden."

Der Grund für Nassers freundliche Haltung gegenüber den Libanesen: Er fürchtet, der russisch inspirierte Kampfesmut der Guerillas gegen den Libanon könnte einen anderen Staat herausfordern — Israel.

„Israel kann es sich nicht erlauben, gleichgültig zu bleiben gegenüber dem, was im Libanon passiert, es kann keine Veränderung zum Schlechten hin im Status quo seines Nachbarlandes zulassen", hatte vorletzten Donnerstag Israels Vize-Premier Allon gedroht. Und die Zeitung „Jedioth Aharonoth" schrieb, bei einem Sturz der Beiruter Regierung werde Israel „alle notwendigen Maßnahmen" zur Sicherung seiner Nordgrenze ergreifen — womöglich, so hieß es in Tel Aviv, sogar in den Libanon einmarschieren.

Tags darauf bestritt Israels Außenamtssprecher zwar, dies seien offizielle Ansichten der Regierung. Doch für den Fall, daß sich die Partisanen im Süd-Libanon, an der Israel-Grenze, endgültig einnisten, sagte ein libanesischer Generalstabsoffizier voraus: „Wir werden uns in Zukunft wohl an mehr israelische Bomben gewöhnen müssen."

ENGLAND

WILSON

Schlauer Teufel

Wenn der Sommer warm ist und schön, stärkt das — so ist es Tradition im traditionsreichen England — stets die Position der regierenden Partei.

Wenn die Regierung dann auch noch politische Zurückhaltung übt, kann sie



Britischer Premier **Wilson**
Swing beim Mittelstand

Beechcraft Duke
«Jugend, Energie und Dynamik» zeichnet dieses Flugzeug aus – und die Männer, die es besitzen.

Die Beechcraft Duke fliegt schnell und hoch. Sie ist für Geschäftsleute entwickelt worden, die Initiative haben, Männer, die gewohnt sind zu entscheiden. Wohin Sie immer fliegen, dieses schöne und leistungsfähige Geschäftsreiseflugzeug hebt Sie aus dem Rahmen des Üblichen hervor.

Sie fliegen schnell von einer Besprechung zur anderen. Ihre Arbeitsleistung vervielfacht sich. Zwischendurch können Sie in dieser mit Druckkabine und Klimaanlage ausgerüsteten Maschine arbeiten oder ausspannen. Sie können fliegen, wohin und wann Sie wollen. Die kurzen Start- und Landestrecken geben Ihnen die Möglichkeit, auf Hunderten von Flugplätzen zu landen, die von den großen Linienflugzeugen nicht benutzt werden können.

Die Beechcraft Duke ist ein Flugzeug für Führungskräfte. Bei der Duke vereint sich handwerkliches Können mit fortschrittlicher technischer Entwicklung wie bei allen Flugzeugen der weltbekannten Beech Aircraft Corporation.

Wenn Sie eine Beechcraft Duke besitzen, gehört Ihnen eines der weltbekanntesten mittleren zweimotorigen Flugzeuge mit Druckkabine. Ein Vorführungsflug wird Sie davon überzeugen. Wir meinen: zu einem modernen Management gehört heute ein Flugzeug. Bitte schreiben Sie oder rufen Sie uns an.



TRAVELAIR

Bremen	München	Saarbrücken
Flughafen	Flughafen	Flughafen
0421/310464	0811/470529	06893/2044

Oder schreiben Sie: Beech Aircraft Corporation, 9799 East Central, Wichita, Kansas 67201, U.S.A.

8-6004 I (B)

sich des Wohlwollens kaum erwehren: Die Briten lieben nicht nur das schöne Wetter, sie schätzen auch ein ruhiges Leben. Der Sommer 1969 war warm und schön in England. Und da die Regierung sich seit dem Scheitern ihres Antistreikgesetzes im Juni zurückgehalten und dem Volk keine neuen Opfer abverlangt hatte, scheint erstmals seit langem die Sonne auch wieder für Harold Wilson und seine Regierung.

Erstmals seit zweieinhalb Jahren verlieren die Sozialisten nicht gleich serienweise Parlaments-Nachwahlen — am letzten Donnerstag behaupteten sie sich in vier von fünf Nach-Wahlkreisen —, erstmals seit langem rangiert die regierende Labour Party in der Gunst der Briten wieder nahezu gleichauf mit den oppositionellen Konservativen.

In den Meinungsumfragen liegen die Tories jetzt nur noch mit einem Vorsprung von 3,5 Prozent vor den Sozialisten — und es könnte sich bestätigen, was ein optimistischer Harold Wilson schon im Juli verkündete: „Labour hat gute Aussichten, die nächsten (Unterhaus-)Wahlen zu gewinnen."

Im Juli schien das nichts anderes zu sein als Hochstapelei. Gerade noch hatten enttäuschte Delegierte der größten britischen Gewerkschaft Wilsons Kopf und einen anderen Labour-Premier gefordert. Von ihrer Transport and General Workers' Union (TGWU) verlangten sie, keinen Penny mehr in Labours Kassen zu zahlen, solange Harold Wilson in Downing Street 10 amtierte.

Nur noch 31,9 Prozent der Briten wollten damals für die Sozialisten stimmen, 51 Prozent aber für die Konservativen. Im Unterhaus wäre das einer Tory-Mehrheit von etwa 280 Sitzen gleichgekommen.

1964 noch, bei seinem ersten knappen Wahlsieg, und viel stärker 1966, bei seinem klaren Erfolg in den Unterhauswahlen, galt Wilson den Briten als der kommende Erneuerer ihrer Insel. Doch auch der studierte Volkswirt konnte nicht verhindern, daß sich die Wirtschaftslage des Königreichs immer mehr verschlechterte — Wilsons Talfahrt begann.

Im März 1967 schon verlor Labour die erste Nachwahl an die Konservativen — im Glasgower Wahlkreis Pollok. Und in der Folge kassierten die Tories zwölf weitere Labour-Wahlkreise, oftmals mit riesigen Mehrheiten. Bei Kommunalwahlen verlor Wilsons Partei erstmals seit 33 Jahren die Mehrheit in London, und mit zwei Ausnahmen fielen auch alle anderen englischen Städte mit mehr als 250 000 Einwohnern an die Konservativen.

Mit Lohnstopp und Devisenkontrolle versuchte Wilson das Pfund zu stützen — vergebens: Im November 1967 mußte er dennoch abwerten.

Mit einem Antistreikgesetz hoffte er die wilden Streiks einzudämmen — vergebens: Im Juni mußte er die Gesetzesvorlage unter dem Druck der Gewerkschaften fallenlassen (SPIEGEL 26/1969).

Immer wieder hielt die Opposition den Sozialisten ihre illusionären Wahlversprechen vor, Wilsons Gegner attackierten ihn gar persönlich auf eine im Land des Fair Play ungewöhnlich rüde Art. Der konservative Partei-Manager Anthony Barber nannte den Premier einen „Schummler", der konservative Schatten-Premier Edward Heath warf dem Rivalen vor, er betreibe „Schwindel", andere Tories höhnten, er lüge und betrüge, sei glatt und hinterhältig.

Doch Harold Wilson war vor allem clever, cleverer noch, als seine Widersacher ahnten. Er vermied es, allzuoft in der — feindlichen — Öffentlichkeit aufzutreten, er ersparte seinen Landsleuten innen- und außenpolitische Aufregungen (Nordirland war die Ausnahme), er ließ sich bei Rededuellen im Unterhaus kaum aus der Ruhe bringen, und er verfolgte konsequent seine Politik der wirtschaftlichen Sanierung.



Wilson-Rivale **Heath**
„Enttäuschendes Programm"

Erst Ende September, beim Labour-Parteitag in Brighton, konnte er sich wieder selbstbewußt der Partei, den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit stellen, denn seine Rechnung war aufgegangen: Erstmals seit langen Jahren wies Englands chronisch passive Zahlungsbilanz einen Überschuß aus — rund 422 Millionen Mark für das erste Halbjahr 1969. Die Bilanz, so prophezeite Schatzkanzler Jenkins, werde auch künftig positiv bleiben; denn der Gewinn war nicht nur die Folge günstiger Umstände, er resultierte aus einer durchgreifenden, auf den Export abgestimmten Umstrukturierung der britischen Wirtschaft.

Plötzlich vertrauten die Briten wieder den Sanierungskünsten des Volkswirts in Downing Street 10, vor allem die Labour-Stammwähler kehrten zu ihrer Partei zurück. Innerhalb von drei Monaten, so ermittelte die „Times", ergab sich bei den Facharbeitern ein Swing von zwölf Prozent zu Harold Wilsons Gunsten; bei den

H3-Quam® gehört zu Ihrer Altersversorgung.

Gegen vorzeitiges Altern: H3-Quam®

Haben Sie daran gedacht, daß Sie mit 45, 50, 60, 70 noch etwas leisten wollen? Und haben Sie daran gedacht, daß man Vorsorge treffen muß, um das Leben dann noch richtig zu genießen?
Hier ist H3-Quam. Die Formel für jüngeres Leben. H3-Quam ist ein apothekenpflichtiges Arzneimittel, gezielt wirksam bei vorzeitigen Alterserscheinungen.
H3-Quam ist ein Präparat, das in exakter Dosierung lebenswichtige Vitamine und Organstoffe enthält. Im allgemeinen genügt bereits 1 Dragee pro Tag zur Erhaltung von Leistung und Lebenskraft. H3-Quam wirkt bei Mann und Frau revitalisierend.
Zur Unterstützung der Sehkraft, für die Gehirnaktivität und für die volle biologische Funktion der Haut sind bestimmte Vitamine in H3-Quam wirksam.

H3-Quam enthält darüber hinaus einen Stoff, der den Kreislauf anregt und die Atmung vertieft.
H3-Quam ist mit zwei wichtigen Organextrakten angereichert. Die Pflege des Herzens in der zweiten Lebenshälfte ist von besonderer Wichtigkeit. Darum enthält H3-Quam Herzmuskelextrakt. Zur Unterstützung der Leberfunktion und als Blutbildner wirkt in H3-Quam ein Leberextrakt.
H3-Quam hebt Stimmung und Leistung, stärkt die Nerven und aktiviert die Kreislauffunktionen.
Leisten Sie jetzt mehr. Nehmen Sie H3-Quam. Tun Sie etwas zu Ihrer Altersversorgung.
H3-Quam für sie und für ihn. Für beide.



H3-Quam ist nur in Apotheken erhältlich. Rezeptfrei. Verlangen Sie dort bitte auch die Spezialbroschüre, oder schreiben Sie direkt an NIDDAPHARM GMBH, 6369 Dortelweil.

H3-Quam® – Formel für jüngeres Leben

ungelernten Arbeitern wechselten 5,4 Prozent, beim Mittelstand fünf Prozent der Wähler die Fronten. Harold Wilson galt vielen Briten plötzlich wieder als der wahrscheinliche Gewinner der nächsten Parlamentswahlen.

Die kann er jederzeit bis zum Frühjahr 1971 von der Königin ausschreiben lassen. Doch vieles spricht dafür, daß Harold Wilson die Gunst des Augenblicks schon vorher nutzt.

In Brighton bereits verabschiedete der Labour-Parteitag die „Agenda für eine Generation“ — ein kaum verhülltes Wahlpapier. Und was Englands Königin am letzten Dienstag als Thronrede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Unterhauses verlas, war auch nichts anderes als ein Labour-Wahlprospekt. Allein im innenpolitischen Teil ihrer — von Harold Wilsons Regierung ausgearbeiteten — Rede verkündete die Queen 27 Gesetzesvorlagen und Initiativen.

Der Katalog reichte vom Kampf gegen den Drogenmißbrauch bis zur Reform der Sozialversicherung, vom gerechten Lohn für Frauen bis zur Einführung eines einheitlichen Schulsystems für alle Briten-Kinder.

„Ein enttäuschendes Programm“, zürnte Oppositionsführer Heath im Parlament. Vielleicht zu Recht — doch gerade mit diesem Programm trieb Wilson die Konservativen noch weiter in die Defensive. „Die Tories“, so spottete der „Daily Mirror“, „haben sich fünfeinhalb Jahre lang darauf verlassen, durch die Versäumnisse der Labour-Regierung wieder an die Macht gespült zu werden.“

Nun müssen die zerstrittenen Tories ein eigenes Programm vorlegen, und „die Ironie“, schrieb die „International Herald Tribune“, „liegt darin, daß eine Partei, die sich sozialistisch nennt, für den Status quo eintritt, während die Konservativen nach einem Wandel verlangen müssen. Das aber ist in einer Gesellschaft, der jeder Wechsel suspekt ist, ein Nachteil“.

Noch nachteiliger könnte sich — wann immer Wilson zur Wahl bittet — für die Konservativen auswirken, daß sie in ihren Reihen kaum einen Mann haben, der dem gerissenen Premier gewachsen ist.

Zwar halten die Briten den Schatten-Premier Edward Heath für einen ehrlichen und aufrichtigen Mann. Aber der konservative Junggeselle ist ihnen zu sensibel, zu blaß, zum Regieren nicht willensstark genug.

Bewußt hat der trickreiche Harold Wilson deshalb den Wettkampf der Parteien in einen Wettlauf der Parteiführer verwandelt, bewußt attackiert er Heath — oft eine Stunde lang, ohne dessen Namen zu nennen —, bewußt stellt er den Briten nicht mehr die Frage, von welcher Partei, sondern von welchem Premier sie regiert werden möchten.

Denn da weiß er sich endgültig im Vorteil. „Für viele Leute“, kommentierte der „Evening Standard“, „ist der Premier wenn auch nicht gerade das geringere von zwei Übeln, so doch der schlauere von zwei Teufeln.“

SPANIEN

REGIERUNG

Das Werk des Admirals

Unter Franco eine Schlacht gewinnen“, hatte die „New York Times“ erkannt, „heißt oft, den Krieg verlieren.“ Doch die einst mit Franco eine Schlacht gewannen, sie hörten die Warnung nicht und wollten den totalen Sieg.

Monatelang schmähten sie ihre Konkurrenten um die Macht, die kapitalistisch-konservativen Technokraten des katholischen Laienordens Opus Dei (Werk Gottes).

Der Falangist Rodrigo Royo zum Beispiel, ein Bewunderer Francos und Che Guevaras zugleich, prangerte in seinem Blatt „Diario SP“ den „unstillbaren Machthunger“ des Opus Dei an und forderte den Rücktritt der — zum Opus Dei gehörenden — Mitglieder des Wirtschaftskabinetts. Sie hatten zugelassen, daß sich die Maschinenbaufirma „Matesa“ staatliche Exportsubventionen in Höhe von über zehn Milliarden Peseten erschleichen konnte, und sie hatten so einen der größten Wirtschaftsskandale Franco-Spaniens ausgelöst.



Franco-Vize **Carrero Blanco**
„Kampf auf Leben und Tod“

Am Mittwoch letzter Woche verkündete Spaniens „Führer von Gottes Gnaden“, Caudillo Francisco Franco Bahamonde, schließlich die lang erwartete Regierungsumbildung — die bisher radikalste seiner 30jährigen Amtszeit: 14 der insgesamt 18 Minister mußten ihr Ressort aufgeben.

Doch für die sozialrevolutionären Faschisten der ersten Stunde wurde der ersehnte Mannschaftswechsel zur bittersten Niederlage auf dem langen Weg ihrer politischen Entmachtung. Als am Donnerstag in Francos El-Pardo-Palast das neue Kabinett eingeschworen wurde, waren die Blauhemden-Jünger des Falange-Gründers und andalusischen Adligen José Antonio Primo de Rivera in der Regierung fast völlig ohne Einfluß.

Dabei hatten sie sich endlich für die Schützenhilfe, die sie dem aufständischen Nationalisten-General Franco während des spanischen Bürgerkrieges geleistet hatten, angemessenen Lohn erhofft: die Garantie der Falange-Vorherrschaft auch in der Zeit nach Franco.

Doch Franco desavouiert seine iberischen Faschisten und ungeliebten Waffenbrüder schon seit zwei Jahrzehnten. 1947 traf er die Todfeinde der Monarchie, indem er Spanien per Volksabstimmung wieder zum Königreich erklären ließ.

1957 und 1962 ersetzte er bei Regierungsumbildungen mehrere Falangisten durch zumeist monarchistische, wirtschafts-orientierte Minister, die das Volk nicht aufwiegelten, sondern ihm „eine Wohnung, einen (Kleinwagen) Seat 600 und einen König“ versprachen (so die argentinische „Primera Plana“). Die Mehrheit der 33 Millionen Spanier ließ sich dafür ihr politisches Interesse und ihren demokratischen Schneid abkaufen.

Und jetzt bestellte der greise Franco, 76, der seit dem Ende des Bürgerkriegs als absoluter Schiedsrichter über allen Machtgruppierungen gethront hatte, eine bereits für die Zukunft ohne Franco gedachte Regierung — mit Technokraten.

Doch was wie ein meisterlicher Trapezakt des Polit-Equilibristen scheinen mochte, war nichts anderes als das Gesellenstück seines kongenialen Famulus: des Vizepräsidenten der Regierung, Admiral Luis Carrero Blanco, 66. Der Admiral, vermutlich Spaniens künftiger Ministerpräsident, durfte das Kabinett, mit dem er nach dem Rücktritt Francos regieren soll, selbst aussuchen — handverlesen.

Carrero Blanco, seit 29 Jahren in Francos Präsidialkanzlei und einer der engsten Berater des Caudillo, hat in dieser Zeit fast jede politische Entscheidung der Regierung beeinflußt. Er hat den Generalissimus „im Falle der Vakanz, Abwesenheit oder Krankheit“ vertreten und kennt den Macht-Mechanismus des Franco-Staats besser als jeder andere spanische Politiker.

Die Graue Eminenz in der Admiralsuniform sehnt sich seit je nach einem „traditionalistischen, katholischen und monarchistischen Staat“. Sein autoritärer Katholizismus und abendländisch gefärbter Antisemitismus schlug sich nieder in einem Buch „Spanien und das Meer“. Darin verteidigt er den Kampf zwischen Christentum und Judaismus als einen „Kampf auf Leben und Tod, der ein Krieg zwischen dem Licht und der Finsternis sein muß“.

In seinem Buch „Der Sieg Christi bei Lepanto“, feiert der Admiral den Sieg einer spanisch-venezianischen Flotte über die Türken in der Seeschlacht von Lepanto im Jahr 1571.

Dieser Carrero Blanco verlangte als Eintrittskarte in die neue Regierung

denn auch die bedingungslose Anpassung an sein Weltbild: an Monarchie, Kirche, autoritären Nationalismus und ein wertfreies, exportförderndes Merkantilsystem.

Schon 1957 hatte Carrero Blanco auf Wirtschaftswachstum bedachte Technokraten in die Regierung gebracht. 1962 und 1965 lancierte er zwei weitere Opus-Dei-Mitglieder ins Kabinett: Industrieminister Gregorio López Bravo und Laureano López Rodó, den Vater des Entwicklungsplans, der Spaniens Wirtschaftswunder einleitete.

Vorwiegend den Carrero-Blanco-Protegés verdankte Spanien, daß sein Bruttosozialprodukt binnen zehn Jahren von 505,4 Milliarden (1957) auf 1616,5 Milliarden Peseten (1967) kletterte.

Sie kurbelten den Tourismus an — allein 1969 kamen bisher etwa 19 Millionen Touristen in das jahrzehntelang unterentwickelte Reiseland. Die Technokraten sollen nun nach dem Willen des Admirals auch die Pyrenäen-Barriere überwinden und Spanien in die EWG bringen.

Den gewandten López Rodó, 48, machte Carrero daher zum „neuen Supermann" („Guardian") des Kabinetts: Er durfte vier Ministerien mit seinen Protegés besetzen.

López Bravo, 45, der in Spanien das Industriezeitalter eingeleitet hatte, stieg gar zum Außenminister auf. Seine wichtigste diplomatische Qualifikation: „Señor Bravo, der im letzten Jahr in London Tee mit der Königinmutter trank, ist anglophil" („Daily Express").

Nur zwei — durch den „Matesa"-Skandal kompromittierte — Opus-Dei-Mitglieder opferte der Vizepremier: den Handelsminister und den Finanzminister. Die Falangisten hatten davon freilich keinen Vorteil:

An die Spitze der staatlichen Gewerkschaften, in denen zwölf Millionen Mitglieder organisiert sind und deren Machtapparat bislang fast ausschließlich der Falange zur Verfügung stand, setzte Carrero Blanco einen Technokraten, den ehemaligen Direktor des größten Stahlwerks „Altos Hornos de Vizcaya", Enrique García del Ramal. Der Admiral feuerte außerdem die prominentesten Mitglieder des bisherigen Kabinetts: Außenminister Castiella, Informationsminister Fraga Iribarne und Gewerkschaftsminister Solís Ruiz.

Gegen Castiella nährte der Ultra-Katholik Carrero Blanco noch immer einen heiligen Zorn, weil der Außenminister 1967 das Gesetz über die Religionsfreiheit (Protestantenstatut) durchgedrückt hatte. In Fraga, der häufig als künftiger Ministerpräsident genannt wurde, und Solís, der für autonome Gewerkschaften eintrat (deren Chef er werden wollte), sah der Franco-Vize zudem gefährliche Konkurrenten im Kampf um die Macht.

Verärgert war der Admiral schließlich auch über den Widerstand von Solís Ruiz und anderen Falangisten gegen die Monarchie. Denn Carrero Blancos Werk war es, daß Franco Ende Juli den Bourbonen-Sproß Juan Carlos zum künftigen König von Spanien designierte.



Weinender Ex-Minister **Solís Ruiz** (r.), Nachfolger **García***: „Nur 60 000 Peseten"

Nach der Regierungsumbildung beklagten die bis heute einzigen freien, aber illegalen Gewerkschaften in Spanien, die Comisiones obreras, den „totalen Sieg der Neo-Faschisten des ‚Opus Dei' über die Falangisten".

800 falangistische Demonstranten skandierten am vergangenen Mittwoch vor dem „Komödientheater" in der Madrider Innenstadt: „Wir wollen keine Idioten-Könige" und: „Falange sí — Opus no!"

Ihr Protest war vergeblich. „Grises", grau behelmte Bereitschaftspolizisten des Franco-Regimes, knüppelten die Blauhemden auseinander — auf den Tag genau 36 Jahre nach der Gründung der faschistischen Falange.

Nicht nur für die demonstrierenden Blauhemden, auch für beamtete Falangisten bedeutete die Kabinettsreform das jähe Erwachen aus einem schönen Traum.

Den Falange-Sekretär und Gewerkschaftsminister Solís Ruiz rührte sein eigener Abschied von der Macht sogar zu Tränen: „Ich habe nur 60 000 Peseten (3428 Mark) auf meinem Konto."

* Bei der Amtsübergabe am 30. Oktober vor einer Franco-Büste.

Der einzige Elektronic-Trockner Europas kommt aus Gütersloh. Woher sonst?



Miele Elektronic-Trockner 460

In Gütersloh ist Miele.

Seit drei Jahren gibt es den Miele Elektronic-Trockner. Seit drei Jahren ist diese Lösung konkurrenzlos.

Das bedeutet: Nur mit dem Miele Trockenautomaten können Sie Ihre Wäsche elektronisch gesteuert trocknen, so wie Sie es wünschen: schrankfertig, bügelfrei, mangeltrocken. Denn als einziger Trockner Europas hat der Miele 460 ein elektronisches Abtastsystem, das ständig den Feuchtigkeitsgrad der Wäsche mißt und mit dem vorgewählten Trocknungsgrad vergleicht.

Hausarbeit ist Schwerarbeit. Die beste Lösung ist dafür gerade gut genug.

Miele baut nicht besonders billige sondern besonders gute Automaten.



Miele setzt Maßstäbe

Miele 483 Gütersloh

Otto Köhler

NEGERBLUT UND BÜRGERSINN

Nüchtern und sachlich meldete dpa am vorletzten Sonntag um 16.46 Uhr aus Lissabon: „maenner und frauen im sonntagsstaat standen vielerorts bei strahlendem sommerwetter schlange vor den mit gruen-roten landesfarben beflaggten wahllokalen.“ Um 23 Uhr wußte dpa, daß sich „ein ueberragender erfolg der regierenden ‚nationalen union‘“ abzeichnet. Sie gewann alle Sitze des Parlaments. Verdient, denn, so analysierte dpa: der „kontaktfreudige ministerpraesident marcello caetano“ hatte sich als „wahllokomotive“ erwiesen.

Noch ein dpa-Grund für den „regierungserfolg“: die Opposition habe einen „psychologischen fehler“ begangen, als sie „die liquidation“ der „ueberseeischen provinzen“ — dpa meint die Kolonien — zum Wahlthema machte. dpa-Rat für eine bessere Fahrt der Opposition: „vielleicht waeren die oppositionellen mit einem sozialen und wirtschaftlichen reformprogramm besser gefahren.“

Ja, vielleicht. Vielleicht aber wären sie noch besser gefahren, wenn in Portugal solche Wahlen stattgefunden hätten, wie sie in Ländern üblich sind, in denen sich jede Wahllokomotive frei bewegen darf.

Doch Wahlen in Portugal sind weder frei, noch geheim, noch gleich (SPIEGEL 44/1969).

Von den 19,5 Prozent Wahlberechtigten nahmen nur 57 Prozent an der Abstimmungsveranstaltung teil. Gerade ein Zehntel der Portugiesen stimmte für Caetanos Staatspartei, doch die „Stuttgarter Zeitung“ erkannte, daß „Portugal“ am Sonntag „das Vertrauen“ auf Caetano gesetzt habe.

Caetano hatte vor der Wahl erklärt, noch schlimmer als die Wahl der Opposition sei Stimm-Enthaltung. Sein Wunsch war wenigstens der „Süddeutschen Zeitung“ Befehl. Während andere Zeitungen schon über die sensationell niedrige Abstimmungsbeteiligung berichteten, wußte es die „Süddeutsche“ am Dienstag anders: „hohe Wahlbeteiligung“. Sie wußte sogar schon einen Grund für die „hohe Beteiligung“: das „ungeschickte Auftreten“ einiger Vertreter der sozialistischen Internationalen. Ungeschickt deshalb, weil sie — wie die SZ rügte — „gegen jede internationale Gepflogenheit eine offizielle Anerkennung als Kontrolleure“ forderten. Das habe — SZ-Erkenntnis — das „empfindliche Nationalgefühl“ der Portugiesen verletzt und so die „hohe Wahlbeteiligung“ mit hervorgerufen. Überdies sei — fand die „Süddeutsche“ — internationale Kontrolle schon deshalb nicht notwendig gewesen, weil „die Wahl bis zur Auszählung der Stimmen unter der demokratischen Kontrolle der beteiligten Oppositionsgruppen Portugals selbst“ gestanden habe.

Zwar zogen am Vorabend der Abstimmungsveranstaltung vier Oppositionspolitiker in Bragança ihre Kandidatur zurück, weil ihnen nicht erlaubt wurde, beim Auszählen der Stimmen anwesend zu sein. Doch auch die FAZ konnte „nur die unangreifbare Korrektheit des Ablaufs der Stimmabgabe“ feststellen. Und — ununterscheidbar, ob es eigene Ansicht oder Wiedergabe der offiziellen Lesart war — sie schrieb: „So erscheint das Resultat im Grunde vor allem als ein Triumph des Bürgersinns, als ein klares Nein der Wähler zu den Revolutionsprogrammen der Sozialdemokraten und Linksextremisten.“



Caetano

Diktator Caetano dagegen ist für die FAZ kein Extremist. Im Gegenteil. Einen Tag vor dem Abstimmungs-Sonntag konnten die Portugiesen aus Frankfurt erfahren, Caetano sei ein „liberaler Republikaner“ und habe eine „republikanische Öffnung nach links“ vollzogen.

Die farbigste Hintergrund-Information bot allerdings ein „Christ und Welt“-Artikel, der zunächst einmal Caetano-Vorgänger Salazar rühmt, weil er vielleicht der „genialste“ Diktator unserer Zeit war, „wahrscheinlich ... derjenige, der seine Hände am wenigsten mit Menschenblut beschmutzt hat“.

Mit dem Blut von richtigen Menschen also nicht. Allerdings, so unterrichtet derselbe Artikel, mußte Salazar zur Verteidigung seiner „außereuropäischen Provinzen“ Truppen einsetzen. „Christ und Welt“: „Die portugiesischen Truppen metzelten dreißigtausend Neger im Bandengebiet nieder. Damit war die Lage in Angola konsolidiert.“ Und, noch immer ganz Christ & Welt erklärt das Blatt, damals bei dieser Verteidigung sei Salazar „wirklich populär“ gewesen.

Salazar wurde also — laut „Christ und Welt“ — bei dreißigtausend toten Negern „wirklich populär“. Caetano ist nach der gleichen Quelle schon jetzt „zum unbestrittenen Publikumsliebling“ geworden.

FORSCHUNG

EURATOM

Morgen Geisteszwerge

Zum Ruhme europäischen Gemeinsinns wurde sie gegründet. Durch nationalen Egoismus wurde sie zertrümmert: die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).

Ihren Atompool hatten sich Westdeutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten 1957 geschaffen. Denn sie waren — so der Vertragstext — überzeugt, „daß nur ein gemeinsames Vorgehen ... die Aussicht bietet, die Leistungen zu verwirklichen, die der schöpferischen Kraft ihrer Länder entsprechen".

Jetzt sinnen die schöpferischen Kräfte nach Abwanderung. Der Grund: Das Gemeinschaftswerk hat kein Geld und kein Programm.

Für 1200 Dollar kauften deshalb Forscher der Euratom in einer beispiellosen Aktion eine Viertelseite in Amerikas „International Herald Tribune", um dort den Forschungsnotstand zu verkünden. Weil sie Massenentlassungen fürchteten, so inserierten am vergangenen Montag Mathematiker, Physiker, Computer- und Elektronik-Spezialisten, suchten sie neue Beschäftigung.

Tags darauf streikten in Brüssel und Luxemburg 5000 Europa-Beamte. Ihre Klage: „Ranzige Butter wird gestapelt, aber Atomforscher werden entlassen."

Tatsächlich müssen viele der 2790 in den europäischen Atomforschungszentren beschäftigten Wissenschaftler und Techniker mit der Kündigung rechnen: Allein im Forschungszentrum Ispra am Lago Maggiore bangen nahezu alle 1600 Beschäftigten um ihren Job, und im Atomzentrum Karlsruhe wissen 100 Spezialisten nicht, wie lange sie noch ihr Gehalt beziehen.

Denn in der Hochkonjunktur nationaler Eigenbrötelei steuert Euratom — wie die ebenfalls 1957 gegründete EWG



Euratom-Forscher (in Ispra)
„Chaotische Zustände"

EURATOM

The scientific, technical and administrative personnel of the research establishments of the European Community anticipate that because of a lack of agreement among Member States on a pluri-annual EURATOM research program, a mass lay-off will take place in the very near future among the research scientists, engineers, technicians and administrators of the Common Research Centre (Establishments of Geel, Ispra, Karlsruhe and Petten) that the European Communities created in accordance with the Treaty of Rome.

In order to facilitate re-employment, a non-profit Placement Bureau has been set up by the Conference of Staff Representatives. Interested employers, public and private, may contact this Bureau for further information.

The mass lay-off will probably affect the following personnel:

—Mathematicians;
—Computer specialists;
—Physicists (theoretical, nuclear, solid state, etc.);
—Chemists (all fields);
—Biologists;
—Engineers (nuclear and all other fields);
—Electronic technicians;
—Laboratory technicians (all fields);
—Glassblowers;
—Highly specialized workshop personnel;
—Administrators familiar with international operations (Personnel Officers, Financial experts);
—Multi-lingual technical secretaries.

These personnel have been working an average of about seven years in the EURATOM RESEARCH ESTABLISHMENTS and are thus very familiar with work methods in multi-national teams.

Please address all correspondence to:

Placement Bureau, Conference of Staff Representatives
of the European Institutions
care of Mr. P. FALCONE, President,
22 Rue des Bains,
Luxembourg.

Stellengesuch von Euratom-Forschern
Streik für Europa

— immer rascher dem Konkurs entgegen.

Schon vor zwei Jahren lief das letzte fünfjährige Forschungsprogramm aus. Und seither haben sich die Mitgliedstaaten mehr und mehr zerstritten, erlahmte ihre Bereitschaft, die nationalen Forschungsobjekte aufeinander abzustimmen und gemeinsame Vorhaben zu finanzieren.

„Eine zur Vergeudung führende Kräftezersplitterung" (Europa-Kommission in Brüssel) war die Folge.

Hoffnungslos zersplittert ist beispielsweise Europas Reaktor-Industrie. So ist zwar in EWG-Europa und in den USA etwa gleich viel elektrische Leistung in Atomkraftwerken installiert (rund 2300 Megawatt). Doch während in USA fast hundert weitere Kraftwerke mit einer Leistung von über 60 000 Megawatt entstehen, begnügen sich die Euratom-Länder mit 20 neuen Kraftwerken, deren Leistung bei gut 6000 Megawatt liegt.

Und während am Bau der hundert US-Energiezentralen nur fünf Firmen beteiligt sind, werkeln an den 20 europäischen Kraftwerken gleich zwölf Unternehmen.

Auch bei der nächsten Reaktor-Generation, den „schnellen Brütern", die nur sehr wenig Kernbrennstoff benötigen, leistet sich die Euratom-Gemeinschaft aus nationalen Prestigegründen fragwürdige Doppelarbeit:

Frankreich einerseits, die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten andererseits entwickeln nebeneinander konkurrierende Reaktortypen, die in ihrer Grundkonzeption identisch sind. Würden die Projekte vereint, könnten nach Experten-Schätzungen 600 Millionen bis 800 Millionen Mark gespart werden.

Nachdem die produktionsferne atomare Grundlagenforschung, wie sie von der Euratom betrieben wird, weitgehend abgeschlossen ist, haben die nationalen Industrien immer mehr Forschungsaufgaben in eigene Regie übernommen.

Auf neue Aufgaben für die Gemeinschaft konnten sich die Mitgliedstaaten aber nicht einigen, obwohl feststeht, daß die Sechs nur dort Weltrang erreichten, wo sie auch zusammenarbeiteten: in der Atomtechnik.

Wo die Euratom-Länder nicht kooperierten, haben sie — so die Europa-Kommission — „ihre Weltrangstellung mit beängstigender Geschwindigkeit verloren", zum Beispiel in der Luftfahrt- und Weltraumforschung und in der Computertechnik: Etwa drei Viertel des europäischen Computer-Markts wird heute vom US-Konzern IBM beherrscht.

Die „chaotischen Zustände in der europäischen Forschung" — so der für Forschung verantwortliche deutsche Europa-Kommissar Fritz Hellwig — schrecken Kleineuropas Regierungen offenbar nur wenig.

Stundenlang palaverten am vorigen Dienstag auf Luxemburgs Kirchberg die Forschungsminister der Sechs miteinander. Dann gingen sie auseinander — ohne das geringste Ergebnis. Sie hatten sich weder über ein neues Forschungsprogramm noch über die notwendigen Finanzbeiträge geeinigt.

Zwar ist die Subventionierung überschüssiger Milch und Butter ihren Regierungen noch immer jährlich etwa drei Milliarden Mark wert, für die Euratom-Forschung wenden sie jedoch höchstens 0,3 Milliarden Mark auf.

Vor dem Luxemburger Konferenzgebäude protestierten deshalb streikende Europa-Beamte mit dem Transparent: „Heute Butterberge — morgen Geisteszwerge."

FRANKREICH

COUVE DE MURVILLE

Laut geträumt

In seiner Person vereinigten sich alle Tugenden, die Kardinal Richelieu, Kanzler Ludwigs, einst von einem Diplomaten verlangt hatte. Trotzdem scheiterte er: Frankreichs Ex-Botschafter, Ex-Außenminister und Ex-Premier Maurice Couve de Murville, 66.

Stetige, unauffällige Verhandlungsführung hatte der Diplomaten-Lehrmeister Richelieu gefordert — Couve beherrschte sie; keine Gefühlsregung, keine Ideologie und keine doktrinäre Vorliebe sei einem Diplomaten erlaubt — Couve zeigte keine.

Couve scheiterte denn auch nicht als Diplomat, er scheiterte als Wahlkämpfer: Am vorletzten Sonntag unterlag Maurice Couve de Murville bei einer Nachwahl zur Nationalversammlung dem jugendlichen Volkstribun Michel Rocard, 39.

Kaum jemand hatte dem Generalsekretär der linken Schrumpfpartei PSU (Parti socialiste unifié), die in der Nationalversammlung überhaupt nicht vertreten ist, mehr als eine Außenseiterchance gegen Charles de Gaulles getreuen Paladin eingeräumt.

Doch Couve, vor einem Jahr noch Premierminister, erhielt in einem traditionell gaullistischen Wahlkreis bei Versailles nur 46,2 Prozent der Stimmen. Couve: „Ein Schock."

Dabei hatte er alle erreichbaren Hände geschüttelt und mit den Arbeitern im Bistro sogar Bier getrunken — ein wahres Opfer für den Whisky gewohnten Diplomaten.

Doch der Kälte und Arroganz verstrahlende Couve, der seine politische Karriere als Opfer für die Nation versteht, konnte die Wähler nicht überzeugen. „Sie lieben es nicht", so die „Neue Zürcher Zeitung", „von oben her angesprochen zu werden, wie sich das gewisse Botschafter und Außenminister gefallen lassen mußten."

Eines dieser Couve-Opfer war 1964 der ähnlich kalte Gerhard Schröder, damals Außenminister der Bundesrepublik. Der Franzose empfing seinen Kollegen nicht, wie es das Protokoll gebot, vor dem Hauptgebäude des Pariser Flughafens Orly, sondern ließ Schröders Jet in einen abgelegenen Winkel des Flughafens rollen. Dort wurde der Minister nicht per Staatskarosse, sondern per Flughafenbus abgeholt.

So wie Couve in Orly ausdrückte, was sein Meister von Gerhard Schröder hielt — nichts —, so war er dem General de Gaulle stets zu Diensten gewesen: im Exil als Finanzminister des „Freien Frankreich", später — nach de Gaulles Rückkehr an die Macht im Jahre 1958 — als erster Außenminister der Fünften Republik.

Der Ruf zum Quai d'Orsay erreichte den damaligen Botschafter in Bonn telephonisch bei seiner Lieblingsbeschäftigung — beim Golf. Couve ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, puttete weiter und wählte erst nach dem letzten Loch die Nummer des Generals.

Trotzdem oder vielleicht gerade wegen seiner Unscheinbarkeit im Schatten de Gaulles wurde der leidenschaftslose Couve zum perfekten Anwalt der eigenwilligen Außenpolitik



Wahlkämpfer **Couve de Murville**
Opfer für die Nation

Fordern Sie ausführliches Informationsmaterial an.

Was wissen Sie über Badezimmer-Komfort?







Das Bad ist heute nicht mehr "nur der Waschraum". Im Bad spiegeln sich heute Geschmack und Lebensstil seines Besitzers wider. Grohe hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Zum Beispiel mit der hier gezeigten Waschtischbatterie GRACIA. Eine schwere, pflegeleichte Armatur, in Qualität und Schönheit kaum zu übertreffen. Sie ist ausgestattet mit Zugknopf-Ablaufgarnitur und Mousseur. Lassen diese Vorteile noch Wünsche offen?

Ein schöner und zugleich auch praktischer Luxus, den Sie sich leisten können, ist eine GROHMIX-Thermostat-Zentralbatterie.
Sie bietet: Vorwählbare Wassertemperatur. Gradgenau. Mit Verbrühungsschutz. Eingriff-Temperatur-Regulierung. Spart Wasser und Energie. Kennen Sie noch moderneren Badezimmer-Luxus?

Informationsmaterial von
Friedrich Grohe, Armaturenfabrik
Abt. S 587 Hemer/Westfalen

Was ist ein modernes Bad ohne Sitzwaschbecken? In Zusammenarbeit mit der keramischen Industrie haben wir die hier gezeigte Hygiena-Einlochbatterie für Sitzwaschbecken entwickelt. Die neuesten Erkenntnisse sehen Sie darin verwirklicht: Waschen unter parabolisch einfließendem sauberem Wasser. Gute Wasserentnahme, ohne das Becken zu füllen. Keine Randspülwulst, daher glatte Beckenform und höchste Hygiene durch einfache Reinhaltung. Sie sehen, Grohe denkt ganz besonders an die Frau.



BR 02/69

Grohe bringt optimale Armaturentechnik



seines Herrn: Für ihn torpedierte er Englands Beitritt zur EWG, liquidierte er Frankreichs Bindung zur Nato.

Couve war der einzige, der regelmäßig freitags zum General vorgelassen wurde. „Sie träumen laut voreinander hin", beschrieb der französische Publizist Viansson-Ponté ihre Gespräche im Élysée, „und dieser frostklirrenden Bündigkeit entspringt die französische Diplomatie."

Der kühle Couve ergänzte den Visionär de Gaulle so gut, daß „Time" ihm 1964 eine Titelgeschichte widmete: „Frankreich ist dank seiner geschickten und klassischen Diplomatie zu einer Macht geworden, mit der die Welt rechnen muß."

Doch Frankreichs Macht zerbröckelte jäh, als Frankreichs Studenten im Mai 1968 Barrikaden bauten und Frankreichs Arbeiter eine Politik der Realitäten und Reformen forderten.

De Gaulle schrieb Neuwahlen aus: Sie endeten mit einem überwältigenden Sieg der Gaullisten — aber nicht dank de Gaulle, sondern dank seinem alerten Premier Georges Pompidou.

Für einen Sitz im Parlament kandidierte auch de Gaulles getreuer Couve. Mit knapper Mehrheit gewann er den sicheren gaullistischen Wahlkreis um die Champs-Élysées in Paris. Es war sein erster Wahlsieg überhaupt: Ein Jahr zuvor hatte er erstmals und auf ausdrücklichen Wunsch de Gaulles kandidiert und die Wahl im vornehmen siebten Pariser Bezirk verloren.

Nach den Wahlen vom Juni 1968 schickte de Gaulle den wahren Sieger Pompidou in die Reserve der Nation. Neuer Premier wurde der Politiker, der nie politischen Ehrgeiz entwickelt hatte: Couve de Murville.

Doch der farblose Juristensohn aus Reims, der zehn Jahre lang und damit länger Außenminister gewesen war als irgendeiner vor ihm im republikanischen Frankreich, operierte glücklos. Star blieb sein Vorgänger Pompidou.

Nach dessen Wahl zum Präsidenten im Juni dieses Jahres ging De-Gaulle-Freund Couve leer aus. Ihm war nicht einmal ein Sitz im Parlament geblieben: Gemäß der französischen Verfassung verliert ein Abgeordneter mit Eintritt in die Regierung sein Mandat*.

Nach vier Monaten Pompidou kandidierte Couve jetzt erneut und — wie in Paris gemunkelt wird — wiederum auf ausdrücklichen Wunsch de Gaulles. Der Ex-Staatschef, der bislang keinen Politiker in Colombey empfing, unterbrach die Redigier-Arbeit an seinen Memoiren, um sich mit Couve und Ex-Verteidigungsminister Messmer, der ebenfalls zur Nachwahl antrat, zu beraten. De Gaulles treue Gardisten sollten de Gaulles Ideen in der Nationalversammlung Gehör verschaffen.

Als Couves Ersatzmann aus dem Palais Bourbon nicht mehr für den Ex-Premier weichen wollte, empfing de Gaulle einen dritten Altgaullisten: den einstigen Kampfflieger Pierre Clostermann. Der räumte daraufhin seinen Wahlkreis im Departement Yvelines, und dort stellte sich Couve nun dem Sozialisten Michel Rocard, der noch während der Mai-Revolte 1968 „élections — trahison" über die Barrikaden gerufen hatte, „Wahlen sind Verrat".

In diesem Jahr freilich hatte Rocard bei den Präsidentschaftswahlen gegen Poher und Pompidou für Frankreichs höchstes Staatsamt kandidiert.

Der Sohn eines Pariser Physikprofessors hatte zwar nur 3,61 Prozent der Stimmen erhalten, sich jedoch in seinen Wahlveranstaltungen als brillanter Kopf erwiesen. Rocard: „Mein gaullistischer Vater könnte bestätigen, daß ich ebenso ehrgeizige Vorstellungen von Frankreich habe wie General de Gaulle."

Wie Couve gehört Rocard zu Frankreichs Elite-Truppe der „inspecteurs des finances". Doch im Gegensatz zu Couve hat Rocard auch zwei Jahre lang in einer Fabrik gearbeitet — als Metall-Dreher.



Wahlkämpfer **Rocard**
„Vorstellungen wie de Gaulle"

Im Wahlkampf gegen Couve zog er jetzt von Haus zu Haus, damit — wie er meinte — „die Wähler sehen, daß ich kein Revolutionär mit einem Messer zwischen den Zähnen bin". Die Wähler sahen einen dynamischen jungen Mann, der verständlich von Reformen sprach, vom Prager Frühling, von Landflucht und Wohnungsnot, von Zahlen, Zinsen und Fortschritt.

Sogar De-Gaulle-Freund Gaston Palewski, Präsident des Verfassungsrats, lobte den jungen Sozialisten: „Rocard ist der einzige, der eine Kampagne wie de Gaulle geführt hat."

Couve hingegen sprach mit den Wählern wie mit unverständigen Kindern. Und als ihn Rocard vor der Stichwahl zu einem öffentlichen Rede-Duell herausforderte, lehnte der Ex-Diplomat und Ex-Premier vornehm ab: „Die Form ist ungehörig."

In der Stichwahl triumphierte Rocard mit Hilfe einer sonst in Frank-

* Seinen Platz im Parlament übernimmt automatisch ein Ersatzmann, den der Abgeordnete bereits vor den Parlamentswahlen bestimmt hat. Beim Ausscheiden aus der Regierung kann sich der ursprünglich gewählte Abgeordnete einer Neuwahl stellen.

Wir versichern kühne Träumer und harte Theoretiker, vor allem aber..... kluge Praktiker

PR 1003.1

Praktiker entschließen sich schnell, wenn man ihnen sagt, wie sie aus einem Hundertmarkschein „Hundert-und-mehr-Mark“ machen können. Nur — einer muß es ihnen erst mal sagen. Sehr gut kann das ein Mann vom DEUTSCHEN RING! Selbst ein kluger Praktiker in Sachen Geld.

Er entwickelt für jeden speziellen Fall einen Lebens-Sicherungs-Plan, der hilft, auf optimale Weise Vermögen zu bilden, der das Einkommen bei Krankheit und Unfall sichert und den Wert des Eigentums schützt. Einen Plan, durch den man Steuern sparen kann, der Zins und Zinseszinsen bringt und bei dem man auch noch am Gewinn beteiligt ist. Kurz, einen Plan, der eine sorgenfreie, sichere Zukunft garantiert.

Fragen Sie einen der über 2,2 Millionen RING-Versicherten nach seinen Erfahrungen mit uns. Und dann schreiben Sie oder rufen Sie uns einfach an. Sie finden uns in allen größeren Städten. Oder wenden Sie sich an unsere Informationszentrale in Hamburg 11, Ost-West-Str. 110, Tel.: 0411 / 34 91 4765-66



reich seltenen Allianz: Für den Sozialisten stimmten die sonst feindlich gesinnten Kommunisten und die bürgerlichen Zentristen.

Diese Kräfte hatten am 27. April auch mit Nein gestimmt, als Charles de Gaulle sein Verbleiben im Elysée-Palast von einem Referendum abhängig gemacht hatte. „Am 26. Oktober", so kommentierte das Massenblatt „Paris-jour" Couves Niederlage, „ist de Gaulle noch einmal besiegt worden."

VALLON

Verrat geißeln

Ein Abgeordneter der Nationalversammlung machte Frankreichs Staatschef den Prozeß.

„Mit Hilfe dunkler Machenschaften", ereiferte sich der Parlamentarier, und mit einem „Manöver ohne moralischen Skrupel" habe Georges Pompidou die Macht usurpiert. Dann nannte er seinen Präsidenten verächtlich einen Vertreter des Kapitalismus.

Der Ankläger war kein Kommunist, kein Sozialist, kein rechter Ultra — er war ein Gaullist: Louis Vallon, 68.

„Alles, was am Gaullismus entscheidend war", zürnte Vallon, „hat Pompidou verraten." Er habe „die Sozialreformen de Gaulles in hinterlistiger Weise bekämpft" und sich mit dem Kapital verbündet.

Vallon: „Wir wenden uns gegen den Betrug, der darin besteht, die Machenschaften der Reaktion unter dem Zeichen des Gaullismus durchzuführen." Und: „Pompidou ist das Gegenteil von de Gaulle."

Vallons Anklagen sind in einem Buch enthalten, das in der vergangenen Woche in Frankreich auf dem Markt erschien. Buchtitel: „Der Anti-de-Gaulle". Titelheld: Pompidou.

Linksgaullist Vallon fühlt sich als legitimer Sachwalter de Gaullescher Sozialideale. Besonders de Gaulles Idee der „participation", einer „Assoziation zwischen Kapital und Arbeit" (de Gaulle), glaubt Vallon gegen Pompidou verteidigen zu müssen — vermutlich zu Recht.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Vallon Mitglied der sozialistischen Partei SFIO und stieß 1942 zur Kerntruppe de Gaulles in London. Er leitete eine Abteilung des „Bureau central de renseignements et d'action", de Gaulles Geheimdienst.

Gemeinsam mit seinem Gesinnungsfreund René Capitant gründete Vallon später die linksgaullistische Splitterpartei „Union démocratique du travail" (UDT) — als Widerstandsgruppe gegen die von Pompidou beherrschte gaullistische Hauptmacht UDR.

Schon immer hatten die beiden linksgaullistischen Brüder den General bewundert und den Bankier aus der Auvergne gehaßt. Capitant nannte Pompidou einen Kretin.

Capitant war als einziger von 31 Kabinettsmitgliedern mit de Gaulle zurückgetreten. Capitant: „Pompidou, der Prokurist der Rothschild-Bank,

hat den Gaullismus auf den Weg der sozialen Reaktion geführt."

Tatsächlich haben unter Pompidous Ägide weniger die Sozialreformer vom Schlage Vallons und Capitants die Macht als vielmehr die Unternehmer-Freunde wie der Chef der Unabhängigen Republikaner, Valéry Giscard d'Estaing, der zentristische Landwirtschaftsminister Jacques Duhamel, aber auch der gaullistische Aufbauminister Albin Chalandon.

„Wir müssen soviel wie möglich der Privatindustrie übergeben", sagte Chalandon kürzlich, „und die Jungs dann mal machen lassen." „Chalandon spricht laut aus, was Pompidou nur flüstern kann", kommentierte die „International Herald Tribune".

Für Vallon war das zuviel. In seiner Wochenzeitung „Notre République" rief er zur Résistance auf. „Seit dem 18. Juni 1940 (der historischen Radiosendung de Gaulles an alle Franzosen) gilt immer noch das eine Losungswort: Widerstand."



Pompidou-Kritiker **Vallon**
„Dunkle Machenschaften"

Dem Generalswort freilich widerstanden jene, die sich auch als Sachwalter de Gaulleschen Denkens fühlen: die Orthodoxen der Gruppe „Présence et action du gaullisme", harter Kern der Gaullistenpartei UDR. Sie bezeichneten die Thesen Vallons als „sozialbolschewistisch". Vallon empört: „Die haben sich wohl im Namen geirrt. Die sollten sich ‚Présence et action du pompidolisme' nennen."

Frankreichs orthodoxe Gaullisten stimmten denn auch zu, als der Vorstand der UDR Louis Vallon am Dienstag letzter Woche einstimmig aus der Parlamentsfraktion ausschloß. Vallon danach zum SPIEGEL: „Die gaullistische Partei ist tot, es lebe der Gaullismus!"

Nur Charles de Gaulle selbst könnte den linken Getreuen noch retten. Vallon ist davon überzeugt: „Eines Tages wird er ein Machtwort sprechen und den Verrat seiner Epigonen geißeln."

„HÜTEN WIR UNS VOR DER MÜHLE POLITISCHER PROZESSE"

Die Verteidigung des Prager Reformkommunisten Josef Smrkovský

Schrittweise wurde der führende tschechoslowakische Reformer Josef Smrkovský nach der sowjetischen Intervention vom August 1968 entmachtet. Auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees vom 14. bis 17. November 1968 eröffneten die Partei-Konservativen eine Kampagne, in deren Verlauf Smrkovský zunächst im Januar 1969 sein Amt als Parlamentspräsident, im April seinen Sitz im Politbüro und Ende September seine Mitgliedschaft im Zentralkomitee verlor. Am 15. Oktober wurde Smrkovský nun auch als Vorsitzender der Volkskammer abgesetzt. Den massiven Vorwürfen der Konservativen auf dem November-Plenum 1968 hatte Smrkovský mit einer schriftlichen Antwort zu begegnen versucht, die erst jetzt in den Westen gelangte und die der SPIEGEL auszugsweise veröffentlicht. Smrkovský wandte sich in seiner Antwort unter anderem gegen die Anschuldigung der Zusammenarbeit mit dem SPIEGEL.

Smrkovský wurde vorgeworfen, sich nicht an die Vereinbarungen mit der UdSSR und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten in Čierná und Bratislava vom Juli/August 1968 gehalten zu haben. Dazu Smrkovský:

Ich bin der Meinung, daß ich für die Annahme der Ergebnisse der Konferenzen von Čierná und Bratislava durch die Öffentlichkeit auch manches Praktische getan habe. Ich stellte mich, um die versprochenen „Rapporte" abzugeben, und verteidigte die erreichten Ergebnisse, ohne Rücksicht darauf, daß ich deswegen von einem Teil der Öffentlichkeit hart angegriffen wurde.

Zum Beispiel auf dem Altstädter Ring, wohin ich unverzüglich auf Wunsch des Genossen Dubček noch in der Nacht gleich nach der Rückkehr aus Čierná gefahren war, weil niemand anderer (außer dem Genossen Šimon) sich dem aufgeregten und uninformierten Haufen von vorwiegend jungen Leuten stellen wollte. Darum glaube ich nicht, daß meine Einstellung gegenüber den Verhandlungen in Čierná (und in Bratislava) irritierend oder sogar unseriös war, wie das Genosse Kolder durch seine Bemerkung offensichtlich anzudeuten versucht.

Der konservative Genosse Drahomír Kolder hatte Smrkovský — ohne Berechtigung — beschuldigt, dem SPIEGEL die Niederschrift einer Unterredung mit dem sowjetischen Bevollmächtigten Kusnezow (SPIEGEL 42/1968) zugeleitet zu haben. Im Verlauf dieser Unterredung hatte Smrkovský laut Protokoll Kolder einen „demoralisierten Alkoholiker" genannt.

Ich verstehe den Genossen Kolder, daß er darüber verärgert ist, was der SPIEGEL durch den Abdruck der Aufzeichnung einer persönlichen Diskussion zwischen mir und dem Genossen Kusnezow über seine Person gebracht hat.

Die Sache hat zwei Aspekte. Zunächst einmal ist es die Tatsache der Indiskretion selbst, die weder von mir noch vom Kreis meiner nächsten Mitarbeiter ausgegangen war. In dieser Indiskretion sehe ich eine böswillige Absicht des Täters, mir einen Schaden zuzufügen beziehungsweise auch die Situation des Genossen Kusnezow zu erschweren, dessen positiver Anteil an der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Führung unserer Partei und der KP der UdSSR evident ist. Deshalb ersuchte ich die Generalstaatsanwaltschaft um eine Untersuchung, wie es zu dieser Indiskretion gekommen ist ...

Zweitens: Der angegriffene und mir auch sehr unangenehme Ausspruch über den Genossen Kolder, der in einem persönlichen Gespräch fiel, hätte nicht zu Protokoll genommen werden sollen. Im Verlauf des Meinungsaustausches und der Polemik führte ich einige Stellungnahmen und Tatsachen an, die sich auf den Genossen Kolder bezogen und die mir von Bürgern und Wählern aus dem Ostrauer Gebiet mitgeteilt worden waren.



Smrkovský (r.) auf der Čierná-Konferenz*: „Niemand wollte sich stellen"

Die Indiskretion, durch welche diese Aussprüche an die Öffentlichkeit gedrungen sind, bedauere ich nicht weniger als der Genosse Kolder. Alle, die meine Reden hier im ZK und in der Öffentlichkeit hörten oder lasen, werden gewiß zugeben, daß ich in der Kritik von Einzelpersonen sehr zurückhaltend war und daß diese Kritik sowie auch Geist und Ton meiner Reden korrekt waren.

Obwohl ich an der Indiskretion keine Schuld habe, bin ich bereit, mich bei dem Genossen Kolder für die Tatsache zu entschuldigen, daß diese Aussprüche in die Öffentlichkeit gelangten. Aber ich möchte hinzufügen, daß es auch von dem Genossen Kolder selbst abhängt, den Bürgern künftig keinen Anlaß zu ähnlichen Beschwerden zu geben, die unter den Leuten ausreichend verbreitet sind und dem guten Ruf der Partei nicht nützen.

Smrkovský äußert sich zu der Anschuldigung der Korruption:

Im Ostrauer Gebiet liefen zum Beispiel Aufzeichnungen um von der Rede des Genossen V. Nový** bei einem geselligen Zusammensein der Altkommunisten im Ostrauer Saal der Witkowitzer Eisenwerke „Klement Gottwald" am 5. November 1968. Den verbreiteten Aufzeichnungen zufolge soll er in dieser Rede die Verleumdungen wiederholt haben, die schon seit längerer Zeit auch anderswo ausgestreut werden:

„Welch ein selbstloser Mensch und Patriot er (Smrkovský) jedoch ist, davon zeugt die Tatsache, daß Laštovička als Vorsitzender der Nationalversammlung 8000 Kronen monatlich gehabt hatte, wohingegen Smrkovský sich sein Monatsgehalt auf 25 000 Kronen und die Míková*** ihres auf 8000 Kronen sowie 4000 Kronen für

* Mit Sowjet-Staatschef Podgorny, ČSSR-Staatschef Svoboda und Sowjet-Premier Kossygin am 31. Juli 1968 während einer Verhandlungspause.

** Vilém Nový, Altstalinist, ehemaliger Chefredakteur von „Rudé právo", 1949 verhaftet, seit 1963 — nachdem seine KP-Mitgliedschaft erneuert worden war — ZK-Mitglied, Rektor der Parteihochschule bis 1968 und wieder seit Juni 1969.

*** Marie Míková, von April bis Dezember 1968 stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung.



Smrkovský in Prag*: Das Zitat im SPIEGEL ...

Repräsentationszwecke erhöhen ließen. So haben sich die neuen Herren das Leben schön eingerichtet ... "

Die Tatsache: Nach meinem Antritt der Funktion des Vorsitzenden der Nationalversammlung wurden aufgrund des gültigen Regierungserlasses über die Gehaltseinordnung und den gesamten Gehaltsstopp der Zentralbehörden und -institutionen vom Jahre 1964 die Gehälter der Funktionäre und Angestellten der Nationalversammlung im Einklang mit dem erwähnten Erlaß neu geregelt. Die Nationalversammlung ist in diesem Erlaß dem Amt des Ministerpräsidenten gleichgestellt.

Weil ich grundsätzlich jedwede Fortsetzung der berüchtigten und unmoralischen Praxis der „Geldumschläge"** ablehnte, wurde dem Präsidium des ZK der Partei und dem Präsidium der Nationalversammlung ein Vorschlag unterbreitet, wonach dieser Erlaß endlich einmal respektiert werden sollte.

So ist es auch zu der Neuregelung des Gehalts des Vorsitzenden der Nationalversammlung und zu seiner Gleichstellung mit den Gehältern des Ministerpräsidenten und des Ersten Sekretärs gekommen, und zwar auf die Summe von 10 000 Kronen (nach offiziellem Kurs etwa 2500 Mark) monatlich, wobei der Vorsitzende der Nationalversammlung — ebenso wie die beiden anderen Funktionäre — über einen Repräsentationsfonds von 15 000 Kronen monatlich verfügt. Dieser Fonds wird auf einem Sonderkonto der Staatlichen Sparkasse deponiert ...

Nach den entsprechenden Normen wurden auch die Gehälter der Angestellten der Nationalversammlung neu geregelt. Durch diese Maßnahme wurden die Lohnpolitik in der Nationalversammlung in Ordnung gebracht und ein korrumpierender Mißbrauch der Löhne für politische Zwecke unmöglich gemacht.

Ähnlich ist es bestellt mit den böswilligen Gerüchten von gewissen Hunderttausenden, die ich im Rahmen der Rehabilitierung erhalten haben soll. Diese Verleumdungen sind sogar bis in die unteren Parteiorganisationen gedrungen, die mich nun danach ausfragen.

Ich war dreieinhalb Jahre in Untersuchungshaft in Ruzyňe und wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der (vorzeitigen) Entlassung aus dem Gefängnis Ende Oktober 1955 wurde mir am 5. Januar 1956 ein Schadenersatz von 41 000 Kronen, also etwa 1000 Kronen pro Monat der Inhaftierung gezahlt. In jener Zeit, da meine Frau mit zwei Kindern mittellos, die Familie verschuldet war, ich nach der Entlassung krank, arbeitslos, ständig bespitzelt und aus Prag ausgesiedelt war, hatte ich diese Summe nötig.

Die eigentliche Entschädigung wurde mir erst am 2. Oktober 1963 in Höhe von 136 043 Kronen angeboten. In dieser Zeit war ich schon angestellt, und darum habe ich von dieser Entschädigung nur 10 000 Kronen für Umsiedlungskosten nach Prag und für das bei der Aussiedlung aus Prag demolierte Mobiliar angenommen. Auf die Summe von 126 043 Kronen verzichtete ich zugunsten der Republik. Seit der Zeit habe ich kein Geld im Rahmen der Rehabilitierung erhalten. Für all diese Angaben gibt es schriftliche Belege.



Smrkovský-Feind **Kolder**
... verärgerte den Genossen

Zu den niedrigen Methoden, durch die ich diskreditiert werden soll, gehört auch die tückische Anschwärzung meiner Mitarbeiter, von denen man als einer gewissen „Gruppe" spricht ... Der Leiter meiner Kanzlei, Dr. Beer, wurde sogar beschuldigt, daß er der israelischen Spionageagentur Aufzeichnungen von Beratungen in Čierná übergeben hätte ...

Was den angeblichen Verrat betrifft, so war etwas Derartiges kaum möglich, schon darum nicht, weil in Čierná keine schriftlichen Dokumente außer dem veröffentlichten Kommuniqué angenommen wurden ... und die Genossen alle schriftlich gemachten Notizen noch in Čierná dem Genossen Soják*** übergeben haben.

Angesichts dieser Umstände kann ich solche Beschuldigungen nicht anders charakterisieren denn als böswillige und absichtliche Verleumdungen, die an die berüchtigten Beschuldigungen in den fünfziger Jahren erinnern und deren endgültiges Ziel offensichtlich meine Diskreditierung sein soll.

Hinzu kommt noch ein besonders empörender Umstand, nämlich die verschiedenen antisemitischen Anspielungen, die in diesem Zusammenhang verbreitet wurden. Unlängst wurden diese Genossen sogar gezwungen, sich unschöne Bemerkungen über irgendeinen „jüdischen Brain-Trust" anzuhören, den es wohl um mich geben soll. Es ist beschämend — vor allem für diejenigen, die mit einer solchen Behauptung kommen —, wenn ich auf diesem Forum erklären muß, daß alle meine Mitarbeiter sogar auch nach den abscheulichen Hitlerschen Nürnberger Gesetzen „Arier" sind.

Ich irre mich vielleicht nicht allzusehr, wenn ich sage: Das Endziel des Trommelfeuers auf die Parteiführung, das wir uns hier angehört haben, ist nicht nur, die von uns tatsächlich begangenen Fehler zu beheben (was lobenswert wäre und was ich unterschreiben würde), sondern eine Veränderung dieser Führung. Und da man diese Veränderung nicht sofort und auf einmal erreichen kann, weil das weder die Partei noch das Volk akzeptieren würden, stelle ich mir die Frage, ob das nicht auf eine bestimmte, allmähliche, unauffällige, sagen wir: „schleichende" Weise erreicht werden soll.

Ich stelle mir die Frage, ob das Ziel nicht darin besteht, durch übertriebene Kritik und Angriffe zunächst, sagen wir, mich zu diskreditieren und auszuschalten, den Genossen Dubček zu isolieren, übermorgen ihn und überübermorgen vielleicht jemand anderen aufs

* Nach der Rückkehr aus Čierná berichtet Smrkovský Zehntausenden von Pragern über die Konferenz-Ergebnisse.

** Anspielung auf früher übliche Sonderzuwendungen an Funktionäre

*** Damals Sekretär des Parteichefs Dubček.



Citizen Zeit
Die Zeit der Morgen-Welt hat schon begonnen:
Mit Menschen, die nach neuen Lebensformen streben, die ihren Traum einer fantastisch verwegenen Romantik erleben, die in einer schneeweißen Kunststoff-Wohnkugel über Ernährung aus den Ozeanen und elektronische Musik diskutieren. Das ist unsere Zeit. Wir nennen sie Citizen Zeit, denn die Citizen Uhren werden für sie geschaffen.
Citizen Crystal Seven: avantgardistisches Styling, 21 Jewels, automatic, Datum und Wochentag, Kristallglas
Citizen Uhren - Präzision aus Japan - im Uhren-Fachgeschäft
CITIZEN
QUALITY AT REALISTIC PRICES
CITIZEN EUROPE GmbH 2 HAMBURG 1, STEINDAMM 11
CITIZEN Österreich Adolf Schuss, Wien 7
CITIZEN Holland J. Hart N.V., Amsterdam

Korn zu nehmen — und so weiter, und zum Schluß das Rad in die Richtung auf den Vor-Januar-Kurs zurückzudrehen...

Ich mache mir keine Illusionen darüber, daß ich keine Fehler begangen hätte. Manches kann ich besser, manches schlechter, aber mit all meinen Fehlern kann ich es wagen, unter die Leute zu gehen, mich den Arbeitern, den Intellektuellen und den Jugendlichen, meinen Wählern zu stellen. Das ist einer meiner Hauptmaßstäbe. Und ich glaube, daß ich dabei keine Popularitätshascherei betreibe.

Auch in einem solchen Wespennest — und ich hatte es mir nicht ausgesucht, wie das mancher vermutet, aber ich ging dort hinein, als es brenzlig wurde — wie damals im „Slawischen Haus" (am 13. März 1968), konnte ich mit Recht empörte Jugendliche davon überzeugen, daß es der Sache schaden würde, wenn gerade sie auf die Straßen gingen, um Antonín Novotný vom Präsidentenposten zu stürzen.

Wie zu erwarten war, begann dann auf Initiative der Arbeiter von Vysočany und Kladno eine offene Kritik seines Verbleibens in dieser Funktion, und ich glaube, daß es so besser war. In dem brodelnden Kessel im Julius-Fučík-Park (am 20. März 1968) zögerte ich nicht, für das Bündnis mit der Sowjet-Union offen und entschlossen zu kämpfen, und ich habe diese Forderung auch in der Resolution jener Versammlung durchgesetzt.

Vergeßt nicht, wie stark die Jugend damals mit Unzufriedenheit geladen war. Sie ließ sich nichts vorschreiben. Hätten wir mit ihr nicht offen in den Versammlungen gesprochen, so wäre sie auf den Straßen erschienen, und wir wären gleich vom Anfang an in Machtkonflikte geraten. Statt dessen verhielt sich unsere Jugend im kritischen Frühling seriös, während es praktisch in ganz Europa Studentenunruhen gab.

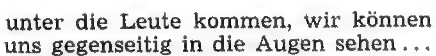
Vor dem August setzte ich mich vielen Konflikten aus, ich kämpfte für die Parteilinie ohne Rücksicht darauf, ob ich mir dadurch Schwierigkeiten schaffte oder nicht...



Prager Stalinist **Novotný**
„Wer ist das erste Opfer?"

Auch nach dem 21. August sagte ich unpopuläre Dinge; schon nach der Rückkehr aus Moskau sprach ich davon, daß uns die hochgepeitschten Emotionen nicht daran hindern dürften einzusehen, daß das Moskauer Protokoll einen möglichen Ausweg darstellt. In meiner Rede anläßlich des Münchener Jahrestags* habe ich mein Credo, was die Sowjet-Union betrifft, zum Ausdruck gebracht und gegenseitige Bemühungen um eine Erneuerung der guten tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen auf jener Grundlage gefordert, die sich aus der Erfahrung und der Tradition unserer neuesten Geschichte zusammensetzt.

Wieder war es unpopulär; ich fürchtete, daß es das schmerzlich verletzte Volk nicht akzeptieren würde. Es war erstaunlich — aber das Volk hat es akzeptiert. Auch dann konnte ich und kann ich mich ihm stellen, ich kann unter die Leute kommen, wir können uns gegenseitig in die Augen sehen...



Trotz aller tragischen Erfahrungen erheben sich Stimmen, die von neuem anfangen, die „Mühle"** anzukurbeln, in die man auf der einen Seite verschiedene Anschuldigungen, die einen Menschen der Ketzerei anklagen, hineinwirft und aus der auf der anderen Seite politische Prozesse herausfallen.

Die politischen Prozesse hatten ja ihre innere Gesetzmäßigkeit, die sich unabhängig von den ursprünglichen Absichten entfaltete und an die wir uns immer wieder erinnern müssen. Sie begannen immer mit der Kritik irgendwelcher politischer Fehler oder Mängel, die als ein Ausdruck des Einflusses der feindlichen Ideologie charakterisiert wurden. Von der allgemeinen Kritik ging man über zu immer konkreteren Beschuldigungen, bis man zu Anklagen gegen Personen oder Gruppen von Personen gelangte.

Darauf wurden diese Mängel oder Ansichten zu Straftaten erklärt. Die zuständigen Sicherheitsorgane mußten dann die angeblichen Straftaten um jeden Preis beweisen, vor allem die Verbindung zum Ausland, und zwar ohne Rücksicht auf die Wahrheit.

Das System der Provokationen, der Halbwahrheiten und der Verhöre, das sich auf einen grausamen physischen und psychischen Druck stützte, bildete die Voraussetzungen für die Vollendung dieses Werkes durch das Gericht, das nur noch ein schon vorher von den politischen Organen beschlossenes und ausgesprochenes Urteil zu fällen hatte.

Wir alle wissen sehr gut, daß die politischen Prozesse einen nie geschlossenen Kreis, eine nie vollendete Kette darstellten. Man kann da nur den Anfang bestimmen, aber nie das Ende. Wir sind imstande zu erkennen, wer der erste ist, aber wir wissen nicht, wer der letzte sein wird.

Die Erfahrungen der politischen Prozesse bestätigen unwiderlegbar, daß ihre Logik nicht wählerisch ist. Niemand hat die Garantie, daß gerade er von ihnen verschont bleibt. Niemand — nicht einmal derjenige, der bei ihren Anfängen als ihr Mit-Organisator dastand — kann sicher sein, daß er nicht einer von denen sein wird, die von diesen Prozessen verschlungen werden. So unerbittlich ist die Logik der Prozesse, denn ihre Produktion entschlüpft den Händen der ursprünglichen Organisatoren, ist unkontrollierbar, bleibt vor niemandem stehen, sondern trachtet nach immer neuen und größeren Opfern.

Kann sich unser sozialistisches Land so etwas noch einmal leisten? Welche Verantwortung hätten wir dann vor unseren Kindern und vor der Geschichte zu tragen?

Darum mahne ich: Lassen wir es nicht zu, daß diese „Mühle" noch einmal in Gang gesetzt wird, und hüten wir uns, hüten wir uns vor dem ersten Schritt...



Prager Strafanstalt Ruzyně: „Wer ist das letzte Opfer?"

* Am 30. September 1968, 30 Jahre nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens.

** Das Bild der „Mühle" für politische Prozesse stammt von dem 1968 gestürzten Partei- und Staatschef Antonín Novotný.



Sprengels neueste Schnapsidee: Brendli

Berühmte Obstbrände haben wir für Sie mit SPRENGEL-Schokolade umhüllt und „Brendli" getauft. In jeder Packung Brendli feiern Sie Wiedersehen mit Williams-Birne, Slivovitz, mit Aprikosenbrand, Waldhimbeer-Geist und Schwarzwälder Kirschwasser. Wann legen Sie einen „Obsttag" ein? Mit Brendli. Brendli gibt's jetzt überall. Aber nur von Sprengel.

SPRENGEL

BISCHÖFE

MITBESTIMMUNG

Kreislauf der Liebe

In geheimen lateinischen Papieren zählten katholische Bischöfe die Themen auf, über die sie im Oktober auf einer Außerordentlichen Synode in Rom reden wollten. Priester-Zölibat, Mischehe und die Pille sollten dazu gehören; so beschloß es beispielsweise die Deutsche Bischofskonferenz.

Aber als dann 18 Tage lang — bis zum Dienstag vergangener Woche — die Synodalen im düsteren „Saal der zerbrochenen Köpfe" saßen, sprachen sie doch nicht über die Probleme, die in aller Welt die katholische Kirche erschüttern. Sie schwiegen dazu, weil Papst Paul VI. es so wollte.

Denn die Synode ist kein Parlament, sondern allenfalls eine Art Beirat des Papstes. Er hat festgelegt, wer kraft Amtes teilnehmen darf, und im übrigen einen Teil der Synodalen selber ausgewählt. Paul VI. bestimmte auch, worüber die Synode beraten und wie lange sie tagen durfte. Jeder Beschluß bleibt ein wertloses Stück Papier, solange er ihn nicht billigt.



Bischofssynode mit Paul VI.: „Wie in

Ihr einziges Thema durften die Mitglieder der Synode, darunter 93 Vorsitzende der nationalen Bischofskonferenzen, denn auch nur behutsam behandeln: Wie Papst und Bischöfe die Kirche regieren sollen.

Spärlich waren die Zeichen des Wohlwollens, die Paul VI. seinen Spitzen-Hirten gab. Er sprach von der „Kollegialität", die ihn mit den Bischöfen verbinde, und er saß zumeist schweigend im Saal. Frühere Bischofsversammlungen hatte er — wenn überhaupt — nur aus der Distanz per Haus-Tele verfolgt und lediglich zu feierlichen Anlässen besucht.

Der schweigende Papst und die redenden Bischöfe ließen das Führungsproblem ungelöst, an dem die ka-

tholische Kirche seit hundert Jahren krankt.

Das Erste Vatikanische Konzil (1869/70) hatte verkündet, daß der Papst „die volle und oberste Jurisdiktionsgewalt über die ganze Kirche“ und „die ganze Fülle dieser höchsten Gewalt“ allein besitze und daß er unter bestimmten Bedingungen sogar unfehlbar sei.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962/65) hatte diese Dogmen zwar bekräftigt, aber auch beschlossen, daß die Bischöfe „gleichfalls Träger der höchsten und vollen Gewalt“ seien — freilich nur gemeinsam mit dem Papst „und niemals ohne dieses Haupt“.

Noch immer gilt als kirchliche Binsenweisheit, daß die Bischöfe zwar nicht ohne den Papst handeln dürfen, aber umgekehrt der Papst sehr wohl ohne die Bischöfe handeln kann.

Den folgenschwersten Konflikt mit seinen Bischöfen beschwor Paul VI.



einer Monarchie vor der Revolution“

herauf, als er sie Mitte 1968 mit seinem Pillen-Verbot in der Enzyklika „Humanae vitae“ überraschte. Mehrere Bischofskonferenzen, darunter die deutsche, mochten dem Papst nicht beipflichten und stellten es ihren Gläubigen frei, nach gründlicher Gewissens-Prüfung sich für die Pille und gegen den Papst zu entscheiden.

Die meisten deutschen Bischöfe wurden sich hinter verschlossenen Türen einig, daß solche einsamen Fehl-Entscheide des Papstes die Autorität der Kirche gefährden und deshalb möglichst verhindert werden sollten. In ihrem Auftrage bat Kardinal Döpfner, „die Situation in der Kirche nach der Veröffentlichung von ‚Humanae vitae‘“ und die „Krise der Autorität des Papstes und des Episkopats“ auf der Oktober-Synode zu erörtern.

Was die Deutschen nur diskret und lateinisch anregen mochten, sagte der belgische Kardinal Suenens öffentlich. Er verlangte, daß es in der Kirche nicht zugehen dürfe „wie in einer absoluten Monarchie vor der Französischen Revolution“; die Bischöfe seien nicht

Nordmende Schwarzweiß-Fernseher Spectra-electronic 90

Wahlsieger 69!

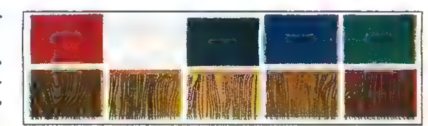
Seit Jahren liegt er weit vorn in der Wahl der Käufer: Spectra-electronic 90 von Nordmende. Seit Jahren ist er der Bestseller!

Was macht ihn auch 1969 zum Wahlsieger? Wer Spectra kennt, weiß: Es ist vor allem die unvergleichliche, gewinnende Spectra-Eleganz, für die immer wieder die Entscheidung fällt. Mit seiner wohltuend zurückhaltenden Schönheit fügt sich dieser Schwarzweiß-Fernseher harmonisch in jede Einrichtung ein. Bedenken Sie, wie wichtig das ist. Denn nur ein paar Stunden täglich sehen Sie fern – aber am Schick des Gerätes sollen Sie den ganzen Tag Freude haben!
Auch die Technik begeistert bei Spectra: Die Strato-Tasten und das Electronen-Auge sind nur zwei von vielen Finessen, mit denen Nordmende wieder führend ist.

Wenn Sie die Wahl haben: Wollen Sie sich für weniger entscheiden als für den Sieger? – Spectra-electronic 90.

Passend zu Ihrer Einrichtung! Denn: Spectra ist eben Spectra!

Wählen Sie unter 5 faszinierenden Schleiflack-Holzausführungen: Spectra-Rot, -Weiß, -Anthrazit, -Blau, -Grün und 5 edlen Hölzern: Edelholz mitteldunkel, Nußbaum natur, Rüster, Teak und Rio-Palisander. Auch in Holland, Österreich und in der Schweiz erhältlich!





„Ausführungsorgane der Zentralgewalt". Und er stellte zugleich einen Katalog von Forderungen auf, der als eine Art Programm für die Synode galt (SPIEGEL 23/1969).

Doch Paul VI. setzte keines der von Suenens und anderen Bischöfen genannten Themen auf die Tagesordnung der Synode. Die Synodalen fanden sich damit ab und versuchten, sich wenigstens bescheidene Rechte zu verschaffen.

So wurde in der deutschsprachigen Arbeitsgruppe unter anderem angeregt, jedem Bischof solle es während einer Synode erlaubt sein, unter „Verschiedenes" ein aktuelles Problem auf die Tagesordnung zu setzen. Doch sogar dieses Recht, in jedem Sportverein für jedes Mitglied selbstverständlich, ging den Konservativen unter den Synodalen zu weit. Eine Arbeitsgruppe, die sich nur lateinisch unterhielt, billigte auch andere Anregungen nur unter dem Vorbehalt, „wenn der Papst es für angebracht hält".

Unablässig warnten die Papisten vor den Gefahren, die allein der Papst zu bannen vermöge. Der französische Kardinal Daniélou, der vor der Synode sogar Verbrecher im Klerus erspäht hatte („Gewisse Priester sind Mörder am Glauben"), ermahnte seine Mit-Synodalen, sich um den Heiligen Vater zu scharen und nicht an dessen Vorrechten zu rütteln.

Immerhin: 13 Vorschläge unterbreitete die Synoden-Mehrheit unterwürfig dem Papst in der Hoffnung, daß Paul VI. „in seinem weisen Ermessen diese Mitarbeit annehmen wolle".

Der Kirchenmonarch allerdings billigte nur zwei von diesen Wünschen: Alle zwei Jahre will er künftig die Synode einberufen, und sie darf sich ein ständiges Sekretariat einrichten. Über die anderen Vorschläge will er nachdenken — einsam wie immer.

Wie gering die Chancen auf bischöfliche Mitbestimmung sind, deutete Paul VI. in einem Bilde an: Er allein sei das „Herz der Kirche", und er allein könne den „Kreislauf der Liebe" sichern.

ENTWICKLUNGSHILFE

INDIEN

Unter Druck

Für sechs Tage reisten vier Bonner Ministerialbeamte nach Indien — zum Einkaufen.

Sie bummelten durch die Basare von Neu-Delhi und Kalkutta, erwarben einen „Warenkorb" von insgesamt 432 verschiedenen Artikeln und verglichen die Preise mit denen in der Bundesrepublik. Darauf dekretierte Bonn:

Die Auslandszulagen deutscher Angestellter auf dem Hunger-Kontinent sind zu hoch, der „Kaufkraftausgleich" — jene Zusicherung, daß sich die Gehälter den steigenden Preisen angleichen — wird gekürzt.

Die Angestellten sind Entwicklungshelfer aus der Bundesrepublik, die — mit ihren Familien — 2000 Kilometer südlich von Neu-Delhi für Bonns aufwendigstes Geschenk technischer Entwicklungshilfe an Indien arbeiten.

Per Einschreiben aus der Heimat erfuhren die deutschen Professoren und Assistenten am „Indian Institute of Technology" (IIT) in Madras — einer von fünf vom Ausland finanzierten technischen Hochschulen Indiens —, daß sie von Januar nächsten Jahres an auf fast ein Viertel ihrer Monatsbezüge verzichten sollten.

„Sosehr wir den Herren ihre Indien-Reise gönnen", empörten sich darauf 44 Indien-Deutsche per Rundbrief, „verwahren wir uns dagegen, daß dieser Ministerial-Tourismus aus unseren Gehaltskürzungen finanziert wird."

Am 22. September legte darauf der „Deutsche Stab" in Madras die Arbeit nieder und informierte das Generalkonsulat über den Abbruch jeglichen Schriftverkehrs mit den heimatlichen Entwicklungshilfe-Behörden.

Dann begannen die Professoren einen Dienst nach Vorschrift — und da diese Vorschriften in den Dienstverträgen nicht näher definiert sind, erlag der Lehrbetrieb in dem 60-Millionen-Mark-Projekt fast völlig. Nach einem Brief mit der Bitte um Verständnis an ihren — indischen — Formalvorgesetzten

- legten die Deutschen sieben der neun Fakultäten wegen „grober Verstöße gegen die ... Unfallverhütungsvorschriften" still;
- wiesen sie eine Beteiligung an 18 von indischen Kollegen einberufenen Sitzungen sowie Aufträge der indischen Industrie zurück, weil sie vertraglich nicht dazu verpflichtet sind;
- benutzten sie den umständlichen „indischen Dienstweg" für Reparaturen — besonders an den unentbehrlichen Klimageräten —, anstatt „eben mal selbst, unbürokratisch wie bisher, zuzupacken".

Die Folge: Jede praktische Ausbildung der Studenten und die meisten Labor-Übungen fielen aus, hochempfindliche Filme verdarben, dringend benötigte Ersatzteile und Maschinen blieben in den Hafen-Lagern.

Grund zur Klage meinen die Entwicklungshelfer in Madras schon lange zu haben: „Wenn wir schon unsere gesicherten Beamten-Posten an deutschen Hochschulen oder Stellungen in der Industrie aufgeben, muß wenigstens die Kasse stimmen." Denn in Bonn sitzen, so das Aktionskomitee, „Weisungsbefugte ohne Sachkenntnis und Fachkundige ohne Weisungsbefugnis" in insgesamt elf Behörden:

Gehälter zahlt das Innenministerium, Gelder bewilligt der Finanzminister, das Auswärtige Amt legt die Auslandszulagen fest, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) bestimmt Gastprofessuren, und das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit plant die Projekte. Verträge macht die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer, die „Gawi" in Frankfurt. „Die haben nicht einmal einen Achtel-Fachmann", zürnt Madras-Professor Jürgen Plähn. In den Verträgen mit der Gawi war ein Kaufkraftausgleich garantiert. Professor Zuern: „Wir faßten das als Schutz-Paragraph auf."



Bonn-Beauftragter **Kerckhoff** (r.) in Madras*: „Die Kasse muß stimmen"

Die Botschafter des technischen Know-how werden nach den deutschen Beamtentarifen besoldet. So verdient etwa ein Oberregierungsrat im Deutschen Stab Madras ebensoviel wie ein Legationsrat Erster Klasse — nach Besoldungsgruppe A 14: mit Kaufkraftausgleich und Tropenzulage etwa 4000 Mark monatlich.

1967 zahlte das Bundesinnenministerium zwar noch 30 Prozent des

* 1959 bei der Grundsteinlegung des „Indian Institute of Technology" mit IIT-Direktor Ramachandran (l.).

Grundgehalts als Kaufkraftausgleich, doch schon im Juli letzten Jahres strichen die Bonner Beamten ein Drittel der Zulage — rückwirkend. Und obwohl die Indische Notenbank eine Preisspirale von mehr als zehn Prozent in nur sechs Monaten zugab und die angesehene indische Wirtschafts-Zeitung „Commerce" den steigenden Preisindex mit Statistiken belegte, blieben die Bonner Indien-Besucher bei ihrem Urteil.

„Angesichts des sensationellen Ergebnisses, daß unser Leben hier billiger ist als in Deutschland, sollte auch das Tagegeld der Kommission auf innerdeutsche Sätze gekürzt werden", höhnten die IIT-Professoren.

Die Kürzung des Kaufkraftausgleichs traf auch die deutschen Diplomaten in Indien. Doch die Diplomaten deuteten höchstens einmal in Briefen nach Bonn ihren Unmut an. Nur die Techniker griffen zu Kampfmaßnahmen.

Auf Klagen und Streikbotschaft erhielten die 44 Deutschen in Madras telegraphische Rückantwort vom Bonner Entwicklungshilfeministerium: „Unter Druck verhandelt der Minister nicht."

Dann verhandelte Bonn doch: Mitte Oktober erschienen drei Ministerial-Beamte als Friedensemissäre in Madras. Mit lockenden Angeboten (Referent Dr. Gebhard Kerckhoff: „Wollen Sie lieber die Ihnen zustehende Gehaltsgruppe oder eine Vertragsverlängerung?") versuchten die Beamten, die Madras-Rebellen zu beschwichtigen. Vollmachten hatten die Staatsbesucher freilich nicht.

Vorsorglich sicherte sich nach diesem Besuch der Deutsche Stab durch gegenseitige Unterschrift gegen Repressalien aus Bonn ab. Bei auch nur einer Kündigung wollten die Wisenschaftler den „totalen Streik" ausrufen.

Denn indische Kollegen hatten den Deutschen zugeflüstert, daß Dr. Kerckhoff dem indischen Vizedirektor des IIT schnellen Ersatz für eventuell gekündigte Experten zugesichert habe — auch für 25 Prozent weniger Gehalt.

Die Solidarität der deutschen Professoren war am Ende jedoch stärker als alle „Warenkorb"-Berechnungen. Letzte Woche erhielten die Streikenden frohe Kunde aus Bonn: Das Innenministerium hatte die Gehaltskürzung aufgehoben.

NOBELPREISE

ÖKONOMIE

Gemessene Größen

Die Ideen der Ökonomen und politischen Philosophen – ob sie richtig sind oder falsch – regieren die Welt.
John Maynard Keynes

Alfred Nobel, Gründer der ersten internationalen Monopole und einer der reichsten Kapitalisten des 19. Jahrhunderts, hatte seine Preise „Träumern" zugedacht, die die Welt verbessern. Er glaubte freilich, nur



Nationalökonom **Frisch**
In Bonn verpönt

Naturwissenschaftler bastelten „Bausteine für das Glück kommender Geschlechter". Die Wissenschaft vom Volkswohlstand und seiner Verteilung jedoch erschien dem Industriellen, der täglich 40 000 Goldfranc verdiente, für den Fortschritt der Menschheit ohne Belang.

Nun, 73 Jahre nach dem Tod des Stifters, wurde der Irrtum korrigiert. Am Montag vergangener Woche verlieh die Schwedische Akademie der Wissenschaften zum ersten Male einen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaftler.

Erste Preisträger sind die beiden Senioren der modernen mathematischen Nationalökonomie,

- ▷ der Holländer Jan Tinbergen, 66, Professor für Entwicklungsplanung an der Niederländischen Hochschule für Ökonomie, sowie
- ▷ der Norweger Ragnar Frisch, 74, Emeritus der Universität Oslo.

Die Auszeichnung, die wie die Preise für Physik und Chemie mit 265 000



Nationalökonom **Tinbergen**
Von Türken geschätzt

Mark dotiert ist, war im vorigen Jahr von der Schwedischen Reichsbank gestiftet worden. Denn heute — so Reichsbankchef Per Åsbrink — „würde Alfred Nobel sicherlich auch die Wirtschaftswissenschaftler in seinem Testament bedenken".

„In der Fachwelt", so meinte die Londoner „Times", ist kaum jemand mit dieser Entscheidung der Jury unzufrieden." Denn Tinbergen und Frisch, die Geld und Ehre zu gleichen Teilen für ihre Verdienste „um die Entwicklung und Anwendung dynamischer Modelle und die Analyse wirtschaftlicher Prozesse" erhielten, haben den Nationalökonomen ein zukunftsträchtiges Betätigungsfeld erschlossen — die Wirtschaftsplanung.

Der gelernte Goldschmied und Freizeit-Imker Frisch entwickelte als erster jene Wissenschaft, die heute als bestes Hilfsmittel für eine wirksame Konjunkturpolitik gilt: Die Ökonometrie, laut Mit-Preisträger Tinbergen „die mathematische Wirtschaftstheorie, die mit gemessenen Größen arbeitet". In ökonometrischen Modellen wird im Gegensatz zur reinen Theorie mit Zahlen gearbeitet, die Sozialforscher in der Feldarbeit ermittelt haben. Und die Abhängigkeit verschiedener Größen, beispielsweise die Beziehung zwischen Einkommen, Konsum und Preisen, wird mit Hilfe mathematischer Gleichungen ausgedrückt.

„Wenn man wirklich die Wechselwirkungen zwischen den antagonistischen Interessen einer Gesellschaft, zwischen den Zielen verschiedener Wirtschaftszweige und den Verhaltensformen der sozialen Schichten sehen" will, so lehrt Frisch, kommt niemand mehr um das mathematische Werkzeug herum. Frisch: „Einfache Erklärungen über wirtschaftliche Zusammenhänge, die der größte Teil der Bevölkerung verstehen kann, sind natürlich eindrucksvoller, aber für die Wirtschaftspolitik in der Nachkriegsgesellschaft reichen sie nicht mehr aus."

In der Tat hat das von Frisch angeregte Konzept, das Tinbergen weiter ausbaute, allen früheren nationalökonomischen Erkenntnissen eines voraus: Die Folgen wirtschaftspolitischer Eingriffe wie etwa eine Diskonterhöhung oder die Aufwertung der Mark werden im voraus meßbar.

Schon vor Jahren hat die neue Disziplin die Wirtschaftspolitik revolutioniert. Der holländische Nobelpreisträger Tinbergen leitete von 1945 bis 1955 das zentrale Planungsbüro seines Landes und entwarf damals das erste ökonometrische Modell der Niederlande, das heute noch die Richtzahlen für die Wirtschaftspolitik liefert. Auch Tinbergens Preiskollege Frisch entwickelte bereits vor mehr als 20 Jahren neuartige Entscheidungsmodelle für die Wirtschaftspolitik seines Landes. Und fast alle Chefs der norwegischen Planungskommission, die nach dem Krieg aufgebaut wurde und seither mit Hilfe eines einfachen ökono-



Schenken Sie die Astor-Dose.
Einem Raucher - zum Genuß.
Einem Nichtraucher zum Anbieten.
Sich selbst und Ihren Gästen.
Die berühmten 50 Astor -
erlesener Geschmack
in geschmackvoller Dose. DM 5,50.
ASTOR
esonderes Weihnachtspapier.
ine hübsche Schleife.
Die Cigaretten geschmackvoll in einer Dose.
n den kleinen Dingen zeigt sich,
ver mit Liebe schenkt.

metrischen Modells die Wirtschaft steuert, waren seine Schüler.

Der Ruhm der beiden Planungsexperten und ihre Methoden drang über die Türkei, deren Wirtschaftslenker Tinbergen um Rat baten, bis nach Ägypten und Indien, deren Wirtschaftspolitiker sich von Frisch unterweisen ließen — über die deutsche Grenze nach Bonn jedoch kam er nicht. Denn während der Vorherrschaft der Christdemokraten waren quantitative Methoden und Rationalität in der Wirtschaftspolitik verpönt. „Man pflegte die Vorstellung", so kritisierte Deutschlands bekanntester Ökonometriker, der Bonner Ordinarius Wilhelm Krelle, „daß die unsichtbare Hand alles am besten regelt."

Von der SPD/FDP-Koalition jedoch erwartet der Wissenschaftler, „daß endlich alle irrationalen Hemmnisse gegen eine vernünftige Politik abgebaut werden". Die Wissenschaftler haben sich schon für die neue Ära gerüstet und mühen sich, den Vorsprung ihrer ausländischen Fachkollegen einzuholen. Westdeutschlands Ökonometriker basteln sogar seit Monaten an einem Planungsmodell für die Bundesrepublik, das laut Krelle „perfekter" sein wird als die meisten ausländischen Konzepte.

Doch Chancen auf einen Nobelpreis hat hierzulande vorläufig keiner. Krelle: „Wenn ich die Kollegen und ihre Leistungen ansehe, wird es wahrscheinlich auf Jahre hinaus keinen deutschen Preisträger geben."

SPIONAGE

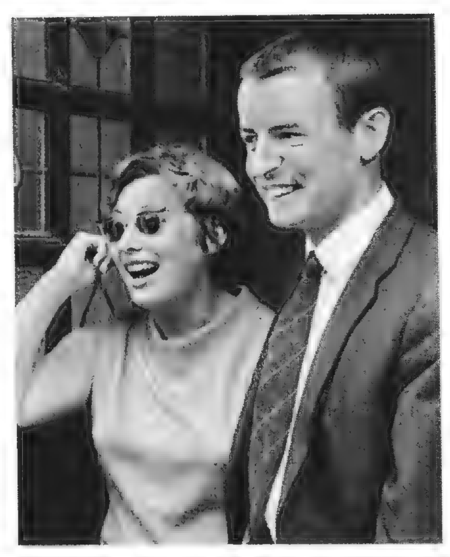
AGENTEN-TAUSCH

Lachs und Kaviar

Das ältliche Ehepaar in der Ersten Klasse der BEA-Linienmaschine London—Warschau, das laut Flugschein „Miller" hieß, auf den Fahndungslisten des amerikanischen Geheimdienstes CIA hingegen als „Cohen" geführt wird, prostete sich händchenhaltend zu und signierte dann die Menü-Karte: „Alles Gute, herzlichst: Peter J. Kroger, Helen J. Kroger."



Sowjetagenten **Helen, Peter Kroger**
Von den Briten ausgeliefert



Britischer Flugblatt-Verteiler **Brooke***
Von den Sowjets aufgewertet

So nannten sich die beiden in England — und als ihr Trident-Jet am vorletzten Freitag auf dem Warschauer Flughaben Okecie landete, war dem sowjetischen Geheimdienst KGB wiederum die Heimführung zweier wertvoller Agenten geglückt.

Die beiden Krogers, er 59, sie 56, waren Anfang 1961 in England gemeinsam mit dem sowjetischen Meisterspion Gordon Arnold Lonsdale und den englischen Amateur-Agenten Henry Houghton und Ethel Gee verhaftet worden: Sie hatten im „Entwicklungszentrum für Unterwasserwaffen" in Portland (Südengland) Skizzen und Photographien der „Dreadnought", des ersten britischen Atom-U-Bootes, beiseite geschafft und an die Sowjet-Union weitergeleitet.

Gemeinsam wurden sie auch am 22. März 1961 verurteilt: Lonsdale zu 25 Jahren, die Krogers zu je 20 Jahren, Henry Houghton und Ethel Gee zu je 15 Jahren Gefängnis.

Doch schon kurz nach dem Urteilsspruch ließ Moskau das Londoner Außenministerium wissen, der Kreml sei an einem Austausch der Spione gegen britische Staatsbürger interessiert, die wegen ähnlicher Delikte in der Sowjet-Union einsaßen.

Die Briten waren dem Handel nicht abgeneigt, obwohl die ausspionierten Portland-Geheimnisse die Sowjets in den Stand versetzten, bis 1972 ein wirksames Abwehrsystem gegen westliche „Polaris"-Raketen zu entwickeln.

Als ersten Sowjet-Spion ließen die Engländer — im April 1954 — Gordon Lonsdale frei und erhielten dafür aus Moskau den Kaufmann Greville Wynne. Der Direktor einer britischen Osteuropa-Handelsfirma und Nachrichtenkurier des britischen Geheimdienstes war im Mai 1963 zu acht Jahren Haft verurteilt worden.

* Nach seiner Rückkehr mit Ehefrau Barbara in London.

Ab Juli 1965 versuchte das KGB, auch die Eheleute Kroger in den Osten zu holen. Doch das britische Foreign Office lehnte ab: Der vom KGB als Tauschobjekt offerierte Londoner Sprachlehrer Gerald Brooke war im Vergleich zu den Krogers nur ein kleiner Fisch.

Brooke, Dozent für Französisch und Russisch am Londoner „Holborn College", war im April 1965 mit 26 Studenten in die Sowjet-Union gereist.

In einer Baumwollweste mit Geheimtaschen unter den Achselhöhlen hatte er Propagandabriefe der Emigranten-Organisation NTS nach Moskau geschmuggelt und dort in Briefkästen eingeworfen. Fernziel der NTS laut Flugblatt: die Völker der Sowjet-Union „durch Revolution vom kommunistischen Joch zu befreien".

Am 25. April 1965 übergab Brooke — anscheinend ahnungslos — ein Photoalbum und einen Waschzeugbeutel an einen Dr. Juri Konstantinow. Doch Album und Beutel enthielten in verborgenen Fächern Nachrichten, Geld und Geheimcodeschlüssel — und der Dr. Konstantinow war nur Scheinagent. Während des Treffs stürmten vier KGB-Leute in Konstantinows Wohnung und verhafteten den Briten.

In einem Schauprozeß im Theatersaal des Moskauer Künstlerhauses wurde Brooke vor 400 Zuschauern zu einem Jahr Gefängnis und vier Jahren Arbeitslager verurteilt — gemäß Paragraph 70 des Strafgesetzbuches der Russischen Sowjetrepublik, der bereits das Verbreiten feindseliger Ansichten und Ideen gegen Sowjetmacht und -volk unter Strafe stellt.

Als die Briten den Austausch des harmlosen Brooke gegen die Krogers ablehnten, versuchten die Sowjets, ihren Häftling aufzuwerten.

Durch wenig Schlaf, wenig Essen — Geschenk-Pakete aus England wurden konfisziert — und immer neue Verhöre wollten die KGB-Offiziere den Londoner Lehrer dazu bringen, noch mehr Schuld zuzugeben: Brief-Träger Brooke sollte bekennen, er habe im Auftrag des britischen Geheimdienstes Spionage betrieben. Doch Brooke weigerte sich, ein bereits vorformuliertes Geständnis zu unterschreiben.

Die Gehirnwäsche im Arbeitslager Dubraw, wo die Häftlinge täglich zwölf Stunden lang bis zu 250 Schachfiguren schnitzen mußten, wurde nur vorübergehend unterbrochen: Wegen heftiger Magen- und Darmbeschwerden mußte Brooke für sechs Wochen ins Gefängnislazarett eingeliefert werden.

Kaum war der Brite wieder halbwegs kuriert, da hatten die KGB-Offiziere auch schon ein neues Brooke-Delikt entdeckt. Der Spion Brooke, so behaupteten sie, habe im Krankenhaus Mithäftlinge für den englischen Geheimdienst angeworben. Zum Beweis zeigten sie Brooke die Adresse eines Häftlings, die sie im Futter von Brookes Jacke gefunden hatten, und lasen ihm Geständnisse der angeblich Angeworbenen vor.

Wochenlang wurde Brooke in Einzelhaft gehalten, dann — ständig unter

Cointreau ist kein Likör. Sagen die Likörtanten.

Erste Likörtante:
„Na, nach Likör sieht
die Flasche
nicht gerade aus!"

Zweite Likörtante:
„Koantroh oder so ähnlich...
Diese französischen Namen
kann kein Mensch
aussprechen."

Dritte Likörtante:
„40% Alkohol –
viel zu viel
für einen richtigen Likör!"

Vierte Likörtante:
„Extra dry? Viel zu herb!
Zuckersüß muß er sein!"

Fünfte Likörtante:
„Für das Geld könnte er
wirklich eine schöne
Farbe haben!"

COINTREAU

„Cointreau ist nichts für Likörtanten", sagen seine Freunde.

Cointreau, der Individualisten-Liqueur mit dem leicht herben Aroma von Bitterorangen. Pur oder „on the Rocks". Und natürlich auch zum Mixen. Es gibt sogar Leute, die mischen ihn mit Champagner.

Druck der Vernehmungs-Offiziere — unterschrieb er ein Teilgeständnis. Am 28. April dieses Jahres — Brooke hatte seine Strafe bis auf ein Jahr abgesessen — ließ die Sowjetregierung das Foreign Office wissen, gegen Brooke werde nun ein neues Verfahren eröffnet, diesmal nicht nur wegen Verbreitung feindseliger Ideen, sondern wegen aktiver Spionage.

Erst nach dieser „Erpressung" (so die Londoner „Times") ging die britische Regierung auf den vier Jahre zuvor vorgeschlagenen Tauschhandel ein. Aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes von Brooke, so erklärte Außenminister Stewart im Sommer vor dem Unterhaus, sei London bereit, den Lehrer gegen die Krogers einzutauschen.

Die Sowjets hatten das Geschäft obendrein noch schmackhaft gemacht. Zusätzlich zu Brooke versprachen sie den Briten:

- ▷ die Freilassung der Engländer Anthony Lorraine, 29, und Michael Parsons, 24, die 1968 in Taschkent verhaftet worden waren, weil sie Haschisch im Gepäck hatten;
- ▷ die Erlaubnis für drei Briten, ihre russischen Verlobten nach rund vier Jahren Wartezeit heiraten und nach Großbritannien holen zu dürfen;
- ▷ die wohlwollende Prüfung des britischen Wunsches, daß Konsularbeamte Ihrer Majestät verurteilte Engländer in sowjetischen Gefängnissen dreimal jährlich besuchen dürfen.

Mit einer Iljuschin IL-62 flogen die Sowjets Brooke schließlich am 24. Juli heim nach London. Unterwegs servierten die russischen Stewardessen russischen Kaviar und Bœuf Stroganoff.

Ein Vierteljahr später war das britisch-sowjetische Tauschgeschäft endgültig beendet: Der BEA-Jet „Foxtrot Gulf" brachte die Krogers in den Osten. Unterwegs servierte ihnen der Steward Räucherlachs und Champagner, Marke „Bollinger".



Singapur-Soldaten (im Manöver): Zwc

SINGAPUR

STREITKRÄFTE

Harte Nuß

Die Republik ist etwa so groß wie Hamburg, hat aber über hunderttausend Einwohner mehr. Ihre Bürger gehören vier Rassen an und sprechen ebenso viele verschiedene Sprachen: Chinesisch, Malaiisch, Englisch und das südindische Tamil.

Schon das scheint bemerkenswert an Singapur, dem fünftgrößten Hafen der Welt, der seit vier Jahren als selbständiger Staat 117. Mitglied der Vereinten Nationen ist. Aber der Stadtstaat, im vergangenen Empire-Zeitalter Britanniens bedeutendste Basis in Asien, ist neuerdings noch um eine Rarität reicher: Die kleine Insel-Republik besitzt eine der modernsten und schlagkräftigsten Armeen Südasiens.

Die vom chinesischen Linkssozialisten Lee Kuan Yew regierte Handelsmetropole rüstet auf, weil spätestens im übernächsten Jahr jene 30 000 Briten-Soldaten abziehen werden, unter deren Schutz Singapur bisher florierte: Singapurs Pro-Kopf-Einkommen von jährlich 2200 Mark ist das höchste zwischen Japan und Israel.

Nach dem Ende der britischen Präsenz östlich von Suez stünde der Stadtstaat schutzlos da — zwei Millionen zusammengepferchte Insulaner, eingekreist von einer Übermacht potentieller Feinde, die seit jeher begehrlich nach der reichen Insel trachten:

- ▷ der Bundesstaat Malaysia (zehn Millionen Einwohner), dem Singapur von 1963 bis 1965 angehörte, bevor die Föderation aus rassischen Gründen zerbrach;
- ▷ die Inselrepublik Indonesien (116 Millionen Einwohner), die Singapur in einer zweijährigen „Konfrontation" vergeblich auszuhungern suchte.

Die Herrenvölker beider Nachbarn sind Moslems und — nach Rassenzuge-



ig Jets für die städtische Luftwaffe

Ein heißer Tip

(für kühle Rechner.)

Der neue Electronic-Rechner ICR 412 von Olympia. Er entschärft Rechenprobleme. Er macht komplizierte Rechenaufgaben zur Spielerei: Kaum haben Sie ihm eine Aufgabe gegeben, schon haben Sie das Ergebnis. Deshalb werden Sie mit dem ICR 412 anderen immer um die berühmte Nasenlänge voraus sein.

Sie glauben wir übertreiben? Sehen Sie sich den ICR 412 an! Er hat eine Ausstattung, die selbst bei Electronic-Rechnern alles andere als üblich ist. Eine 24-stellige Kapazität in sämtlichen Rechenbereichen. Eine Arithmetik-Rechentechnik. Einen rechnenden Speicher. Ein Memoriawerk als Gedächtnisspeicher. Eine Mehrzwecktastatur für Ziffereingabe und Dezimalstellen-Festlegung. Und einen Spannungsumschalter für alle Netzspannungen der Welt.

Dann wäre auch seine Form zu nennen. Hervorragend in Design und Farben. Prestigegewinn für jeden, der damit rechnet.

Und dann seine mehr als bescheidenen Abmessungen, die im krassen Gegensatz zu seiner Leistung stehen. Aber selbst darum macht ein Olympia ICR 412 keinen Wirbel. Er arbeitet lautlos. Ein stummer Diener. Aber ein treuer, den Sie stets bei der Hand haben.



Olympia International · Büromaschinen · Bürosysteme



hörigkeit — Malayen. Im gemischtrassigen Singapur hingegen dominieren die Chinesen (75 Prozent der Bevölkerung neben Malayen, Indern und Europäern).

Gegen die braune Übermacht holten die Gelben Hilfe von einem Staat, der eine ähnlich bedrohliche Situation bisher souverän gemeistert hat: von den 2,8 Millionen Israelis, die sich seit 20 Jahren gegen hundert Millionen Araber wehren.

Die Wahl der kampferfahrenen Wehr-Helfer aus dem Nahen Osten hat auch einen politischen Hintergrund. Singapur befürwortet — genau wie Israel — eine blockfreie Politik.

Als „Landwirtschaftsberater aus Mexiko" getarnt, trafen 1966 die ersten israelischen Militärexperten auf der Fernost-Insel ein. Sie begegneten damals bei den spärlichen Singapur-Streitkräften noch ihren Feinden: ägyptischen Ausbildern, die Singapur-Rekruten drillten.

Nach dem Juni-Krieg von 1967 verließen sich die Herren Singapurs lieber allein auf die Sieger: Einige Dutzend israelischer Offiziersveteranen begannen mit dem völligen Neuaufbau einer kleinen, gutgerüsteten und schlagkräftigen Insel-Armee.

Sie soll eine Stand-Stärke von 8500 Mann haben und bis 1974 über 70 000 ausgebildete und sofort einsatzfähige Reservisten verfügen. Nach israelischem Vorbild haben auch junge Frauen Wehrdienst zu leisten.

Die Israelis sorgten nicht nur für Ausbildung, sondern auch für Ausrüstung. Sie überließen den SAF (Singapore Armed Forces) 50 gebrauchte Panzer des französischen Typs AMX-13 sowie Panzerabwehr-Geschütze und modernstes elektronisches Gerät. Ferner halfen sie beim Aufbau einer eigenen Munitions-Industrie.

Ihre übrige Ausrüstung besorgten sich die Insulaner auf dem internationalen Waffenmarkt — und sie kauften stets das Beste: 20 000 Schnellfeuergewehre vom Typ M-16, wie sie Amerikas Expeditionskorps in Vietnam verwendet, 122-mm-Mörser, „Alouette"-Hubschrauber aus Frankreich und Vosper-Thorneycroft-Schnellboote aus England. Singapurs städtische Luftwaffe soll 20 britische „Hunter"-Jets erhalten.

Die Sicherheit ist der Hafenstadt teuer. Singapur, das mit dem Briten-Abzug fast ein Viertel seiner bisherigen Einnahmen verlieren wird, wendet für seine eigenen Streitkräfte hundert Millionen Dollar im Jahr auf — ein Drittel seines Staatsbudgets und etwa halb soviel wie die neutrale Alpenrepublik Österreich.

Doch nur mit diesem Opfer meint die Republik die Verheißung ihrer Nationalhymne „Majulah Singapura" — „Singapur gedeihe" — erfüllen zu können. Immerhin urteilte die angesehene „Far Eastern Economic Review" bereits: „Singapurs Militärmacht ist für jeden potentiellen Angreifer eine harte Nuß."

KENIA

STAMMESKÄMPFE

Hängt ihn

Kenyatta ist schlimmer als Hitler", brüllten 70 kenianische Studenten der Moskauer „Lumumba-Universität" und stürmten die Botschaft ihres Heimatlandes in der Sowjet-Hauptstadt.

Mit einer schweren Eisenstange setzten die aufgebrachten Studiker den Hausherrn, Botschafter Kayanda, außer Gefecht. Dann zertraten sie das Bild ihres Landesvaters Kenyatta und entzündeten die schwarz-rot-grüne Nationalflagge.

Die Botschafts-Stürmer in Moskau — alle Angehörige des Luo-Stammes — wollten, 7000 Kilometer von der Heimat entfernt, elf Stammesbrüder rächen, die am vorletzten Sonnabend von Leibwächtern des Kenia-Präsidenten Kenyatta erschossen worden waren.



Kenia-Staatschef **Kenyatta**
Opposition verboten

Kenyatta — Oberhaupt des Kikuju-Stamms — hatte an jenem Tag in der Luo-Stadt Kisumu am Victoria-See ein mit sowjetischer Hilfe erbautes Krankenhaus eingeweiht.

Nach der Feier umringten 5000 johlende Luos den Wagen des Präsidenten, einen Mercedes 600 mit Bar und Klima-Anlage. Sie verhöhnten Kenyatta, schrien mit erhobenen Fäusten ihren Kampfruf „Dume" (Stier) und bewarfen die Staatskarosse mit Steinen und Stühlen.

Da verloren Kenyattas Leibwächter die Nerven: Wahllos schossen sie in die Menge. Rund 80 Luos wurden schwer verletzt, elf starben.

Das Massaker vom Victoria-See war der vorläufige Höhepunkt im Kampf zwischen den beiden größten Stämmen des Zehn-Millionen-Staats: den 1,8

Millionen Kikujus und den 1,3 Millionen Luos.

Bis zum Sommer dieses Jahres hatten zwei Männer die tiefen Stammesgegensätze in der ehemaligen britischen Kolonie überbrückt: Der Kikuju-Führer „Mzee" (der weise Alte) Jomo Kenyatta, etwa 79, den auch die anderen Stämme als „Vater des Vaterlandes" achteten, und der Luo-Häuptling Tom Mboya, Planungsminister in Kenyattas Kabinett und möglicher Nachfolger des weisen Alten.

Das Gespann gewährleistete „Harambee" (Zusammenhalt), bescherte Kenia Stammesfrieden und brachte ihm den Ruf ein, „die hoffnungsvollste Nation in Ostafrika" zu sein („The New York Times").

Doch im Juli wurde Tom Mboya Opfer eines Attentats. Beim Einkauf auf Nairobis „Government Road" traf ihn die Kugel des Mörders Njenga Njoroge. Und Njoroge ist Kikuju.

In dem Attentat auf ihren letzten einflußreichen Stammesbruder in Kenias Regierung sahen die Luos prompt ein Komplott führender Kikujus — und Attentäter Njoroge bestätigte ihren Verdacht. „Warum holt ihr mich, warum nicht den großen Mann?" fragte er bei seiner Festnahme. Mit dem Ruf „Ihr habt Tom umgebracht" stürzten sich Luo-Horden auf Kikujus.

Der Mboya-Mord brachte nicht nur die Luos gegen die Kikujus auf: Als die Leiche Mboyas in dessen Geburtsort übergeführt wurde, riefen auch Mitglieder anderer Stämme: „Rache!" und: „Nieder mit der Kikuju-Regierung."

Lang aufgestauter Groll gegen die Vorherrschaft der Kikujus im unabhängigen Kenia schlug in offene Feindseligkeit um.

Die Luos und andere Stämme werfen Kenyattas regierender „Kanu"-Partei und den Kikujus hemmungslose Vetternwirtschaft in den Behörden vor. Sie klagen, daß Kikuju-Minister nur in Kikuju-Gebieten Straßen und Schulen bauen und sich Anfang des Jahres ihre Gehälter um 20 Prozent erhöhten — rückwirkend ab 1962.

Schon hoffte die oppositionelle „Kenya People's Union" (KPU) des linksextremen Luo-Häuptlings Oginga Odinga, die wachsende Verbitterung über die allmächtigen Kikujus bei den für 1970 erwarteten Parlamentswahlen nutzen zu können. Doch letzten Donnerstag verbot Kenyatta die einzige Oppositionspartei.

Mit magischen Riten schließen die Kikujus inzwischen die Reihen zum Kampf gegen die Luos und Baluhjas, gegen die Kambas und Massais. Wie einst im Mau-Mau-Geheimbund gegen die weißen Kolonialisten rotten sie sich nun gegen ihre schwarzen Brüder zusammen.

„Niemals soll ein anderer Stamm in Kenia regieren. Ich bin bereit, für das Kikuju-Volk zu kämpfen", schworen inzwischen Hunderttausende von Kikujus auf gespenstigen nächtlichen Eideszeremonien.

Nackt und nur mit einem Strick um den Hals legen sie die Eidesformel ab.



Anti-Kenyatta-Demonstration in Kisumu: Schwüre im Busch

Dann beißen sie in ein Stück rohes Fleisch, begießen das Bündnis mit einem Schluck Ziegenblut und zahlen ihre Eidgebühr.

Das Geld — je nach Einkommen sechs bis 50 Mark pro Eid, Mau-Mau-Veteranen zahlen die Hälfte — wandert in die Kasse der Regierungspartei.

Strenggläubige Christen, die den Eid verweigern, werden zusammengeschlagen. Den presbyterianischen Laienprediger Samwel Gethenji Mwai, der gegen den Eides-Zwang gepredigt hatte, brachte eine jugendliche Kikuju-Gang mit Haumessern um.

Auch den bisherigen Oppositions-Führer Odinga würden viele Kikujus am liebsten auf ähnliche Weise unschädlich machen: „Hängt Odinga!" forderten vorigen Dienstag gar Kanu-Abgeordnete in Kenias Parlament.

Kenyatta, der weise Alte, hatte vorgebeugt: Oginga Odinga und die übrigen Abgeordneten seiner Partei waren bereits verhaftet.

Stellen Sie Ihren Charakter auf die Feuerprobe.

- *Sie sitzen mit Kollegen in einem vornehmen Restaurant.* 1) Würden Sie Kartoffelpuffer bestellen, wenn Ihnen danach ist? 1 Punkt. 2) Würden Sie eher eine Spezialität mit mehreren Gängen bevorzugen? 3 Punkte. 3) Ließen Sie ein teures, ausgefallenes Gericht servieren? 6 Punkte. ☐
- *Sie brauchen einen neuen Anzug (Kostüm).* 1) Beauftragen Sie Ihren Schneider? 5 Punkte. 2) Gehen Sie in ein gutes Fachgeschäft? 4 Punkte. 3) Kann es ein sportlicher Cordanzug (Hosenanzug) sein? 2 Punkte. ☐
- *Nur für Herren: Ein hübsches Mädchen bittet Sie um Feuer. Sie haben zwar ein gutfunktionierendes, aber schlichtes Feuerzeug.* 1) Macht Ihnen das gar nichts aus? 2 Punkte. 2) Wären Sie froh, Sie hätten jetzt ein wertvolleres? 5 Punkte. 3) Ist Ihnen das sehr peinlich? 8 Punkte. ☐
- *Nur für Damen: Ein Herr bietet Ihnen Feuer.* 1) Ist es Ihnen sympathisch, wenn er ein attraktives Feuerzeug hat? 5 Punkte. 2) Ist es Ihnen egal, wie sein Feuerzeug beschaffen ist? 2 Punkte. 3) Imponiert es Ihnen, wenn er ein wertvolles, vergoldetes Feuerzeug hat? 8 Punkte. ☐
- *Sie kaufen eine Armbanduhr.* 1) Kaufen Sie eine, die vor allem zuverlässig ist? 1 Punkt. 2) Soll sie außerdem nach etwas aussehen? 4 Punkte. 3) Bevorzugen Sie ein Spitzenmodell mit allen Raffinessen? 6 Punkte. ☐

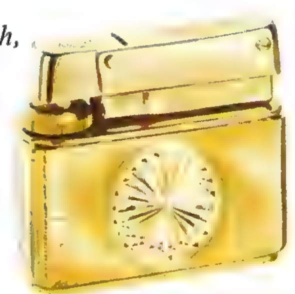
☐

Addieren Sie Ihre Punkte und überzeugen Sie sich, ob die folgende Charakterisierung auf Sie zutrifft.

8–11 Punkte *Sie sind ein Mensch der praktischen Vernunft. Mit ausgeprägtem Sinn für das Wesentliche. Bei aller Nüchternheit aber nicht ohne Humor und Selbstironie. Leichter Hang zum Einzelgängertum. Zu Ihnen paßt das ROWENTA-clac, die preiswerte Feuermaschine zum Nachfüllen. DM 12,90. Sechs Farben zur Auswahl.*

12–16 Punkte *Sie haben ein gutes Gespür für Proportionen, denn Sie sind gewohnt, die Dinge von verschiedenen Seiten zu betrachten. Von der nützlichen ebenso wie von der dekorativen. Das ROWENTA-top ist das richtige Feuerzeug für Sie. Ab DM 27,–.*

17–23 Punkte *Sie sind ein Mensch, der genau weiß, was er will. Aufgeschlossen für alles, was das Leben leichter und schöner macht. In Geschmacksfragen können Sie sich ganz auf Ihr Gefühl verlassen. In Ihre Hand gehört das ROWENTA-petit. Ab DM 26,50.*

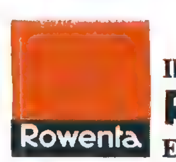


24–28 Punkte *Sie stellen an sich und das Leben sehr hohe Anforderungen. Sie besitzen die seltene Gabe, Wert und Erscheinung einer Sache in harmonischen Einklang miteinander zu bringen. Sie fühlen sich nur in kultivierter Umgebung zu Hause. Das ROWENTA-elegance wird Ihnen bestimmt gefallen. Ab DM 49,–.*



29–33 Punkte *Sie wissen sich im Leben durchzusetzen. Nicht mit den Ellenbogen, sondern mit sachlichen Argumenten und guten Umgangsformen. Von den Dingen, mit denen Sie sich umgeben, verlangen Sie ein Optimum an technischen Raffinement. Das Beste ist Ihnen gerade gut genug. Das ROWENTA-Spitzenmodell 'men de luxe' paßt zu Ihnen. Ab DM 48,–.*

Jedes dieser ROWENTA-Modelle gibt es in vielen verschiedenen Ausführungen. Sollten Sie trotzdem Ihr Feuerzeug noch nicht gefunden haben, werden Sie es sicher bei Ihrem Händler finden.



Ihr
Rowenta
Entwicklungsstudio

EMIGRANTEN

PICASSO

Leere Wand

In der Krätze seines Ochsenherzens, den Mund voll von der Wanzensülze seiner Worte" — so sah der Maler sein Modell. In 18 Radierungen, begleitet von verächtlichen Versen, stellte einst Pablo Picasso „Traum und Lüge Francos" dar.

Drei Jahrzehnte später müht sich der verhöhnte Generalissimus Francisco Franco Bahamonde, den in Málaga geborenen Künstler heim nach Spanien zu locken.

Am Mittwoch vorletzter Woche, drei Tage vor Picassos 88. Geburtstag, durfte Florentino Pérez Embid, Generaldirektor der Abteilung für Schöne Künste im spanischen Erziehungsministerium, vor der Presse verkünden: „Weder von seiten der Regierung noch von seiten des Regierungschefs bestehen irgendwelche Einwände gegen den berühmten Maler."

Grund für das allerhöchste Wohlwollen: Das Regime möchte „das größte Meisterwerk Picassos" (Pérez Embid) — das während des spanischen Bürgerkriegs geschaffene Gemälde „Guernica" — erwerben. Es soll das Prunkstück des Museums für Zeitgenössische Kunst werden, das auf dem Madrider Universitätsgelände entsteht.

Und das, obwohl Picassos Meisterwerk — so der Londoner „Guardian" — „den meisten Leuten als Protest gegen den Faschismus und gegen alles gilt, was General Franco verkörpert".

Picasso hatte das 3,51 mal 7,82 Meter große Wandbild 1937 im Auftrag der republikanischen Regierung Spaniens gemalt — unmittelbar nachdem deutsche Kampfflieger für den Nationalistenführer Franco die alte Baskenhauptstadt Guernica bombardiert und zerstört hatten.

Der Guernica-Maler zog nach Frankreich. Deutschen Soldaten, die ihn wenig



Umworbener Emigrant **Picasso,** Ehefrau „Traum und Lüge Francos"

später im besetzten Paris besuchten, schenkte er als Souvenir Postkarten mit dem Bombenbild.

Das Original deponierte Picasso im New Yorker „Museum of Modern Art". Seit 1944 Kommunist, „weil die Kommunisten in Frankreich, in der Sowjet-Union und in meiner Heimat Spanien die tapfersten Leute waren", schwor er, nicht heimzukehren, solange Franco regiert.

Und er blieb im Ausland — ebenso wie fast alle anderen bedeutenden spanischen Künstler und Intellektuellen, die während des Bürgerkriegs in die Opposition getrieben wurden:

▷ Der Cellist Pablo Casals, 1939 in den Pyrenäenort Prades ausgewichen, mied die Heimat bis auf einen Blitzbesuch anläßlich einer Beerdigung im Jahre 1955;

▷ der Dichter Juan Ramón Jiménez, 1936 nach Kuba und später nach Puerto Rico emigriert, erhielt 1956 den Nobelpreis für Literatur und



Umstrittenes Picasso-Gemälde „Guernica": „Größtes Meisterwerk"



Der 2,20 m Trainingsanzug.
Ein wahrer WEAR DATED® Fall.

»Meine Tochter ist in dem beigelegten Trainingsanzug schon 2,20 m gesprungen. Jetzt passierte das Mißgeschick. Ich möchte von Ihnen nun keinesfalls den Anzug ersetzt haben, hoffe nur, Sie haben den gleichen Stoff und man könnte eine neue Vorderbahn einsetzen. Sonst wäre es sehr schade.« **Frau Elfriede J., Eschweiler.**

Weshalb soll sich Frau J. Arbeit machen? Oder wir? Die Hose lag bei, der Kassenzettel lag bei, der Garantieschein auch: also zahlten wir den vollen Kaufpreis zurück.

Jetzt kann Frau J. einen neuen rekordträchtigen Trainingsdreß für ihre Tochter kaufen.

Denn die WEAR DATED® Garantie deckt auch dies. Wenn sich innerhalb eines Jahres der geringste Mangel zeigt - und sei's auch nur am Reißverschluß -, zahlen wir. Das verstehen wir unter 1 Jahr Trage-Garantie.

Diese Garantie käme uns teuer zu stehen, wenn wir uns nicht dreifach abgesichert hätten: 1. Einer macht eine gute Faser - wir, Monsanto. 2. Einer macht das bewährte »Helanca«, Merian. 3. Und einer macht daraus die richtige Kleidung: Elastrik z. B., Killer/Hohenz.



Mehr über WEAR DATED® erzählt Ihnen:
Monsanto (Deutschland) GmbH, 4 Düsseldorf, Immermannstraße 3

starb 1958 im Exil, ohne mit Franco versöhnt zu sein;

▷ der Schriftsteller und Historiker Salvador de Madariaga, seit 1936 als Emigrant in England, legte aus Protest alle seine Unesco-Ämter nieder, als Spanien 1952 in die Weltorganisation aufgenommen wurde.

Picassos Bilder durften jahrelang in Francos Staat nicht gezeigt, sein Name durfte nicht einmal gedruckt werden. Erst mit Beginn der sechziger Jahre, in der Zeit des Touristen-Booms und der wirtschaftlichen Liberalisierung, besannen sich Spaniens Mächtige wieder auf die Werbewirkung des Namens Picasso.

1961 fand in Franco-Spanien die erste Picasso-Ausstellung statt. Wenig später wurde in der Katalanen-Metropole Barcelona, wo der Maler aus Andalusien als junger Mann einige Jahre gelebt hatte, in einem gotischen Palast ein Picasso-Museum eingerichtet.

Als der Exil-Künstler dem barcelonesischen Museum im vorigen Jahr eine Sammlung von 59 Gemälden schenkte, forderte Barcelonas größte Tageszeitung, „La Vanguardia“, nun müsse endlich auch Picassos berühmtes „Guernica“-Bild als „Ausdruck des spanischen Genies“ nach Spanien geholt werden.

Im vergangenen Sommer schließlich versprach Luis González Robles, Direktor des in Bau befindlichen Museums für Zeitgenössische Kunst in Madrid: „Wir werden eine Wand freilassen für ein Fresko von dem Mann, den wir für Spaniens größten lebenden Künstler halten.“ Als zusätzliche Lockung verhieß der Museumsdirektor: „Er kann malen, was er will. Wir werden ihm keine Beschränkungen auferlegen.“

Doch den Mann, der seit sieben Jahrzehnten malt, was er will, schien die Offerte nicht zu reizen. Er blieb in Frankreich. Und auch auf den jüngsten Kontaktversuch der spanischen Regierung reagierte er bislang nicht.

Unterhändler Pérez Embid ist dennoch optimistisch. „Verhandlungen“, so erklärte er in Madrid, „sind im Gange.“

VERBRECHEN

USA

Befehle aus der Luft

In einem gepanzerten Geldtransporter fuhren zwei bewaffnete und uniformierte Männer vor dem Supermarkt der Gebrüder Schwegmann in New Orleans vor. Sie kassierten die Einnahmen in Höhe von 744 000 Mark, quittierten die Summe und verschwanden.

Wenig später rollte ein zweiter Geldtransporter an: Die ersten Uniformträger waren Gangster gewesen.



Polizisten in New Orleans (bei der Ausbildung): Heiße Spur in den eigenen Reihen

Acht Tage später, am 7. November 1966, stiegen Diebe durch das Dach in das Juweliergeschäft Coleman E. Adler & Sons in der Canal Street von New Orleans ein. Sie schweißten die Stahlkammer auf, sortierten fachkundig die wertvollsten Diamanten aus und verschwanden. Wert der Beute: vier Millionen Mark.

Die Polizei konnte weder die falschen Kassierer noch die Diamanten-Diebe aufspüren. Erst jetzt, drei Jahre später, stießen die Fahnder von New Orleans auf eine heiße Spur — in den eigenen Reihen.

Fünf Jahre lang, so ermittelten sie, waren Polizisten der Stadt, deren Unterwelt von der Mafia-Familie Marcello beherrscht wird, gemeinsam mit Gangstern zu Raubzügen und Diebstählen ausgerückt.

Sieben aktiven und fünf ehemaligen Polizisten konnten bislang 26 Gemeinschafts-Einbrüche nachgewiesen werden; auch bei den beiden großen

LAMY 2000 – das Schreibgeräte-Programm ohne Alternative

LAMY 2000, das ist das erste Schreibgeräte-Programm mit konsequentem Konzept: faszinierend durch „modern masculine design". Faszinierend durch neue Materialien. Durch neues Oberflächenfinish. Durch neue Technik. Wie abgefederten Klip aus Massiv-Edelstahl. Faszinierend durch völlig neues Erleben der eigenen Schrift.

Konsequent konzipiert, ist auch der neue Druckbleistift. Druckstabile 0,7-mm-Mine: permanenter Feinstrich ohne jedes Anspitzen. Automatische Bleiminenfolge. Eingebauter Radiergummi-Einsatz.

LAMY 2000, das ist eben der sichtbare Ausweis, daß man mehr hat als nur Geld. Nämlich auch Sinn für Design und Technik.

Für Männer, die viel schreiben und unterschreiben



LAMY



Füllhalter
DM 46,–

Kugelschreiber
DM 19,50

Neu: Druckbleistift
DM 22,50

Coups glauben die Ermittlungsbehörden Kollegen-Facharbeit zu erkennen.

Joseph Giarusso, Polizeichef von New Orleans, suspendierte acht weitere „Cops", weil sie den Test mit dem Lügendetektor scheuten.

Komplizenschaft zwischen Cops und Kriminellen ist nicht neu in den USA. Die Vorgänge in der Süd-Stadt New Orleans freilich erschienen dem US-Nachrichtenmagazin „Time" als so beispiellos, daß es vom „schlimmsten Polizeiskandal dieses Jahrzehnts" sprach.

Begonnen hatte dieses Jahrzehnt mit einem ähnlichen Skandal in der einstigen Gangster-Hochburg Chicago. Im Januar 1960 hob die Polizei dort eine Bande von 17 Kollegen aus, die geraubt und gestohlen hatte. Acht Gangster in Uniform erhielten Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 4000 Mark.

Chicagos Bürgermeister Richard Daley wußte bald nicht mehr, wem er in seinem Polizeiapparat noch trauen konnte. Für ein Jahresgehalt von 120 000 Mark stellte er einen Polizisten-Prüfer ein: Orlando W. Wilson, bis 1947 Chef-Entnazifizierer in der deutschen US-Besatzungszone.

Die Polizei von Denver im US-Bundesstaat Colorado deckte 1961 den „unglaublichsten Skandal in der modernen Polizeigeschichte Amerikas" (so eine offizielle Verlautbarung) auf: 46 Polizisten wurden verhaftet, als ein zu 32 Jahren Gefängnis verurteilter Polizist verriet, daß sie — zum Teil in Zusammenarbeit mit der Unterwelt — Hunderte von Verbrechen begangen hatten. Oft hatten die Polizisten ihre eigenen Verbrechen untersucht und dabei alle Spuren vernichtet.

Und in diesem Sommer flogen im New Yorker Stadtteil Brooklyn acht Polizisten auf, die vom Mafia-Boß und Glücksspiel-Organisator Samuel Vera mehr als 200 000 Mark jährlich als Schweigegelder kassiert hatten. Sie wurden entlarvt, nachdem Unbekannte einen Konkurrenten des Mafioso Vera krankenhausreif geprügelt hatten: Der Blessierte schwärzte Vera und dessen beamtete Komplizen an.

Wie in diesem Fall fliegen Polizisten-Gangs meist nur durch Rivalitäten verfeindeter Banden auf. Mit den herkömmlichen Ermittlungsmethoden ist ihnen kaum noch beizukommen: Immer häufiger setzen die uniformierten Verbrecher bei ihren Raubzügen ihre modernen Dienstausrüstungen ein.

In New Orleans gingen sie sogar außerdienstlich in die Luft. Und anstatt aus ihrem Hubschrauber zur Verkehrsüberwachung die Fahrzeuge auf den Straßen zu lenken, kreisten sie über dem jeweiligen Tatort und gaben ihren auf der Erde arbeitenden Kollegen über Sprechfunk Anweisungen. Aus der Luft machten sie günstige Fluchtwege aus und gaben Alarm, sobald sich anständige Kollegen näherten.

„Demnächst", so jammerte ein mit den Untersuchungen beauftragter Polizeioffizier in New Orleans, „setzen die Gauner auch noch unsere Computer ein."

Dieser 15M XL hat eine Reihe Extras. Darum kostet er mehr als seinen Grundpreis (DM 6993,–, ab Werk, einschließlich Mehrwertsteuer). Die vielen Kunden, die sich einen solchen 15M XL bestellen, finden den Preis niedrig. Und Sie? Vergleichen Sie doch einmal mit Wagen, die etwas mehr kosten.

Dazu liefern wir Ihnen hier eine Liste. Kreuzen Sie einfach alles an, was Ihr Vergleichswagen auch hat. Was am Ende übrigbleibt, das hat unser 15M XL eben mehr. Viel Spaß!

Viel Platz.

- ○ Platz für 5 Personen
- ○ 560-l-Kofferraum
- ○ keine störenden Radkästen
- ○ keinen Kardantunnel

Viel Komfort.

- ○ Teppichboden
- ○ hochwertiger Polsterstoff
- ○ Holzmaserung am Armaturenbrett, an den Türen, an den Fond-Seitenflächen
- ○ Vollkreisbelüftung mit Vario-Düsen
- ○ Ausstellfenster vorn und hinten
- ○ Zigarettenanzünder
- ○ beleuchtetes Handschuhfach
- ○ elektrische Uhr
- ○ Make-up-Spiegel
- ○ Kartentaschen für Fahrer und Beifahrer
- ○ Einzelruhesitze vorn

Noch mehr Komfort.

- ○ heizbare Heckscheibe
- ○ 12-Volt-Drehstromanlage
- ○ Stahlkurbeldach

Viel Temperament.

- ○ 1,7-l-V4-Motor
- ○ 75 PS
- ○ von 0 auf 100 km/h in 14 sec.
- ○ Spitze und Dauergeschwindigkeit 160 km/h
- ○ kleiner Wendekreis (10,8 m)

Viel Sicherheit.

- ○ Vorderradantrieb
- ○ Breitspurfahrwerk
- ○ Gürtelreifen
- ○ Knautschzone vor und hinter der Passagierzelle
- ○ Stoßstangenhörner mit Gummipuffern
- ○ Warnblinkanlage
- ○ Rückfahrscheinwerfer
- ○ Zweikreisbremssystem mit Scheibenbremsen vorn
- ○ Bremskraftverstärker
- ○ Sicherheitslenkrad mit Pralltopf und gepolsterten Speichen
- ○ gepolsterte Armaturenfront
- ○ Sicherheitsinnenrückspiegel

Wenig Kosten.

- ○ 8,3 l Normalbenzin auf 100 km (nach DIN)
- ○ DM 244,80 Jahressteuer
- ○ Versicherung (je nach Ihrer Rabattstaffel)
- ○ Preis (siehe oben und unten)

Wir haben einiges nicht aufgezählt (zum Beispiel Chromleisten, Radzierringe, Zierblenden, Lichthupe und mehr), um es Ihnen nicht allzu schwer zu machen.

Denn jetzt sind Sie dran:

Zeigen Sie uns mal ein Auto für 7965 Mark, das das alles hat.



„Sie werden alle ausgerottet"

1. Fortsetzung

Als sich die Brasilianer zu Beginn des 20. Jahrhunderts an den Gedanken gewöhnt hatten, daß ihre Einnahmen aus der Kautschukgewinnung im wesentlichen versiegt waren, entdeckten sie wieder ihre Verantwortung für die Indianer.

1908 wurde bekannt, daß allein die britische Kautschuk-Gesellschaft „Peruvian Amazon Company" 30 000 Indianer ermordet hatte, und die Gesetzgeber erinnerten sich an die Grundsätze, die der brasilianische Politiker José Bonifácio 1823 verkündete und die in der brasilianischen Verfassung verankert sind: „Wir dürfen nie vergessen, daß wir in diesem Lande Eindringlinge sind, aber auch nicht, daß wir Christen sind."

Aus dieser Stimmung wuchs die Entschlossenheit, derartige Greueltaten nie wieder geschehen zu lassen. So wurde 1910 der „Serviço de Proteção aos Índios" (SPI), der Indianerschutzdienst — eine in ihrem Altruismus in Amerika einmalige Institution — unter der Leitung von Oberst Rondon gegründet. Da Rondon selbst von Indianern abstammte, glaubte man, er sei besonders qualifiziert, die Belange der Indianer zu verstehen.

Rondon sah die Lösung des Problems darin, den Indianer völlig in das brasilianische Leben zu integrieren — ihn zu erziehen, seinen Glauben zu ändern, seinem Nomadentum ein Ende zu setzen, seine Hautfarbe durch Mischehen zu ändern, ihn aus den Wäldern herauszuholen und in den Städten anzusiedeln, ihn zum Lohnempfänger und Wähler zu machen.

30 Jahre seines Lebens verbrachte Rondon mit dem Versuch, diese Lösung zu verwirklichen; doch kurz vor seinem Tode vollzog sich in ihm der große Gesinnungswandel. Rondon verlor seinen Glauben daran, daß die Integration erstrebenswert sei. Es war alles, so sagte er jetzt, ein tragischer Irrtum gewesen.

Jeder Europäer, der unter nicht zivilisierten Indianern gelebt und ihre Gewohnheiten studiert hat, ist davon überzeugt worden, daß der Indianer das vollendete menschliche Produkt seiner Umwelt ist und daß er nicht ohne unheilvolle Folgen aus dieser Umwelt gelöst werden kann.

In den Wäldern verborgen, in denen seine Vorfahren jahrtausendelang gelebt haben, ist der Indio ebenso wie der Tapir und der Jaguar Bestandteil dieser Wälder — wirtschaftlich unabhängig, auf keine fremde Hilfe angewiesen, in Eintracht mit seiner Umgebung, ist er sich seines Platzes im sichtbaren und unsichtbaren Universum zutiefst bewußt.

Heute wird zugegeben, daß der Durchschnittsfunktionär des Indianerschutzdienstes, der die Aufgabe hatte, mit diesem komplizierten menschlichen Wesen umzugehen, sich allzu oft als bestechlich, unwissend und dumm erwies. So war es nur natürlich, daß er die Missionare zu Hilfe rief, die zu Tausenden in Brasilien lebten und zudem über die Mittel verfügten, die dem SPI-Funktionär fehlten.

Aber die Missionare hatten selbst keine sonderlichen Erfolge aufzuweisen. Zu Anfang hatten die Jesuiten ihre unglücklichen Neubekehrten in weiße Gewänder gehüllt, sie nach Geschlechtern getrennt und sie Psalmen in lateinischer Sprache singen lassen. Viele der auf solche Weise zu „Christen" gemachten Indianer starben vor Kummer, und der Tod dürfte für diese abgestumpften und verwirrten Indios eine Erlösung gewesen sein.

Zu der Zeit, als der Indianerschutzdienst gegründet wurde, waren die Missionare der verschiedenen katholischen Orden gegenüber den protestantischen „Nonkonformisten", die zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten stammten, in der Minderheit. Diese Nonkonformisten waren ein ganz anderer Menschenschlag. Sie drohten nicht mehr mit Höllenfeuer und Verdammnis, sie betrieben die Bekehrung mit modernen Verkaufstechniken.

1968 wußte das „Jornal do Brasil" zu berichten: „In Wirklichkeit werden die Posten des Indianerschutzdienstes von nordamerikanischen Missionaren beherrscht; sie entstellen die ursprüngliche Kultur der Indianer und erzwingen die Annahme des Protestantismus."

Während die katholischen Missionare trotz ihrer verhängnisvollen Fehler meistens ein einfaches, oft spartanisches Leben geführt hatten, erschienen die Nonkonformisten als Vertreter einer eher materialistischen Lebensweise: Sie ließen sich in großen, gut gebauten Steinhäusern nieder, die mit einem Stromgenerator und allen modernen arbeitsparenden Geräten ausgestattet waren.

Sofern Straßen vorhanden waren, hatten die protestantischen Missionare ein Auto oder gar zwei. Einige besaßen eigene Flugzeuge. Wenn sie auf dem Fluß reisten, zogen sie ein Boot mit Außenbordmotor dem landesüblichen Kanu vor, das gewöhnlich von den katholischen Patres benutzt wurde.

Sobald die Indios in die Nähe gelockt waren, konnte ein Missionsladen eröffnet und der erste Schritt auf dem Wege zur Bekehrung getan werden: Man erklärte den Indianern den Wert und die Verwendungsmöglichkeiten des Geldes und zeigte ihnen, was sie sich mit diesem Geld alles verschaffen könnten.

Um den Indianer in Abhängigkeit zu bekommen, müssen erst einmal in ihm







Brasilianische Kautschukzapfer im Lager, im Bordell, im Wald: Auf der Suche nach Gummi 30 000 Indios ermordet

Französische Satelliten testen, ehe sie den Boden verlassen –



oder deutsche Autoreifen, ehe sie ihn berühren, IBM hilft bei der Lösung.

Ein französischer IBM Systemingenieur verwendete Datenverarbeitungsprogramme und Technologien aus der ganzen Welt, um den Forschern bei der Errichtung eines ganz speziellen Datenverarbeitungssystems zu helfen. Eines Systems zum Testen von Satelliten, das Fakten zusammenträgt, Theorien projiziert und Testergebnisse analysiert. Die Forscher können jetzt die Analysen der Umwelteinflüsse aus Hunderten von Satellitenteilen ohne Gefahr menschlicher Fehler durchführen. In einem Bruchteil der Zeit, die früher dazu nötig war.

Aber – andere Probleme verlangen andere Testverfahren. Wie zum Beispiel bei der Entwicklung von Autoreifen in Deutschland. Hier arbeitete ein IBM Systemingenieur mit den Konstrukteuren zusammen und fand neue Wege für eine automatische Reifen-Prüfanlage. Ein IBM Computer wertet heute Hunderte von Prüfdaten aus und vergleicht sie mit den vorgegebenen Sollwerten. Die kleinste Abweichung wird registriert, der geringste – aber vielleicht lebenswichtige – Vorteil einer Profilart wird entdeckt. Reifen sind noch sicherer geworden.

Überall sind IBM Systemingenieure dabei, neue Methoden zur Arbeitserleichterung zu finden. Erkenntnisse, die sie dabei gewinnen, kommen dem weltweiten Erfahrungsschatz der IBM zugute. Und damit jedem Kunden der IBM.

IBM

materielle Bedürfnisse geweckt und ständig vergrößert werden — Bedürfnisse, die an so entlegenen Orten dann nur der Missionar erfüllen kann. Die Taktik ist dabei ebenso simpel wie raffiniert: Der Missionar hinterlegt Geschenke, in den meisten Fällen Lebensmittel, an einem Ort, an dem die Indianer sie leicht finden können. Mitunter verstreichen Jahre, bis die mißtrauischen Indios ihre Scheu überwunden haben. Sind sie jedoch einmal gewonnen, so ist das Ende ihrer Freiheit in Sicht. Der Missionar braucht sie dann nur noch zu ermutigen, ihr Dorf in das Missionsgebiet zu verlegen.

In neun von zehn Fällen hat der benachbarte Großgrundbesitzer nur auf diesen Schritt gewartet. Sobald die Indianer ihr Land verlassen haben, nimmt er es in Beschlag, wobei ihm der Missionar oft selbst diesen Tip gegeben hat. Die Indianer sitzen dann regelrecht in der Falle, sie können nicht mehr zurückkehren. Für kurze Zeit versorgt sie der Missionar noch mit Nahrungsmitteln, dann folgt als nächster Schritt die Bekehrung. Sie bereitet wegen der angeborenen Höflichkeit und Dankbarkeit der Indianer gewöhnlich nur geringe Schwierigkeiten.

Der Indianer wird aufgefordert, sich einem Tauf-Zeremoniell zu unterziehen, dem er sich mit großer Anteilnahme widmet. Vermutlich hält er es für eine Regenmacher-Zeremonie, da Wasser gesprengt wird und Formeln in unbekannter Sprache gemurmelt werden.

Solcherart bekehrt, wird der Indio einer Fülle von Verboten und Befehlen ausgesetzt. Zunächst muß die Unschuld der Nacktheit zerstört werden. Der Indianer, der nie etwas anderes getragen hat als einen verzierten Penisschutz, um unerwartete Erektionen zu verdecken, muß jetzt die abgetragenen Kleider aus dem Missionsladen anziehen. Die Folge: Er wird von Hautkrankheiten heimgesucht, oft genug auch von einer Lungenentzündung, da er die einmal angelegten Kleidungsstücke praktisch nie wieder auszieht und nach jedem Regen am Leib trocknen läßt.

Der Indianer, der bisher ausschließlich als Jäger und Gärtner tätig war, wird jetzt auf der Missionsstation zum „Mädchen für alles“. In seiner erbärmlichen, schmutzigen Kleidung wird er immer anfälliger für Krankheiten; die unangemessene Arbeit läßt ihn von Tag zu Tag apathischer werden, bis er an Geist und Körper völlig verkommt.

Doch selbst dieser langsame Zerfall, der lebende Tod auf dem Missionsgelände, war nicht das Schlimmste, was den Indianern geschehen konnte. Ein weit schlimmeres Schicksal traf sie, wenn sie von den „Fazendeiros“, den Großgrundbesitzern, die ihnen ihr Land geraubt hatten, als Arbeitskräfte eingestellt wurden.

Ein Auszug aus dem Bericht der Regierungskommission zur Untersuchung der an den Indianern begangenen Greueltaten lautet: „In seiner Zeugenaussage erklärte Senhor Jordão Aires, daß der Pater Jeremias vor acht Jahren 600 Ticuna-Indianer auf seine Farm gebracht habe. Der Missionar habe sie davon überzeugen können, daß der Weltuntergang bevorstand und die Farm der einzige Ort war, an dem sie sicher seien... Senhor Aires bestätigte, daß seine Privatpolizei die Indianer an Händen und Füßen fesselte, wenn sie seinen Befehlen nicht gehorchten. Der Vertreter der Bundespolizei erklärte, einige der so gefesselten Indianer seien leprakrank gewesen und hätten ihre Finger verloren.“

Offiziell werden der Indianerschutzdienst und 134 seiner Funktionäre angeklagt. Doch aus allen Berichten hebt sich das Bild einer noch unheilvolleren Persönlichkeit ab — des Fazendeiro, von dem der korrupte SPI-Funktionär sich bestechen ließ.

Der Fazendeiro besitzt eine nach europäischen Maßstäben ungeheure, anachronistische Macht; er ist oft Herr eines tropischen Anwesens von der Größe einer englischen Grafschaft. Gegen den Eingriff der Zentralregierung ist er durch riesige Entfernungen, die traditionelle Unterwürfigkeit und absolute Verschwiegenheit seiner Vasallen geschützt. Alles Land, das er besitzt und das zum großen Teil vielleicht noch nicht einmal erforscht ist, wurde von ihm oder seinen Vorfahren den Indianern geraubt.

Sein großes, festungsähnliches Gutshaus, die „Fazenda“, wurde meistens von Indianersklaven gebaut. In früheren Jahrzehnten konnte ein Fazendeiro sich nur behaupten, wenn er seine Umwelt mit brutaler Gewalt beherrschte, aber auch heutzutage hat er noch oft das geladene Gewehr an seinem Bett stehen.

Aus der Zeit des Kautschukbooms sind Berichte über die großen Fazendas überliefert, die von wahrhaft ungeheuerlichen Greueln erzählen: Da wurde ein Sklave, der eines geringfügigen Vergehens beschuldigt war, kastriert oder bei lebendigem Leibe verbrannt; eine eifersüchtige Herrin ließ einem hübschen jungen Mädchen die Zähne ausziehen und die Brüste amputieren; ein anderes Mädchen, das schwanger war, wurde lebendig in den Küchenofen geworfen.



Missionare, Indios in Brasilien
Drohung mit dem Weltuntergang

Ein Auszug aus dem Untersuchungsbericht über die in den letzten Jahren an den Indianern verübten Greueltaten widerlegt jedoch das selbstgefällige Urteil, daß wir heute in einer weniger grausamen Zeit leben:

„In Paraná, im siebten Inspektionsbezirk, wurden die Indianer dadurch gefoltert, daß man ihre Fußknöchel zwischen zwei in die Erde gerammten Holzpfählen zermalmte; die Frauen lösten sich bei der Ausübung dieser Folter mit ihren Männern ab.“

In dem gleichen Untersuchungsbericht wird festgestellt, daß mitunter nackte Indianer mit Honig überstrichen und dann gefesselt den Ameisen zum Fraß vorgeworfen wurden.

Den Fazendeiros gehören mitunter ganze Ortschaften, die im Mato Grosso alle gleich eintönig sind: Ein unaussprechlicher Indianer-Name bezeichnet eine Straße aus Schindeln, die an



Arbeiter auf einer Kautschukfarm: Indianerjagd für die Feudalherren



Indianerinnen im Urwald
Durch Mission und Gewalt . . .

beiden Enden in Lehm und Palmenstroh verläuft; ein Gemischtwarenladen, ein Hotel, auf dessen Veranda Männer schlafen; ein abgemagertes Pferd ist in einem schattigen Hof angebunden; struppige Schweine und über alledem der aromatische Staub, der vom heißen Wind aufgewirbelt wird.

Hier vollzieht sich das Leben im Zeitlupentempo. Ein erbärmlicher Laden bietet Zigaretten an, die notfalls mit einer Rasierklinge gewissenhaft halbiert werden, löffelweise Mandioka-Mehl, Innereien in kleinen Mengen für die Suppe, Abführtabletten und hübsch gefertigte Pistolenhalfter.

Die Kunden kommen nicht in den Laden, um etwas zu kaufen, sondern um dort zu sein. Sie schlendern durch die Papierketten mit verstaubtem Trockenfisch, die von der Decke hängen. Es sind Indianer, durch ihre Trägheit und die schmierige Baumwollkleidung jedoch so sehr ihrer Rasse entfremdet, daß sie ebensogut Eskimos oder Vietnamesen sein könnten.



Indianerin im Bordell
. . . ihrer Rasse entfremdet

An diesem Ort sollen Grausamkeiten begangen worden sein, doch inzwischen ist nach außen hin alles übertüncht worden. Die Greueltaten werden als starke Übertreibung oder Bosheit politischer Gegner abgetan, Entlastungszeugen stehen jederzeit bereit.

Senhor Fulano bewohnt mit seiner Familie drei Räume eines der wenigen Backsteinhäuser. Seine Position ist zwielichtig. Als ehemaliger Funktionär des Indianerschutzdienstes wurde er finanzieller Vergehen beschuldigt, aber dann freigesprochen. Er hofft auf eine baldige Anstellung bei der neuen Indianerstiftung. Er ist stolz darauf, daß sein Vater halb Neger, halb Jude war — ein Händler, der sich ein kräftiges Mädchen aus einem der Indianerstämme als Ehefrau erbeutete.

„Nicht alle Fazendeiros sind schlecht", erklärt Fulano. „Keineswegs. Im Gegenteil, die meisten sind gut. Die Leute neiden ihnen ihren Erfolg und lauern auf Möglichkeiten, ihnen zu schaden.

„Da soll hier zum Beispiel ein Indianer umgebracht worden sein. Ich will Ihnen sagen, was wirklich geschah. Es handelte sich um einen Dieb und Querulanten. Zur Strafe wurde er in einen Schuppen gesperrt, weiter nichts. Der Mann war betrunken und steckte den Schuppen selbst in Brand. Er kam in dem Feuer um, und der Arzt bescheinigte, daß der Tod auf einem Unfall beruhte. Für eine polizeiliche Untersuchung bestand keine Veranlassung.

„In meinen 30 Dienstjahren habe ich nur einen einzigen Fall von Gewalttätigkeit erlebt — wenn man es überhaupt so nennen will. Die Indianer hatten wieder einmal zuviel Cachaça getrunken und überfielen den Posten. Man gab ihnen eine Chance und schoß über ihre Köpfe hinweg; aber das hielt sie nicht zurück. Sie waren in ihrem Alkoholrausch nicht zu bremsen. Was konnten wir tun? An meinen Händen klebt kein Blut."

Wie zur Bestätigung hält er sie hoch. Es sind kleine, gepflegte Hände mit blassen, rosigen Innenflächen. Fulanos Frau klappert in der Küche der kleinen Wohnung mit dem Geschirr. An der Wand hängt ein Bild des Staatspräsidenten und ein Photo von Senhor Fulanos kleiner Tochter im festlichen Kommunionskleid. Die billige, häßliche Einrichtung deutet keineswegs darauf hin, daß Fulano sich in nennenswerter Weise hätte bereichern können.

Dem Indianerschutzdienst ist Fulano aus Berufung beigetreten, wie er behauptet. „Wir waren alle jung und voller Ideale. Zwar bekamen wir weniger Gehalt als ein Briefträger, aber das kümmerte niemanden. Wir wollten unser Leben in den Dienst unserer weniger vom Glück begünstigten Mitmenschen stellen."

Er schüttelt den Kopf. „Niemand würde für möglich halten, unter wel-

chen Bedingungen wir zum Teil gelebt haben. Man hatte uns Photographien von unseren zukünftigen Arbeitsstätten gezeigt — von einem Haus mit Veranda, von der Schule und der Sanitätsstation. Als ich meine erste Stellung antrat, habe ich wie ein Kind geweint, als ich alles sah.

„Die Reise dauerte einen Monat. Inzwischen war der Mann, dem ich zugeteilt werden sollte, an Pocken gestorben. Ich erinnere mich, daß ich als erstes einen toten Indianer in dem Fluß erblickte, als unser Boot anlegte. Das halbe Dach unserer Unterkunft war eingestürzt, eine Schule hatte es nie gegeben, nicht einmal eine Packung Aspirin war vorhanden. Wenn die Sonne unterging, kamen die Moskitos in solchen Schwärmen, daß sie einem wie Pelz auf der Haut saßen."

Fulano greift nach einer Mappe mit Zeitungsausschnitten, auf denen die spärlichen Marksteine seines Lebens festgehalten sind. Ein Bild zeigt ihn in dunklem Anzug und steifem Kragen, wie er für seine Arbeit als Zivilisator von einem Politiker eine Urkunde empfängt. Ein anderes Bild: Fulano als fürsorglicher Teilnehmer an einer Zeremonie, bei der ein neu befriedeter Indianerstamm seine erste Kleidung anlegt.

Er hat Bilder von den Indianerinnen, vor und nach dieser Prozedur, zuerst nackt und dann in Rock und Pullover. Nicht, daß diese Frauen dadurch nur äußerlich verändert würden, nein, ihr ganzer Gesichtsausdruck ist bis zur Unkenntlichkeit entstellt, als ob ein böser Zauber sie befallen hätte, als sie in diese formlosen Kleider schlüpften.

„Ich erhielt 100 neue Cruzeiros (88 Mark) im Monat", erzählt Fulano. „Mitunter mußte ich bis zu sechs Monaten auf mein Gehalt warten. Allein im ersten Jahr hatte ich Masern, Gelbsucht und dreimal Malaria. Ohne den Fazendeiro wäre ich gestorben. Er kümmerte sich um mich wie ein Vater. Er war ein Mann erhabenster Grundsätze. Neben vielen anderen Wohltaten spendete er 100 000 Cruzeiros für eine Kirche in Salvador."

Fulano ist absolut loyal. „Die Fazendeiros sind nicht anders als andere Menschen", sagt er. „Heutzutage versucht man sie als Ungeheuer hinzustellen. Man darf jedoch nicht alles glauben, was man liest."

*

Ein halbes Jahrhundert lang hatte der Kautschuk-Boom entscheidend zur Ausrottung der Indianer beigetragen, dann tauchte das Gerücht auf, daß es in dem zweieinhalb Millionen Quadratkilometer großen Gebiet, das bis vor kurzem noch unzugänglich war, riesige Mineralvorkommen gebe. Der große Rausch der Landspekulation begann.

Kein Fleckchen Erde, so abgelegen es auch sein mochte, war vor den Landvermessern sicher, die von den Fazendeiros, den Politikern und den Grundstücksgesellschaften ausgesandt wurden.

In São Paulo, der Zentrale des Grundstücks-Booms, schloß der „Grileiro", ein Spezialist für zwielichtige Grundstückstransaktionen, geheime Partnerschaft mit seinem Freund in der Regierung. Dieser sorgte dafür, daß die Transaktionen erfolgreich ausgingen.

Ein großer Teil dieses scheinbar unbewohnten Landes war nur insofern unbewohnt, als es keine weißen Siedlungen enthielt. Dabei hatten die Kartographen noch nicht einmal die Berge berücksichtigt. Es war durchaus möglich, daß Indianer in diesem Gebiet lebten; aber das würde man erst wissen, wenn man es erforscht hätte.

Doch diese Möglichkeit warf keine großen Probleme auf. Theoretisch garantiert zwar die brasilianische Verfassung den Indianern den uneingeschränkten Besitz des von ihnen bewohnten Landes. Wenn jedoch nachgewiesen werden kann, daß die Indianer ihr Land aufgegeben haben, fällt es an die Regierung zurück und kann



Indianerschützer **Goulart**
Spekulanten in Schach gehalten

anschließend auf normale Weise verkauft werden.

Die Aufgabe des Grileiro besteht darin, den Nachweis zu erbringen, daß das Land nicht mehr von den Indianern bewohnt wird. Sie läßt sich am schnellsten dadurch lösen, daß man die Indianer einfach vertreibt.

Der Grileiro wurde während der Amtszeit des Präsidenten João Goulart in gewisser Weise in Schach gehalten. Goulart, zwar selbst reicher Landbesitzer, vertrat die Ansicht, daß Brasilien in der westlichen Welt nie einen angemessenen Platz einnehmen würde, solange das Land mit seinen 86 Prozent Analphabeten in den Händen einer Minorität von Feudalherren war.

Er schlug daher vor, drei Prozent des privaten Großgrundbesitzes neu zu verteilen. Aber viel schwererwiegend war, daß er ein altes Gesetz erneuern wollte, um einen zehn Kilometer breiten Landstreifen an beiden Seiten der staatlichen Verkehrswege — Straßen,

Das Autoöl mit Verbrauchsgarantie:

MOBILOIL Super 10W-50

Mobil Oil AG in Deutschland garantiert Ihnen für einen Ölwechsel mit MOBILOIL Super 10W-50, daß Sie mit keinem anderen zur Zeit angebotenen Mehrbereichsöl in Ihrem Motor unter gleichen Betriebsbedingungen einen niedrigeren Ölverbrauch haben als mit MOBILOIL Super 10W-50. Voraussetzung dafür ist die Einhaltung der Ölwechselvorschrift des Herstellers Ihres Fahrzeuges.
Stellen Sie dennoch einen höheren Ölverbrauch fest, so verpflichtet sich Mobil Oil AG in Deutschland, die Kosten für die Ölfüllung zu ersetzen. Fordern Sie das Mobil-Garantieheft an.

COUPON Sp 8

Ja. Ich möchte das Mobil-Garantieheft haben.

Bitte ausschneiden, auf Postkarte kleben und mit 20 Pfg.- Briefmarke versehen. Absender bitte in Blockschrift.

MS 282

Mobiloil super



Adresse:
Mobil Oil AG in Deutschland
Verkaufsorganisation für Autoöle
2000 Hamburg 1, Steinstraße 5

Eisenbahnlinien und Kanäle — zu verstaatlichen.

Die Spekulanten, die darauf hofften, ihr Land zu einem Vielfachen des von ihnen bezahlten Preises weiterzuverkaufen, sobald es durch die Anlage von Straßen erschlossen war, sahen ihre Existenz gefährdet. Es wurde ihnen klar, daß sie einen neuen Präsidenten brauchten.

Als 1964 der lästige Goulart tatsächlich durch einen Staatsstreich abgesetzt wurde, erhielten die Landspekulanten einen ungeheuren Auftrieb. Der „Landrausch" konnte weitergehen. Mit raffiniert ausgestatteten und geschickt formulierten Broschüren, die im reißerischen Stil amerikanischer Autoreklame abgefaßt waren, wurde in den Vereinigten Staaten eine Werbekampagne gestartet.

Bunte Prospekte boten Abenteurerland am Amazonas an, wobei Affen und Papageien und das magische Glitzern der Edelsteine an den Ufern der riesigen Ströme gepriesen wurden. Die Aktion hatte einen gewissen Erfolg. Zahlreiche Filmstars kauften Land im Mato Grosso. Im April 1968 enthüllte der brasilianische Abgeordnete Haroldo Veloso, daß der größte Teil vom Mündungsgebiet des Amazonas Ausländern gehörte.

Für die Indianer-Stämme, die befriedet und in Gebieten angesiedelt worden waren, in denen man sie ohne Schwierigkeiten unter Kontrolle halten konnte, bedeutete die Landspekulation das Todesurteil. Es bedeutete zum Beispiel das Ende für die Kadiweus in den Ebenen an der brasilianisch-paraguayischen Grenze.

Es war ebenfalls das Todesurteil für die Bororos, unter denen der große Anthropologe Lévi-Strauss in den dreißiger Jahren mehrere Jahre lang gelebt hatte. Sie waren es, die ihn zu den Schlußfolgerungen der „strukturellen Anthropologie" geführt und zu der Behauptung veranlaßt hatten, daß „ein primitives Volk kein rückständiges oder zurückgebliebenes Volk ist, sondern durchaus eine Begabung für Erfindungen oder Taten besitzen kann, die alle Leistungen zivilisierter Völker in den Schatten stellt".

Lévi-Strauss über die Bororos: „Nur wenige Völker sind so tief religiös, nur wenige besitzen ein derart komplexes metaphysisches System. Ihr Glaube und ihr praktisches Tun sind untrennbar miteinander verwoben."

Sie lebten jetzt in der Reservation Teresa Cristina im Süden des Mato Grosso, die ihnen „für alle Zeiten" zum Gedenken des großen Marschalls Rondon, der selbst Bororo-Blut in den Adern hatte, geschenkt worden war.

Das Leben in der Reservation machte die Bororos keineswegs glücklicher. Sie waren Jäger und Fischer und auf ihre Weise ausgezeichnete Bauern; aber die Reservation war zu klein. Es gab kein Wild mehr; der Fischbestand in den Flüssen war von großen Gesellschaften unrechtmäßig ausgebeutet worden; auch fehlte es an Raum, um in der altmodischen halbnomadischen Weise Ackerbau zu betreiben.

Die Regierung hatte versucht, die Bororos zu Viehzüchtern zu machen, aber von Vieh verstanden sie nichts. Viele ihrer Rinder wurden von den Funktionären des Indianerschutzdienstes verkauft, andere von den benachbarten Fazendeiros gestohlen. Die letzten Rinder, die ihnen noch verblieben waren, schlachteten die Indianer selbst. Fortan lebten sie von Eidechsen, Heuschrecken und Schlangen sowie gelegentlichen Spenden einer der christlichen Missionen.



Brasilianische Indianer-Sklaven (1912): „Den Ameisen zum Fraß vorgeworfen"

Sie litten auch unter der großen Leere und Ziellosigkeit des Indianers, dessen traditionelle Kultur vernichtet war. Die Missionare, von denen sie abhängig geworden waren, verboten ihnen das Tanzen, Singen und Rauchen. Während sie das noch mit ihrem angeborenen Stoizismus hinnahmen, rebellierten sie unaufhörlich, aber vergeblich gegen ein anderes Verbot — dagegen, ihre Toten zweimal bestatten zu dürfen.

Dieses Bestattungsritual gehört zu den wichtigsten Ereignissen im Leben der Bororo-Indianer. In der ersten Bestattungszeremonie wird die Leiche mitten im Dorf in ein provisorisches Grab gebettet und mit Zweigen zugedeckt. Wenn der Verwesungsprozeß fortgeschritten ist, wird das Fleisch von den Knochen entfernt, die dann bemalt und liebevoll mit Federn geschmückt werden. Danach findet das endgültige Begräbnis tief im Waldinneren statt.

Das Verbot dieses Brauchs durch einen amerikanischen Missionar brachte große Verzweiflung über die Bororos. Mit Hilfe der Polizei setzte der Missionar das Verbot durch. Eine Abordnung halbverhungerter Bororo-Indianer, die sich 300 Kilometer zu Fuß in die Hauptstadt schleppte und dort weinend den „comissário" aufsuchte, wurde abgewiesen.

Die endgültige Katastrophe aber setzte ein, als die Bundesregierung einzelne Befugnisse in bezug auf den Besitz und Verkauf von Land dem Staat Mato Grosso übertrug. Man kramte sofort ein altes Gesetz hervor, wonach alles Land, das nach einer gewissen Frist nicht rechtmäßig vermessen und abgegrenzt ist, an die Regierung zurückfällt.

So gewann man eine Handhabe, die Reservation Teresa Cristina zu übernehmen. Die Indianer, von denen viele nicht einmal wußten, daß sie in einem Land mit dem Namen Brasilien lebten, hätten Anwälte mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragen können — vorausgesetzt, sie hätten etwas von dieser Möglichkeit gewußt und die Anwälte wären an ihrem Schicksal interessiert gewesen. Bei der Besetzung des Reservats Teresa Cristina stellte sich dann heraus, daß auf dem Papier weitaus mehr Land verkauft worden war, als das Reservat an Grundfläche besaß.

Fünf Jahre später schilderte ein Bororo-Mädchen in dem Bericht der Untersuchungskommission die Zustände in dem von den Fazendeiros annektierten Reservat Teresa Cristina.

„Die Indianer mußten auf den Fazendas als Sklaven arbeiten. Ich war noch ein Kind, als sie mich meiner Mutter wegnahmen. Später hörte ich, daß sie meine Mutter aufgehängt hatten und eine ganze Nacht so hängen ließen. Sie war sehr krank, und ich wollte sie sehen, bevor sie starb...

„Als ich zurückkam, schlugen sie mich mit einer Peitsche aus geflochtenen Lederstreifen. Die indianischen Mädchen wurden alle mißbraucht. Eines Tages rief der SPI-Funktionär einen alten Handwerker und beauftragte ihn, einen Ofen herzustellen. Als Lohn wollte der Handwerker ein Indianermädchen haben. Darauf nahm der Beamte ihn mit zur Schule und sagte ihm, er möge sich ein Mädchen aussuchen. Niemand hat jemals wieder etwas von ihr gesehen und gehört ...

„Schon zweijährige Kinder mußten unter Peitschenhieben in einer Mühle arbeiten ... Um die Pferde einzusparen, mußten vier Kinder ständig die Mühle drehen ..."

So wurden die Indianer betrogen, versklavt und auf den Weg gedrängt, dessen Ende die Ausrottung war.

Trocken, bekömmlich, von feinem Mousseux – Carstens SC

Carstens SC entsteht anders als jeder andere Sekt:
Aus der reifen Traube –
nach unserem ureigenen Kellerei-Rezept.



Expertise

Dieser Sekt wird nach einem ureigenen Kellereirezept der Sektkellerei Carstens - Neustadt/Weinstrasse - hergestellt. Anerkannte Weinfachleute bürgen für sorgfältig ausgewählte Weine und ständige Kontrollen während der Lagerung bis zur vollen Reife. SC schmeckt trocken und ist bekömmlich. Er hat ein feines, anhaltendes Mousseux.

(Prof. Dr. F. Drawert)

„AUCH ICH SOLLTE ERMORDET WERDEN"

Professor Marcel F. Homet über die Vernichtung der Indianer am Amazonas

Der französische Archäologe und Forschungsreisende Marcel F. Homet gehört zu den ersten Europäern, die versuchten, die Weltöffentlichkeit über die systematischen Vernichtungsaktionen privater und staatlicher Organisationen gegen die Indianerstämme Brasiliens aufzuklären. Der in Stuttgart lebende Gelehrte, früher Professor an der Universität Algier, Autor renommierter Werke über prähistorische Kulturen Afrikas und Amerikas, unternahm nach dem Zweiten Weltkrieg drei Expeditionen in bis dahin von keinem Europäer betretene Gebiete am Amazonas. Dabei fand er Spuren der vorgeschichtlichen Ureinwohner Südamerikas. Homet berichtet dem SPIEGEL seine Erlebnisse.

Ich habe die Männer gesehen, die am Amazonas die Indianer foltern und abschlachten, um ihnen ihr Land wegzunehmen. Ich habe auf meinen Expeditionen mehrere Male schwerbewaffnete „Pistoleiros" getroffen und beobachtet, wie die Ländereien „vermessen" wurden, die den getöteten Indianern gehört hatten. Ich habe auch die grausam verstümmelten Leichen gesehen und einen der mutmaßlichen Mörder photographiert.

Bei meiner zweiten Expedition im Jahre 1958 traf ich 200 bis 300 Kilometer östlich des Rio Xingú etwa ein Dutzend bewaffneter Männer. Sie hatten mit ihren Macheten in den Urwald Pfade gehauen und waren dabei, mit völlig unzulänglichen Mitteln ein Gebiet topographisch zu vermessen, das bisher noch nicht kartographisch erschlossen war.

Ich wußte, daß dieses Land den Caiapo-Indianern gehörte und wandte mich an den Anführer der Bande, um ihn nach dem Zweck der Landvermessungen zu fragen.

„Wir arbeiten für eine große Maklerfirma in São Paulo, die das Land den Indianern abgekauft hat", war die Antwort. Auf meine Frage, wie man denn das Land nur mit Hilfe von Kompaß und Meßband exakt vermessen wolle, lachte er bloß.

Die „Landvermesser" zeigten mir zur Legitimation ihrer Arbeit amtliche Dokumente, die von führenden Funktionären des Indianerschutzdienstes (SPI) unterzeichnet waren. Einige hatte auch Paulo Duarte unterschrieben, damals Präsident der „Prähistorischen Kommission" in São Paulo.

Ich erkundigte mich nach den Caiapos und fragte die „Landvermesser", weshalb sie so schwerbewaffnet seien. Darauf wurde mir erklärt, die Indianer hätten zwar ihr Land verkauft, „aber das sind ja unberechenbare Schurken, deshalb brauchen wir Waffen, um uns gegen sie verteidigen zu können".

Später fand ich die Leichen der von Maschinenpistolen niedergemähten Caiapos. Im Laufe meiner drei Expeditionen traf ich wiederholt Indios, die mir detaillierte Angaben über weitere Mordtaten der Weißen machen konnten.



Urwald-Forscher **Homet**, Freunde: „Ich habe die Leichen gesehen"

Zu dem angeblichen Verkauf der Ländereien ist zu sagen, daß bei derartigen Aktionen nach außen hin alles legal zu sein schien. Bestechliche Beamte des Indianerschutzdienstes, der aufs engste mit den Maklerfirmen zuzusammenarbeitete, drückten gegen entsprechende Bezahlung bereitwillig die erforderlichen Stempel auf die Papiere über den „Verkauf" des Indianerlandes.

Um das Land von Indianern zu „säubern", engagierten gewissenlose Inspektoren des SPI berufsmäßige Killer, die pro Aktion bezahlt wurden. Diese Mörder sind in Brasilien, wo der größte Teil der Bevölkerung am Rande der Existenz dahinvegetiert, leicht anzuwerben.

Ein großer Teil des „gekauften" Landes wird über Maklerfirmen vor allem an Interessenten in den USA und der deutschen Bundesrepublik weiterverkauft. Dabei werden viele Grundstücke von mehreren Interessenten gleichzeitig erworben. Aber das spielt keine Rolle. „Alemanha ist weit!" erklärte mir einer der „Landvermesser".

Ich kenne die Adresse zweier Büros in São Paulo, die Land verkaufen, das brasilianischen Indianern abgenommen wurde. Das eine gehört Cecil M. P. Cross, dem früheren Konsul der USA in São Paulo, das andere Agnete Engelhardt, einer Deutschen baltischer Herkunft. Die beiden Büros sind zwar finanziell voneinander unabhängig, aber sie arbeiten zusammen beim Erwerb und Verkauf der Ländereien.

Cecil M. P. Cross bedient sich seiner früheren Stellung als Konsul, die ihm Autorität und Ansehen verleiht, und vermittelt überwiegend Grundstücke am Amazonas an US-Bürger. Agnete Engelhardt verkauft an Interessenten aus Frankreich, Österreich und Deutschland. Der Verkauf erfolgt ausschließlich über Vertreter mit Provision.

Selbstverständlich waren nicht alle Inspektoren des SPI Verbrecher. Ich habe unter ihnen viele anständige Leute kennengelernt, die sich aufrichtig bemühten, die Interessen der Indianer wahrzunehmen. Aber die meisten Funktionäre des Indianerschutzdienstes kannten ja noch nicht einmal die Anzahl der Indios, die ihnen anvertraut waren. Dagegen existierten genaue Angaben über die Anzahl der Rinder, Pferde und Schweine dieser Behörde. Denn der Indianerschutzdienst besaß riesige Viehherden, die er auf den Wiesen der ermordeten Indianer weiden ließ und an denen er viel Geld verdiente.

1958 lernte ich den Inspektor des Indianerschutzdienstes von San Marco in der Nähe von Boa Vista kennen. Er sagte mir, daß er in dem ihm unterstellten Gebiet vor zehn Jahren noch 10 000 Indianer geschätzt habe — von ursprünglich 25 000. Aber jetzt, nach den Massakern, die er nicht habe verhindern können, gebe es nur noch 300 von ihm gerettete Macuxix- und Upixanas-Indianer. Seine Vorgesetzten hatten ihn beauftragt, für die brasilianische Regierung statistisch festzustellen, daß die Zahl der Indios in seinem Gebiet seit 20 Jahren unverändert sei.

Ich fragte den Inspektor, weshalb denn die Indianer ermordet wurden;


Teppichboden im Schlafzimmer.
Das ist eine praktische Sache, eine (fuß)warme
Angelegenheit, etwas für Realisten,
die wissen, daß Romantik nicht von allein kommt.
Wir empfehlen Ihnen einen Teppichboden
mit der Qualitätsmarke ENKALON.
Der schmeichelt Ihren Füßen durch Weichheit
und Elastizität, Ihrem Geldbeutel
durch lange Lebensdauer und Ihrem
Schönheitssinn mit vielen zärtlichen Farben.
Wenn es sein muß, auch mit rosa.
ENKALON®
...Romantik für Realisten
Enkalon
CONTROLLED QUALITY
Achten Sie darauf: Nicht alles Nylon ist ENKALON. ENKALON ist eine Qualitätsmarke der AKU.
Und diese Marke finden Sie auf dem Teppichetikett immer in Verbindung mit dem Namen
eines Teppichbodenherstellers. Das heißt: doppelte Sicherheit.
Das neue ENKALON-Wohnbrevier gibt Ihnen 100 Tips für schöneres Wohnen. Bitte
diesen Coupon auf eine Postkarte kleben, freimachen und an die Informationsstelle
ENKALON, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 1, einsenden.
Sie erhalten dann (kostenlos) unser Wohnbrevier.
Name:
Ort:
Tel.:
Straße:
Wie lange soll Ihr Teppichboden halten? .... Jahre
Gratis!
100 Tips für schöneres Wohnen
DS 16

darauf erwiderte er mir, man habe sie nur aus dem Grunde umgebracht, um sie am Bepflanzen ihrer Plantagen zu hindern; auf dem Land wollte nämlich der Indianerschutzdienst Hunderttausende von Rindern weiden lassen.

Da ich mich in diesem Gebiet ein Jahr lang aufhielt und dabei über 20 000 Kilometer durchstreifte, konnte ich feststellen, daß die Angaben des Inspektors stimmten. Wo früher die Indianer lebten, grasten jetzt riesige Rinderherden. Ich erfuhr auch, daß in der Provinz von „Rondônia" die Indianer der Stämme Pacas Novas, Surius und Nhambiqueras unter dem Vorwand ermordet worden waren, sie behinderten den Bau einer Straße.

Zu dieser Zeit gab es im Innern Brasiliens eine Anzahl von Großgrundbesitzern, die sich wie die ersten Sheriffs in den USA aufführten. Sie hatten sich den hochtrabenden Titel



Indianer-Jäger im Mato Grosso*
„Die Hintermänner sitzen in Rio"

„Coronel da Guarda Civil" angemaßt. Diese Zivilgarde existierte aber in Wirklichkeit nicht. Einer dieser „Coronels", die durch ihre Brutalität eine Art richterliche Gewalt erlangt hatten und engen Kontakt zum Indianerschutzdienst pflegten, war ein gewisser Adolfo Brasil, der sich rühmte, mit bloßer Hand über zehn Indianer erschlagen zu haben.

Dieser Adolfo Brasil ist einer der Hauptschuldigen am Massaker von Nova Fazenda im Jahre 1957. Er wollte für die Gold- und Diamantensucher ein Bordell einrichten. Da er aber für dieses Projekt keine weißen Frauen auftreiben konnte, überfiel er mit einer Bande Pistoleiros einen Indianerstamm. Die Männer wurden erschlagen, die Frauen und Mädchen in ein Bordell nach Boa Vista gebracht.

Unter Androhung der Todesstrafe wurden sie wie Sklavinnen gehalten und erhielten gerade so viel zu essen, daß sie „arbeiten" konnten. Wenn sie

* Von Professor Homet im Gebiet des Rio Xingú photographiert.

an den Mißhandlungen sadistischer „Garimpeiros", der Kautschuk- und Diamantensucher, zugrunde gegangen waren, unternahm Adolfo Brasil eine weitere Expedition, um Nachschub zu holen.

Der Haß der Indianer gegen die Weißen wurde durch derartige Aktionen immer größer, vor allem, weil die Weißen alle Indianerkinder unbarmherzig töteten. Das bestätigte mir auch der Caiapo-Häuptling Crumare, mit dem ich befreundet bin. Der Inspektor Cicero Cavalcanti de Albuquerque vom Indianerschutzdienst, der zu den indianerfreundlichen Beamten gehörte, sagte dazu, die Massaker würden ständig weitergehen, wenn nicht für die Indianer Reservationen geschaffen würden, die für die Weißen völlig verschlossen seien.

Ich teile diese Ansicht nicht, denn nach meinen Beobachtungen dienen die schon bestehenden Reservate nur dazu, die Indianer leichter ausbeuten und umbringen zu können.

Der SPI hinderte immer wieder Forscher und Missionare daran, in die von Indianern bewohnten Gebiete zu gelangen; niemand sollte Gelegenheit haben, Informationen oder Indizien über die Greueltaten zu sammeln. Wiederholt hatte auch ich Schwierigkeiten, in bestimmte Gebiete des Amazonas zu kommen. Zweimal versuchte man, mich zu ermorden, und jedesmal steckten Revolvermänner des Indianerschutzdienstes hinter diesen Anschlägen.

Die Hauptverantwortlichen für diese unvorstellbaren Verbrechen an den Indianern, die Schreibtischtäter, sind jene Personen des öffentlichen Lebens in Rio de Janeiro und São Paulo, die auch in dem Untersuchungsbericht des brasilianischen Innenministeriums vom März 1968 genannt werden. Es sind die Leiter des inzwischen aufgelösten Indianerschutzdienstes, ehemalige Offiziere, Beamte und angebliche Völkerkundler, unter ihnen der General Ribeiro Coelho und der Major Luíz Vinhas Neves, früherer Leiter des SPI.

Andere sind in dem Bericht nur deswegen nicht erwähnt worden, weil sie durch ihre persönlichen Beziehungen und Stellungen geschützt werden. Ich kenne ihre Namen.

Der offizielle Untersuchungsbericht des brasilianischen Innenministeriums bestätigt nur, was ich während meiner Expeditionen erlebte und worüber seit Jahren brasilianische Zeitungen berichten: daß am Amazonas Völkermord begangen wird.

IM NÄCHSTEN HEFT

Kautschuk-Barone organisieren die Vernichtung des Cinta-Larga-Stammes – Staatsanwälte verschleppen den Prozeß gegen Indianermörder – Der schwedische Völkerkundler Persson berichtet über das Ende der Indianer in Peru, Kolumbien und Venezuela

Was ist Ihnen Ihre Haut wert?

Ihre Haut ist Ihre Ausstrahlung, Ihr Aussehen, Ihr Auftreten; mit Ihrer Haut leben Sie, atmen Sie, fühlen Sie.

Deshalb aktivieren, erfrischen, beleben Sie Ihre Haut, umschmeicheln und entspannen Sie Ihre Haut. Mit der vollkommensten Haut-Ganzheits-Pflege: badedas.

badedas macht so vital, so sicher, so intensiv gepflegt — immer up to date. Und dafür gibt es Gründe: die vollendete Qualität* und — das berühmte gewisse Etwas von badedas.



Deshalb ist badedas das meistgekaufte Bade-Kosmetikum der Welt.

Ein „Nur-Schaumbad" setzt sich zusammen aus:	**badedas®** setzt sich zusammen aus:
Viel Wasser (als Streckmittel!)	Hohen Anteilen von einzig-artigen und hautmilden Reinigungs-Substanzen. Exklusiv nur in badedas
Wenig Waschrohstoffen (wenig Wirk-Substanzen)	Hoher Gehalt an hautpflegenden und hautschützenden Substanzen in wirkintensiver Kombination von rückfettenden DF-Faktoren und Vital-Faktoren – belebender Roßkastanien-Extrakt, Vitamine, Chlorophyllin.
Farb- und Geruchsstoffen	Wertvolle Parfüm-Komposition
Viskositäts-Faktor	Viskositäts-Faktor
= Wässrige Lösung	**= Wirkstoff-Konzentrat***

*Sparsam im Verbrauch!

Es geht um Ihre Haut





schon ab DM 1,20

BOXEN

FUNKTIONÄRE

Ich bin der Boß

Nur die Zuschauer schwangen in der Wolfsburger Stadthalle kampfeslustig die Fäuste — die Boxer meldeten sich krank oder schlugen sich lustlos.

Die „hochkarätigen Kämpfer“ aus Irland, so das Fachblatt „Boxsport“, entpuppten sich vorletzte Woche beim Länderkampf mit den bundesdeutschen Amateurboxern als „Simulanten“ („Sportmagazin“). Weil von zehn Kämpfen vier ausfielen und die übrigen unter Fehlurteilen irritierter Punktrichter litten, verlangten die Fans ihr Eintrittsgeld zurück.

Ansager Willi Gansor traute sich nicht mehr an das von zürnenden Zuschauern belagerte Mikrophon, ein



Geldspendender Zuschauer (in Münster)
„Wir haben uns lächerlich gemacht“

irischer Faustkampf-Verweigerer kletterte nur im Straßenanzug in den Ring. Irlands Equipenchef Murphy schloß zwei Athleten seiner Mannschaft aus und legte dann, den Tränen nahe, sein Amt nieder: „Ich schäme mich für die Feigheit meiner Leute.“

Auch die Funktionäre des Deutschen Amateur-Boxverbandes (DABV) zeigten Schlagwirkung. „Wir machten uns lächerlich“, klagte DABV-Präsident Paul Idziok, 63, „dieses Länderkampfresultat darf nie in den Annalen des DABV erscheinen.“

Seit mehr als einem Jahrzehnt hatten die Verbands-Annalen das Absinken der Bundesboxer von der Weltvorherrschaft in die Mittelmäßigkeit verzeichnet. 1936 erstritten die Athleten bei den Olympischen Spielen von acht erreichbaren Goldmedaillen zwei — seit 1960 keine mehr. Zur „Weltklasse“ zählt der DABV nur noch die alten Kämpfer Horst Rascher und Peter Gerber, die nicht mehr für die Nationalmannschaft boxen.

Als vor dem Mexiko-Olympia das Deutsche Fernsehen elf Nationalboxer filmen wollte, entsandte der DABV nur drei — der Rest waren zweitklassige Kämpfer, die nur aus Gefälligkeit nationale Schlagkraft mimten.

Wegen solcher Plan-Pannen verzichteten immer häufiger deutsche Faustkämpfer auf ihre Fortbildung. Da lösten im letzten März elf neue Funktionäre den überalterten DABV-Vorstand ab. Der neugewählte Präsident Idziok versprach vor dem um mehr als 100 Jahre verjüngten Elferrat: „Wenn wir bis 1970 nicht aus der Talsohle heraus sind, trete ich ab.“

Er stellte seinen Posten bereits in der vorletzten Woche zur Verfügung, als Sportwart Gerd Graf, 40, ein gelernter Drogist und Sportredakteur einer Wetzlarer Heimatzeitung, Idzioks Weisungen nicht befolgte.

Graf hatte den Präsidenten-Plan durchkreuzt, in Idzioks Heimatstadt Berlin ein Sportinternat für olympiareife Faustkämpfer einzurichten. Zudem bemühte er sich, für die National-Equipe nur zweit- und drittklassige Gegner auszusuchen, damit die seit 1966 negative Länderkampfbilanz ansehnlicher würde.

Als die Bundesboxer im Juni einen offiziellen Länderkampf in den USA gegen die erstklassige amerikanische Auswahl verloren und beim zweiten inoffiziellen Start gegen eine zweitklassige US-Staffel siegten, wertete Graf nur den Sieg für die Länderkampfstatistik.

Inzwischen verfiel Graf auf einen Gegner, an dem sich bundesdeutsche Faustkampfstärke fast stets bewährt hatte: Irland. In elf Wettkämpfen war die Bundesrepublik neunmal Sieger geblieben, nur einmal verlor sie.

Vor dem ersten Kampf mit den Iren beschwerte sich Reformer Idziok („Ich bin der Boß“) über Grafs Methoden. Graf gelobte kleinlaut, künftig auf Alleingänge zu verzichten.

Nun hofften die Verbandsoberen, daß zwei Länderkampfsiege den Funktionärs-Hader überstrahlen würden. Doch es kam anders. In Münster verwechselte der neutrale dänische Punktrichter im Fliegengewichtskampf die Boxer und erklärte den irischen Verlierer zum Sieger. Kaum hatten sich die Fans von diesem Schlag erholt, stoppte der Dortmunder Ringarzt Dr. Welzin beim drauffolgenden Gefecht mit schrillem Zuruf den Schlaghagel: „Aufhören, abbrechen, der Ire hat Fieber.“

Zornige Zuschauer hielten den Arzt für betrunken und verlangten eine Blutprobe. Zwanzig- und Fünfzig-Markscheine blätterten sie als Untersuchungshonorare gleich auf den Richtertisch. Unter Schmährufen siegten die Deutschen 11 : 9.

Zwei Tage darauf in Wolfsburg legten irische Boxer, die in Münster

verprügelt worden waren, ärztliche Atteste vor. „Ich habe einen Herzfehler", begründete Schwergewichtler Jack O'Rourke seine Kampfunfähigkeit. Dann zog er sich in die Bar zurück.

Die ratlosen DABV-Funktionäre verschwiegen den 1200 Zuschauern, daß die Deutschen schon vor dem ersten Gongschlag 8:0 führten. Mit eilig zusammengestellten Schaukämpfen versuchten sie den Abend auszufüllen. Den besten Kampf verdarb der Ringrichter. Er hob am Ende der Keilerei die Fäuste beider Kämpfer und verkündete: „Sieger, beide."

Sportwart Graf würdigte die Weisheit der K.o.-Sieger. „Sie ersparten sich die Punktrichter." Den Endstand von 10:10 verschwieg er, bis die meisten Zuschauer den Saal verlassen hatten.

Der frühere Nationalboxer Peter Gerber wagte Kritik: „In zwei Jahren ist in der Bundesrepublik der Amateurboxsport tot." Diese Vorhersage hat ihn beinahe die Goldene Ehrennadel seines Verbandes gekostet.

FREIZEIT

VOLKSLÄUFE

Auf eigene Gefahr

Opas Olympiade findet morgens statt. An jedem Sonntag im Herbst und im Frühjahr laufen deutsche Freizeitsportler durch Wälder und Wiesen. Lohn: einige Zentner Medaillen, wenige goldene, viele silberne und vorwiegend bronzene.

Während der angebrochenen Volkslauf-Saison starten Jedermann-Sportler in Karlshöfen und Kottern, in Rohrbach und Rumeln. Mehr als 300 000 Teilnehmer werden insgesamt bis zum Silvesterlauf in Gersthofen in der Bundesrepublik über Volkslauf-Wege getrabt sein.

Im Ausland haben muskelspannende Volksveranstaltungen Tradition, etwa der Wasa-Lauf in Schweden (Distanz: 80 Kilometer) mit mehr als 8000 Skiläufern oder der Vier-Tage-Marsch von Nimwegen mit 16 000 Weitwanderern. In den USA, Australien und Neuseeland breitete sich das Jogging aus — regelmäßiges Traben über lange Strecken.

In der Schweiz beobachtete der deutsche Leichtathletik-Funktionär Otto Hosse Volksläufe. Er unternahm im Oktober 1963 im schwäbischen Bobingen den ersten Versuch in der Bundesrepublik. Rasch wie die Mini-Mode nahmen nun die Wald- und Wiesen-Olympiaden zu. Der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) gründete ein Volkslauf-Referat, das Initiator Hosse leitete, und schaffte drei elektronische Zeitmeßgeräte an, die ständig ausgebucht sind.

Denn kleine Klubs erlangten durch die Massen-Veranstaltungen einen Namen. Sie mußten zwar durchschnittlich 10 000 Mark für den Druck der Teilnahmebedingungen, Versicherung, Gesundheitsdienst und Medaillen einsetzen. Aber 2000 Bundesbürger waren im Schnitt für fünf Mark Teilnahmegebühr dabei und stampften wie „eine entfesselte Büffelherde" („Tagesspiegel", Berlin) über die Startlinie. Gelegentlich entdeckten sie dabei sogar Talente, etwa die Stuttgarter Kickers, denen zwei Junioren-Volksläufer zuliefen, die ein Jahr später deutsche Mannschaftsmeister im Waldlauf wurden.

Zum Frühjahrsmarsch um den Starnberger See setzten 10 124 Marschierer an. „Gemma rum, san ma dumm, gemma gar net, san mer bled, oiso gemma", forderte ein Mitläufer auf seinem Transparent. In Stuttgart beteiligten sich Bürgermeister Dr. Han und MdB Dr. Deringer, in Hamburg stiefelten Gesundheitssenator Dr. Hans-Joachim Seeler und Familie mit. Die „Theodor-Heuss-Medaille" erstrebten in Stuttgart auch Herrchen mit Hund und ein Beinamputierter.

Im Hamburger Vorort Poppenbüttel lief der kriegsblinde Vorsitzende der Hamburger Versehrtensportler, Bernhard Maasch, voran. Von einem Armamputierten am Schnürsenkel geleitet, legte er die 10,2 Kilometer in 52 Minuten zurück.

Deutsche Opas entwickelten besonderen Ehrgeiz. Ein 94 Jahre alter Sportsfreund beklagte sich in Hamburg gekränkt, daß er nicht mehr am Hauptlauf teilnehmen durfte. Paul Becher, 72, radelte 20 Kilometer zum Start in Hollenrath/Eifel. Erst auf der Zielgeraden überspurtete ihn beim Rennen ein Bundeswehr-Feldwebel. „Ich werde jeden zweiten Tag zehn Kilometer trainieren", nahm Becker sich vor.

In Bad Brückenau tragen mehr als 50 Jahre alte Langläufer jedes Jahr einen „Opa-Lauf" aus. Albert Giercke, 67, aus Hamburg bewältigte die 5000 Meter 1968 in 21:32 Minuten.



Volksläufer (in Bad Brückenau): „Entfesselte Herde"

In der Regel schreiben die Veranstalter Kategorien für Laufen, Gehen und Wandern aus. Das Haupttrennen setzen sie gewöhnlich auf zehn Kilometer an. Je nach Altersstufe gelten verschiedene Soll-Zeiten, deren Einhaltung meist mit Silbermedaillen belohnt wird. Für Jahrgang 1908 und älter beträgt sie beispielsweise 1:45 Stunden.

Aber die Lust am Laufen lief auch schon übel aus: Ungeübte Teilnehmer muteten Herz und Kreislauf zuviel zu; einige keuchten nach aufreibender Autoanfahrt noch unter Streß. So starben in der Bundesrepublik schon fünf Volksläufer nach einem Kollaps, drei davon bei starker Hitze.

Deshalb beschloß der DLV 1968 Schutzmaßnahmen. Massenläufe dürfen nicht mehr während der Sommermonate und nicht in der warmen Mittagszeit ausgetragen werden. Die ausgewählten Strecken sollen frühzeitig zum Training freigegeben werden. Am Laufkurs verteilt wachen per Funk miteinander verbundene Rot-Kreuz-Helfer. Der SC Poppenbüttel ließ für seinen Volkslauf im Oktober genügend Medaillen (Kogge „Wappen von Hamburg") für alle Teilnehmer prägen, um gefährlichen Ehrgeiz zu bremsen.

Gegen den „Geruch männermordenden Sports" („Stuttgarter Zeitung") argumentierte der Berliner Sportmediziner und frühere Sprintmeister Professor Dr. Harald Mellerowicz: „Fest steht, daß Zehntausende zu früh sterben, weil sie nicht laufen."

„Nur der Wille, mir selbst zu beweisen, daß ich kein Krüppel bin", verriet der beinamputierte Friedrich Berg aus Ennigloh, „hielt mich aufrecht". Er hatte einen 100-Kilometer-Lauf an zwei Krücken in 22 Stunden bewältigt.

Die meisten Veranstalter sichern sich freilich mit dem Hinweis: „Jeder Teilnehmer läuft auf eigene Gefahr."

Blau macht frei



Mehr Blau – so schmeckt die Psychedelic-Show. Come on. And keep on running. Mit dem Blauen Agfa Magnetonband. Für Musik-Exkursionen in die Welt der heißen Rhythmen. Sounds. Synkopen – aufgenommen von Ihrer beliebtesten Radiostation. Trägt Sie in Hifi-Regionen – Sie können so höher aussteuern. Und lästiges Grundrauschen vergessen. Dank Low-Noise-Effekt – der Knüller für die Spezis.

AGFA-GEVAERT

Es geht los – das Blaue Quiz.
Im Blauen Agfa Magnetonband
Studio beim Fachhändler.
Viele Blaue Studios
zu gewinnen!

GESELLSCHAFT

FREUDIANER

Frieden mit Wien

Ich habe doch nicht ganz vergessen, daß ich die ersten 40 Jahre meines Lebens eine gute Österreicherin war, bis die äußeren Verhältnisse es mir unmöglich gemacht haben", schrieb Sigmund Freuds Tochter Anna am 23. August dieses Jahres an den Wiener Regierungschef Josef Klaus. Der Brief kündigte die Revision eines Entschlusses an, den die 73jährige Freud-Erbin vor mehr als 30 Jahren gefaßt und bisher strikt eingehalten hatte: niemals mehr ihren Fuß auf deutschen oder österreichischen Boden zu setzen.



Psychoanalytiker **Freud in seiner Wiener Praxis**: Die Ur-Couch bleibt in London

Der Entschluß war nicht freiwillig zustande gekommen. Am 4. Juni 1938 hatte die Gestapo Anna Freud gezwungen, mit ihrem damals 82 Jahre alten Vater das Land zu verlassen. Einzige Vergünstigung für den weltberühmten Gelehrten: Er durfte seine Privatbibliothek und sein Mobiliar ins Londoner Exil transportieren lassen.

Dort findet sich vieles heute noch, und noch immer betreut Freuds Wiener Haushälterin Paula Fichtl den Fin-de-siècle-Hausrat, darunter die Ur-Couch, auf die Freud seine Patienten bettete. Die Ko-Emigrantin Fichtl, seit 40 Jahren im Freud-Dienst, wird nun auch die Organisatoren eines Freud-Museums beraten, das in der Wiener Berggasse 19, der langjährigen (1891 bis 1938) Mietwohnung Freuds, hergerichtet und unter anderem mit seinen Wartezimmer-Möbeln ausgestattet werden soll; die Couch bleibt freilich in London.

Anna Freuds überraschender Friedensschluß mit Wien, wo es nach ihrer Vermutung „weder in wissenschaftlichen noch in Laienkreisen ein Interesse für die Psychoanalyse gibt", geht auf den österreichischen Friedensschluß mit Sigmund Freud zurück. Der Ex-Wiener Friedrich Hacker, Professor an der University of Southern California, hat zum 30. Todestag Freuds erreicht, was Österreich-Kenner für einen Akt schlechten Gewissens, wo nicht für ein Wunder halten: Die Regierung und die Stadt Wien sind bereit, erstmals eine Freud-Gedenkstätte zu finanzieren: 122 000 Mark wurden für die Renovierung der alten Wohnstatt Freuds bewilligt.

Hacker, der in Hollywoods prominentester Wohnlage Beverly Hills die größte private Psychiatrie-Klinik der amerikanischen Westküste betreibt und im November 1968 die Sigmund-Freud-Gesellschaft gründete, hat mit seiner Aktivität das Vertrauen der publicityscheuen Freud-Tochter gewonnen. Sie, die „weniger die Couch als den Geist Sigmund Freuds restauriert sehen" möchte, hat die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Ausschuß der Sigmund-Freud-Gesellschaft akzeptiert und stellt nun außer einem Teil der Möbel auch Abzüge aller Manuskripte ihres Vaters zur Verfügung, die erstmals 1971 im Wiener Museum des 20. Jahrhunderts ausgestellt werden sollen. Überdies schlug sie der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung vor, ihren nächsten Weltkongreß ebenfalls 1971 in Wien abzuhalten — wo er noch nie stattgefunden hat, auch nicht zu Freuds Lebzeiten—, und kündigte an, selbst zu kommen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Gleichwohl macht Anna Freud, die noch immer täglich zehn bis zwölf Stunden als Leiterin ihrer Klinik für Kinder-Therapie im Londoner Stadtteil Hampstead arbeitet, den Besuch in Wien davon abhängig, daß sie als „schlichte Besucherin" in dem vertraut-bescheidenen Hotel Regina von Fernsehen und Presse verschont bleibe: Noch nie hat sie Reporter empfangen oder ihnen Fragen beantwortet.

Dabei mögen Erfahrungen eine Rolle spielen, die Freud und mit ihm seine Tochter ihrer Umwelt verdankten. So schrieb die „Times" 1922, wer Freud studiere, werde seinen Geist „mit pornographischen Details sättigen müssen: Diese Lage können wir nicht als gesund bezeichnen".

Ähnlichen Belastungen waren durch den Streit um die rechte Lehre vom Unbewußten aber auch die Beziehungen zwischen Freud und seinen Schülern und Mitarbeitern ausgesetzt. Einer von ihnen, Ernest Jones, vollendete kurz vor seinem Tod 1958 die erste umfassende Freud-Biographie (SPIEGEL 51/1959). Was er nur in einigen Episoden darstellt, ist das Thema eines Buches, das jetzt auf deutsch erschienen ist: Vincent Brome, englischer Romancier und Biograph, will ausschließlich „den persönlichen Auseinandersetzungen nachgehen, die unter den ersten Pionieren der Psychoanalyse herrschten"*.

Die bisher detaillierteste Klatschgeschichte über Freud und seinen Kreis hat das Verdienst, Einblick in bisher unveröffentlichtes Material zu gewähren, in Briefe der Gründerväter der Psychoanalyse: Freud, Jung, Ferenczi, Abraham und Jones. Sie zeigt freilich, daß sich der „veredelnde Einfluß der Psychoanalyse auf ihre Bekenner" (Freud) bei dieser ersten Generation nur spärlich bemerkbar gemacht hat.

Brome meint, daß Freud auf alle Abweichungen vom „Dogma" (so Freud gegenüber C. G. Jung) seiner Psychoanalyse mit neurotischer Empfindlichkeit und Intoleranz reagiert habe; jedenfalls gab es Wut- und Tränenausbrüche bei ihm, und mindestens zweimal fiel er bei Auseinandersetzungen mit Jung dramatisch wirkungsvoll in Ohnmacht (Brome: „Hysterische Racheübertragung").

Die Geschichte des Freudschen Kreises wird so bei Brome zur Geschichte einer permanenten und immer wieder unterdrückten Rebellion der Schüler gegen den Lehrer und gleicht damit einer von Freud selbst beschriebenen Situation: der Auflehnung der „Bruderhorde" gegen den „gewalttätigen Urvater". Sie endet hier mit dem Abfall der Rebellen. Anna Freud hielt stets zum Vater; Freud über die wohlgeratene Tochter: „Jedenfalls war es sehr weise, sie gemacht zu haben."

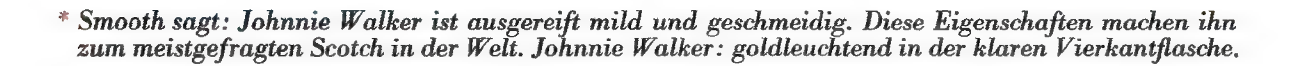
Alexander Mitscherlich hat schon darauf hingewiesen, daß diese „Abfallbewegungen ... mit dem Neidmotiv nicht schlecht erklärt werden könnten", weil Freud seinen Schülern „als geniales Vorbild unerreichbar blieb". Aber auch Brome, der eher Freud dafür verantwortlich macht, rechnet ihn zu der „winzig kleinen Gruppe ursprünglicher Denker, die die Welt aus ihrem Schlaf erweckt haben".

* Vincent Brome: „Sigmund Freud und sein Kreis". List Verlag, München; 270 Seiten; 22 Mark.

smooth*

..der Tag geht... Johnnie Walker kommt

(Born 1820 – still going strong)



KUNST

CONCEPTUAL ART

Verbranntes Geheimnis

Dies Bild", empfiehlt John Baldessari, ein Künstler aus Amerika, „sollte gelesen und nicht angeschaut werden." Wahrhaftig, der Mann hat recht.

Mehr ist nämlich mit seinem „nach-avantgardistischen Bild" auch gar nicht anzufangen. Es ist ja nur, so sagt der Künstler weiter, „eine Kopie eines Bildes von John Baldessari und ist nicht wirklich" — genauer: „ein Bild, das nicht mehr ist als die Zusicherung seiner Existenz". Kurzum, statt eines Bildes gibt es nur einen Baldessari-Text mit Bild-Definitionen.

Seine Gedanken-Sprünge vollführt der Autor auf der Jagd nach einem alten, jetzt immer häufiger geträumten



Ausstellung „Konzeption" in

Künstler-Traum: Wie Baldessari haben viele einstige Maler und Bildhauer aus ihrer Einsicht, nicht Material und Handwerk seien entscheidend für die Kunst, eine kühne Konsequenz gezogen. Nun wollen sie eine buchstäblich gegenstandslose Kunst hervorbringen, die nur noch aus der gedachten Konzeption besteht — daher ihr Name: „Conceptual Art".

46 Konzept-Artisten sind gegenwärtig an einer ersten Gesamtdarstellung des neuen Trends beteiligt, die vom Museum in Leverkusen präsentiert wird. Sie haben zu dieser Anti-Ausstellung (Titel: „Konzeption") ein zwar vielfältiges, doch wenig ansehnliches Material geliefert:

Tabellen mit den Quersummen sämtlicher Datumsangaben des Jahres 1969; eine auf Millimeterpapier verzeichnete Einteilung der Vita Leonardo da Vincis nach dem Goldenen Schnitt; Texte mit Denksportaufgaben; Anweisungen für einen Artikelaustausch der Zeitungen in Haverhill (USA) und Leverkusen; das Wort „Bild" quadratisch eingerahmt.

Doch als Konzept-Kunst ist das, recht betrachtet, schon viel zu bildhaft. Die Reflexion über natürliche „Sandskulpturen“ beispielsweise, die der Brite Richard Sladden eingeschickt hat, weist immer noch eine sichtbare Struktur auf — sie ist in Wellenlinien notiert. Jedenfalls bleibt von der geistigen Konzeption fast allemal doch ein reales (nebenbei verkäufliches) Relikt zurück — ein Anlaß zu Mißdeutungen.

Denn wie schon früher programmatische Künstler-Gesten stets rasch in Kunstwerke umgedeutet wurden (die Readymades Marcel Duchamps genauso wie Lucio Fontanas Leinwandschlitze), wird auch der radikale Ansatz der Conceptual Art leicht vernebelt. Gar zu bequem bietet sich ihr Erdenrest als Fetisch an, als „Konzept-Objekt“, wie der Franzose Daniel Buren seinen Kollegen ironisch vorhält.



Leverkusen: Bilder zum Lesen

Und die sind an der Taschenspielerei gewiß nicht schuldlos. Der Schweizer Markus Raetz verteilt zum Beispiel, um eine ständig wechselnde Konstellation von elf Personen herzustellen, elf Plaketten; ihre Träger sollen sie wie Amulette „lebenslänglich auf sich tragen“ und schließlich mit ins Grab nehmen. „Konzeptkünstler“, hat einer ihrer Wortführer erkannt, „sind eher Mystiker als Rationalisten.“

Allerdings. „Conceptual Art“ wird nur von wenigen Künstlern ganz nüchtern oder auch leicht eulenspiegelhaft betrieben; den meisten gerät sie zum Glasperlenspiel, in dem banale Daten scheinbar bedeutungsvoll verschlüsselt werden, oder zum pseudomagischen Ritual. So ließ sich der New Yorker Douglas Huebler, einer vergleichbaren Prozedur des französischen Avantgarde-Anregers Yves Klein (1928 bis 1962) folgend, von 63 College-Girls Geheimnisse aufschreiben, die Papiere ungelesen verbrennen und verstreute dann die Asche.

Die wahre Konzept-Kunst ist das offenbar nicht; die ist wohl selbst nur eine Konzeption.

Weil sie gut zueinander passen, weil einer die ideale Ergänzung des anderen ist, weil sie es zeigen wollen:

Der neue Weg im Uhren-Styling

DUGENA MONZA



Wanda Pampuch über Swetlana Allilujewa: „Das erste Jahr"

VATER WAR SO KULTURLOS



Wanda Bronska-Pampuch

Wanda Bronska-Pampuch, heute in München lebende Exil-Polin und Ex-Kommunistin, war acht Jahre in sowjetischer Lagerhaft. Sie veröffentlichte in der Bundesrepublik das Buch „Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung" und den autobiographischen Roman „Ohne Maß und Ende". Im vergangenen August interviewte sie (für die „Süddeutsche Zeitung") die Stalin-Tochter Swetlana in den USA.

Rund 280 sowjetische Geheimagenten brachte Stalins Tochter Swetlana dem Westen als Morgengabe mit: Sie gingen hoch, als Moskau übereilt alles mobilisierte, um die Flüchtige einzufangen.

Das steht nicht in Swetlana Allilujewas neuem Buch — vielleicht weiß sie es gar nicht. Iwan Alexandrowitsch Benediktow, Ex-Botschafter der UdSSR in Indien, hat es später im Freundeskreis in Moskau zum besten gegeben.

Swetlana hatte kaum das sowjetische Gästehaus in Delhi verlassen, da wurde Benediktow auf dem Empfang, zu dem sie nicht gekommen war, von bösen Ahnungen überfallen. Er rief die vier Agenten an, die das „Staatseigentum" zu bewachen hatten. Sie saßen in ihrem Zimmer und pokerten. Wo sollte Swetlana denn hin, so versuchten sie ihren Boß zu beruhigen, Swetlana hatte ja gerade ihre Wäsche gewaschen und zum Trocknen aufgehängt ... Daß die Stalin-Tochter mehrere Wäschegarnituren besaß und, auf einige verzichtend, mit kleinem Gepäck bereits ins Taxi gestiegen war, entzog sich dem Vorstellungsvermögen der Aufpasser.

Wie sie ihren Entschluß faßte, ein Taxi zu bestellen und dem indischen Chauffeur gefaßt und ruhig die Adresse der amerikanischen Botschaft zu nennen, das beschreibt Swetlana eindringlich; auch wie man sie in dem nur wenige Schritte entfernten Botschaftsgebäude empfing — als käme sie vom Mars.

Dennoch saß sie noch am selben Abend im Flugzeug. Inzwischen — das wiederum steht nicht in ihrem Buch — war aber auch Benediktow nicht müßig. Als die Maschine in Rom landete, sahen sich die US-Beamten, die Swetlana in Sicherheit brachten, plötzlich von einer italienischen Limousine verfolgt. Sie protestierten beim italienischen Innenministerium gegen die Überwachung, aber dort wußte man von nichts und stellte Nachforschungen an. Und dabei konnte dann ein internationaler sowjetischer Spionagering ausgehoben werden. „Es waren Spezialisten für Wirtschaftsinformation", tobt Benediktow noch heute, wenn er sich daran erinnert. Die Fachleute vom Ressort Menschenraub waren in der Eile nicht aufzutreiben gewesen. So konnte Swetlana entkommen.

Zusammen mit diesen Ergänzungen des Sowjet-Botschafters gäbe die Story von der Flucht der Stalin-Tochter in den Westen einen spannenden Krimi ab — ohne sie liegt die Bedeutung des Fluchtberichts im „Ersten Jahr" mehr im Psychologischen: Er liefert den Schlüssel zum Verständnis solcher spontanen Entschlüsse. Swetlana hatte schon einige Zeit mit dem Gedanken gespielt, nicht mehr nach Moskau zurückzukehren, aber sie machte erst Ernst, als sie sich nach einigen Wochen



Swetlana Allilujewa: „Das erste Jahr" Verlag Fritz Molden Wien 388 Seiten 19,80 Mark

Freiheit im indischen Dorf in Delhi wieder ihren Aufsehern konfrontiert sah. Das selbstzufriedene Gesicht von Botschafter Benediktow, der sich sicher wähnte, sie nun endlich wieder nach Moskau zu verfrachten, gab den Ausschlag.

Mit der gleichen Verachtung, mit der sie die Atmosphäre im protzig-geschmacklosen Haus Benediktows in Delhi schildert, zeichnet die Autorin später die Landhäuser der „obersten zehn Familien" des Sowjetstaates. Ihr Kriterium bei der Beurteilung von Woroschilow, Kaganowitsch, Molotow oder Schdanow ist immer das Ausmaß von deren „Kulturlosigkeit". Einige lernten auf Auslandsreisen ein wenig dazu, andere, wie etwa Mikojan, hatten wenigstens eine bescheidene Frau, aber sonst sind sie für Swetlana allesamt Emporkömmlinge ohne jedes Kunstverständnis und mit plumpem Lebensstil, den sie auch nach ihrem Aufstieg in höchste Staatsämter beibehielten.

Das menschliche Fiasko Stalins führt seine Tochter ebenfalls auf den Widerspruch zwischen seiner Machtgier und seinem Mangel an Kultur und Bildung zurück: Diese Diskrepanz sei es gewesen, was den Parteiführer schließlich in ein „gewalttätiges Monstrum" verwandelt habe; weil die anderen Lenin-Jünger das gehabt hätten, was ihm fehlte, habe Stalin — gefühlsarm und berechnend wie er war — sie allesamt umbringen lassen.

Was Swetlana über die Stationen der Stalinschen Terrorherrschaft aussagt, zeigt, daß sie das „erste Jahr" im Westen fleißig genützt und viel gelesen hat. Interessanter sind die Beispiele, mit denen sie ihre Charakterdeutung des Vaters belegt.

Sie beschreibt Stalins Saufgelage: Größter Spaß war es für ihn, einen der alten Führer unter lautem Jubel mit Kleidern ins Wasser des seichten Bassins zu werfen. Sie schildert seine seltsamen Opernbesuche: Die Oper „Iwan Sussanin" sah er am liebsten, allerdings nur wegen einer Szene, in der das polnische Heer umkommt; nach dieser Szene verließ er das Theater. Sie erwähnt seinen Hang zu unflätigen Ausdrücken und seine Verachtung für „intellektuelles Gewäsch", vor allem aber auch für intellektuelle Frauen, die er „Heringe mit Ideen" nannte.

Als sich die große Unkultur und die öffentliche Lüge nach einer kurzen Zeit des Tauwetters wieder im Land breitzumachen begannen, war Swetlana tief deprimiert. Sollte sie künftig als Museumsdirektorin Besucher in Tiflis durch einen Stalin-Tempel führen? Derselbe Mikojan, der sie 1956 schonend über die Abrechnung Chruschtschows mit dem Terror Stalins informiert hatte, schenkte ihrer Tochter Katja im Sommer 1966 einen kostbaren Teppich, auf den das Bild Stalins gestickt war. Sie schauderte: Die Intelligenz ihrer Generation, zu der sie mittlerweile hingefunden hatte, war so gänzlich anderer Art.

Daß die sowjetische Intelligenz, ebenso wie Swetlana Allilujewa selber, leider dennoch Schaden genommen hat in jener Zeit, da Väterchen Stalin das Land regierte, läßt sich nicht verkennen. Die Abkehr von der „Unkultur" des Vaters führt die Autorin manchmal zur Verherrlichung verstaubten Kulturmiefs. Swetlana mag keine „Modernisten" und keine „Langhaarigen", die sie zum Glück in den wohlhabenden Kreisen ihrer neuen amerikanischen Heimat nur selten antrifft.

Ob man wenigstens dort die Art goutieren wird, in der sie ihre geheime Taufe in Moskau beschreibt? Hierzulande ist sie bei allem Verständnis für die abnorme Erziehung, die der Diktatorentochter zuteil wurde, kaum zu ertragen.

KIRCHE

PRIESTERGRUPPEN

Gute Ansätze

Sie wollen Papst und Kurie entmachten, Kardinäle und Nuntien abschaffen, den Bischöfen mehr Rechte gegenüber Rom sowie allen Priestern und Laien die Mitentscheidung erkämpfen.

Sie fordern mehr Toleranz für evangelisch-katholische Mischehen und die Aufhebung des Zwangs zum Zölibat für sich selber.

1400 von 20 000 deutschen Priestern (Ordensgeistliche nicht mitgezählt) sind zum Kampf für eine „Demokratisierung der Kirche" angetreten. Sie sind in 21 Priestergruppen fast überall organisiert, ausgenommen die Diözesen Berlin, Bamberg, Hildesheim und Eichstätt. Sie nennen sich



Priestergruppen-Delegierte in Rom: „In gewisser Weise vom Papst anerkannt"

- ▷ „Solidaritätsgruppe" (SOG) — in Aachen, Bochum, Fulda, Paderborn und Speyer;
- ▷ „Aktionskreis" — in Augsburg, München und Köln;
- ▷ nach den Namen ihrer Zeitungen — „imprimatur" in Trier oder „pipeline" in Regensburg;
- ▷ nach den Orten ihres ersten Treffens „Herrenwieser Kreis", „Kellberger Kreis", „Thalkirchner Kreis" und „Freckenhorster Kreis" für die Bistümer Freiburg, Passau, München und Münster;
- ▷ „Frankfurter Priesterkreis", „Wiesbadener Priestergemeinschaft", „Gruppe Mainzer Kapläne", „Pauluskreis Würzburg", „Aktionsgemeinschaft von Geistlichen in der Diözese Rottenburg", „Konvente in der Diözese Osnabrück" und „Unabhängige Priester-Arbeitsgemeinschaft", ebenfalls Osnabrück.

Die meisten Gruppen haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft" vereint, die in dieser Woche eine Tagung im Westerwald abhält und über neue Forderungen beraten will.

Die reformfreudigen Priester, die zumeist zwischen 30 und 40 Jahre alt sind, haben in ihren Gruppen keine Vorsitzenden, sondern nur „Sprechergruppen". Ihre Programme werden in Vollversammlungen entwickelt — wie bei den antiautoritären Studenten des SDS.

Einzelne Gruppen bildeten sich schon 1965. Jahrelang blieben sie klein und arbeiteten isoliert voneinander. In den letzten Monaten aber sind sie zu einer Organisation geworden, die kein Bischof und nicht einmal mehr der Papst ignorieren kann.

Neben den Mitgliedern gibt es — so Michael Raske, 33, Universitäts-Assistent in Münster und einer der drei Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft" — „viele Sympathisanten unter unseren Mitbrüdern, die aber deshalb nicht mitmachen wollen, weil ihnen unsere offene Arbeitsweise mißfällt".

Anfangs vertraten manche Protest-Priester — wie etwa die Bochumer SOG-Gruppe — vornehmlich Standesfragen: „Schutz gegen erzwungene Spenden", Hilfe für ausscheidende Priester, Bildungsurlaub und einen freien Wochentag als Ausgleich für den Gottesdienst am Sonntag.

Inzwischen ist fast allen Mitgliedern der Priestergruppen, die von ihren geistlichen Gegnern als „Rebellen", „Priester-Apo", „Pseudo-Priester" und sogar als „Häretiker" beschimpft werden, das Programm zur Reform der gesamten Kirche wichtiger. Sie haben unter anderem die Reform des kirchlichen Eherechts, die Aufhebung des Zwangs zum Zölibat, die Freiheit der Theologen gegenüber kirchlicher Bevormundung und die Reform der Kurie theologisch begründet.

Über Mangel an Zeit klagen alle Funktionäre der Priestergruppen; Raske: „Unser größtes Problem." Denn neben der Seelsorge, die manchen Priester oft mehr als 85 Stunden wöchentlich beschäftigt, müssen sie Tagungen organisieren und Resolutionen erarbeiten, vervielfältigen und verschicken.

Die Priestergruppen kennen zwar Geldsorgen, können sie aber zumeist lösen. Jedes Mitglied zahlt einen Monatsbeitrag von ein bis zwei Mark. Studentenpfarrer Ferdinand Kerstiens, einer der Sprecher des „Freckenhorster Kreises": „Wenn wir kein Geld mehr haben, sagen wir das einfach auf der nächsten Vollversammlung."

Als Europas Bischöfe Anfang Juli ihre Wortführer zu einem Symposion nach Chur im Schweizer Kanton Graubünden schickten, entsandten auch Priestergruppen aus acht europäischen Ländern Delegierte nach Chur. Dort tagten sie parallel zu den Bischöfen und entwickelten öffentlich ein radikales Kontrast-Programm zu den zagen Reformwünschen ihrer Oberhirten.

Und auch in Rom waren sie wieder zur Stelle, als dort — bis zum Dienstag vergangener Woche — die von Papst Paul VI. einberufene Außerordentliche Bischofssynode tagte (siehe Seite 150). Weil sich ihnen keine katholische Tür öffnete, tagten sie in der protestantischen Waldenser-Fakultät und stellten einen Katalog von Forderungen auf. Sie verlangten unter anderem

- ▷ Eigenständigkeit der Ortskirchen: Jede Diözese müsse das Recht haben, „selbst ihre spezifischen Probleme zu überdenken und sie in Freiheit zu lösen";
- ▷ Wahl der Bischöfe durch Priester und Laien ohne Vorrecht Roms und nur auf Zeit;
- ▷ Kontrollinstanzen in jeder Diözese, damit notfalls auch ein Bischof abgesetzt werden kann;
- ▷ Wahl des Papstes nur noch auf Zeit und nicht mehr nur durch das — zur Zeit 131köpfige — Kardinalskollegium, sondern durch die von allen 2108 Bischöfen gewählte Synode;
- ▷ „Auflösung des Kardinalskollegiums", „Ablösung der Nuntiaturen" und Unterstellung der Kurie unter die „Weisungen der Bischofssynode".

Über diese und andere Forderungen orientierten die Protest-Priester den Münchner Kardinal Döpfner bei einer Audienz in Rom. Der Kardinal hielt Distanz: „Es gefällt mir gar nicht, daß Sie hier in Rom sind."

Er räumte allerdings ein, daß sich in den Vorschlägen der Priestergruppen „aber auch viel Lobenswertes und gute Ansätze für ein neues pastorales Engagement" zeigten.

Doch Papst Paul VI. mochte mit den Priestergruppen nicht einmal reden. Er schlug die Bitte der Rom-Delegierten um eine Audienz ab — in einem Schreiben, das der Jesuit Roberto Tucci den Priestergruppen verlas und nicht aushändigte.

Sie waren allerdings froh, daß der Papst ihnen überhaupt Bescheid gab. In einer Resolution stellten sie fest: „In gewisser Weise anerkennt er de facto unsere Versammlung."


IHR GESCHMACK MACHT SIE GROSS
Camel Filter:
herzhaft im Geschmack –
überraschend mild im Rauch.
Schon probiert?
CAMEL FILTER
Eine Zigarette geht um die Welt
1,90 DM
CAM
CAM
FINE TOBACCO
CAMEL
FILTERS

PAPST KÜNFTIG NUR NOCH AUF ZEIT?

SPIEGEL-Gespräch mit Rom-Delegierten der deutschen Priestergruppen



Raske, Greinacher, Greshake beim SPIEGEL-Gespräch in Münster*

SPIEGEL: Die Synode in Rom, die Sie als Delegierte der deutschen Priestergruppen zwei Wochen lang an Ort und Stelle beobachtet haben, ist am vergangenen Dienstag zu Ende gegangen. Hat Sie das Ergebnis eher enttäuscht oder zufriedengestellt?

GREINACHER: Wer wie wir die Vorgeschichte und die vorbereitenden Papiere kannte, hat von vornherein nicht allzuviel erwartet und konnte deshalb auch nicht sehr enttäuscht werden.

SPIEGEL: Hat es Sie, als Sie in Rom waren, gestört oder sogar beleidigt, daß der Papst die amerikanischen Mondfahrer, von denen keiner Katholik ist, empfangen hat und Sie nicht, obwohl Sie katholische Priester sind?

RASKE: Wir haben es sehr bedauert, daß wir nicht empfangen wurden. Wir erkennen aber auch an, daß sich Papst Paul die abschlägige Antwort nicht leichtgemacht hat. Er hat immerhin bedauert, uns nicht empfangen zu können.

SPIEGEL: Wer oder was hat ihn daran gehindert, Sie zu empfangen?

RASKE: Er hat mehrere Gründe genannt: weil einige Bischöfe die Priestergruppen ihrer Diözesen noch nicht empfangen haben, weil er Bedenken gegen einzelne Erwägungen in unseren Arbeitspapieren hat und weil er befürchtet, daß ein Empfang von vielen als Bestätigung unserer Versammlung ausgelegt werden könnte.

SPIEGEL: Denken Sie hierüber anders als der Papst?

RASKE: Wir halten diese Gründe zum Teil nicht für zutreffend, zum Teil nicht für ausreichend, um unseren Besuch abzulehnen. Wir hoffen, daß sich in Zukunft doch eine Möglichkeit zu einem direkten Kontakt ergibt.

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Werner Harenberg (l.) und Manfred Eichel (r.).

SPIEGEL: Wenn der Papst Sie doch zu einer Audienz einladen würde, wie würden Sie ihn anreden? Sogar das ist ja unter Katholiken strittig geworden.

GREINACHER: Das halte ich nicht für entscheidend. Wir würden ihn nicht mit „Herr Montini" anreden, aber manche von uns hätten wohl auch Schwierigkeiten, ihn mit „Heiliger Vater" anzusprechen. Sie wissen, im Matthäus-Evangelium heißt es: „Nennt keinen Vater auf Erden; denn einer ist euer Vater, der himmlische."

SPIEGEL: Aber „Herr Papst" ist auch nicht recht denkbar.

RASKE: In den Briefen, die von der Versammlung europäischer Priestergruppen geschrieben wurden, wurde der Papst einmal angesprochen als „unser Bruder Paulus im Petrusdienst", die anderen Male aber als „Heiliger Vater". Zwar halten die meisten von uns den Ausdruck für unglücklich und überholt, aber es kommt ihnen mehr darauf an, dem Papst überhaupt sachlich etwas mitzuteilen und nicht den Dialog dadurch zu blockieren, daß ihm vertraute Formen verletzt werden.

SPIEGEL: Wären Sie zum Kniefall bereit, den vor dem Papst sogar Kardinäle tun?

GREINACHER: Ich glaube, dazu wäre wohl keiner von uns bereit.

SPIEGEL: Warum wehren Sie sich so dagegen, „Rebellenpriester" oder „Priester-Apo" genannt zu werden?

RASKE: Wir haben diese Bezeichnungen wiederholt und ausdrücklich zurückgewiesen, weil sie ein falsches Bild von unserem Wollen geben, das sich von Impulsen des Evangeliums her bestimmt. Auch sind unsere Methoden anders als die der Apo, wir lehnen jede Gewalttätigkeit ab. Es kommt uns darauf an, einen langfristigen Bewußtseinsbildungsprozeß in Gang zu bringen. Wir beanspruchen nicht, daß wir allein die Lösung hätten. Wir suchen deswegen sehr intensiv den Dialog, und zwar mit allen Schichten in der Kirche, mit den Gemeinden, mit den Priesterräten, nicht zuletzt mit den Bischöfen.

SPIEGEL: Wie denken die deutschen Bischöfe über Ihre Arbeit?

GREINACHER: Das ist sehr schwer zu sagen. Man wird einzelne Beispiele nennen können. Bischof Tenhumberg hier in Münster hat kürzlich geäußert, daß er in seinem Bistum keine Gruppe von Priestern kennt, mit denen er nicht loyal zusammenarbeiten könnte. Aber andere Bischöfe haben zum Ausdruck gebracht, daß sie die Existenz von Priestergruppen nicht nur nicht gerne sehen, sondern meinen, daß sie gar nicht notwendig seien, daß ihre Existenz ein Akt des Mißtrauens gegen das Amt oder sogar gegen ihre Person sei. Kardinal Döpfner etwa hat sich so geäußert.

SPIEGEL: Der Kölner Kardinal Höffner hat sogar gesagt, die Priester der Gruppen beteten zuwenig und kümmerten sich zu sehr um humanitäre Belange.

GREINACHER: Das ist einfach eine Unterstellung. Wie will Kardinal Höffner wissen, wieviel oder wie wenig wir beten? Seine Unterstellung weisen wir ebenso zurück wie die Einteilung in Christen, die beten, und Christen, die kritisieren. Als ob es nicht betende Kritiker und kritisierende Beter geben könnte.

SPIEGEL: Wollen Sie eine Art Fraktion sein?

GREINACHER: Ja, das wollen wir. Wobei zu unterscheiden ist zwischen denen, die den Priestergruppen angehören und also die „Fraktion" bilden,

DIE PRIESTERGRUPPEN

fordern so entschieden wie früher nur einzelne Katholiken eine radikale Reform ihrer Kirche. Zu den Delegierten, die in Rom während der Bischofssynode tagten, zählte als einziger deutscher Professor der Pastoraltheologe Norbert Greinacher, 38 (bislang Münster, künftig Tübingen). Er hat mehrere Studien über Priester-Probleme veröffentlicht und als Mitglied des „Bensberger Kreises" die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verlangt. Michael Raske, 33, ist Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft", zu der sich bereits 13 deutsche Priestergruppen vereint haben. Gisbert Greshake, 36, ist wie Raske Assistent an der Universität Münster und gehört wie Greinacher einer 143 Mitglieder starken Priestergruppe an, die sich nach ihrem ersten Tagungsort „Freckenhorster Kreis" nennt.

Reife-Test für Geldanleger

50 „goldene Eier" im Wert von je 500,– DM (insgesamt 25000,– DM) zu gewinnen!

Wollen Sie erfahren, ob es sich für Sie lohnt, Pfandbriefe oder Kommunalobligationen zu kaufen?

SECHS FRAGEN
die Ihnen den Weg zum Wertpapierfachmann ersparen – oder dringend empfehlen!

	ja	nein
1. Haben Sie ein Sparbuch?	☐	☐
2. Beträgt die Summe auf Ihrem Sparbuch ca. zwei bis drei Monatsgehälter – als Rücklage „für alle Fälle"?	☐	☐
3. Haben Sie eine kleine Reserve für Anschaffungen?	☐	☐
4. Sind Sie zur Zeit schuldenfrei (Ratenkäufe, Bankkredite)?	☐	☐
5. Ziehen Sie einen sicheren Ertrag dem Spekulieren vor?	☐	☐
6. Können Sie regelmäßig (z. B. monatlich, zweimonatlich, vierteljährlich) für eine bestimmte Summe (ca. 100 DM) Wertpapiere kaufen?	☐	☐

Zählen Sie jetzt Ihr Ergebnis zusammen! Haben Sie 4–6 Fragen mit „ja" beantwortet? Dann lohnt sich für Sie der Weg zum Wertpapierfachmann. Mit seiner Hilfe und unseren Fachfragen (nebenan!) können Sie schnell klären, ob für Sie persönlich Pfandbriefe und Kommunalobligationen empfehlenswert sind. Legen Sie dem Effektenberater einfach den weißen Fachfragen-Gutschein vor! Er ist über diese Aktion informiert und wird Sie kostenlos und unverbindlich beraten.

GUTSCHEIN MIT FACHFRAGEN für die persönliche Beratung bei einer Bank oder Sparkasse*

1. Welche speziellen Vorteile bieten mir Pfandbriefe und Kommunalobligationen als festverzinsliche Wertpapiere, wenn ich ein Vermögen aufbauen will oder später zusätzlich eine zweite Rente kassieren möchte?
2. Wie kann ich über meine Rücklagen in Pfandbriefen und Kommunalobligationen wieder verfügen?
3. Eignen sich für mich eher Pfandbriefe und Kommunalobligationen mit längerer oder kürzerer Laufzeit?
4. Wieviel Kapital kann ich in . . . Jahren aus Zinsen verdienen, wenn ich jeden Monat (alle zwei Monate, vierteljährlich) 100 DM anlege?
5. Kann ich die Vergünstigungen des neuen Sparprämien- und 312-Mark-Gesetzes nutzen?
6. Wozu verwendet die Bank das Geld, das ich in Pfandbriefen und Kommunalobligationen anlege?

Sp 9115

Mein Name und meine Anschrift

Unterschrift des Wertpapierfachmannes, der Sie beraten hat

Anschrift der Bank

Möchten Sie neben den Vorteilen der Beratung auch noch ein „Gold-Ei" im Werte von 500,– DM gewinnen? Dann lassen Sie sich vom Wertpapierfachmann seine Unterschrift und seine Bankanschrift geben, wenn er Ihre Fragen ausführlich beantwortet hat, und vermerken Sie Ihre eigene Anschrift auf dem Gutschein. Diesen schicken Sie dann bitte **an den Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute, 6 Frankfurt 1, Postfach 3514.** Dann nimmt Ihr Gutschein an der Verlosung teil. **Einsendeschluß: 15. 12. 1969.** Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





* oder für schriftliche Beantwortung der Fragen durch den Gemeinschaftsdienst, 6 Frankfurt 1, Postfach 3514.

und denen, die mit ihnen sympathisieren.

SPIEGEL: Organisiert sind in den Priestergruppen rund sieben Prozent der Weltgeistlichen. Wie hoch würden Sie die Zahl der Sympathisanten unter den nichtorganisierten Priestern schätzen?

RASKE: Ich glaube, daß die Priestergruppen die Spitze eines Eisberges sind. Die Problemerfahrung und auch die Lösungsvorstellungen, die in den Priestergruppen formuliert werden, werden von der Mehrheit des jüngeren Klerus, also den 25- bis 40jährigen, aber sicher auch von einem großen Teil der Älteren geteilt.

SPIEGEL: Gab es in der Geschichte der katholischen Kirche schon Bewegungen, mit denen sich die heutigen Priestergruppen vergleichen können?

GRESHAKE: Das ist eine ganz wichtige Frage, und wir können sie ganz eindeutig bejahen. Es hat fast in der gesamten Kirchengeschichte nicht nur einzelne, sondern immer auch Gruppen gegeben, die Erneuerungen forderten und der Amtskirche unbequem waren, die auch immer verdächtigt wurden. Das gilt für die Bettelorden des Hochmittelalters, vor allem für die Franziskaner in ihrer Frühzeit, im Grunde auch für die Jesuiten über viele Jahrzehnte hin.

SPIEGEL: Der stellvertretende Chefredakteur des „Osservatore Romano" hat geschrieben, es gebe in den Priestergruppen Leute, die praktisch schon außerhalb der Kirche stünden. Könnte es sein, daß nach dem Kirchenbegriff, den manche Leute im Vatikan — darunter vielleicht auch Kardinäle — haben, Sie tatsächlich außerhalb der Kirche stehen?

GREINACHER: Das ist schon möglich. Nur wäre dann eben zu fragen, ob dieser Kirchenbegriff richtig ist. Ich halte ihn für eine einseitige Auslegung, die sich von einer guten Theologie und auch vom Neuen Testament her nicht vertreten läßt. Wir alle, die wir den Priestergruppen angehören, weisen die Behauptung, wir stünden irgendwie außerhalb der Kirche, entschieden zurück. Wir sind Teil der Kirche und wollen es bleiben.

SPIEGEL: Wollen Ihre Gegner Sie aus der Kirche hinausdrängen?

GRESHAKE: Ja, einige sicher. Dahinter steckt die Absicht, eine unbequeme Erscheinung in der Kirche, mit der man nicht fertig zu werden vermag, auf diese Weise loszuwerden, um innerhalb der Kirche wieder Ordnung und Disziplin zu haben.

SPIEGEL: Können Sie sich eine Entwicklung in Ihrer Kirche vorstellen, die Sie veranlassen könnte, Ihr Priesteramt aufzugeben?

GREINACHER: Nein, absolut nein. Trotz allem, was an Unerfreulichem geschieht, gefällt es mir in der Kirche. Und ich glaube, daß in unseren Gruppen weitaus die meisten wie ich denken. Wir finden, daß in dieser unserer Zeit unsere Kirche mit Konflikten beladen und von Krisen bedroht ist. Aber es macht auch Freude, in einer solchen Zeit in einer solchen Kirche zu leben.

SPIEGEL: Wann hat die katholische Kirche, der Papst oder ein Bischof, das Recht, gegen einen Priester vorzugehen, ihm die Verletzung einer Glaubenswahrheit vorzuwerfen und daraus administrative Schlüsse zu ziehen?

GRESHAKE: Der Papst oder ein Bischof sollte nicht in erster Linie fragen, ob gegen den Glauben verstößt, was ein Theologe sagt, sondern sollte zunächst fragen: Stört ein solcher Theologe wirklich das Zusammenleben der Kirche, also Einheit und Frieden der Gemeinde? Wo das geschieht, darf das Amt eher eingreifen als bei kontroversen theologischen Fragen, die praktisch doch nur hochqualifizierte Theologen verstehen.



US-Mondfahrer bei Papst Paul VI.*: „Herr Montini" oder „Heiliger Vater"?

* Apollo-11-Astronauten Collins (l.), Aldrin (2. v. r.) und Armstrong (r.) im Vatikan. Papst Paul VI. betrachtet Mondgestein durch eine Lupe.

SPIEGEL: Was geschieht, wenn zum Beispiel ein katholischer Theologe über die leibliche Auferstehung Jesu anders urteilt, als seine Kirche es lehrt? Wenn er also etwa sagt: Jesus ist im Grabe geblieben.

RASKE: Ich möchte die Voraussetzung, die Sie gemacht haben, nicht ohne weiteres übernehmen. Es ist ja gerade die Frage, wie die Kirche mit heutigen Erkenntnissen den Glauben an den auferstandenen Jesus Christus formulieren und dabei auch über frühere Vorstellungen hinauswachsen muß. Es läßt sich also nicht so einfach gegenüberstellen: Glaube der Kirche und Glaube einzelner Theologen.

SPIEGEL: Darf ein Priester auf einer oberbayrischen Dorfkanzel über die Auferstehung Jesu so reden wie Ihrer Ansicht nach also offenbar ein Theologe in einem Kolleg?

GRESHAKE: Das ist etwas anderes. Wir müssen davon ausgehen, daß die Gemeinden bisher auf solche Diskussionen und solche Überlegungen überhaupt nicht vorbereitet sind und daß es darum ein massiver Mangel an Liebe wäre, wenn man diesen Lernprozeß einer Gemeinde überspringt und ihr jetzt etwas aufpfropft, womit sie schlechterdings gar nicht fertig werden kann. Hier sehe ich durchaus die Möglichkeit einer Korrektur, also eines amtlichen Einschreitens.

SPIEGEL: Was würden Sie einem einfachen Katholiken antworten, der Sie fragt: „An die Jungfrauengeburt kann ich nicht mehr so glauben, wie ich es gelernt habe; ich glaube, daß Jesus geboren wurde wie andere Menschen auch. Muß ich die Kirche verlassen?"

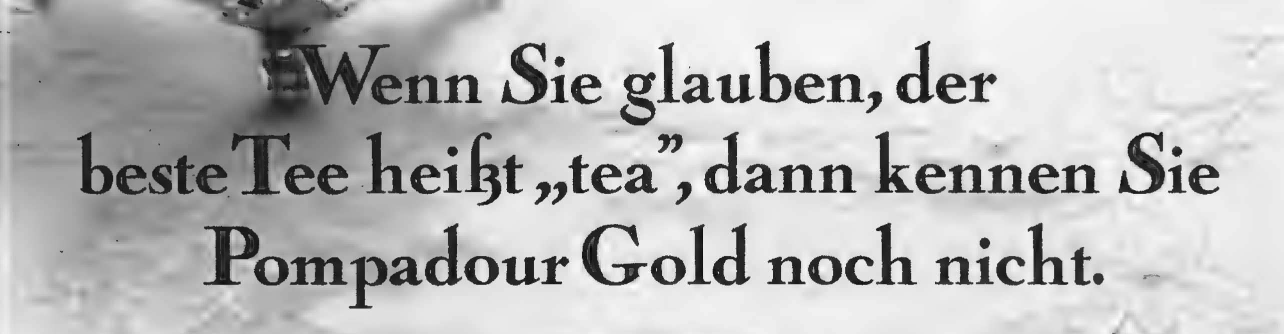
GREINACHER: Schon die Texte des Konzils gehen davon aus, daß es eine Hierarchie der Glaubenswahrheiten gibt. Es gibt Glaubenswahrheiten, die zentral sind, es gibt andere, die mehr am Rande liegen. Man müßte genau nachfragen, was mit der Glaubenswahrheit der Jungfrauengeburt gemeint ist. Ich würde sagen, daß die Frage der Jungfrauengeburt mehr eine Randfrage ist und daß ein solcher Christ Glied in der Gemeinde, der Kirche bleiben kann und soll.

SPIEGEL: Werfen wir einen Blick in die Zukunft, wie Sie und Ihre Freunde sie sich wünschen. Soll es, wird es im Jahre 2000 mehr verheiratete als zölibatär lebende Priester geben?

GREINACHER: Ja, davon bin ich überzeugt. In der Vergangenheit war die konkrete Ausgestaltung des priesterlichen Dienstes oft überaus mannigfaltig. So kann es und soll es wieder sein. Dabei ist der verheiratete Priester nicht die einzige Neuerung, an die sich das Kirchenvolk wird gewöhnen müssen. Es werden auch mehr Menschen im Gemeindedienst tätig sein, die weltliche Berufe und Familie haben.

SPIEGEL: Die also Priester nur im Nebenberuf sind?

GREINACHER: So könnte man es aus heutiger Sicht schlagwortartig sa-



Viele Teekenner haben bisher auf den praktischen Teebeutel verzichtet, weil sie glaubten, daß es erstklassige Qualität darin nicht gibt. Pompadour Gold ist absolute Spitzenqualität – nach internationalem Maßstab. Eine Auslese der teuersten Sorten, die in den berühmten Teegärten des Hochlandes von Darjeeling wachsen.




DER MANN 69.
AUFGESCHLOSSEN.
AKTIV. ANSPRUCHSVOLL.
SEINE KRAWATTE:
KORREKT. ELEGANT.
SEIDIG. AUS DRALON.
DRALON-KRAWATTEN IN
NEUEN DESSINS JETZT
IN GUTEN GESCHÄFTEN.
dralon®
BAYER
Qualitäts-Fasern
BAYER
193/2

gen. Die erste Stufe sind ja die — wenigen — verheirateten Diakone, die es schon gibt und die zum Teil in ihren Berufen geblieben sind. Daneben wird es aber in der differenzierten und hochspezialisierten Gesellschaft der Zukunft auch hauptamtliche Mitarbeiter in der Kirche geben müssen, darunter auch solche, die freiwillig ehelos bleiben wollen.

SPIEGEL: Die Wahl der Bischöfe und des Papstes wird in Ihren Gruppen lebhaft erörtert. Die Bischöfe werden heutzutage nach komplizierten Verfahren vom Vatikan und von kleinen Gruppen höherer Geistlicher in den Diözesen geheim ausgewählt. Wer soll sie künftig wählen?

RASKE: Eine gewählte Vertretung der Priester und der anderen Gläubigen in der Diözese, wobei uns wichtiger als das konkrete Verfahren der Wahl ein Wandel in der Mentalität ist. Es muß deutlich zum Ausdruck kommen, daß der Bischof eben auch Sprecher der Gemeinschaft ist, die ihn gewählt hat, daß er auch dieser Gemeinschaft verantwortlich ist und nicht nur einem absolutistisch verstandenen Papst.

SPIEGEL: Und welche Rechte soll bei der Bischofswahl der Papst haben?

GRESHAKE: Der Papst ist als Bischof von Rom der Vorsitzende des Kollegiums der Bischöfe. Wer Bischof wird, wird aufgenommen in die Gemeinschaft der Bischöfe. Dafür könnte man sich ein doppeltes Zeichen vorstellen: Der neue Bischof wird geweiht durch die Nachbarbischöfe, und er wird bestätigt durch den Bischof von Rom. Das heißt konkret: Der Papst wird benachrichtigt, daß die Gläubigen ihren Bischof gewählt haben, und gefragt, ob er bereit ist, ihn aufzunehmen in die Gemeinschaft der Bischöfe.

SPIEGEL: Und wenn der Papst nein sagt? Das Recht hat er heute.

GRESHAKE: Dann müßte er seine Gründe nennen und seine Ablehnung legitimieren.

SPIEGEL: Das braucht er heutzutage nicht. Und wenn das Wahlgremium die Gründe, die der Papst angibt, nicht akzeptiert, was dann?

GRESHAKE: Dann ist eine Konfliktsituation entstanden. Es ist eine der Kernfragen, wie in der Kirche solche oder ähnliche Konflikte gelöst werden können. Es ist eine unserer Forderungen, daß auf allen Ebenen Schiedsgerichte eingerichtet werden, vor denen beide Seiten ...

SPIEGEL: Herr Dr. Greshake, jetzt müssen Sie aber sehr aufpassen, daß dieser Satz katholisch bleibt. Einen Papst vor ein Schiedsgericht zu rufen — das dürfen Sie als katholische Theologen doch nicht einmal denken, nicht wahr?

GRESHAKE: Die Schiedsgerichte sollen ja nicht dazu da sein, einen Streit zu entscheiden, sondern sie sollen vermitteln, also dafür sorgen, daß man miteinander spricht. Es geht also nicht um eine neue Form von Konziliarismus. Es müßte in einem solchen Fall auch festgestellt werden, ob das Nein des Papstes der Meinung der Mehrheit des Kollegiums der Bischöfe entspricht.

SPIEGEL: Zweifellos können sich Papst Paul VI., etliche Kardinäle und viele schlichte Katholiken eine solche Diskussion oder gar einen solchen Konflikt kaum vorstellen.

GREINACHER: Man sollte sich auch keinesfalls auf die Grenzfälle beschränken, so klärend sie auch sein können. Die Grundfrage, die dahinter steht, lautet: Liegt der Schwerpunkt des kirchlichen Lebens in den einzelnen Ortskirchen, also in den Bistümern und in den einzelnen Gemeinden, oder liegt er im Zentrum beim Papst? De facto war es in den letzten Jahrhunderten doch so, daß im konkreten Leben der Kirche, auch im Bewußtsein breiter Schichten von Katholiken, der Schwerpunkt der Kirche noch „eine Art Generalsekretär der Vereinigten Katholischen Kirchen" sein soll.

RASKE: Der Ausdruck findet sich in einem Arbeitspapier, das von unseren holländischen Freunden vorbereitet worden ist. Dieser Ausdruck beansprucht nicht, eine neue dogmatische Formel zu sein, sondern soll nur in einer modernen Sprache irgendwie andeuten, in welcher konkreten Weise heute der Dienst dieses Bischofs von Rom für die Gesamtheit der Ortskirchen realisiert werden kann. Es soll mit einer solchen Formulierung ganz deutlich gemacht werden, daß die Kirche nicht mehr absolutistisch geführt werden kann.

SPIEGEL: Halten Sie Ihre Forderung für utopisch, daß der Papst nur noch auf Zeit gewählt werden soll?

RASKE: Ich halte das nicht für eine utopische Forderung. Wenn erst Priester und Bischöfe befristet in ihre Ämter berufen werden und sich ein neues Amtsverständnis durchgesetzt hat, dann ist auch dieser Vorschlag realisierbar. Angesichts der Anforderungen, die heute und vor allem künftig an einen Papst gestellt werden, halte ich das sogar für notwendig. Daß die Verwirklichung dieser und anderer Forderungen Zeit braucht, wissen wir allerdings selber sehr gut.



Priesterweihe*: „Im Jahre 2000 sind die meisten Priester verheiratet"

eindeutig in der Pyramidenspitze, in Rom, war. Und das scheint mir theologisch nicht gerechtfertigt zu sein. Gerade auch vom Neuen Testament her müßte klar sein, daß die Zentrale, die Spitze, im Grunde genommen nur die Aufgabe hat, den Vollzug des kirchlichen Lebens in den einzelnen Gemeinden und in den einzelnen Kirchen zu ermöglichen.

SPIEGEL: Aber wer kann nun einen Papst daran hindern, ohne die Bischöfe oder auch gegen die Bischöfe zu handeln?

GRESHAKE: Die Bischöfe selbst.

SPIEGEL: Wie? An wen sollen sie appellieren?

GRESHAKE: An den Papst selbst, in aller Öffentlichkeit, wie einst Paulus dem Petrus gegenüberstand und ihm sagte: Du handelst nicht recht.

SPIEGEL: In einem Ihrer Papiere ist davon die Rede, daß der Papst nur

SPIEGEL: Obwohl es noch nie einen Papst auf Zeit gegeben hat, können Sie sich also durchaus vorstellen, daß es irgendwann einen amtierenden Papst gibt und einen, zwei oder auch drei ehemalige, also sozusagen pensionierte Päpste?

GREINACHER: Aber sicher. Für Bischöfe gibt es doch schon eine Altersgrenze. Das ist der erste Schritt. Und warum sollte das, was bei jedem anderen Bischof möglich ist, nicht auch beim Bischof von Rom möglich sein?

SPIEGEL: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

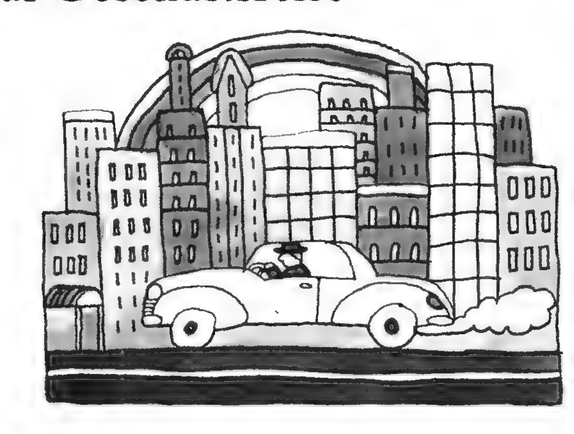
* Im Januar 1966 im Petersdom zu Rom; am Altar: Papst Paul VI.

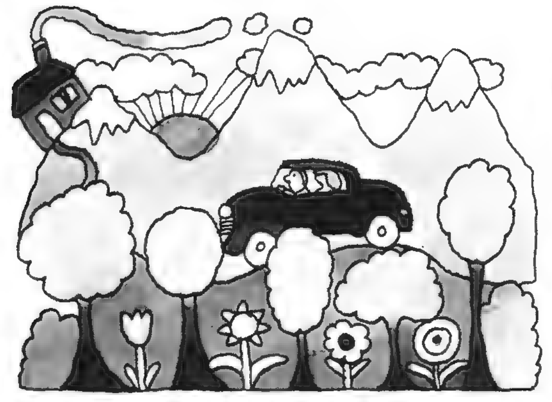
Egal, wohin es geht - mit Hertz fahren Sie besser.

Mit Hertz fahren Sie besser auf Geschäftsreise

Besser als im eigenen Wagen. Besser als mit anderen Verkehrsmitteln. Denn Sie kombinieren Ihre Hertz-Fahrt mit einem Lufthansa-Flug — Fly And Drive genannt. Das ist schneller und billiger. (Ganz einfach auszurechnen: Kilometergeld, Übernachtung, Essen, Abschreibung, verlorene Zeit.)

Und es gibt keinen Ärger mehr wegen verpaßter Termine und was sonst noch die grauen Haare auf dem Haupt eines vielreisenden Geschäftsmannes sprießen läßt.





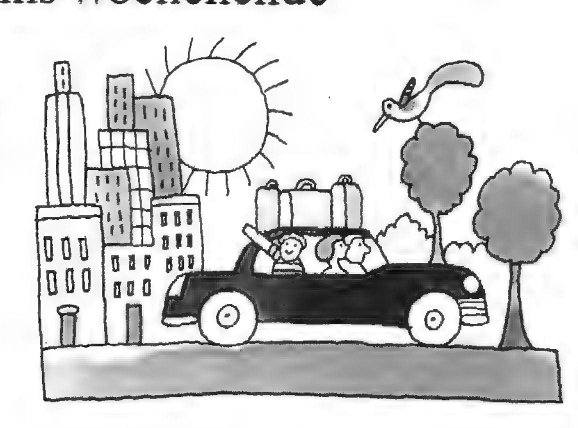
Mit Hertz fahren Sie besser in die Ferien

Nicht mit den Touristenschwärmen in Chartermaschinen, in überfüllten Zügen, langsam kriechenden Bussen.

Nein, Sie fliegen in Ihr Urlaubsgebiet und reisen dann mit Hertz umher. Da können Sie anhalten, wo und wann Sie wollen. Und den Weg nehmen, den Sie gerade schön finden. Das Ganze für nur wenig Geld: Denn ein Hertz-Wagen nimmt vier Personen auf zum Preis für eine! Nur der Fahrersitz wird bezahlt.

Mit Hertz fahren Sie besser ins Wochenende

Hertz hat einen speziellen Wochenendpreis. Und das Hertz-Wochenende ist nicht nur billiger, sondern auch länger. Dauert ganze 64 Stunden. Von Freitag 17 Uhr bis Montag 9 Uhr. Was kann man da so alles unternehmen! — Rufen Sie Ihre Hertz-Station an.



Mit Hertz fahren Sie besser, wenn Ihr Wagen nicht will



Wenn Ihr Wagen nicht mehr kann, ersetzen wir ihn schnell durch einen, der immer kann: einen Ford oder anderen gepflegten Wagen. Der fährt immer, weil er unentwegt durch die 19-Punkte-Inspektion geschickt wird. Er bringt Sie dann dahin, wohin Sie eigentlich wollten, bevor Ihr Wagen nicht mehr wollte.

Sollte Ihr Wagen nicht mehr fahren, weil Sie schuldlos in einen Unfall verwickelt sind, kriegen Sie bei uns sofort einen Ersatzwagen. Und wir helfen Ihnen auch bei der technischen Unfallabwicklung.

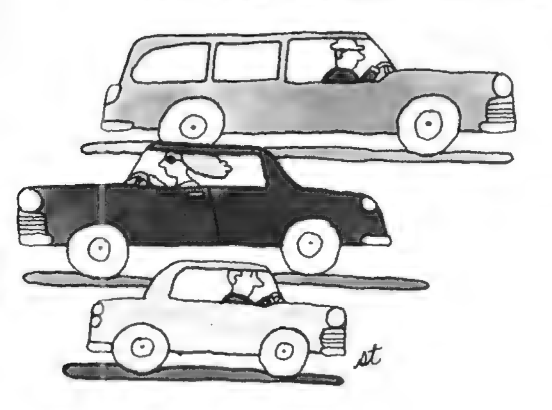
Mit Hertz fahren Sie besser zum Flughafen

Und auch wieder davon weg. Denn wo Sie einen Flughafen finden, finden Sie auch einen Hertz-Schalter. Mit einem schicken Hertz-Mädchen dahinter, das Ihnen in Minutenschnelle einen Wagen vermittelt.

Und auf vielen europäischen Flughäfen finden Sie etwas Schickes davor: das 'Hertz Golden Girl'. Dieses Hertz-Mädchen ist nur für Sie da. Damit Sie Ihren Wagen schon fast haben, bevor Sie am Schalter sind. Und damit es genauso schnell geht, wenn Sie ihn wieder abgeben wollen.



Bei Hertz gibt es viele Möglichkeiten, besser zu fahren



Denn ein Hertz-Wagen kann nach Belieben seine Form ändern. Genauer gesagt: nach Ihrem Belieben. Ob es eine Luxuslimousine sein soll, ein Kombi, ein Transporter oder ein schneller Sportwagen — ein Anruf bei Ihrer Hertz-Station oder Ihrem Reisebüro — und er wartet auf Sie. Und zurückgeben können Sie ihn überall — solange es sich eben um eine Hertz-Station handelt.



Mit Hertz fahren Sie besser.



TECHNIK

NACHTAUFKLÄRER

Wankel in Watte

Nachtdunkel schützte den Vormarsch des Vietcong. Manchmal hörten die Dschungelkämpfer über ihren Köpfen ein Geräusch, es klang wie das Flügelschlagen aufflatternder Vögel — kein Grund, so schien es, die heimlichen Truppenbewegungen zu unterbrechen.

Doch was den Guerillas allenfalls wie nächtliche Dschungelgeräusche vorkam, waren in Wahrheit amerikanische Aufklärungsflugzeuge: ein neuer Typ von Himmelsspionen, die in 30 Meter Höhe über feindliches Gebiet hinhuschen, nahezu unhörbar.

Mitte letzten Monats gab die US-Armee erstmals Einzelheiten über den bisher geheimgehaltenen superleisen Nachtaufklärer bekannt. Das neue Spähflugzeug mit dem flüsternden Motor — Typenbezeichnung: „YO-3A“ — stammt aus den Konstruktionsbüros von Lockheed, wo auch das jahrelang über der Sowjet-Union eingesetzte Spionageflugzeug U-2 und der dreifach schallschnelle Fernaufklärer SR-71 entwickelt worden waren. Schon während der Tet-Offensive Anfang 1968, so wurde nun bekannt, ist der schleichende Nachttiefflieger in Vietnam im Einsatz. 40 Millionen Mark haben sich die US-Militärs YO-3A-Entwicklung bisher kosten lassen.

Die Konstruktion eines solchen Nachtaufklärers war den Vietnam-Strategen notwendig erschienen, weil im unübersichtlichen Dschungelgebiet mit hochfliegenden Flugzeugen wenig auszurichten, mit tieffliegenden Hubschraubern andererseits der Gegner immer schon gewarnt ist, ehe sich der Späher naht.

Ausgangspunkt der Lockheed-Entwicklung war ein Ganzmetall-Segelflugzeug, das die Firma Schweizer in Elmira (US-Staat New York) gebaut hatte. Die Lockheed-Ingenieure rüsteten den leichtgewichtigen Aluminium-Segler für Spionagezwecke um — es entstand ein Fluggerät, das „nicht gerade für eine Schönheitskonkurrenz geeignet“ ist und „aussieht, als hätte ein Techniker-Komitee sich nicht ganz einigen können“ („New York Times“).

Die extrem weit ausladenden Tragflächen (Spannweite: fast 18 Meter) und ein überdimensionales Leitwerk kleben an einem nur zehn Meter langen schlanken Rumpf. Vor der zweisitzigen Plexiglaskanzel dreht sich ein sechsblättriger Holzpropeller, sachte getrieben von einem nur 180 PS starken Motor.

Die schwache Kraft reicht aus, den gleitfreudigen Nachtspäher in der Luft zu halten, mitsamt seinem zentnerschweren Beipack von elektronischem Spürgerät, das ihm Nachtsichtigkeit verleiht. Für die Zukunft ist sogar geplant, an einer Art Angelschnur elektronische Sensoren direkt über die Baumwipfel herabzulassen — sie könnten noch einen einzelnen Dschungelkämpfer wahrnehmen.

Daß Propeller und Motor tatsächlich nicht mehr Geräusch entwickeln als ein aufflatternder Vogelschwarm, haben die Techniker durch eine Kombination von Tricks erreicht. Der im Vergleich zum Rumpf übergroße Holzpropeller braucht sich nur sehr langsam zu drehen. Vor allem aber ist der relativ kraftarme Motor von einer Isolierschicht eingehüllt, die gleichsam wie eine dicke Wattepackung sein Geräusch dämpft.

Mit einer weiterentwickelten Experimental-Version der YO-3A, die gegenwärtig im Flug erprobt wird, haben die Lockheed-Techniker dieses Ergebnis freilich noch übertroffen.

Im Rumpf des neuesten Luftschleichers dreht sich ein Antrieb, dessen entschieden sanfteres Brummen bisher nur im Automobil-, noch nie im Flugzeugbau genutzt wurde: ein Wankelmotor.



US-Aufklärungsflugzeug „YO-3A“: Leiser als flatternde Vögel


PHILIPS
Fangen Sie das Leben ein...
...mit dem Philips Cassetten-Recorder 3302
Wenn Sie einen Philips Cassetten-Recorder besitzen, geht Ihnen nichts verloren: Erstes Baby-Stammeln, Stegreif-Reden, die Stimmen der Natur, die Melodie der Großstadt, eine interessante Rundfunk-Sendung – alles können Sie festhalten. Mit ein paar Handgriffen, denn der Philips Cassetten-Recorder ist leicht zu bedienen. Überall benutzen können Sie ihn auch – und handlich ist er obendrein.
Wenn Sie aber nicht nur am „Selbstaufgenommenen" Freude haben, dann kaufen Sie sich mal eine bespielte Cassette, eine MusiCassette. Wetten, daß Sie mit dem „Sound" Ihres Cassetten-Recorders genauso zufrieden sein werden wie mit seiner Aufnahmeleistung?
Philips Cassetten-Recorder 3302 mit Batteriebetrieb: Drinnen und draußen ein ideales Aufnahme- und Wiedergabegerät für alle, die sich aus der Leistung viel und aus dem Bedienungsaufwand wenig machen. Durch elektronisch geregelten Motor immer betriebssicher!
Sie erhalten ihn mit Fernbedienung, Mikrofon, Tragetasche, Compact-Cassette und Überspielkabel.
Senden Sie diesen Coupon an die Deutsche Philips GmbH, 2 Hamburg 1, Postfach 1093. Sie erhalten von uns kostenlos den Philips Tonbandgerätekatalog.
PHILIPS
C-60
PHILIPS
PHILIPS

FILM

SYNCHRONISATION

Leider keine Brille

Die Puffmutter hat mich gefeuert", sagt der Gangster Carl im „Würgegriff der Schwarzen Hand" — deutsche Betrachter dieses französischen Krimis hören ihn nur von einem „Besen" sprechen.

„Scheiße", erregt sich der Bardot-Liebhaber Christian im Film „Und immer lockt das Weib" — in der deutschen Synchron-Fassung äußert er nur: „Das hängt mir zum Hals raus."

„Die Liebe bekommt dir", bemerkt eine Frau im Lichtspiel „Die Liebenden" von Louis Malle — deutschen Kinogängern bleibt diese Beobachtung versagt; die Szene ist geschnitten.

Beatles-Film „Yeah! Yeah! Yeah!": Geschnitten, gemildert, gefälscht

Denn so hat es sich bei der Eindeutschung ausländischer Spielfilme nun einmal eingebürgert: Ob Kinokunst oder schlichte Unterhaltung — in den Synchronstudios wird geschnitten, gemildert und kräftig gefälscht.

„Die zur Überwindung der Sprachbarrieren als notwendig hingestellte Synchronisation", so deutet der Kölner Soziologe Otto Hesse-Quack den Mißstand, gilt „in Wahrheit eher der Anpassung an die herrschenden sozialkulturellen Leitideen, Normen und Werte".

In einer jetzt veröffentlichten Studie erläutert Hesse-Quack nach minuziösen Dialogvergleichen die Tricks, mit denen der deutsche Film die „kulturellen Werte" durch Bevormundung des Kinopublikums bewahrt*.

Anspielungen auf Obszönität, Homosexualität und Brutalität, zeigt der Autor, werden fast immer verstümmelt, deutschfeindliche Äußerungen getilgt. Scherze kommen vielfach verändert, Angriffe auf mächtige Institutionen häufig entschärft ins Lichtspielhaus.

In der Synchron-Fassung des Clouzot-Reißers „Lohn der Angst" sind jene Indios fortgelassen, die gegen ihre Ausbeutung durch eine Ölfirma protestieren, auch der Selbstmord eines Arbeitslosen fehlt. Und in der ersten Beatles-Groteske „Yeah! Yeah! Yeah!" sind alle Hiebe auf die Polizei beseitigt.

„Der Synchronisation merkt man an", sagt Hesse-Quack über diesen britischen Film, „daß die Autoren den Beatles gegenüber voreingenommen sind" — das deutsche Leinwand-Debüt der Pilzköpfe jedenfalls haben die Bearbeiter durchweg verdorben:

„Hat der Erfolg Ihr Leben verändert?", so wird in der Urfassung George Harrison gefragt, und er antwortet: „Ja." In der deutschen Version jedoch lautet die Frage: „Was halten Sie von ‚Das Sein und das Nichts' von Sartre?", und der Beatle sagt nur: „Nichts."

Auf insgesamt 22 Buchseiten weist Hesse-Quack den „Yeah"-Dolmetschern Inkompetenz, Selbstherrlichkeit und Humorlosigkeit nach — an schalen Kalauern, die nicht im Original-Drehbuch stehen („Verlob dich lieber mit Soraya, dann kommen wir wenigstens alle zum Film"), und vorsätzlichen Fehlübertragungen („unwahrscheinlich geistreich" statt „furchtbar nett").

Auch da, wo nicht schwieriger Small Talk und skurriler britischer Humor im Wege sind, verstehen die Übersetzer zu manipulieren — beispielsweise, wenn sie Nationalgefühle schonen wollen. So ist in Stanley Donens Film „Charade" eine „deutsche Patrouille" zur „feindlichen Patrouille" neutralisiert. Aus einem Mann, der „von den Deutschen getötet worden" ist, wurde „einer, der im Krieg gefallen ist".

Doch die größte Sorge der Retuscheure gilt der intakten Durchschnittsmoral und einer allzeit sauberen Leinwand-Sprache: „Du bist ein Schwein", hörten britische Kinogänger in „Yeah! Yeah! Yeah!" Deutsche vernahmen: „Ich habe leider keine Brille." Aber wenn doch einmal — wie in „Lohn der Angst" — Kraftwörter fallen müssen, dann halten die Deutsch-Meister sind lieber an das „Schwein" und meiden den korrekten „Hurensohn".

Vollends entstellend wirkt der Eingriff, der an den „Liebenden" vorgenommen wurde: Die Hauptfigur Jeanne, die ursprünglich zugunsten des Geliebten Mann und Tochter verläßt, handelt in der deutschen Fassung nur halb so schlimm; denn eine Tochter kommt nicht mehr vor. Hesse-Quack: „Eine Mutter zu sehen, die ihr Kind verläßt, um mit einem Liebhaber fortzugehen, scheint zu ‚unmoralisch' zu sein."

Filmforscher Hesse-Quack glaubt auch zu wissen, welches Gremium derart kleinlich um die Moral besorgt war: „Da ... dieser Film Schwierigkeiten bei der FSK (Freiwillige Selbstkontrolle) hatte, steht zu vermuten, daß diese Streichung eine Auflage war."

Solche Schnitt- und Änderungs-Auflagen der seit 20 Jahren in Wiesbaden über die Kino-Freigabe aller Filme entscheidenden Kontroll-Instanz haben tatsächlich mehr zur Verfälschung von Auslandsfilmen im Synchronstudio beigetragen als alle technischen und sprachlichen Schwierigkeiten zusammen. Und auch ohne zwingende Auflagen beim Zensur-Prozeß bleibt der FSK-Einfluß auf Deutschlands Filmverleiher und ihre Gehilfen in den Synchronfirmen wirksam.

Hesse-Quack: „Durch die intime Kenntnis der FSK-Spruchpraxis sind Verleih und Synchron-Anstalt relativ genau darüber im Bilde, was die FSK durchgehen läßt und was nicht." Daher geben 15 von 16 Filmverleihern, die Hesse-Quack befragte, in mehr als der Hälfte aller Fälle den Synchronfirmen schon vor der Prüfung ihrer Filme in Wiesbaden Änderungswünsche bekannt — zwölf Verleihfirmen nannten die FSK als Grund dafür.

Diese freiwillige Anpassung aber kann dazu führen — wie ein Synchron-Autor einräumte —, daß „aus einem grausamen Mörder in einem Kriegsfilm der über Pazifismus diskutierende Außenseiter wird, aus einem amerikanischen Gangsterboß ein russischer Spion, aus der Gangsterbraut eine Polizeiagentin und aus einem deutschen Gauner im beliebigen Ausland ein krimineller Emigrant mit polnischem Akzent."

Die Mehrheit der von Hesse-Quack befragten Synchron-Autoren und -Regisseure (54 von 70) freilich sieht es solch fatalen Möglichkeiten zum Trotz noch immer als ihre Aufgabe an, „Schwächen des Originals zu beheben".

Erfolg — siehe oben.

* Otto Hesse-Quack: „Der Übertragungsprozeß bei der Synchronisation von Filmen". Ernst Reinhardt Verlag, München; 252 Seiten; 32 Mark.

Aktenzeichen C 7/69

(Die ARAG löst die Kostenfrage. Aber sehen Sie selbst!)

Bekommt eine schöne Frau wirklich immer und überall sofort recht?



Sie ist eine schöne Frau. Und doch erfährt sie gerade: Im Geschäftsleben bedeutet das nichts, wenn es beispielsweise zu Auseinandersetzungen über die Qualität einer Ware kommt. Oder wenn es um die Rücknahme einer unvollständigen Lieferung geht. Oder um ein nicht erfülltes Garantieversprechen.

Das zeigt die Praxis jeden Tag.

Wie oft wäre da der Vertrags-Rechtsschutz der ARAG von Nutzen! Weil er alle Risiken des Alltags aus Kauf, Tausch, Miete, Leihe, Finanzierung und Reparatur absichert.

Wenn nämlich ein vernünftiges Gespräch nicht mehr hilft und eine Klage notwendig wird, trägt die ARAG dafür die Kosten. Sie bezahlt Rechtsanwälte, Gerichte und Gerichtsvollzieher. Zeugen und Sachverständige. Sie bezahlt sogar die Kosten der Gegenseite, wenn das Gericht so entscheidet.

Apropos schön: Es wäre schön dumm, die ARAG im Fall eines Falles nicht bezahlen zu lassen.

ARAG Rechtsschutz für alle

An die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, 4 Düsseldorf, Brehmstraße 110 — SP G/1

Bitte senden Sie mir — kostenlos und unverbindlich — ausführliche Spezial-Informationen über

☐ *Verkehrs-Voll-Rechtsschutz* ☐ *Familien- und Verkehrs-Rechtsschutz*

☐ *Familien-Rechtsschutz* ☐ *Vertrags-Rechtsschutz*

Name: ______ *Vorname:* ______

Geburtsdatum: ______ *Beruf:* ______

☐ *selbständig* ☐ *nicht selbständig*

Postleitzahl und Wohnort: ______

Straße und Haus-Nr.: ______

STELLA



Schlesinger-Film **„Asphalt-Cowboy"*** Tod im Bus

NEU IN DEUTSCHLAND

Letzte Suppe

Asphalt-Cowboy (USA). Ein Cowboy aus Texas will seinen pferdestarken Leib in der Riesenstadt New York an reiche Damen bringen und nur noch vom Liebeslohne leben. Allein, so zeigt John Schlesingers Farb- und Rührfilm, die Rechnung mit dem Strich geht nicht auf.

Denn New York, zeigt Schlesinger („Darling") weiter, ist eine grausame Stadt, die Damen wollen selber Geld für Leibes-Dienste, und nett zueinander sind eigentlich nur die Leute in der Gosse. Der Cowboy-Tölpel (Jon Voight) liiert sich schließlich mit einem tuberkulösen, hinkenden, stoppligen Rattengesicht (Dustin Hoffman), und der Film begibt sich in die Sentimental-Sohle.

Da wird hohl gehustet und die letzte Suppe geteilt, da kommt ein männlicher Humor zu seinem Recht, da wird mal naturalistisch chargiert und auch ein wenig gemordet und selbst der fashionable Underground nicht ausgespart: Auf einer Pop-Party fühlt sich der Cowboy high, und Schlesinger läßt die Kamera psychedelisch tanzen.

Im Bus nach Florida, wohin die Underdogs der Sonne wegen eilen, wird die Sozialballade vollends als Melodram enttarnt: Im Arm des guten Cowboys verscheidet das Rattengesicht, und süßer Friede quillt ins Kino. Es ist ein schlimmes Geschäft, über skandalöse Zustände kandierte Filme zu machen.

Müde Macht

Black Power (USA, Farbe). Sirenen heulen, Schüsse fallen. Verlassen, verzweifelt, betrunken, Angstschweiß auf der Stirn und 1000 Dollar Belohnung in der Tasche, torkelt ein Mann durch die Straßen der Großstadt und weiß nicht, wohin. Er hat seinen besten Freund verpfiffen und ist schuld an seinem Tod.

Der Amerikaner John Ford hat die Romanfabel des Iren Liam O'Flaherty — sie spielt während einer Dubliner Revolte um 1920 — unter dem Titel „Der Verräter" schon einmal verfilmt. Jetzt liefert der Amerikaner Jules Dassin („Rififi", „Sonntags nie") ein originelles Remake: Seine wilden Helden sind schwarz, sie hausen im Negergetto von Cleveland und planen nach der Ermordung Martin Luther Kings den bewaffneten Aufstand gegen die Weißen. Sie wissen: „Wenn du in diesem Amerika als Schwarzer zur Welt kommst, bist du schon tot."

Zum Henker also mit den friedfertigen Bürgerrechtskämpfern, fordert der Anführer B. G. streng und kalt in nächtlicher Versammlung. Und zur Hölle mit Tank (Julian Mayfield), dem unzuverlässigen Säufer — er wird aus dem militanten Bund ausgeschlossen. Da geht er zur Polizei und übt schändlichen Verrat. Die schwarzen Brüder schießen ihm schließlich ein Loch in den Bauch.

Doch sie schießen recht spät. Allzu langatmig waren die Diskussionen für und gegen Gewaltlosigkeit in der verdunkelten Kegelbahn, allzu ermüdend die Verfolgungsjagden über Schienenstränge und Schutthalden. Und von der wirklichen Schwarzen Macht in Amerika hat Dassin nur wenig zu melden, allenfalls Sätze wie: „Diese Gesellschaft muß endlich abtreten." Wenn sein Tank ins Bild kommt, dann wirkt er bisweilen so gemütlich, als spiele er in „Porgy und Bess".

* Mit Jon Voight (l.), Dustin Hoffman.



Mayfield in „Black Power": Loch im Bauch



Dassin-Film **„Sweet Charity"** Sturz ins Wasser

Alter Zylinder

Sweet Charity (USA, Farbe). In Fellinis „Nächten der Cabiria" strichelte Giulietta Masina 1956 naiv und gutherzig durch Rom und fiel auf manchen Freier herein. In dieser Film-Version eines Broadway-Musicals nach dem „Cabiria"-Film zeigt Shirley MacLaine, in „Irma la Douce" bereits bestens erprobt, als New Yorker Taxi-Girl Charity Hope Valentine ihr weiches, männerfreundliches Gemüt mit ähnlichem Erfolg:

Der Verlobte, der ihr Liebe, Heirat und eine ehrbare Zukunft verspricht, raubt ihr das Ersparte und schubst sie beim Rendezvous im Central Park von der Brücke ins Wasser. Der italienische Filmstar, von Ricardo Montalban aufs schönste karikiert, schenkt ihr nur ein Autogramm und einen alten Zylinder. Immerhin: Oscar, der schüchterne Kalkulator, der unter Klaustrophobie leidet, gibt ihr, aller puritanischen Erziehung zum Trotz, dann doch das große Glück. Und ein Hurenchor singt: „Hey, Big Spender."

Der Choreograph Bob Fosse, der auch bei der Bühnenfassung Regie führte, hat seine mild pathologischen Figuren — darunter ein Prediger (Sammy Davis jr.), der im Pop-Jargon den lieben Gott als großen Disc-Jockey feiert — mit sarkastischem Witz in Szene gesetzt.

Allerdings, so komisch das Spiel mit seinen Tanz- und Gesangsnummern auch ist — einem „Funny Girl" oder einer „Fair Lady" gegenüber wirkt „Sweet Charity" eher wie ein Aschenputtel.

Federung allein genügt nicht, um Schlaglöchern ihre Stoßkraft zu nehmen.

Etwas Citroën gehört schon dazu.



Alle Karosserien haben serienmäßig Korrosionsschutz

Irgendeine Federung hat jedes Auto. Alle diese Federn brauchen zusätzlich Stoßdämpfer, um die Räder nicht hilflos trampeln zu lassen. Das hydropneumatische Federungssystem des Citroën braucht keine zusätzlichen Stoßdämpfer. Denn die Federungselemente des Citroën sind zugleich Stoßdämpfer. Harte. Mittelharte. Mittelweiche. Weiche. Immer automatisch eingestellt für die Straßendecke, über die Sie gerade fahren.



Sie brauchen nur ein paar Minuten Probefahrt, um die schnellste Straßen-Verwandlungsmaschine der Gegenwart kennenzulernen. Ihr Straßenbaumeister erwartet Sie. Sie können getrost auch Citroën-Händler zu ihm sagen.

citroën Intelligenz auf Rädern

Neu im Citroën-Programm: DS 21 Injection · Citroën Automobil AG, 5 Köln 41, Postfach 410 234

BALLETT

MARCEAU

So bewundert

Ich bin Franzose, Bip ist Franzose, warum sollten wir uns selbst ausbürgern?“ fragte sich Marcel Marceau, 46, noch vor vier Wochen. Jetzt hat er doch einen Grund:

Den Pariser Pantomimen, der als mehlgesichtiger Clown Bip weltberühmt ist, lockt ein Angebot der Hamburgischen Staatsoper — er soll Ballett-Direktor des Hauses werden, das Deutschlands größtes Tanz-Ensemble (65 Mitglieder) hat. Und nach zweitägigen Verhandlungen auf Marceaus Landsitz bei Paris weiß Opern-Intendant Rolf Liebermann „mit 95 bis 99 Prozent Sicherheit“, daß der Franzose schon nächstes Jahr in Hamburg „neue Akzente setzen“ wird.

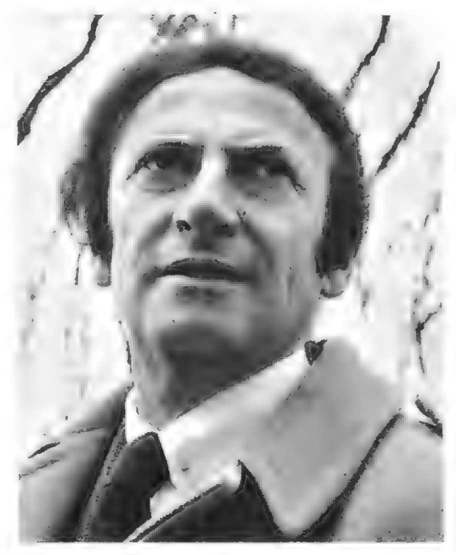
Marceau fühlt sich „geehrt und gerührt“: „Es ist“, sagt er, „ein herrliches Gefühl, in der Bundesrepublik so bewundert zu werden.“

Solche Verehrung findet der Elsässer Metzgersohn freilich fast in der ganzen Welt: Seit er 1943 im Carné-Film „Die Kinder des Olymp“ den Pantomimen gab, wird er von Kritikern als ein „Poet der Stille“ oder auch als „melancholischer Meister der lächelnden Träne“ gerühmt. Schon 20 Jahre lang entzückt sein Bip — mal stolpernder Schmetterlingsfänger, mal linkischer Eisenbahnfahrer — das Publikum von Moskau bis Madrid.

Nur im eigenen Land tut sich Marceau, den amerikanische Meinungsforscher zum beliebtesten Franzosen erklärten, meist schwer. „Ab und zu wird er wiederentdeckt“, beobachtete jüngst „L'Express“, „aber in der Regel vergißt man ihn.“



Pantomime **Marceau**
„Neues Leben in die Bude“



Möglicher Ballett-Chef **Marceau**
„Neue Akzente in Hamburg“

Vergessen wird er vor allem, wenn es ums Geld geht. Die verschiedenen Pantomimen-Gruppen, die Marceau nach 1948 gegründet hatte, blieben stets nur kurz bestehen, weil weder Frankreichs Kulturbehörden noch private Mäzene Zuschüsse gaben.

Am härtesten jedoch traf ihn solche Sparsamkeit, als er vor kurzem eine internationale Pantomimen-Schule einrichten wollte, wie sie zuvor nach seinen Plänen bereits in der Sowjet-Union, in Polen und in der ČSSR gegründet worden war. Der damalige Kulturminister André Malraux beschied den Künstler: „Ich weiß, daß dies eine wichtige Kunst ist, aber ich habe kein Geld.“

Seine nun doch gegründete Lehranstalt soll der Meister jetzt mit nach Hamburg bringen. Dann wird, erwartet Intendant Liebermann, „endlich neues Leben in die Bude“ kommen.

Das ist auch höchste Zeit. Denn trotz der Gast-Tätigkeit des New Yorker Choreographen George Balanchine, der Hamburgs Tänzer zeitweilig auf internationales Niveau brachte, ist das Opernhaus an der Dammtorstraße nicht zum erhofften europäischen Vorposten von Balanchines Neoklassizismus geworden; es gilt heute eher als Standquartier einer „Museums-Kompanie“ (so der Kritiker Horst Koegler), die wie geschaffen ist, nur immer „Giselle“ und „Schwanensee“ zu tanzen.

Doch diese Uralt-Stücke kann auch Liebermann nun „einfach nicht mehr sehen“, und Kandidat Marceau will sich ohnehin viel lieber um „eine ganz neue Verbindung von Pantomime, Ballett und Oper“ bemühen, wenn er nach Hamburg kommt. Wenn ihm jedoch in Frankreich jemand plötzlich doch noch „die Arbeit erleichtern sollte“, so sagt sein Sekretär Alain Mangel, „dann bleibt er hier“.

Für diesen Ernstfall weiß Liebermann, dessen bisheriger Tanz-Chef Peter van Dyk bereits gekündigt hat, nur noch ein Mittel: „Dann muß ich eben selbst Ballett-Direktor werden.“



AUTOMOBILE

LANCIA-VERKAUF

Sattes Schnalzen

Jahrzehnte hindurch verkörperte die Turiner Automarke Lancia in Italien, was bei den Deutschen Mercedes-Benz darstellt: die Nobel-Marke.

Lancia-Autos, so schrieb das Stuttgarter Autofahrer-Magazin „Auto, Motor und Sport" ehrfurchtsvoll, hätten sich „den Nimbus von Qualität und technischem Adel auch im Zeitalter der Massenmotorisierung bewahren" können.

Autotester waren von den aufwendig gebauten Lancia-Gefährten so angetan, daß sie sogar Türgeräusche feierten: „Die Türen", vermeldete die „Frankfurter Rundschau" über das Lancia-Modell Flavia, „schließen mit dem so hochgeschätzten, satten Schnalzen eines Geldschranks."

Aber in den letzten Jahren geriet die 62 Jahre alte Firma trotz hoher Qualität und hoheitsvollen Namens immer tiefer in die roten Zahlen, weil immer weniger Käufer bereit waren, die teuren Autos von Lancia zu erwerben. Zement-Millionär Carlo Pesenti aus Bergamo als Inhaber von 65 Prozent der Lancia-Aktien — den Rest besaß der Heilige Stuhl — verhandelte mehrfach über einen Verkauf der unrentablen Firma. Doch die Interessenten, darunter die deutschen Autoproduzenten Mercedes-Benz und BMW, zogen sich zurück, sobald sie den Turiner Schuldenberg in ganzer Größe erblickt hatten.

Selbst Italiens Auto-Riese Fiat, der schließlich zugriff und letzte Woche die Übernahme Lancias bekanntgab, hatte wenig Anlaß zur Freude über die neuerworbene Tochter. Fiat-Chef Gianni Agnelli: „Fiat wird durch eine Angliederung Lancias kaum stärker."

Fiat übernahm die Lancia-Aktien zu einem symbolischen Kaufpreis von drei Millionen Lire (17 700 Mark), zugleich aber auch Schulden in Höhe von 600 Millionen Mark.

Das Lancia-Modell Aprilia war in den dreißiger Jahren ebenso ein anerkannter Maßstab für technisch fortschrittlichen Automobilbau wie 20 Jahre später der Lancia Aurelia. Mit dem Lancia Flaminia, dessen Karosserie der Turiner Auto-Designer Pininfarina entwickelte, kam 1956 die Trapezlinie auf den Markt. Der Wagen beeinflußte die Automobilmode mehr als jedes andere Auto.

Lancia kam in Bedrängnis, weil die Firma am Markt vorbeiplante. Sie baute nebeneinander eine verwirrende Fülle verschiedener Personenwagenmodelle und Coupés in erlesener Qualität, aber kleinen Stückzahlen. Die unrationelle Fertigung führte zwangsläufig zu hohen Kosten und Preisen. Lancia-Wagen blieben selbst in der 1,3-Liter-Klasse Autos für Liebhaber.

Die Firma suchte aus der Verlustzone herauszukommen, indem sie sich auf 16 Varianten der drei Grundmodelle Fulvia (1,3 Liter), Flavia (zwei Liter) und Flaminia (2,8 Liter) beschränkte. Der Fulvia Berlina (87 PS) als billigster Lancia kostete immerhin noch 9300 Mark.

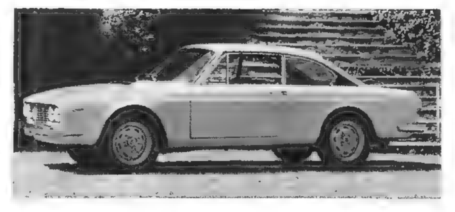
Doch Lancias Marktanteil schrumpfte weiter. Noch 1954 war Lancia unter Italiens Autoherstellern mit 11 800 Wagen hinter Fiat Zweiter gewesen, weit vor Alfa Romeo (3800). Im vergangenen Jahr bauten die 10 500 Lancia-Werker bei einer Jahreskapazität von 70 000 Autos nur 36 668, Alfa Romeo dagegen 97 220 Wagen.

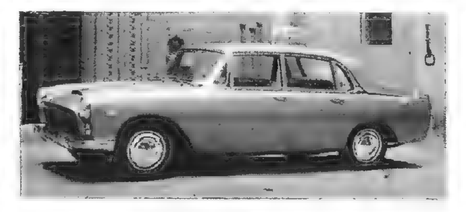
Dieses Jahr rutschte die noble Marke im Autohandel Italiens auf Platz acht ab. Lancia-Aktionär Pesenti verlor die Lust, die unrentable Autofirma noch länger mit Gewinnausgleichen aus dem Zementkonzern durchzuschleppen.


Fulvia Berlina


Fulvia Sport 1300 S


Fulvia Coupé Rallye S


Flavia Coupé 2000


Flaminia Berlina

Lancia-Modelle
Adel am Ende

Wie aus jeder Mitarbeiterin ein Bestseller wird

Sehr einfach, mit FACIT MX

Hören Sie sich um. Fragen Sie Ihren Fachhändler. Und dann werden Sie es selbst erleben. Nachdem die FACIT MX auf dem Bürotisch steht. Sie arbeitet wie am Schnürchen. Addiert. Subtrahiert. Multipliziert vollautomatisch. Druckt schwarz auf weiß. Und unwahrscheinlich schnell. Sie kommen zu Zahlenkolonnen wie sie sein sollen.

FACIT – die moderne Art zu rechnen

Bitte senden Sie mir Informationen über die FACIT Dreispezies-Rechenmaschine, Modell MX

Name ______________________

Anschrift ______________________

____



FACIT GMBH, Büromaschinenwerk
4000 Düsseldorf · Bonner Straße 117 · Telefon 791101

BÜCHER

NEU IN DEUTSCHLAND

Spaß mit Millionen

„Adam Smith": „Das große Spiel ums Geld". Econ; 336 Seiten; 20 Mark.

Adam Smith I war eigentlich Moralphilosoph, erfand aus Versehen den Kapitalismus und liegt seit 1790 im schottischen Canongate begraben. Adam Smith II ist ein Insider der New Yorker Wall Street, mit bürgerlichem Namen George J. W. Goodman, 38. Sein Buch legt dar, wieviel Amüsement die Erfindung seines verblichenen Namenspaten ein paar glücklichen Wenigen bereitet.

Der Effektenmarkt, das Jonglieren mit den Millionen ist — so widerspricht dieser amerikanische dem englischen Smith, der Geldverdienen noch für eine todernste und überdies nützliche Beschäftigung hielt — ein Spaß für Leute mit Spieler-Instinkt. Sie müssen sich, der Autor zitiert Keynes, „diese Neigung allerdings etwas kosten lassen" können. Denn nicht einmal „Adam Smith", der alle Professionals, die „Revolverhelden" der Go-Go-Funds, die „Computerspekulanten", die „Kids" der Rohstoffbörse und meist sogar ihre Psychiater kennt, weiß ein sicheres System, mit dem an der Börse Geld zu verdienen ist: Der Markt verhält sich wie „eine schöne Frau ... jeden Tag anders, immer rätselhaft".

Alte Hasen wie beispielsweise Mr. Johnson — die Namen seiner Beispiel-Figuren hat Mr. Smith selbstverständlich geändert — haben von ihren Analytikern schon allen Ernstes nachprüfen lassen, ob die Länge der



Betrieb an der Börse
Kursbewegung nach Rocklänge?

Damenröcke etwas mit der Kursbewegung zu tun hat oder ob die Marktstimmung mit Hilfe des Zen-Buddhismus zu erklären sei. Doch, so resigniert Mr. Johnson, „der Markt ist zu komplex für Zen".

Nebenher erklärt der Autor den Unterschied zwischen Trendextrapolation der Kurse und der Berechnung künftiger Entwicklungen mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitstheorie. Er plaudert aus, wie Kakao-Spekulanten mit üblen Gerüchten („Im Lagerhaus sind Ratten") die Preise in die Höhe reden, verpaßt auch der rechtsradikalen John-Birch-Society ein paar Seitenhiebe, verspottet die calvinistische Ethik der Neuengländer („Glaube gemäß den Schlußnotierungen der Börse") und nimmt noch nicht einmal sein Thema, das Börsenspiel, ganz ernst: „Ich bin nicht sicher, ob es der Menschheit überhaupt etwas nützt."

In den USA hielt das Smith-Werk monatelang den ersten Platz der Bestsellerlisten. Für deutsche Leser ist es

BESTSELLER

	BELLETRISTIK			SACHBÜCHER	
1.	**Graß: Örtlich betäubt.** Luchterhand; 19,50 Mark.	(1)	1.	**Däniken: Zurück zu den Sternen.** Econ; 18 Mark.	(1)
2.	**Puzo: Der Pate.** Molden; 25 Mark.	(4)	2.	**Speer: Erinnerungen.** Propyläen; 25 Mark.	(2)
3.	**Hagelstange: Altherrensommer.** Hoffmann und Campe; 19,80 Mark.	(3)	3.	**Büdeler: Projekt Apollo.** Bertelsmann; 24 Mark.	(5)
4.	**Habe: Das Netz.** Walter; 24 Mark.	(2)	4.	**Lundberg: Die Reichen und die Superreichen.** Hoffmann und Campe; 28 Mark.	(4)
5.	**Heinrich: Schmetterlinge weinen nicht.** Bertelsmann; 19,80 Mark.	(5)	5.	**Haber: Unser Mond.** DVA; 16,80 Mark.	(3)
6.	**Updike: Ehepaare.** Rowohlt; 26 Mark.	(6)	6.	**Pichler: Die Mondlandung.** Molden; 25 Mark.	(9)
7.	**Golon: Angélique und die Versuchung.** Blanvalet; 28 Mark.	(7)	7.	**Mitscherlich: Die Idee des Friedens und menschliche Aggressivität.** Suhrkamp; 6,80 Mark.	
8.	**Susann: Die Liebesmaschine.** Scherz; 24,80 Mark.	(8)	8.	**Der Flug zum Mond.** Burda; 15 Mark.	(7)
9.	**Baldwin: Sag mir, wie lange ist der Zug schon fort.** Rowohlt; 25 Mark.	(10)	9.	**Taylor: Die biologische Zeitbombe.** G. B. Fischer; 20 Mark.	(8)
10.	**Malpass: Fortinbras ist entwischt.** Rowohlt; 7,80 Mark.	(9)	10.	**Watson: Die Doppel-Helix.** Rowohlt; 19,80 Mark.	(6)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Barmenia präsentiert eine Krankenversicherung mit voller Beihilfe-Anpassung ohne Leistungsgrenzen.

Die neue Krankenversicherung der Barmenia für Angehörige des Öffentlichen Dienstes läßt sich jeder Beihilfe-Stufe anpassen.



Gernot K. (ledig) hat Aufwendungen für ambulante ärztliche Untersuchungen. Von den Kosten übernehmen: 50% der Dienstherr und 50% Barmenia GT 70



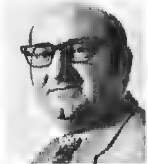
Eugen G. (verheiratet) hat für seine Familie Aufwendungen für Arzneien. Von den Kosten übernehmen: 55% der Dienstherr und 45% Barmenia GT 70



Hellmuth P. (verheiratet, 1 Kind) braucht Bäder und Massagen. Von den Kosten übernehmen: 60% der Dienstherr und 40% Barmenia GT 70



Rolf Sch. (verheiratet, 2 Kinder) hat für sein Kind eine Brille zu bezahlen. Von den Kosten übernehmen: 65% der Dienstherr und 35% Barmenia GT 70



Gustav M. (verheiratet, 3 Kinder) muß sich einer Röntgenuntersuchung unterziehen. Von den Kosten übernehmen: 70% der Dienstherr und 30% Barmenia GT 70

Barmenia GT70

Barmenia – Sicherheit für morgen

Auch bei Krankenhausbehandlung ergänzen unsere prozentualen Leistungen sinnvoll die Beihilfen des Dienstherrn. Barmenia GT 70 ist die maßgerechte Krankenversicherung für Beihilfeberechtigte.
So sichern wir Ihnen den medizinischen Fortschritt dieser Welt.

Barmenia
Versicherungen
Kranken- Lebens- Sachversicherungen

An Barmenia Versicherungen
5600 Wuppertal 1
Postfach

Informieren Sie mich ausführlich über Barmenia GT 70

- ☐ Für Angehörige des Öffentlichen Dienstes
- ☐ Für privat Krankenversicherte
- ☐ Für gesetzlich Krankenversicherte

Name ....

Adresse ....

B/Sp/1

Mahlzeit!

Wie löffelt Schiller jetzt die Suppe aus, die Strauß und Kiesinger eingebrockt haben? (Ist ein Haar drin?)

Was steht in Prof. Schiller's Diät-Rezepten? Wird auch bei der SPD mit Wasser gekocht?

Volksküche FDP/SPD? – Wer drängt sich zu den Töpfen? Wem sind die großen Brocken zugedacht?

Entfettungskur für die D-Mark? (Wer hat sie fett gemacht?)

Wirtschaften liberale Köche mit linken Rezepten?

Welche Preise steigen weiter?

Wie wird der BDI jetzt sein Süppchen kochen?

Aus welchen Zutaten besteht der neue Bundestag? (Manager-Beamten-Akademiker-Eintopf mit einer Messerspitze Arbeitnehmer . . .)

Wird so heiß gegessen, wie im Wahlkampf gekocht wurde?

In Capital steht's.
Capital informiert Sie über aktuelle Fragen.
Fragen, die Sie betreffen.
Capital gibt Ihnen kritische Informationen über Finanzen, business, Wirtschaftspolitik – über Ihr Geld.

Capital gibt objektive Beratung, Tips, Vergleiche.



Mit Capital zu Kapital.
Für DM 3,- an jedem Zeitungsstand.
Das neue Capital.

fast schon eine Offenbarung: Die hausgemachte Konkurrenz an Wirtschaftsbüchern erreicht zumeist nicht einmal den Charme von Einkommensteuerbescheiden.

Gefährlichste Lücke

Klaus von Dohnanyi: „Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit". Piper; 188 Seiten; 12,80 Mark.

„Ein Gespenst", so fand 121 Jahre nach Marx der Bonner Wirtschafts- (jetzt Wissenschafts-)Staatssekretär von Dohnanyi, 41, „geht um in Europa — die technologische Lücke." Doch zwölf Tage Aufenthalt in Japan belehrten ihn: „Unsere für die Zukunft gefährlichste Lücke ist nicht die technologische, sondern die Führungslücke." Die Bonner Führungskraft dehnte diese nicht gerade neue Feststellung „an wenigen Wochenenden und einigen Feiertagen" zu einem „sehr persönlichen Buch".

Wichtigste Erkenntnis des Ostasien-Trips: Nur wenn die Kanzler-Kompetenzen nach japanischem Vorbild zumindest im Bereich von Finanzplanung und Strategie des technischen Fortschritts gestärkt würden, könnten die „vor uns liegenden schwierigen Jahre" gemeistert werden.



Japan-Besucher **von Dohnanyi**
Erkenntnis einer Führungskraft

Mit einer Häufung von à-la-mode-Begriffen wie „Technologie", „Management" und „Produktivität" hofft der Japan-Reisende jeden, der „unzufrieden ist mit unseren eigenen Fortschritten und beschwörend ‚Japan' ruft", darüber aufzuklären, „was er damit sagt". Doch selbst Dohnanyi befürchtet: „Den Spezialisten wird der Bericht an keiner Stelle befriedigen." Nicht nur den Spezialisten nicht.

Herrliches Finale

Diether Stolze und Michael Jungblut: „Der Kapitalismus. Von Manchester bis Wall Street". Desch; 384 Seiten; 64 Mark.

Die Sklaverei, das haben die „Zeit"-Redakteure Stolze und Jungblut herausgefunden, war „in der Regel ein hartes Los". Auch, daß zur Besiedlung des Wilden Westens „nicht nur Verkehrsmittel, sondern vor allem Menschen" gebraucht wurden, hielten sie für mitteilenswert.

Die Autoren, die ergründen wollten, „wie das heutige kapitalistische System entstanden ist", und zu prophezeien versuchen, wie es weitergehe, lassen die Geburtsstunde des Kapitalismus schon in grauer Vorzeit schlagen: bei den Sumerern, denn diese erfanden das Geld.

Die alten Phönizier, Gallier, frühchristliche Äbte und auch Marco Polo und Kolumbus werden von Stolze/Jungblut zu Kapitalisten ernannt und können sich darob geschmeichelt fühlen: Ein wertvolleres Kompliment haben die Autoren nicht zu vergeben; Kapitalisten werden von ihnen stets als „Persönlichkeiten" gefeiert, Arbeiterführer etwa bleiben ungeschmückt.

Auch Ausbeutung und Kinderschinderei darf den Profitjägern des vorigen Jahrhunderts eigentlich nicht angelastet werden, denn, so Stolze/Jungblut, „ohne Opfer" sei eben die Industrialisierung nicht machbar gewesen. Schließlich war selbst der erste Rockefeller, der sein Imperium mit argen Gaunertricks errichtete, immerhin ein Mann von „persönlicher Bescheidenheit und tiefer Frömmigkeit" und manchmal sogar im Geschäftsleben „ehrenhaft".

Der Kapitalismus, so orakeln die Autoren, habe immer noch eine glänzende Zukunft und gehe einem „herrlichen Finale" entgegen. Und wer seine „politischen und ökonomischen Aspekte ... vertiefen" möchte, dem empfehlen sie eine Bücherliste. Meistempfohlener Autor: Stolze.

Selber gewürdigt

Franz Josef Strauß: „Finanzpolitik – Theorie und Wirklichkeit". Vahlen; 184 Seiten; 17 Mark.

Franz Josef Strauß hatte in westdeutschen Bibliotheken eine schmerzliche Lücke entdeckt: Es fehlte eine rechte literarische Würdigung des Finanzministers Franz Josef Strauß. So lieferte er sie eben selber.

Nie zuvor, versichert der Autor, sei Finanzpolitik so anspruchsvoll gewesen wie 1966 bis 1969, als er das Ressort verwaltete; und nie zuvor war jemand so „konsequent", nie zuvor lag jemand so „richtig" wie er.

Und nie zuvor hat sich jemand so ungeniert mit fremden Federn geschmückt wie der Strauß-Laudator Strauß: Der Aufschwung aus der 66/67er Talsohle etwa sei allein dem Mann zu verdanken, den der Autor respektvoll immer nur den „Bundesminister der Finanzen" nennt. Nicht die Investitionsspritzen des Ökonomieprofessors Schiller hätten den Deutschen aus der Krise geholfen, sondern mehr der vor allem vom Chef des Finanzressorts „bekundete Gestaltungswille" — was immer das sein mag.

Beiräte, Sachverständige, Forschungsinstitute und Kabinettskollegen, die eine gerechtere Steuergesetzgebung, eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung und eine Absicherung der Kleinsparer gegen die importierte Inflation fordern, haben laut Strauß zumeist „irrtümliche Meinungen". Und die Gelehrten verstehen sowieso nichts von der richtigen „politischen Symmetrie", sagt dieser Finanzminister, gottlob a. D.

UNTERHALTUNG

ALPERT

Einsamer Stier

Im Film „Die zehn Gebote" schlug er auf die Trommel, und es teilte sich das Rote Meer. Dann griff der ehemalige Hollywood-Statist Herb Alpert, 34, zur Trompete und vollbrachte noch ein weiteres Wunder: Er erspielte sich einen Show-Business-Konzern mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen Mark.

Auf dem Gelände der 1919 gegründeten Filmstudios von Charlie Chaplin am Sunset Boulevard in Los Angeles, die Alpert vor drei Jahren gegen einen Barscheck über eine Million Dollar erwarb, regiert der Trompeter mit seinem Partner Jerry Moss und einem IBM-360-Computer derzeit

- ▷ zwei Musikverlage,
- ▷ zwei Promotion-Agenturen,
- ▷ eine Konzertdirektion,
- ▷ eine Film-Produktionsgesellschaft und
- ▷ das viertgrößte Schallplattenunternehmen der USA.

Mehr noch: Er beherrscht eine TV-Produktion, die bisher vor allem Alperts eigene Darbietungen gezeigt hat. Ihr Show-Film „The Beat of the Brass", der den geschäftstüchtigen Musikanten auf der New Yorker Einwanderer-Insel Ellis Island, in einer Trompetenfabrik, auf dem Flughafen und auf einem Mississippi-Steamer sowie bei der Jam Session mit New-Orleans-Veteranen zeigt, wird am Montag dieser Woche vom NDR gesendet.

Rund 50 prominente Jazzmusiker, Popsänger, Instrumentalgruppen, Vokalensembles und Beatcombos kommen exklusiv auf den „A & M Records" von Alpert und Moss zu Gehör. Doch die höchsten Einkünfte bringt ihnen noch immer die Band, mit der Alpert 1962 seine erste Platte aufnahm: „Tijuana Brass".

Das Septett, dessen attraktive Musikmischung aus Dixieland, Swing und den Tonfarben mexikanischer Mariachi - Kapellen bislang auf 13 Langspielplatten in Millionenauflagen verbreitet ist, produziert den erfolgreichsten Popmusik-Klang seit Glenn Miller und Ray Conniff.

Über einem simplen Vierviertel-Rhythmus blasen zwei Trompeten staccato eingängige Terzen und Sexten. Und ihr Stil, bei den Jazzern als „zickig" verrufen, wird allein in Amerika von mindestens 400 Popmusik-Gruppen imitiert — er erklingt auch in den Tanzmusik-Arrangements der europäischen Rundfunkorchester.

„Es ist gut zu wissen", sagt Alpert, „daß so viele Leute meinen Geschmack teilen" — es ist kein sehr anspruchsvoller Geschmack. Aber der clevere Trompeter weiß auch, daß sein „leichter und fröhlicher Original-Sound" (Alpert) durch einen Musizier-Trick immer erkennbar bleibt: Eine der beiden Tijuana-Trompeten intoniert stets ein wenig zu hoch, zu tief oder hinter dem Takt.

Jahrelang war der Sohn eines Schneiders aus Los Angeles, der mit Frau und zwei Kindern heute eine Millionärsvilla in Beverly Hills bewohnt, auf der Suche nach einem solchen Trick gewesen. Er hatte im Kleiderschrank Trompete geübt und bei berühmten Lehrern studiert, hatte als Soldat bei 18 Beerdigungen pro Tag den Zapfenstreich geblasen, in Hollywood-Filmorchestern gespielt und in der Garage seines Freundes Moss mit Tonbändern experimentiert.

Doch als er dann seinen Stil („Wie viele originelle Trompetenspielweisen gibt es schon? Vielleicht sieben oder acht") endlich gefunden und seine erste Platte aufgenommen hatte, war ihm die Mischung immer noch nicht kommerziell genug. Beim Stierkampf in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana ließ er einen Toningenieur Hufgetrappel, Bullengebrüll und Olé-Geschrei aufnehmen, mischte die Geräusche unter seine Trompetentöne und nannte die Aufnahme „The Lonely Bull".

Und wo immer seither Alperts „Tijuana Brass"-Band ihre sogenannte „Ameriachi"- oder „Mexiland"-Musik aufführt, brüllt auch der „einsame Stier" im Konzertsaal:

Wenn die höchstbezahlten Ensemblemusiker der Welt (Gagen: jährlich zwischen 200 000 und 400 000 Mark) diese Woche in einer gecharterten Air-France-Maschine zu ihren ersten vier Konzerten nach Deutschland einschweben, haben sie das Tonband aus der Tijuana-Arena im Gepäck.



Alpert (3. v. l.), **Band:** Jahresumsatz 100 Millionen Mark

„...meine Hobbies? Frauen, Pferde und Automobile. Aber feurig und rassig müssen sie sein. Ich achte auf styling und edles Material.

Übrigens letzten Sonntag war mein Rostfrei-Porsche die Attraktion in Monte Carlo. Er sieht ja wirklich toll aus!

Nur eine Frau kann aufregender sein."

Wenn Sie eine neue persönliche Note suchen - probieren Sie's mal mit dieser.

„...ach was, der Direx' hat doch von Mode keine Ahnung. Und ich laß' mir das nicht verbieten. Ich steh' eben auf Rostfrei – Rostfrei is in."

„...siess'se, bei unsere Arbeit kommdet doch darauf an, dat alles picobello aussieht.

Deswegen tun wer Rostfrei-Fassaden am liebsten machen. Fenster putzen wer sowieso. Rostfrei-Rahmen und Brüstungen machen wer gleich mit. Und dann gehn wer auch noch über die Fassaden aus Rostfrei. Is doch'n Klax.

Aber so tun wer wat für dat Imädsch von unsern Tiem, verstehß'e."

„...magst Du denn keine Kontraste?"

„Doch. Aber allzu auffällige Dinge finde ich billig. Zum Beispiel hochglanzpolierte Möbel – die kann ich nicht ausstehen. Und spiegelnde Schalen, Töpfe oder Tabletts erst recht nicht.

Für mich ist Oma's Hochglanz-Fimmel tot.

Deshalb bin auch ich in Rostfrei so verliebt. Es hat eben diesen einmaligen matten, seidigen Glanz. (Glanz für's Leben, heißt der.)"



EDELSTAHL Rost frei

Rostfrei – das ist Edelstahl durch und durch. Man erkennt es am matten, seidigen Glanz.

(Glanz für's Leben.)

VERLAGE

RAUBDRUCKE

Laßt blühen!

Es gibt kein geistiges Eigentum", dekretierte auf der Frankfurter Buchmesse die Literaturproduzenten-Postille „Extra" unter Berufung auf Horkheimer und Adorno. Und messerscharf folgerten die linken Literaten: „Darum: Organisiert ein, zwei, viele Autoren- und Druckersyndikate! Zerschlagt das bürgerliche Copyright!"

Vor dem Messe-Haupteingang wurde dieser Lehrsatz längst praktiziert: Bärtige Copyright-Zerschlager verteilten eine deftig-pornographische Leseprobe aus dem Roman „Die Akte der Barbara", der im Original 24 Mark koste, „als ungekürzter hektographierter Raubdruck einer Kölner Kommune" jedoch schon für sieben Mark zu haben sei. Als Auslieferer dieser „ausführlichen Sexuellenszenen" zeichnete ein „Verlag Iris Vetter" in Stuttgart, der für Besteller drei Konto-Nummern und auch den Schein eines linken Alibis parat hält: „Dieses Buch trägt mit dazu bei sich von angemaßten Verboten zu befreien."

Das Buch, das für sieben Mark Befreiung beiträgt, ist ein hektographierter Schreibmaschinentext und bietet in sorgloser Orthographie („Ger Hund gegann, vorischtig an Frank zu lakken") eine Abschrift des inzwischen als „unzüchtige Schrift" verklagten Olympia-Press-Titels „Barbara" von Frank Newman (Ladenpreis: 18 Mark).

Der getippte Porno aus dem Untergrund ist das jüngste Beispiel für eine Apo-Aktivität, die neuerdings den Markt der etablierten Buchmacher beunruhigt: das Geschäft der Linken mit dem Raubdruck.

Ohne Genehmigung, zumeist auch ohne Wissen der Autoren und ihrer Verlage, drucken sozialistische Gruppen und Kommunen nach, was ihnen für die Arbeit der Linken wichtig erscheint und was im seriösen Buchhandel nicht oder nur zu hohen, mitunter überhöhten Preisen erhältlich ist.

Angefangen hat dieser Raubdruck-Betrieb, als die Frühschriften Herbert Marcuses und die Werke des sozialistischen Sexkundlers Wilhelm Reich zur Hauptlektüre in der Berliner Kommune I der Teufel, Langhans und Kunzelmann avanciert waren: Die Kommunarden, die immer nach einer kollektiven, politisch wirksamen und dabei einträglichen Tätigkeit suchten, vervielfältigten, was sie als besonders interessante Trouvaillen in Bibliotheken und Antiquariaten entdeckten und brachten es unter dem Firmen-Signum „Verlag Philosophie und Revolution" unter die Genossen.

Inzwischen sind neben die handwerklichen Produkte der ersten Raubdruck-Zeit, als der auf Matrizen abgeschriebene Text nur in Kleinauflagen von wenigen hundert Stück abgezogen werden konnte, längst einwand-

freie, saubere Offsetdrucke und die besonders leicht zu fabrizierenden photomechanischen Vervielfältigungen getreten, die den Text der Vorlage getreu faksimilieren.

Eine komplette Ausrüstung für derlei moderne reprographische Druckverfahren, bei denen in der Regel das Original Seite um Seite photographiert wird und dann der Film als Druckvorlage dient, ist schon für weniger als 10 000 Mark zu haben. Allein im Berliner Untergrund stehen heute fast ein Dutzend Raubdruckerpressen, die in Auflagen zwischen 300 und 4000 Exemplaren linke Bücher ausstoßen.

Vertriebsstellen der um 50 bis 75 Prozent billigeren Piraten-Ausgaben sind linke Buchläden wie Röhrbein in Berlin, „Libresso“ in Frankfurt und „Spartakus“ in Hamburg, die zeitweilig über 100 Titel ohne Copyright anbieten. Aber auch bürgerliche Sortimenter — so etwa der Taschenbuchhändler Gernot W. Elmenhorst im Hamburger Universitätsviertel — handeln da mit: „Wir bestellen die Raubdrucke über Postfach-Adressen und werden dann per Nachnahme beliefert. Es gibt keine Rechnungen und keine richtigen Absenderangaben. Aber meistens klappt alles.“



Raubdruck-Handlung **„Spartakus“**
Billig bei Bumms

Ladenhüter gibt es unter den Raubdruck-Titeln kaum; die Nachfrage nach den wohlfeilen Broschüren steigt immer noch, und die unbekannten Genossen, deren Namen keiner nennt, kennen die Marktlücken genau.

Ihr Bestseller-Autor ist der erst vor einigen Jahren entdeckte kommunistische Psychoanalytiker Wilhelm Reich, von dem insgesamt etwa zehn Arbeiten über die Funktion von Sex im politischen Kampf auf dem roten Markt sind. Reich-Hauptwerk „Die Funktion des Orgasmus“, das billig im fiktiven „Bumms-Verlag Hamburg“ erschien, erlebte jetzt auch eine legale Ausgabe bei Kiepenheuer & Witsch, die gewiß ohne den Druck der Raubdrucke so schnell nicht erschienen wäre.

Andere bevorzugte Autoren der Freibeuter-Verlage sind Karl Korsch und Michail A. Bakunin, Felix Weil und Theodor W. Adorno, Walter Ben-

jamin und Georg Lukács. Nächst den Anregern und Opas der Apo stehen seit der Gründung der ersten sozialistischen Kinderläden in Berlin und der Diskussion über revolutionäre und antiautoritäre Erziehung die Praktiker der „psychoanalytischen Pädagogik" — Nelly Wolffheim, Wera Schmidt, Melanie Klein, Anna Freud, Alice Balint — am höchsten im Kurs.

Aus der Selbsthilfe linker Gruppen, die nur ideologisch relevante Texte drucken und mit dem Erlös zudem häufig Kinderläden, Basisgruppen oder politische Agitationen finanzieren, sind unterdes mit dem Erfolg mancherorts rein kommerzielle Geschäftsbetriebe entstanden, die bedenkenlos auch — wie im Falle „Barbara", von der augenblicklich schon mindestens drei verschiedene Untergrund-Ausgaben kursieren — aus Pornographie Profit schlagen.

Seit sich herumgesprochen hat, daß — so der Berliner Raubdruck-Kenner und Chef der „Ça Ira Presse" Jürgen Beverförden — „man von Raubdrukken ganz gut leben kann", haben nun auch einige etablierte Verlage auf die lizenzlosen Publikationen reagiert:

▷ Der Wiesbadener Limes Verlag warnte „alle Kollegen im Sortiment" vor einem Raubdruck von William S. Burroughs' Sucht- und Sex-Suada „The Naked Lunch" und drohte, gegen „Hersteller wie Verbreiter ... mit allen gerichtlichen Mitteln" vorzugehen.

▷ Der Suhrkamp Verlag konterte einen Berliner Raubdruck seines Autors Walter Benjamin (Preis: 4 Mark), in dem ein „den frankfurter Monopolarchivaren", ergo „den Händen revisionistischer Kulturpolitiker entrissenes" Manuskript zum erstenmal veröffentlicht wurde, mit einem editorischen Trick: Suhrkamp — sonst bei Benjamin eher auf profitable Dosierung bedacht — publizierte nun den geraubten Text selbst, ein halbes Jahr früher als geplant und für drei Mark.

▷ Der S. Fischer Verlag bemühte sich, „mit Hilfe des antiquierten bürgerlichen ‚Copyrights'" (so der SDS) den Verkauf von Horkheimer/Adornos „Dialektik der Aufklärung" (für 10 Mark) zu verhindern, und forderte über seine Hausjuristen von den Buchhandlungen „Libresso" und „Spartakus" ultimativ, freilich vergebens, die Preisgabe des Raubdruckers. Fischers jetzt herausgekommene Neuausgabe nämlich ist übermäßig teuer — 24 Mark.

Besonders dieser letzte Fall hat die Raubdruck-Diskussion mächtig angeregt. Nicht die Raubdrucker seien schuldig, so befand „Spartakus", sondern Horkheimer und Adorno, die sich einer Neuauflage des vor 22 Jahren erschienenen Werks widersetzten. Diese „Verhinderung von kritischer Information", so ein Flugblatt, sei „Diebstahl von etwas uns Zustehendem". Und der um eine Sympathie-Adresse für die Bedrängten gebetene Berliner

(Legal-)Verleger Klaus Wagenbach entschied, „daß kein sozialistischer Autor das Recht haben darf, seine Werke der Benutzung zu entziehen".

Diese erste Konfrontation von Lizenz-Inhabern und Rechte-Räubern bescherte den Linken eine Reihe neuer, heroischer Slogans à la „Laßt 1000 Raubdrucke blühen!" und einen neuen Begriff für die umstrittene Sache: „resozialisierter Druck". Den Verlegern dienten die Nachdruck-Affären derweil vornehmlich als kostenlose Werbung für die Titel ihres Programms; geschäftlicher Schaden trat kaum auf.

Für weitere Auseinandersetzungen wollen sich die Copyright-Bekämpfer besser präparieren: Noch in diesem Monat will der „Ausschuß der Literaturproduzenten" in Neuwied eine Arbeitskonferenz über Raubdrucke veranstalten. Literaturproduzent und Luchterhand-Lektor Frank Benseler, der selbst seinen Lukács in einem Sieben-Mark-Raubdruck studiert, der zehn Aufsätze mehr enthält als die





Original-„Barbara", Raubdruck
Für Besteller drei Nummern

große, teure Luchterhand-Gesamtausgabe, ist sich darüber ganz klar: „Die Frage des geistigen Eigentums ist jetzt das wichtigste Thema für uns."

Eine Risikominderung ihres ungesetzlichen Tuns, das auf Antrag mit Geldstrafen oder Gefängnis bis zu einem Jahr geahndet werden kann, erwarten die Raubdrucker nach der Ratifizierung des umkämpften „Stockholmer Protokolls" (SPIEGEL 46/1968), das die entschädigungslose Aufhebung von Urheberrechten für Veröffentlichungen in Entwicklungsländern vorsieht.

Gewitzte Untergrund-Verleger, die jetzt schon Namen und Adressen wie „Acid Books New York" oder (so der Hannoveraner J. Höpfner) „Rene Götz, Luxemburg, Rongweh 9" (= Wrong Way, Falsche Straße) fingieren, träumen bereits von Briefkasten-Firmen in der Dritten Welt, um von dort aus Urhebern und bürgerlichen Verlagen ein legalistisches Schnippchen zu schlagen.

Gegen die Raubdruckschwemme, die nach einem Stockholmer Abkommen auf die Verleger zukommen wird, erscheint die bisherige Praxis linker Heimarbeit als harmloser Studenten-

ulk. Schon jetzt zeichnet sich ab, wie solche Importe aus den Entwicklungsländern aussehen könnten: Ein neugegründeter „Verlag Zerschlagt das bürgerliche Copyright" nämlich nennt neben Hamburg und Berlin bereits sein letztes und juristisch schwer erreichbares Ausweichquartier: Fidel Castros Havana.

THEATER

POSS

Gemetzel verboten

Ein Herr erwartet „den berühmten Grzimek", ein zweiter geht „mal pissen", und eine Dame — „Halleluja" — legt die Kleidung ab. Dann werden zwei Hühner geschlachtet.

So hat es der Münchner Autor Alf Poss, 33, in seinem Erstlingsdrama vorgesehen. Doch Bühnenwirklichkeit hat das Anfang 1968 abgeschlossene Stück (Titel: „Zwei Hühner werden geschlachtet") bislang nicht bekommen. Auf deutschen Theatern werden keine Hühner geschlachtet.

Denn das Gemetzel, das der Geflügelfreund Poss („Ich esse jede Woche einmal ein Huhn") ganz real vollziehen lassen will, wäre nach deutscher Rechtsordnung ein Delikt, das mit Geldstrafen bis 150 Mark oder mit Haft geahndet wird.

Laut Tierschutzgesetz vom 24. November 1933 ist es verboten, Tiere zu solchen „Schaustellungen oder ähnlichen Veranstaltungen zu verwenden", mit denen „erhebliche Gesundheitsschädigungen verbunden" sind. „Die Tötung eines Tieres" aber, so hat ein Kommentar-Verfasser herausgefunden, „enthält stets eine erhebliche Gesundheitsbeschädigung."

Autor Poss hingegen kann auf das Schlachtfest nicht verzichten; es ist der logische Abschluß seines sonst handlungsarmen Spiels.

Der Shaw-Übersetzer und Hörspielverfasser, der vom Nobelpreisträger Samuel Beckett „sehr, sehr viel gelernt" hat, läßt sieben „Spieler" und „Spielerinnen" das ganze Stück hindurch „reichlich" essen und trinken sowie mögliche Aktionen bereden.

Derweil hocken die Hühner mit „seelenvollem Blick" in einem großen Käfig und haben „eine Art Ausstrahlung" (Dialog). Manchmal werden sie aufgescheucht und gackern dann ein bißchen. Doch erst ganz zum Schluß kommt die große Sterbeszene der Haustiere, mit der Poss drastisch die „autonome Wirklichkeit" des Bühnengeschehens darlegen will.

Bis auf weiteres freilich steht diese Wirklichkeit nur auf dem Papier. Während der Frankfurter Suhrkamp-Verlag das witzige Poss-Endspiel bereits als Buch herausgebracht hat*, kämpfen die Bühnen noch immer mit juristischen und technischen Problemen. Zwei, das Staatstheater Braunschweig und das Junge Theater in Göttingen, haben schon resigniert.

* Alf Poss: „Zwei Hühner werden geschlachtet". 136 Seiten; 3 Mark.

Offiziell aus „arbeitstechnischen Gründen“ zog im letzten Mai der Braunschweiger Regisseur Horst Statkus die zur Frankfurter „Experimenta“ angemeldete Uraufführung der Federviecherei zurück, nachdem er bereits einen Hühnerfarm-Arbeiter als Schlachter-Trainer engagiert hatte.

Bei den Göttinger Proben war es sogar schon zur Probeschlachtung gekommen. Aber dann befürchtete der Theater-Justitiar eine einstweilige Verfügung, und das Stück wurde abgesetzt.

Danach wurde das Poss-Werk von den Essener Städtischen Bühnen angenommen. Doch die ursprünglich zum Saisonbeginn geplante Premiere ist mittlerweile gleichfalls auf unbestimmte Zeit verschoben worden, obwohl das Rechtsamt der Stadt keinerlei Bedenken hatte.

Tatsächlich ist es höchst zweifelhaft, ob das Tierschutzgesetz gegen die



Autor Poss
Hühnerschlachtung auf der Bühne?

theatralische Hühnerschlachtung angewendet würde. In der Praxis jedenfalls sind die Skrupel der etablierten Theaterleute schon durch weit radikalere „Schaustellungen“ eines Kunst-Außenseiters überholt worden:

Unbehelligt und unverklagt gab unlängst der Wiener Otto Muehl, durch unermüdliches öffentliches Urinieren bekannt geworden, in Köln eine mörderische Variante seiner Kunst zum besten. Aus seinem Hosenlatz zog der Artist den Kopf eines lebenden Huhns hervor, enthauptete den Vogel und spritzte das Blut auf ein unter ihm liegendes nacktes Mädchen. Zu den letzten Zuckungen des Tieres improvisierte Muehl einen Hahnenschrei.

Von so aufdringlicher Sexualsymbolik allerdings will der Dramatiker Poss nichts wissen. Er hat inzwischen ein neues Stück begonnen, das ein unverfänglicheres Thema von allgemeinem Interesse behandeln soll. Titel: „Wie ein Auto funktioniert“.

NOBELPREISE

PHYSIK/CHEMIE

Achtfacher Weg

Als der deutsche Chemiker Otto Hahn 1945 den Nobelpreis empfing, hatte sein Name längst Weltruhm erlangt. Und jeder wissenschaftlich interessierte Laie wußte damals die Leistungen zu würdigen, der Hahn die Nobel-Ehrung verdankte — die „Entdeckung der Kernspaltung von Atomen" (so das Stockholmer Preis-Komitee).

Doch solch weltweites Einverständnis, wie es bei der Auszeichnung Hahns noch vorherrschte, ist im Vierteljahrhundert seit Kriegsende von Jahr zu Jahr seltener geworden. Unsicher und oft auch befremdet nahmen Laien wie Fachleute die Entscheidungen des Preisgerichts zur Kenntnis. „Die Wahl der Preisträger", so bekannte ein deutscher Nobel-Gelehrter, „gibt uns alljährlich Rätsel auf."

Das diesjährige Rätselspiel begann am Donnerstag letzter Woche, als in Stockholm die Chemie- und Physik-Preisträger bekanntgegeben wurden: Die Namen der beiden geehrten Chemiker — Odd Hassel und Derek Harold Barton — waren selbst vielen Fachgelehrten nicht geläufig. Und aus ersten Berichten in Presse und Rundfunk wurde über die Arbeit der Forscher nur soviel deutlich: Sie habe der Erkundung eines chemischen Phänomens gegolten, das in der Fachsprache als „Konformation" bekannt sei.

Eher gefaßt vernahm demgegenüber zumindest die Fachwelt den Namen des diesjährigen Physik-Preisträgers: Der Amerikaner Murray Gell-Mann, 40, gilt als der bedeutendste theoretische Physiker der Gegenwart. Freilich, seine Arbeiten auf dem Gebiet der Elementarteilchen-Physik — höchst anspruchsvolle mathematische Spekulationen — bleiben nur einer kleinen Forscher-Elite zugänglich.

Gell-Mann, Professor am California Institute of Technology in Pasadena und früher Mitglied des esoterischen Institute for Advanced Study in Princeton, arbeitet seit nunmehr 15 Jahren an dem Versuch, eine umfassende Theorie der Materie zu entwikkeln. Auf dem Weg des mathematischen Kalküls sucht Gell-Mann ein Grundgesetz zu formulieren, das die kleinsten bislang bekannten Materiebausteine — die Elementarteilchen — in eine sinnvolle Ordnung bringen soll.

Mehr als 200 solcher Elementar-Partikel konnten die Physiker bislang ausmachen: In riesigen, ringförmigen Atomschleudern (Synchrotronen) schossen sie Elektronen und Protonen auf ein festes Ziel und studierten dabei die Eigenschaften und das Verhalten der Atom-Bruchstücke, die beim Aufprall auf das Ziel entstehen. Doch bei allen Bemühungen, Gesetzmäßigkeiten im Verhalten der kurzlebigen Partikel aufzuspüren, stießen die Forscher auf verwirrende Schwierigkeiten.



Chemie-Preisträger **Barton**
„Die alljährliche Wahl . . .

Spielerisch gleichsam ersann Gell-Mann ein mathematisch fundiertes System, in das er die chaotisch anmutenden Partikel-Schwärme einordnete: Auf dem sogenannten Achtfachen Weg — so geheißen nach Buddhas Lehre von den acht Tugenden, die zur Erlösung führen — entwickelte er die „SU (3)"-Theorie, für die er jetzt den Nobelpreis erhielt; gemäß dieser Theorie, der acht bestimmte Eigenschaften der Partikel als Ordnungskriterium zugrunde liegen, können die Elementarteilchen in Gruppen zusammengefaßt werden.

Gell-Manns SU(3)-Denkspiel erwies sich als brauchbar: 1963 wurde ein Elementarteilchen („Omega-minus") experimentell nachgewiesen, dessen Existenz Gell-Mann zuvor anhand seiner Gruppen-Theorie postuliert hatte. Eine Gruppe von Partikeln, die Gell-Mann gleichfalls nur hypothetisch in seine Teilchen-Ordnung eingebaut hat, konnte bisher allerdings nicht gefunden werden — die



Physik-Preisträger **Gell-Mann**
. . . gibt uns Rätsel auf"



Chemie-Preisträger **Hassel**
Ringe im Raum

„Quarks“: Aus Quarks (den Namen entlehnte Gell-Mann aus einem Roman des Iren James Joyce) sind gemäß der SU(3)-Theorie alle übrigen Elementarteilchen zusammengesetzt.

Die Frage, ob Quarks wirklich existieren, läßt Gell-Mann gleichgültig; der geistreiche, als witzig bekannte Denkspieler liebt die Freiheit des unverbindlichen Kalküls. „Mir wäre es lieber“, so bekannte er, „wenn die Quarks nie entdeckt würden.“

Solch realitätsferne Denkungsart trennt den Physiker Gell-Mann von seinen Preis-Kollegen Hassel und Barton. Die Forschungsarbeit der beiden Chemiker hat, ganz im Sinne des Preisstifters Nobel, längst zu praktisch nutzbaren Resultaten geführt.

Der Norweger Odd Hassel, 72, Professor an der Universität zu Oslo, konnte vor mehr als drei Jahrzehnten erstmals die räumliche Anordnung („Konformation“) von Zyklohexan-Molekülen ermitteln; Zyklohexane, ringförmig aufgebaute Kohlenwasserstoff-Moleküle, bilden die Bauelemente zahlreicher natürlicher Substanzen, der sogenannten Steroide. Zur Gruppe der Steroide gehören etwa die menschlichen Sexualhormone.

Ausgehend von den Pionier-Arbeiten Hassels, hat später der Brite Derek Barton, 51, Professor am Londoner Imperial-College, die Konformation vieler Steroid-Stoffe bestimmt. Da vom dreidimensionalen Aufbau der Steroid-Moleküle deren Wirksamkeit abhängt, eröffneten die Forschungsergebnisse Bartons die Möglichkeit, etwa synthetische Hormonpräparate herzustellen, deren Effekt genau berechnet werden kann.

Als letzte Woche die Nobel-Ehrung Bartons und Hassels bekanntwurde, zeigte sich, daß die meisten Chemiker die bahnbrechenden Leistungen des Norwegers Hassel längst vergessen hatten. Erst beim Stöbern in ihren Archiven fanden sie den Grund für die Auszeichnung Hassels — sie hielten die Wahl, so der Heidelberger Chemie-Ordinarius Heinz Staab, immerhin „für folgerichtig“.

MUSIK

COHEN

Anarchist ohne Bombe

Meine Dame Platz zum Schlafen hat auf einem Taschentuch. Und wird es Herbst, reicht auch ein welkes Blatt.

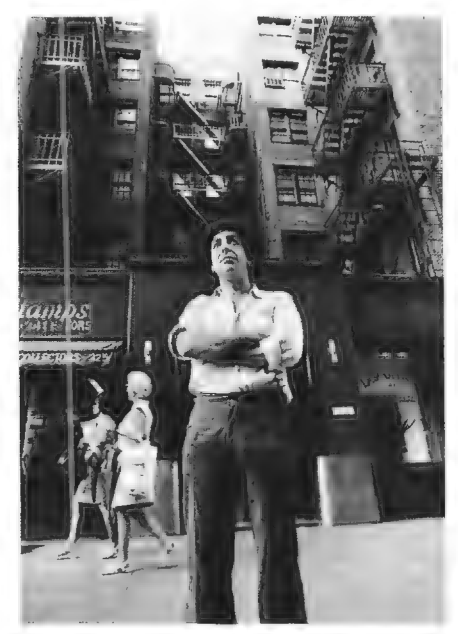
Der Vers des kanadischen Poeten Leonard Cohen, 35, war jahrelang nur als Sgraffito im Subway-Schacht vor der New Yorker Columbia-Universität zu lesen. Jetzt sind Cohens Gedichte nicht mehr nur im Untergrund verbreitet, sondern auch oben — in ganz Nordamerika.

Von den „Selected Poems“ des Literaten, der aus einer russisch-jüdischen Emigrantenfamilie stammt, wurden innerhalb weniger Monate in den USA mehr als 100 000 Exemplare gekauft.

In bislang fünf Gedichtbänden und zwei Romanen irren Cohens „schöne Verlierer“ (Buchtitel), seine Gestrandeten, Heiligen und Sünder, durch ein Chaos von Plakatwänden und Fernsehreklamen, durch eine schwüle Traumwelt voller Sumpfblumen und Labyrinthe und voll von „überwältigender Musik“ (so die kanadische Zeitung „The Telegram“).

Dem Lyriker aus Montreal war dies aber noch nicht Musik genug: Seine besten Verse hat er selbst vertont und auf Schallplatten gesungen; seitdem gilt er — neben Bob Dylan und den Beatles — als bester Songschreiber der Popmusik.

Mit der Stimme eines alten Bluessängers, dem bereits die hohen Töne fehlen, intoniert Cohen auf zwei Langspielplatten zur Gitarre melancholische Lieder von „halbzerstörten Städten“ und „einsamen Helden“, von Vögeln, die auf Hochspannungsleitungen sitzen, und von der irren Heiligen Suzanne, die in Lumpen und Federn gekleidet geht:



Sänger **Cohen**
Verse im U-Bahn-Schacht

Sie nimmt dich mit in ihre Hütte am Fluß,
du kannst neben ihr schlafen,
und du bleibst bei ihr –
weil du weißt, sie ist halb verrückt.
Und wenn du ihr sagen willst,
daß du nichts für sie übrig hast,
bringt sie dich auf ihre Wellenlänge
und läßt den Fluß raunen,
daß du schon immer ihr Geliebter warst.

Cohen singt von den „Blüten, die im Müll wachsen", und von einem Leben „voller bedrohlicher Rasierklingen". „Manchmal", sagt er, „schmecke ich die Süße des Todes"; und seine Plattenfirma wirbt für die „pathologischen Töne" (Cohen) mit der Frage: „Hatten Sie je das Gefühl, Sie müßten Schluß machen mit dem Leben?"

Daß zahlreiche US-Jugendliche, wie die Auflage seiner Platten (300 000 Exemplare) beweist, dieses Gefühl zu haben scheinen, hat Cohen, der „eigentlich die enttäuschten Mittdreißiger ansprechen" wollte, überrascht. Aber er weiß auch, was ihn mit den halbwüchsigen Gammlern vom New Yorker Washington Square und vom Dupont Circle in Washington verbindet: „Wir sind alle keine typischen Amerikaner."

Er ist es wahrhaftig nicht: Cohen, der Marihuana raucht, vorübergehend an die Astrologie glaubte, eine Zeitlang nur Gemüse aß und einen kanadischen Literaturpreis zurückwies, verabscheut Ruhm, Partys und Automobile. Wenn er in New York ist, wohnt er in einem billigen Künstlerhotel, „in dem ich ohne Aufsehen morgens um vier einen Zwerg, einen Bären und vier Frauen mit aufs Zimmer nehmen kann".

Oder auch fünf: Denn die Sinnlichkeit ist das Hauptthema seiner Romane, Gedichte und Songs. Cohen: „Erst wenn ich erlebe, wie sich eine Frau im Orgasmus verändert, weiß ich, daß wir uns begegnet sind; alles andere ist Einbildung."

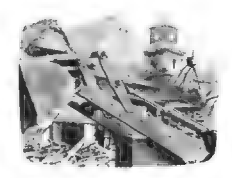
Von der Liebe abgesehen, lebt Cohen aber durchaus in einer eingebildeten Welt: Mehrere Monate im Jahr verbringt er in seinem Haus auf der griechischen Insel Hydra; bei Kerzenschimmer liest er die Werke chinesischer Philosophen, schöpft Trinkwasser aus einem Brunnen und hockt mit den Fischern zusammen. Dort saß er auch „einen Winter lang" vor dem Spiegel und beobachtete, „wie die Bräune aus meinem Gesicht verflog".

Und als Castro zur Verteidigung der Schweinebucht aufrief, ließ Cohen den Bart sprießen und fühlte sich „wie ein Revolutionär". Es war ein falsches Gefühl: In Kuba angekommen, ging er nicht zu den Guerrilleros, sondern freundete sich mit Rauschgifthändlern, Nutten und Arbeitslosen an. Cohen, schrieb die „New York Times", sei „ein Anarchist, dem es unmöglich ist, Bomben zu werfen".

Cohen bedauert das selbst — aber dennoch „liebe ich mein Leben, wie es ist". „Wenn ich häufiger Gastspiele machen oder im Fernsehen auftreten würde", sagt er, „könnte ich Hunderttausende von Dollars verdienen." Gegen ein paar tausend Dollar allerdings hat er nichts einzuwenden: Im Winter geht Cohen auf große Europatournee.

FERNSEHEN

DIESE WOCHE



Abbruch genehmigt: Baudenkmäler unter der Spitzhacke. Bericht von Ernst Wolfgang Mick. ZDF. Montag, 3. November, 20.15 Uhr.

Drei Wochen lang studierte der Kunsthistoriker Mick die Denkmalspflege in deutschen Gauen, dann war sein Glaube an das Land der Dichter und Denker dahin: Er sah, wie Bulldozer und Preßlufthämmer „unersetzliches Kulturgut" vernichteten.

In Trier filmte Mick den Abbruch des 600jährigen Karmeliterklosters, und er berichtet: Wo heute in Ettlingen noch zwei 400jährige Fachwerkhäuser stehen, wird demnächst ein „Kaufhaus Schneider" gebaut. In Konstanz am Bodensee wurde für Hertie das alte Zunfthaus „Zum Weingarten" abgerissen, im fränkischen Ansbach soll das Barock-Palais des Freiherrn von Nostiz einer Großkaufhalle weichen.

Mick weiß auch, warum das so ist: „Den für solche Bauplätze gebotenen Unsummen können die Stadtväter kaum widerstehen." Die Denkmalspfleger, die er auf ihrem Jahrestreffen im historischen Rathaus zu Ellwangen befragte, haben „weder Verfügungsgewalt noch Eingriffsbefugnis zugunsten kultureller Werte". „Die Verantwortung für den Abbruch wertvoller Baudenkmäler", sagt Bayerns Landeskonservator Professor Gebhardt, „liegt letztlich bei den Verwaltungsbehörden und bei der Kommunalverwaltung."

Manchmal freilich, so zeigt der Katalog elender Barbarentaten, sind nicht die Bürokraten schuld: Der Pfarrer im bayrischen Oberteisendorf beispielsweise ließ ein spätgotisches Kirchlein „mit Dynamit hochgehen", weil es ihm zu klein war. Die Barockkirche in St. Leon bei Bruchsal wurde aus dem gleichen Grund „eines schönen Maitags" vom Pfarrherrn in die Luft gesprengt.



Star aus der Retorte. Reportage von Peter Nischk. WDR. Montag, 3. November, 21.00 Uhr.

„Ach, bist du groß", schwärmt Mutter Salg in ihrem Offenbacher Haarsalon vom lieben Sohn. „Ja, Muttis ganzer Stolz", nicken die Damen mit den Lockenwicklern unter den Frisierhauben: Joachim Salg, 28 (Photo), ist ein braver Pausback und schneidet einen sauberen Fassonschnitt.

Nur singen kann der hessische Figaro nun einmal nicht, doch das ist dem Musikmanager Ralph Siegel junior ganz egal: Selbst mit kurzem Atem und falschen Tönen soll aus dem Friseur ein Star werden — was immer man in deutschen Schnulzen-Kreisen darunter versteht. „Buddy", so Siegel im vorletzten Juni über seine Ent-



Freizeitgestaltung

Es ist keineswegs so, daß er nur über Fachbüchern brütet und büffelt, der Apotheker. Er geht auch mal ins Kino oder Tennis spielen oder zum Skat. Aber er muß doch den größten Teil seiner Freizeit opfern, um sich weiterzubilden. Er muß Schritt halten. Die medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaften entwickeln sich stürmisch. Täglich kommen neue Arzneispezialitäten hinzu, neue Herstellungsverfahren, neue Prüfmethoden. Als Apotheker muß er auf dem laufenden bleiben. Nur so ist er in der Lage, den ständig steigenden Anforderungen seines Berufes gerecht zu werden.

deckung, „muß nur noch die körperliche Statur aufbauen", und die „Philips" subventionierte den Aufbau mit monatlich 1000 Mark.

Dafür tingelte der Joachim beim Beat in der Provinz und schluchzte beim Festival in Knokke, er sang bei der Party in Schwabing und im Studio zum Playback. Der Fernsehregisseur Nischk sah ihm zu, und der Manager Siegel war immer dabei.

Er paßte seinem Schützling enge Twen-Hosen und Rüschenblusen an und streifte ihm goldene Ringe auf die Hand. Er ließ ihn im Hallenbad mager massieren, bei „Radio Freies Europa" interviewen und schließlich auch Titel von Siegel singen. Es half alles nichts: Dem Sänger im Gardemaß blieb immer gleich die Luft weg, und die „Philips" setzte ihn deshalb an die Luft.

Aber damit war es immer noch nicht aus, denn die CBS kaufte ihn und verkaufte ihn ans Fernsehen, und das Fernsehen — diesen Schluß läßt Nischk allerdings offen — macht in der „Schaubude", der „Drehscheibe", der „Hitparade" und all den vielen „Studio B" aus dem harmlosen Homunkulus am Ende sicher doch noch einen richtigen deutschen Unterhaltungskünstler, wie es der schöne deutsche Künstlername verspricht: Buddy Caine.



Die untreue Frau. Französischer Spielfilm von Claude Chabrol. Deutsche Erstaufführung. HR. Dienstag, 4. November, 21.00 Uhr (Farbe).

Mit seiner schönen Hélène, mit dem Sohn Michel und vielen Dienstboten bewohnt der erfolgreiche Anwalt Charles ein Landhaus vor Paris. Er ißt gern, hockt am Bildschirm und hört vor dem Einschlafen immer klassische Musik.

Ja, dieser Charles ist mit sich und dem Leben zufrieden; und selbst als er entdeckt, daß seine Hélène (Stéphane Audran, Photo) ihn betrügt, behält er die Contenance. Er macht sogar dem Liebhaber Victor einen Besuch, besichtigt das Lotterbett und fragt: „Wie klappt es denn, wie sind Sie zufrieden?" „Ganz gut", sagt Victor, „sie ist so anschmiegsam."

Aber dann gibt es doch Ärger. „Sie sind wohl etwas pervers?", erkundigt

WEITERE SENDUNGEN

Panorama. Moderator: Peter Merseburger. NDR. Montag 3. November, 20.15 Uhr. Geplant sind Beiträge über d Anhebung der Kilometerpauschale, die projektierte ne Ferienordnung für die Bundesrepublik, den Abschied Ge hard Schröders aus dem Verteidigungsministerium sow ein Live-Interview mit einem Minister des neuen Kabinett

The Beat of the Brass. NDR. Montag, 3. November, 22.5 Uhr (Farbe). Musik-Show mit Herb Alpert und der „Tijuar Brass"-Band (siehe Seite 218).

Tu felix Austria? NDR. Dienstag, 4. November, 22.55 Uh In dem Bericht von Dieter Zilligen beschuldigen Komp nisten, Maler und Literaten der österreichischen Avantgard ihre Behörden der Kunstfeindlichkeit und des Schlendrian

ZDF Magazin. Moderator: Gerhard Löwenthal. ZDF. Mittwoc 5. November, 20.15 Uhr. Stadtinspektor Peter Rieter, 5 aus Xanten am Niederrhein interviewt Bundeskanzl Brandt. Rieter hatte beim Wahltoto des ZDF-Magazins d genaueste Prognose gestellt.

sich Victor, und das hätte er nun wirklich nicht tun sollen. Charles („Mir ist gar nicht gut") greift nach einer Bronzebüste und schlägt den Nebenbuhler tot.

„Als äußerste Lösung", hat der Regisseur Chabrol („Schrei, wenn du kannst") einmal gesagt, „liebe ich den Mord." So ästhetisch und zugleich so beklemmend wie in der Moritat von der „untreuen Frau" hat er seine Liebe noch niemals gezeigt.

Das alte Dschungelgesetz, so etwa demonstriert er, gilt auch noch im Salon. Und der feine Charles ist eben auch nichts anderes als ein nackter Affe.



Nur der Freiheit gehört unser Leben. Fernsehfilm von Herbert Knopp nach einem Roman von Ödön von Horváth. Regie: Eberhard Itzenplitz. ZDF. Mittwoch, 5. November, 21.00 Uhr.

Sie marschieren im Braunhemd, die Fahne flattert voran. Sie schießen wehrtüchtig auf Pappkameraden und sind durchdrungen von arischem Stolz. Als Lehrer Lorenz sie belehrt, daß „auch Neger Menschen sind", teilen die Gymnasiasten ihm schriftlich mit: „Wir wünschen nicht mehr von Ihnen unterrichtet zu werden."

Aber Lorenz (Heinz Bennent, Photo, r.) ist 1934, ein Jahr nach Hitlers Machtergreifung, noch immer ein loyaler, unentschiedener deutscher Bürger. Ihn verlangt es nach Ordnung, Recht und Gesetz — auch im Zeltlager, in dem der Schüler Niederhöfer umgebracht wird. Der Lehrer will den Mord aufklären. Er scheitert an der Brutalität seiner Schüler, am Opportunismus seiner Kollegen, an den Mechanismen der NS-Justiz. Lorenz begreift: In diesem Staat kann er nicht leben. Er emigriert.

Der Österreicher Ödön von Horváth, 1901 im istrischen Fiume geboren, hat die Bourgeoisie sein Leben lang als feig, verlogen und inhuman zu entlarven vermocht — so in seinen Stücken, so auch im 1937 veröffentlichten Roman „Jugend ohne Gott", den der ZDF-Dramaturg Knopp, 29, jetzt fürs Fernsehen bearbeitete. Seine Arbeit, von Itzenplitz einfallsreich inszeniert, hat Horváthsches Format: Beim vordergründigen Kriminalfall präsentiert

Unternehmen Kewkow. ZDF. Donnerstag, 6. November, 19.10 Uhr. Kleines Fernsehspiel von Hans Gert Knebel über einen Matrosen, der einen anderen Seemann umgebracht haben soll. Regie: Werner Grassmann.
Vorortzug. SR. Donnerstag, 6. November, 20.15 Uhr. Fernsehspiel von Ted Willis über einen fünfzigjährigen Familienvater, der eines Sexualdelikts beschuldigt wird. Regie: Oswald Döpke.
Zur Sache. Leitung: Volker von Hagen. ZDF. Donnerstag, 6. November, 21.40 Uhr. Unter dem Titel „Alarm durch Agrarpreise" diskutieren Journalisten und Politiker über die Folgen der Mark-Aufwertung für die Landwirtschaft.
Der Markt. Moderator: Reimund Klinkhammer. HR. Samstag, 8. November, 17.15 Uhr. Unter anderem informiert das Wirtschaftsmagazin über die Preisbewegungen in der Bundesrepublik, über Servicestationen in Kaufhäusern und die Entwicklungsvorhaben der Hafenstadt Wilhelmshaven.
Im Sog des Goldes. NDR. Sonntag, 9. November, 21.45 Uhr (Farbe). Bericht von Nicolas Tomanin über die schwarzen Arbeiter in den Bergwerken Südafrikas.





sich ein deutsches Bürgertum, das im Dritten Reich jämmerlich versagte.

Einmal schon sollte Horváths „Jugend ohne Gott" verfilmt werden — der Autor kam 1938 mit dem Hollywood-Regisseur Robert Siodmak in Paris zusammen. Nach einem ersten Gespräch wurde Horváth auf den Champs-Elysées von einem herabstürzenden Ast getroffen. Er war sofort tot.



Was tun mit den Millionen? Bericht von Klaus Ellrodt. NDR. Donnerstag, 6. November, 21.20 Uhr.

Den deutschen Gewerkschaften gehören die viertgrößte Geschäftsbank der Bundesrepublik, die zweitgrößte Lebensversicherungsgesellschaft und das mächtigste Wohnungsbau-Unternehmen. Ihre Zeitungen haben eine Auflage von mehr als acht Millionen, und die von den Gewerkschaften kontrollierte Produktionsgenossenschaft Co-op besitzt eine der größten Ladenketten in Westdeutschland.

Reporter Klaus Ellrodt (Photo) hat Inventur gemacht: Er zeigt die pompöse Frankfurter Zentrale der „Bank für Gemeinwirtschaft", die Großbauten der „Neuen Heimat", die automatische Schnaps-Abfüllanlage der Co-op und die Lochkartenzentrale der „Volksfürsorge". Um die Frage jedoch, ob der Reichtum der Gewerkschaften in dieser Gesellschaft eine Berechtigung hat, mogelt sich der Autor herum.

Dabei wäre die Antwort so einfach gewesen: Wo nur Besitz Macht verschafft, müssen auch Arbeitnehmer-Organisationen so viel Kapital wie möglich unter ihre Kontrolle bringen. Die deutschen Gewerkschaften jedoch setzen ihre Gelder nicht ein, um die Macht der Kapitalisten zu brechen. Sie sind „Unternehmer wider Willen" (Kommentar) und zahlen weder höhere Löhne noch drücken sie die Preise.

Fazit: Die Gewerkschafts-Millionen werden politisch nicht genutzt.



Der Attentäter. Fernsehfilm von Hans Gottschalk. Regie: Rainer Erler. SDR. Sonntag, 9. November, 20.15 Uhr.

Am 8. November 1939, wenige Wochen nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, explodierte während einer Parteikundgebung im Münchner Bürgerbräukeller eine Höllenmaschine. Hitler, für den sie bestimmt war, hatte den Saal elf Minuten zuvor verlassen — die „Göttliche Vorsehung", oft von ihm berufen, war wieder einmal am Werke gewesen.

30 Jahre danach dokumentiert Autor Gottschalk (Photo), Produktionschef der „Bavaria-Atelier", nach neuen Ermittlungen und bisher unveröffentlichten Akten aus dem Münchner Institut für Zeitgeschichte, was niemand bisher recht glauben wollte: Ein Einzelgänger hatte die Bombe gebastelt und gelegt. Er hieß Georg Elser und war ein schwäbischer Tischlergeselle.

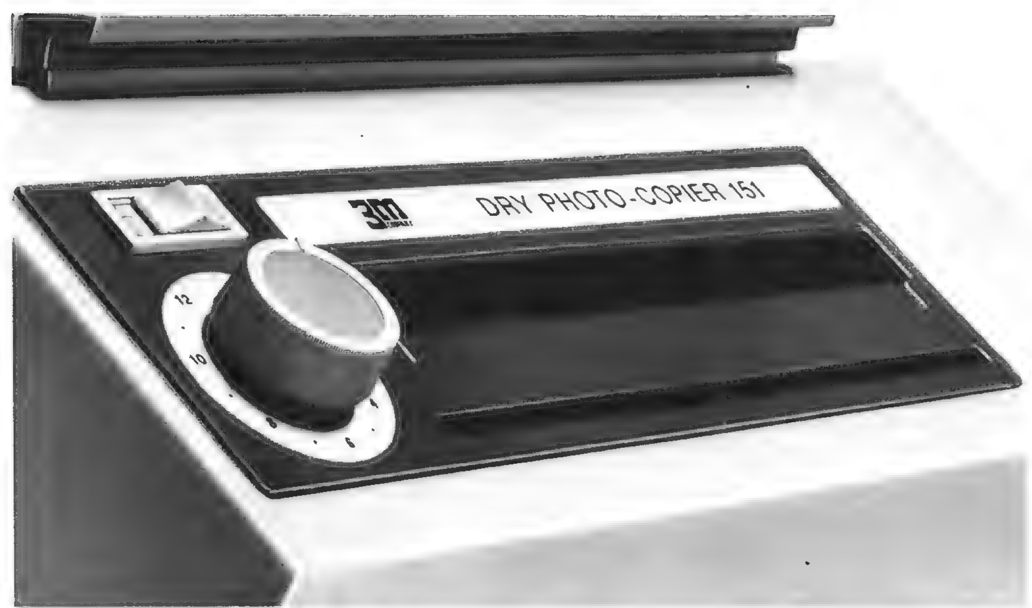
Unter Erlers geschickter Regie erzählt Elser (Fritz Hollenbeck) nun der Gestapo in allen Details und voller Handwerkerstolz, wie er seinen Apparat aus entwendeten Sprengpatronen und -kapseln montierte, auf einer sonnigen Löwenzahnwiese zum erstenmal zündete und schließlich in eine Säule des Bürgerbräukellers einbaute. Zwischendurch präsentiert er sich beim Sonntagnachmittagskaffee, bei zaghaftem Flirt, beim Bier — auch Attentäter haben ihr Privatleben.

Mit seinem „Lehrstück" vom kleinen Mann im Einzelkampf gegen den Tyrannen, sagt Gottschalk, wolle er belegen, daß „Widerstand gegen Hitler nicht allein das Privileg der Generale und Offiziere war". Und er schließt: „Bis heute erinnert in seiner Heimatstadt Königsbronn kein Denkmal, kein Straßenschild an die patriotische Tat des Schreinergesellen."

Im Januar 1945 wurde Elser im Konzentrationslager Dachau durch Genickschuß ermordet.



Hollenbeck (r.) im Fernsehfilm „Der Attentäter"



Abschreibungstip des Jahres!

3M KOPIER-SAFARI 69

Die Aktion, die Ihnen zeigen wird, wie nützlich das 3M Trocken-Fotokopier-Gerät 151 ist. Nehmen Sie teil. Jagd-Beginn bei Ihrem Büromaschinen-Fachhändler. Übrigens: Es gibt eine 'echte' Safari und noch viel mehr zu gewinnen!

Nutzen Sie, was Sie nutzen können. Kaufen Sie ihn dieses Jahr. Er kostet weit weniger als eine Schreibmaschine und nimmt Ihnen soviel Arbeit ab, wie Sie es sich im Augenblick nicht vorstellen können. Das sensationelle 3M Trocken-Fotokopiergerät 151*! Er kopiert absolut trocken, ohne Chemikalien, ohne Bildpulver oder sonstige Hilfsmittel. Und die Kopien? Erstklassig, gestochen scharf und tonwertrichtig, mit allem, was auf dem Original ist: Unterschriften, Farben, Fotos, Stempeln – einfach alles. Kaufen Sie ihn dieses Jahr. Nächstes Jahr brauchen Sie ihn sowieso. Denn Abschreibarbeiten oder lange Wege zu einem zentral aufgestellten Kopiergerät (... und das meistens wegen einer Kopie) sind bei weitem zu teuer! – Rufen Sie Ihren Fachhändler an, oder schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, wir leiten ihn weiter.
Übrigens, eine Neuheit: das 3M Trocken-Fotokopier-Gerät 252, mit dem Sie mühelos DIN A3 Kopien machen können, genauso schnell, vollkommen trocken und gestochen scharf.

○ Wir bitten um unverbindliche Informationen über das 3M Trocken-Fotokopier-Gerät 151.
○ Wir bitten um unverbindliche Informationen über das 3M Trocken-Fotokopier-Gerät 252.

Name: ______________________

Firma: ______________________

Anschrift: ______________________

______________________ Telefon: __________

3M COMPANY

Marketing Kopierprodukte 8x III · 4 Düsseldorf · Königsallee 106 · Tel. 8224241

* Der 151 ist so selbstverständlich wie ein Telefon, so notwendig wie eine Schreibmaschine (DM 655,– o. Mwst.).

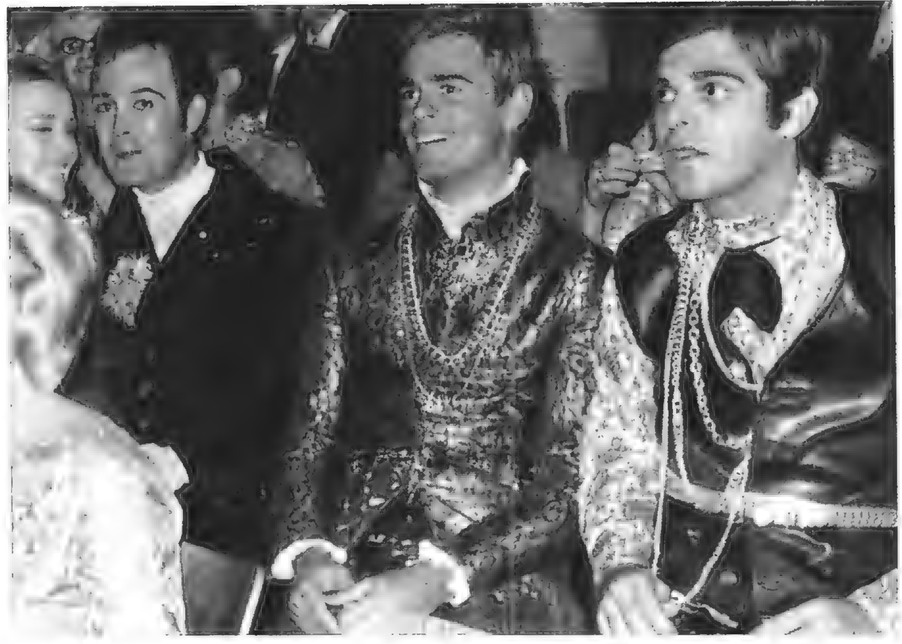
MODE

PARTY-ANZÜGE

Unschuld verloren

In Purpurkleidung seien die Herren zum Fest erschienen, „mit klingenden silbernen und güldenen Gürteln", und „die gingen alle schurr, schurr und kling, kling".

Dieser Kostümbericht erschien vor 600 Jahren in der Göttinger Chronik „Dat olde book", er behandelte ein Ritterfest beim Wittelsbacher Herzog Otto dem Faulen. Aber die Schilderung könnte nun unredigiert wieder in die Klatschspalten der Boulevardblätter rücken. Denn nach Generationen von Frack- und Smokingmuffeln schurrt und klingelt jetzt wieder Geschmeide um nackte männliche Nacken, umspannen wieder Samt, Brokat und Seide die Brustkörbe und Lenden fashionabler Partygänger.



Premierenbesucher **von Bohlen** (l.), Freunde*: Glänzend gerüstet

Mit Samtjackett, durchbrochener Stehbörtchenbluse und einer gigantischen Blüte an der Brust war Frührentner Arndt von Bohlen und Halbach, 31, anläßlich der Münchner „Hair"-Premiere im letzten Herbst beinah noch konventionell gewandet aufgetreten. Seine zwei Platznachbarn zur Linken aber prangten in Rüschen und indischer Seide, in Goldbrokat und glänzenden Rüstungen aus Broschen und Ketten.

Auch bei der Hamburger „Hair"-Premiere im September erschienen hanseatische Society-Hippies in phantasievollen Abendaufmachungen, wie sie barocker, bizarrer, byzantinischer (und auch dekolletierter) wohl keinem Opernfundus zu entleihen wären.

Aber nicht nur bei Hippie-Festen oder deren Surrogat: Die neue Party-Mode für Herren, so meint jetzt auch das Deutsche Institut für Herrenmode in Köln, „sieht fast wie Revolution aus". Und Dr. Oscar Jacob, Chef der Greiff-Werke für Herrenbekleidung, vermutet gar, „die modische Emanzipation des Herrn" sei angebrochen.

Daß auch Männer sich modische Extravaganzen leisteten, war in früheren Jahrhunderten nichts Ungewöhnliches. Die dickwattierten „Gänsebäuche" der spanischen Hoftracht etwa sind in den Historienbüchern verewigt, aber auch die voluminösen Mühlsteinkragen (um derentwillen im 16. und 17. Jahrhundert die Stiele der Eßlöffel verlängert werden mußten) oder die „Braguettes", wulstige Schamkapseln, die (im 14. Jahrhundert) zuweilen so Mächtiges vortäuschten, daß Fahnenträger bei feierlichen Prozessionen die Fahnenstangen darauf abstützten.

Doch „seit der Reformation und mit der Entwicklung der modernen Welt", so der Kölner Soziologie-Professor René König, hatte „der Mann im Grunde der Mode entsagt" — vorübergehend.

Wohl hatte schon 1840 der Verfasser einer Broschüre mit dem Titel „Mode und Trachten" die „allgemeine Uniform des Culturmenschen", den Frack, gegeißelt, der „den Supplikanten, Communikanten, Gevattermann und Leichenbegleiter so gut wie den Ballgänger, den warmen Verehrer der Primadonna im Schauspielhaus und den ästhetischen Theetrinker" bekleide. Aber noch mehr als ein Jahrhundert lang änderte sich — von der späteren Kreation des kaum minder tristen Smoking abgesehen — nichts.

* Bei der deutschen Erstaufführung von „Hair" in München.

Nun sollen Fräcke für altväterliche Honoratioren reserviert, Smokings phantasievoll abgewandelt werden. Aber dabei bleibt es nicht: Mit denselben Mitteln, mit denen weiland Rudi Gernreich die Frau von althergebrachten Fesseln zu erlösen suchte, haben zwei amerikanische Top-Designer, Bill Blass und John Weitz, jetzt die Mode-Emanzipation des männlichen US-Bürgers eingeleitet. Ihr Modediktat für den nächsten Herrensommer heißt: „Oben ohne", für den Winter: Samt über nackter Brust — die Tiefe des Dekolletés nach Belieben. „Ein Superspaß für Männer mit breiter Brust", prophezeit Erlöser Weitz.

Der Trend zur freien Mannesbrust freilich ist international. In Österreich vertreibt der Konfektionär Licona einen höchst liberalen Abenddreß in feierlichem Schwarz, der Schlüsselbeine, Brust- und Bauchhaarwuchs des Trägers offenbart. Selbst das auf seriöse Eleganz eingeschworene Kölner Modeinstitut empfiehlt modebewußten Deutschen — neben Messejacketts aus Silberlamé und blumigen Brokat-Tunikas — einen schwarzsamtenen, puffärmeligen „Hamlet-Stil", der die männliche Brust freigibt.







Party-Mode für Herren: Männerbrust freigelegt

Transparente Nacht-Hemden mit Puff- und Trompetenärmeln, tief dekolletiert und gewirkt aus golddurchsponnener Sariseide, sind die Emanzipationsbeiträge des Italieners Samo. Sein Kollege Valentino ließ reichbestickte Boleros nähen — mit und ohne Hemd zu tragen.

Verschreckt registrierte „Der Herr" („Europäisches Fachorgan für Herrenbekleidung und Herrenausstattung") den Umsturz in der Herren-Festmode. Nur ungern trennen sich die „Herr"-Redakteure offenbar von jenem Accessoire, das die Couturiers nun wohl „wirklich ausrotten" und „durch einen reingewaschenen Hals ersetzen" wollen: von der Krawatte, „diesem unschuldigen Stückchen Stoff".

Gerhard Schröder, 59, CDU-MdB, etablierte sich in der Oppositions-Fraktion auf den Hinterbänken. Der langjährige Innen-, Außen- und Verteidigungsminister saß während der Debatte über Kanzler Brandts Regierungserklärung uninteressiert auf seinem Platz in den hinteren Reihen der CDU-Fraktion und blätterte gelegentlich in einer Frauenzeitschrift. Beifall für christdemokratische Sprecher spendete der Alt-Minister nicht.

Philip Rosenthal, 53, SPD-MdB und Porzellanfabrikant, beschäftigt seine Bonner Hilfskräfte mit Zigarren-Halten. Da im Plenarsaal Rauchverbot ist, bat der Millionär seinen Assistenten Schulz-Trieglaff, während der Kanzlerwahl in der Lobby Rosenthals angerauchte „Baroneza" zu hüten. Der Assistent: „Als ich das Ding auf einen Tisch legte, bekam ich Krach mit einem Bundeshausdiener. Als der aber weg war, habe ich sie auf die Fußstütze unter dem Tisch gelegt." Anders handelte die Rosenthal-Sekretärin Renate König. Als der Sozialdemokrat ihr am vergangenen Donnerstag zu Beginn der Plenarsitzung seine „Baroneza" in Obhut gab, begann Renate König nach fünf Minuten die Zigarre ihres Herrn zu rauchen. Die Sekretärin: „Ich war so in Gedanken versunken, ich habe es selber nicht gemerkt."

Hansjoachim Prahl, 49, Vorsitzender der CDU in Hamburg-Harvestehude und stellvertretender Chef der Ordnergruppen seiner Partei in Hamburg, rügte seinen Parteivorsitzenden. Der Kapitänleutnant der Reserve und EK-II-Träger, der 1967 wegen des Graßschen „Katz und Maus"-Films einen „Verband zum Schutz des Ansehens deutscher Auszeichnungen" mitbegründet hatte, meint, Kiesingers Attacken gegen die FDP verhinderten den Sturz Brandts durch die Unionsparteien und umgefallene Freidemokraten. Politiker Prahl verwechselt die absolute mit der einfachen Mehrheit, hält daher die Regierung in Bonn für stärker, als sie ist, und argumentiert: „SPD und FDP haben in Bonn zwölf Stimmen Mehrheit. Bei der Kanzlerwahl bekam Brandt nur zwei Stimmen mehr als nötig. Also haben zehn Freidemokraten gegen ihn gestimmt."

Hubert Horatio Humphrey, 58, Ex-Vizepräsident der USA und seit März Politik-Professor an der Universität von Minnesota, bewarb sich bei Herzverpflanzer Christiaan Barnard. Auf einer Tagung amerikanischer Medizinal-Assistenten auf Hawaii traf der gelernte Apotheker und Drugstore-Besitzer Humphrey den südafrikanischen Arzt und bat ihn: „Wenn Sie je einen Apotheker brauchen, erinnern Sie sich an mich. Man weiß nie — vielleicht werde ich eines Tages von der Universität gefeuert."



Anthony Earl of Avon, 72 (4. v. r.), britischer Staatspensionär und (von 1955 bis 1957) als Anthony Eden Premierminister, pries einer sowjetischen Landwirte-Delegation seine Zuchtbullen an. Die Sowjets, die auf einer Reise durch England ihre bereits vor Jahren angekauften Hereford-Rinder-Bestände auffrischen und 60 neue Zuchttiere dazukaufen wollten, besichtigten auf dem Avon-Gut Alvediston bei Southampton die Viehbestände des Ex-Politikers und erstanden den zweijährigen Bullen „Theseus" und den 18 Monate alten „Prince Hal" — laut Lord Avon „zu einem sehr befriedigenden Preis". Nach dem Kauf beschenkten die Gäste den Briten mit russischem Champagner und Wodka. Viehhändler Avon, der Schirmherr des Hereford-Herdbuches ist, zu seinen Kunden: „Ich hoffe, daß die Rinder sich in Rußland bewähren und Sie bald wiederkommen und mehr kaufen."



Marianne Kühn, 54, Frau des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, schmückt ihr Heim mit Gefängnistüren. Nachdem der Düsseldorfer Justizminister Neuberger den Vorschlag der Kölner Lokalpresse abgelehnt hatte, vor dem Abbruch des berüchtigten „Klingelpütz" Bauteile der Strafanstalt für karitative Zwecke zu verkaufen, besichtigte die Präsidenten-Frau und Kölner SPD-Stadtverordnete die Frauenabteilung des Gefängnisses und wählte drei „ausgesprochen originelle Bolzentüren mit Sprüchen und Zeichnungen" aus. Marianne Kühn will die Zellentüren im Keller ihres Kölner Hauses einbauen lassen. Grund: „Sie eignen sich vorzüglich zur Sicherung und sind außerdem ein Dokument für das, was sich hinter diesen Türen abgespielt hat."

Walter Scheel, 50, Außenminister und begeisterter Autofahrer, akzeptierte den vom Auswärtigen Amt für den Minister-Mercedes zugeteilten Fahrer nur unter der Bedingung: „Sie müssen mich des öfteren selber fahren lassen, und Ihnen darf dabei nicht schlecht werden. Denn mit meinem BMW 2500 fahre ich auch immer sehr rasant."

Bruce Gimelson, 27, amerikanischer Händler mit antiken Büchern, ersteigerte in London seinen eigenen Besitz. Der Antiquar ließ vom britischen Auktionshaus Christie's eine Sammlung von Napoleon-Relikten ausbieten, deren Mitbesitzer er war. Als die Versteigerung nicht die erwünschten Summen brachte, bot Gimelson 17 000 Pfund (149 260 Mark) und erhielt den Zuschlag. Prunkstück der Sammlung, zu der — urkundlich als echt bestätigt — eine Totenmaske, Bekleidungsstücke und Haare des Korsen gehören, ist laut Katalog „ein kleines, getrocknetes Objekt, vornehm umschrieben eine mumifizierte Sehne, die bei der Obduktion von Napoleons Körper genommen wurde". John Herbert, ein Direktor von Christie's, war weniger vornehm: „Ich bin glücklich, daß dieses Objekt Napoleons Penis ist."

Was ist das?

Hängt handtuchschmal an der Wand. Irgendwo. Ist Zentralheizung. Und »Badeofen«. Und Heißwasser-bereiter in einem.

Superkomfortabel, preiswert, mit Gas.

Ihre Heizzentrale an der Wand:
Junkers Kombi-Heiztherme.

Merke: Junkers Heizthermen werden mit Gas betrieben – mit Stadtgas, Flüssiggas und natürlich mit Erdgas. Weil Gas nicht riecht, nicht raucht und nicht rußt. Weil Gas nicht vorbestellt und nicht vorfinanziert (z. B. dann, wenn Sie Ihr Geld im Urlaub brauchen), nicht extra angeliefert und nicht umständlich gelagert werden muß. Gas ist einfach da – energiereich, unerschöpflich.

Junkers Heizthermen sind zudem absolut sicher (weltbekannte Junkers Controls bürgen hierfür) und für Mini-Appartements so »maßgeschneidert« wie für große Wohnungen, für Altbauten so richtig wie für Neubauten. Und das Schönste: Eine Junkers Kombi-Heiztherme ist bequem, so bequem! Einmal ein Handumdrehen oder – bequemer geht's nicht mehr – einmal den Junkers Raumtemperaturregler einstellen, und Ihre Junkers Kombi-Heiztherme heizt und heizt die ganze Wohnung durch und durch sommer-sonnen-urlaubs-wohlig-warm. Vollautomatisch. Und liefert gleichzeitig Heißwasser aus allen Hähnen. Soviel Sie wollen. Denn die Junkers Kombi-Heiztherme ist Zentralheizung und Heißwasserbereiter in einem. *Ihr Fachmann für Junkers erwartet Sie.*

Gas-Zentral-heizungsgeräte

JUNKERS

Produkte der
BOSCH
Gruppe

An 5-40

REGISTER

BERUFLICHES

HILDEGARD HAMM-BRÜCHER, 48, bayrische Kulturpolitikerin, wird Ende November beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Die Freidemokratin, seit 1967 Staatssekretärin im (sozialdemokratisch geführten) hessischen Kultusministerium, wurde vom Bonner SPD/FDP-Kabinett aus einer Liste von FDP-Kandidaten ausgewählt, weil sie als Landespolitikerin die Beziehungen des Bonner Bildungsministeriums zu den autonomen Länder-Kultusministerien pflegen soll. Nach dem parteilosen Minister Leussink, dem parlamentarischen Staatssekretär Klaus von Dohnanyi (SPD) und dem beamteten Staatssekretär Hans von Heppe (parteilos) wird Dr. Hildegard Hamm-Brücher Vierte in der Hierarchie ihres Bonner Amtes sein.

ERNST SCHNABEL, 56, Schriftsteller, hat die ihm vom Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) überreichte und mit 8000 Mark dotierte „Ehrengabe für ein Leben, das der Literatur gewidmet ist", dem Hamburger Rechtshilfefonds der Apo zur Verfügung gestellt. Der Librettist des Henze-Oratoriums „Das Floß der Medusa", dessen Uraufführung am 9. Dezember vergangenen Jahres in Hamburg durch das Eingreifen der Polizei gegen Transparente und Fahnen schwingende SDSler gesprengt worden war, will das Geld „zur Verteidigung in den gegen die sozialistische Opposition angestrengten Prozessen" verwendet sehen. Grund: Der „Medusa"-Autor und ehemalige Intendant des NWDR war während des „Medusa"-Polizei-Einsatzes von Polizisten durch eine Glastür gestoßen und anschließend in Einzelzelle 7 des Polizeipräsidiums bis Mitternacht in Gewahrsam gehalten worden. Einen Tag nach der BDI-Preisverleihung erhielt Schnabel, der SDSler vor Tätlichkeiten der Polizei zu schützen versucht hatte, einen Strafbefehl über „2400 Mark anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Gefangenenbefreiung" zugestellt. Schnabel, der den Strafbefehl abgelehnt hat und nun auf einen Prozeß wartet: „Wenn die mich wirklich verurteilen, sehe ich schwarz für alle anderen. Die verhängen Strafen, für die man im KZ 60 Leute hätte umbringen können."

AUTOREN

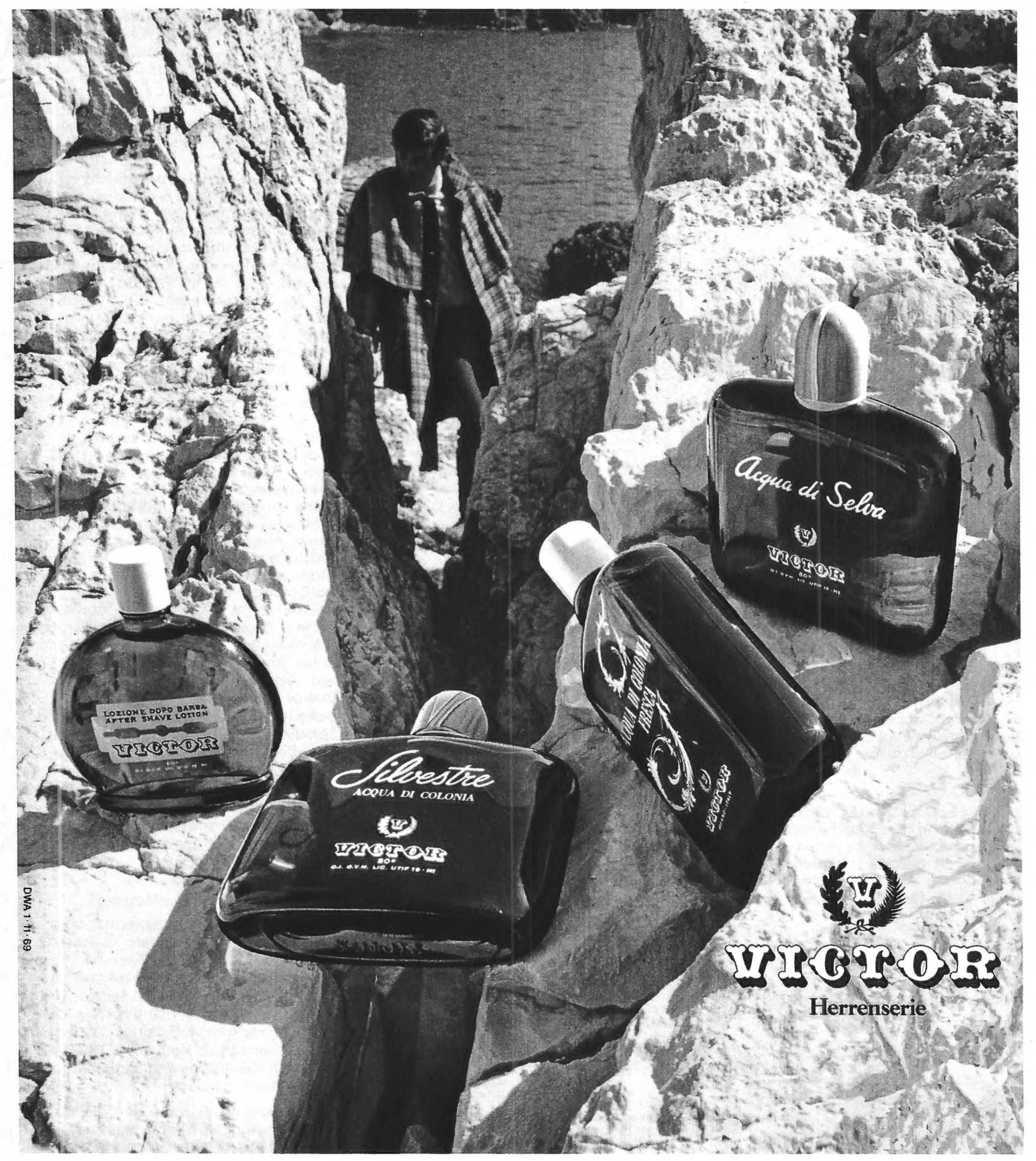
FRANÇOIS MAURIAC, 84, katholischer Schriftsteller und Nobelpreisträger, läßt zu, daß sein letzter Roman, das autobiographische Alterswerk „Un adolescent d'autrefois" („Ein Jüngling von einst") zwischen unbekleideten Schönheiten und Playboywitzen auf einer ganzseitigen Anzeige im französischen Nacktmagazin „Lui" angepriesen wird, obwohl er in anderen Veröffentlichungen gegen den Sex-Kult und die Porno-Literatur wettert. Erst vor kurzem hatte sich der greise Schriftsteller und De-Gaulle-Bewunderer im „Figaro Littéraire" über das zersetzende Beispiel einer Sex-Kommune in Dänemark entsetzt und die Korrumpierung der Jugend durch gewisse Filme und Magazine beklagt. Tröstlich vermerkte er jedoch für sich und andere Altersgenossen: „Diejenigen, die Christus erlebt haben, wissen, daß die Reinheit des Herzens die erste Voraussetzung einer Vereinigung mit Ihm ist."

LJUDMILA GWISCHIANI, 40, sowjetische Historikerin und Tochter von Premier Kossygin, verfaßte ein Buch über ihr Spezialgebiet: amerikanisch-sowjetische Beziehungen. Die Frau des stellvertretenden Vorsitzenden im Komitee für Wissenschaft und Technik des Ministerrats der UdSSR, Dscherman Gwischiani, beschränkt sich in ihrem Buch auf die Zeit von 1917 bis 1921, als die Sowjet-Union und die USA keine diplomatischen Beziehungen unterhielten.

GESTORBEN

GUSTAV SEITZ, 63. „Das Vorbild der Natur nicht zu vergewaltigen", war dem Hamburger Bildhauer-Professor ein selbstverständliches Arbeitsprinzip: Mit wuchtigen, gelinde abstrahierten Bronze-Statuen („Geschlagener Catcher", „Flensburger Venus") sicherte er der figuralen Plastik in Deutschland einen ehrenvollen Nachklang; aus Porträtköpfen (Thomas Mann, Brecht, Heidegger) formierte er eine bemerkenswerte Zeitgenossen-Galerie. Der am französischen Neoklassizisten Maillol orientierte Stil des Mannheimer Stukkateursohns entsprach den Maßstäben des sozialistischen Realismus — nach Kriegsschluß lehrte Seitz zunächst in Ost-Berlin — ebenso wie westlichen Niveau-Anforderungen. Die Bundesrepublik vertrat der Bildhauer 1968 sogar bei der Kunst-Biennale in Venedig.

SARDAR BARSCHAN SINGH PHERUMAN, 85. Er starb für eine Stadt: Mit einem Hungerstreik wollte der greise Sikh-Führer die indische Bundesregierung zwingen, die Stadt Chandigarh in den Unionsstaat Pandschab einzugliedern. Chandigarh, von dem französischen Architekten Le Corbusier als Pandschab-Hauptstadt entworfen, ist seit Jahren erbittert umkämpftes Streitobjekt. Als 1966 von dem damaligen Pandschab der Staat Haryana abgeteilt wurde, schlug eine Grenzkommission Chandigarh dem neuen Staat zu. Pandschab protestierte, und Chandigarh wurde unter Bundeskontrolle gestellt. Seither setzen die Sikhs in beiden Staaten — im Pandschab bilden sie die Bevölkerungsmehrheit, in Haryana die Minderheit — ihren Ehrgeiz darein, Chandigarh für ihren jeweiligen Staat zu gewinnen. Kurz nachdem Pheruman seinen Hungerstreik gestartet hatte, fing auch im gegnerischen Haryana ein Sikh an zu fasten. Pheruman starb nach 74 Tagen.



COLOGNES·AFTERSHAVES·DEODORANTS·SHAVING CREAMS·BATH FOAM

VICTOR, WENN MAN MIT DEM HERBST ETWAS ANFANGEN KANN...

VICTOR DI MILANO GmbH MÜNCHEN 50 Pelkovenstraße 2

VICTOR
frischer
erfrischender
kühler
herber Herbst

HOHLSPIEGEL

Am Tag des Fußball-Länderspiels Deutschland—Schottland meldete die Bundesbahn-eigene Hamburger Dienst-Wetterauskunft unaufgefordert jedem Anrufer: „Wetter gut, kein Nebel, Spiel findet statt.“ Über tausend Dienstgespräche wurden nach diesem Hinweis beendet.

▽

ACHTUNG! ACHTUNG!

„Junge“ oder „Mädchen“
„Kuh- oder Bullenkalb“

das Problem ist jetzt endgültig gelöst!

Bei werdenden Müttern u. bei trächtigen Rindern kann jetzt auch das Geschlecht vorausgesagt werden. Kein Experiment, keine Körperuntersuchung.
Bei Frauen in voller Kleidung aus mehreren Metern Abstand, bei Rindern beste Zeit zwischen 10 u. 12 Uhr.
Interessenten wenden sich weiterhin vertrauensvoll zur Beratung an

Heinrich Krauß, 853 Neustadt/Aisch, Multerngasse 12

Aus der Ansbacher „Fränkischen Landeszeitung“.

▽

Der Bürgermeister und Polizeichef des schwäbischen Neckarweihingen, Speck, befürwortet Selbstjustiz. Unter der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen“ schrieb das „Mitteilungsblatt der Gemeinde Neckarweihingen“ („Verantwortlich für den amtlichen Teil: Bürgermeisteramt“): „... möchten wir den beiden Neckarweihinger Bürgern, die dem Autoraser am vergangenen Samstag als erstes eine Tracht Prügel verabreichten, von hier aus Dank und Anerkennung aussprechen, denn wir glauben, daß dies das beste Mittel für diese Helden ist.“

▽

Ein Aushang mit pfarramtlichen Hinweisen in der (katholischen) Kölner Apostel-Kirche beginnt: „Wir sind beeindruckt von einer durch die Wahl eingeleiteten Machtergreifung in unserem Volk. Da trifft uns das Wort des Evangeliums: Der König ließ diese Stadt in Brand stecken, die die Einladung zum hochzeitlichen Mahle ablehnte! Unsere Kirchen leeren sich, das sakramentale Leben leidet an der Auszehrung; Gottes Einladung geht ins Leere. Darum rufen wir: O Gott, halt die Strafen ein!“

▽

Es zeigt sich von Tag zu Tag mehr: Herr Brandt kann Deutschland tatsächlich nicht regieren.

Wer ist meiner Meinung?

Schreiben Sie mir unter BA 391 an den „Bayreuther Anzeiger“, 858 Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 15a.

Aus dem „Bayreuther Anzeiger“.

▽

Der Calwer Stadtrat Dr. Bauer, Gegner des „Anhalterunwesens“, appellierte — laut „Stuttgarter Zeitung“ — an Eltern und Lehrer, „auf die Kinder einzuwirken, daß sie das Anhalten von Autos mit dem rechten Daumen unterlassen“.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße, Tel. 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegr. Spiegelverlag, Postscheck Hamburg 71 37

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Günter Gaus

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE
Leo Brawand, Manfred W. Hentschel, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

LEITENDE REDAKTEURE
Rolf Becker (Literatur), Werner Harenberg (Kulturpolitik), Heinz Höhne (Serie), Dr. Alexander von Hoffmann (Bonn), Siegfried Kogelfranz, Heinz Lohfeldt und Fritjof Meyer (Ausland), Klaus Kröger (Wirtschaft), Hagen Graf Lambsdorff (Militärpolitik), Rolf S. Müller und Jürgen Petermann (Wissenschaft und Technik), Felix Schmidt (Kultur), Hans Joachim Schöps, Dr. Wolfgang Malanowski und Hermann Zolling (Innenpolitik und Zeitgeschichte), Dr. Heinz Pohle (Schlußredaktion), Hans-Joachim Schmoll (Illustration). Eberhard Wachsmuth (Graphische Gestaltung)

REDAKTION
Deutschland: Jürgen Bertram, Jochen Bölsche, Heidi Dürr, Ernst Elitz, Hermann L. Gremliza, Heinz Höfl, Axel Jeschke, Dietrich Lachmund, Dr. Joachim Reimann, Walter Schulz, Hans-Wolfgang Sternsdorff; Militär: Carl-Gideon von Claer, Horst G. Tolmein; Ausland: Lutz Bindernagel, Peter O. Ebel, Jutta Fischbeck, Wolfgang Gust, Dr. Wolfgang Kaden, Johannes Matthiesen, Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Hans-Georg Nachtweh, Karl Robert Pfeffer, Klaus Reinhardt, Johannes Graf von Saurma-Jeltsch, Wolfgang Stockklausner; Wirtschaft: Werner Detsch, Dieter P. Grimm, Hellmut Hartmann, Joachim Korthals, Karl Heinrich Rüßmann; Kultur: Dieter Brumm, Horst-Dieter Ebert, Manfred Eichel, Klaus Franke, Dr. Helmut Gumnior, Dr. Jürgen Hohmeyer, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Hayo Matthiesen, Alfred Nemeczek, Gunar Ortlepp, Jörgen Pötschke, Dr. Rudolf Ringguth, Siegfried Schmidt-Joos, Holger Schnitgerhans, Mareike Spiess-Hohnholz, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang; Serie: Günter Löbering, Dr. Gerd Rockel; Sport: Walter Gloede, Hans-Joachim Nesslinger; Automobile: Rudolf Glismann; Panorama, Personalien, Briefe: Ariane Barth, Dr. Karl Poerschke, Gisela Schröder-Ernst, Dietrich Strasser; Bild und Graphik: Volker Fensky, Günther Gatermann, Manfred Igogeit, Ingeborg Molle, Jürgen Wulf; Schlußredaktion: Peter Jordan, Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Horst Engel, Wilfried Herz, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef A. Klessinger, Hartwig Pepper, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

SPIEGEL-REPORTER
Kai Hermann, Ernst Hess, Gerhard Mauz, Dr. Fritz Rumler, Hermann Schreiber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Karlheinz Vater, Sophie von Behr, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 13 13 70/79, Telex 1 84 704 · Bonn: Erich Böhme, Ernst Goyke, Otto Diepholz, Alfred Freudenhammer, Werner Funk, Horst Knape, Peter Koch, Manfred Kohnke, Alexander E. Lang, Hans Schmelz, Hans-Gerhard Stephani, Ralph-Dieter Wienrich, 53 Bonn, Dahlmannstraße 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 8 86 630 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Günter Rau, Wolfram Baentsch, Hans-Otto Eglau, Dr. Manfred Schütte, 4 Düsseldorf 1, Kreuzstraße 20–22, Tel. 36 30 66/67/68, Telex 8 587 118 · Frankfurt a. M.: Peter Thelen, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Wolfgang Bayer, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 72 55 59, Telex 4 13 009 · Wiesbaden: Hans Hermann Mans, 62 Wiesbaden, Postfach 2880, Tel. 52 02 56 · Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 2 69 39, Telex 9 22 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Tel. 2 06 06, Telex 07 825 471 · Kiel: Heinz Kohl, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 5 12 66 / 67, Telex 299 859 · Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, Telex 4 187 507 · München: Otto von Loewenstern, Erich Milchgiesser, 8 München 15, Schwanthalerstraße 2–6, Tel. 59 47 24, Telex 5 22 501 · Stuttgart: Alexander Veil, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11 (Iduna-Hochhaus), Tel. 22 15 31/32, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Akadimias 33-T.T. 135, Tel. 636-577, Telegr. Tsapress Athens · Belgrad: Hans Peter Rullmann, Ulica Ivo Lola Ribar 6/5, Belgrad, Tel. 331971 · Brüssel: Rienk H. Kamer, 8-10, Pastorijstraat, Brüssel, Sint Pieters Leeuw, Tel. 77 22 27, Telex 22 207 · London: Dr. H. G. Alexander, 56, North End House, London W 14, Tel. 603 02 93 · New York: Kurt J. Bachrach-Baker, 315 Lexington Avenue, New York, N. Y. 100 16, Tel. MUrray Hill 9-7400 · Paris: Rolf Steinberg, 17, Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 · Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, 00194 Roma, Tel. 32 02 11 · Tel Aviv: Henri Zoller, Tel. 86 66 61, POB 336 Bat. Yam. · Tokio: Dr. Peter W. Crome, 11–54, 3-chome, Minami Azabu, Minato-Ku, Tokio, Tel. 473-0039 · Washington: Helmut Sorge, National Press Building, 14th and F Street, N.W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5161 und 347-5222, Telex 64 300 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92 · Zürich: Ludwig A. Minelli, CH-8127 Forch-Zürich, Hans-Roelli-Straße 1508, Tel. 95 04 54, Telex 54 833

Verlagsleitung: Rolf Poppe
Büro des Herausgebers: Walter Busse
SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO.
VERLAGSDIREKTOR
Hans Detlev Becker

RÜCKSPIEGEL

ZITAT

William S. Schlamm in seiner wöchentlichen Kolumne in den „Salzburger Nachrichten“:

Es ist die erste Unredlichkeit der neuen Bundesregierung, daß sie nicht Rudolf Augstein zum Regierungssprecher ernannt hat. In Wahrheit ist Augstein nicht nur der allein berufene Sprecher für die Regierung Brandt-Scheel — er ist ihr Erfinder, ihr Schöpfer, ihr Spiritus rector. Ob Brandt groß ist, wird sich erst herausstellen; daß aber Augstein sein Prophet ist, steht unerschütterlich fest. Gewiß begreift man, warum sowohl der Schöpfer wie sein Geschöpf die intime Beziehung nach Möglichkeit verbergen wollen: Es ist nicht ruhmreich, einerseits für den SPIEGEL und andrerseits für die Brandt-Regierung verantwortlich zu sein ... Immerhin waren deutsche Regierungen von 1949 bis 1969, wenigstens formell, von den deutschen Wählern zur Macht berufen. Dank des Herrn Augstein ist das nun zum ersten Male anders geworden: Der schlaue Mann dachte sich im Frühjahr 1969 die Regierung Brandt-Scheel aus und setzte sie im Oktober 1969 durch. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte war ein Regierungs-Homunkulus in der Redaktionsretorte geboren worden ... Das Unglück ist nur: Dieser Zustand könnte den Deutschen gefallen. Schließlich leben wir in einer Epoche, in der brave dänische Mittelständler „Porno-Messen“ veranstalten, Gattinnen von rheinischen Großindustriellen in Gesellschaft von Cohn-Bendit schmucke LSD-Bars besuchen und gestandene Bayern den Sozialisten die Agrarpolitik besorgen. Da ist alles möglich.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 40 / 1969 ABGEORDNETE — *BERATERSTAB* über das baden-württembergische SPD-MdL Fritz Bauer, das sich zur Zeit einen Beraterstab aus ehrenamtlich tätigen Experten seines Wahlkreises aufbaut, um sich auf diese Weise für die Parlamentstätigkeit sachkundig beraten zu lassen und mehr Bürger als bisher an den politischen Entscheidungen zu beteiligen.

△ Ein um Parteireform bemühter Kreis junger baden-württembergischer Sozialdemokraten hat jetzt in einem sogenannten Freiburger Papier das Rezept des Bauer-Beraterstabes den anderen SPD-Mandatsträgern zur Nachahmung empfohlen. In der Reformer-Ausarbeitung heißt es: „Die Partei muß Organisationsformen für die Mitarbeit aller derjenigen Kräfte entwickeln und anbieten, die zum Erfolg sozialdemokratischer Politik beitragen können. Anregungen und Sachverstand, aktive Mitarbeit und kritische Phantasie werden am besten in freiwilligen Beratergruppen für Abgeordnete, Fraktionen, Exekutive und Parteigremien wirksam.“

Wenn ein Mann black & white sieht...

...dann denkt er
an Whisky,
der an der Spitze steht
An BLACK & WHITE





BLACK & WHITE - Whisky at its best



BY APPOINTMENT
TO HER MAJESTY THE QUEEN
SCOTCH WHISKY DISTILLERS
JAMES BUCHANAN & CO. LTD.



Lufthansa
DER DUFT DER GROSSEN WEITEN WELT!
Wir sind nicht mehr so weit von einander entfernt. Wir verstehen ein Lächeln in allen Sprachen. Genau so wie ein Winken.
Wir erleben den Sprung in die Wolken auf amerikanisch genau so wie auf deutsch. Wir können uns immer besser verstehen.
Denn der Duft der grossen weiten Welt wird mehr und mehr zur Verbindung von Mensch zu Mensch.
Peter Stuyvesant
FILTER 21
1592 1672
RICH CHOICE TOBACCOS
KING SIZE